Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

29. Oktober 1979
Jg. 7 Nr. 44

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

UdSSR: wachsender Handelsüberschuß gegen Dritte Welt

z.anb. Stagnations- und Fäulniserscheinungen in der sowjetischen Industrieproduktion gehen einher mit einem wachsenden Handelsbilanzplus gegenüber den Ländern der Dritten Welt. 1970 betrug dieses 600 Mio. Rubel (1 R = 0,64 Dollar), 1978 waren es bereits 3 Mrd. Ihre Position in der Weltmarktschlacht halten die Sozialimperialisten, gestützt auf ihre militärische Präsenz in den RGW-Staaten, durch ständig wachsende Konfiszierung des von der dortigen Arbeiterklasse produzierten gesellschaftlichen Wertprodukts aufrecht: 1978 haben sie um 22% die Lieferverpflichtungen des RGW hinaufgetrieben. Über den Weltmarktbetrag des ungleichen Tausches hinaus haben sie sich 1978 durch Wechselkursmanipulation 14 Mio. Dollar ohne Gegenlieferung in die Tasche gespielt, das sind 4% ihres Handelsvolumens mit der Dritten Welt (5,3 Mrd. R).

DDR: Weitere Energiesparmaßnahmen

z.ror. Weil die Sozialimperialisten das Kernenergieprogramm der DDR stark behindern und die Erdölpreise seit 1970 um 634% erhöht haben und die Investitionskosten für den Braunkohleabbau ständig steigen, zwingt die neue Bourgeoisie die Volksmassen, den Energieverbrauch der privaten Haushalte einzuschränken. Seit 1968 ist dort der Verbrauch um 26% schneller gestiegen als in der Industrie. Zum Beschluß über kältere Raum- und Wassertemperaturen, unbeleuchtete Hausflure usw. ist jetzt eine neue Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h auf der Landstraße hinzugekommen. Zur Durchsetzung der Maßnahmen sind „zehntausende Kontrolleure zur republikanischen Massenkontrolle" eingesetzt (Radio DDR). Staatssekretär Ziergiebel sah sich nach Kritik aus einer Reihe von Bezirken gezwungen, die Maßnahmen zu verteidigen.

CSSR: Maschinerie veraltet – Konkurrenzvorteil schwindet

z.anb. Auf 800 Mio. DM ist bis Ende des Vorjahres das Handelsbilanzdefizit der CSSR gegenüber den anderen RGW-Ländern gestiegen. Diese Umkehrung der „traditionellen" Gläubi-

Mrd. R).

DDR: Weitere Energiesparmaßnahmen

z.ror. Weil die Sozialimperialisten das Kernenergieprogramm der DDR stark behindern und die Erdölpreise seit 1970 um 634% erhöht haben und die Investitionskosten für den Braunkohleabbau ständig steigen, zwingt die neue Bourgeoisie die Volksmassen, den Energieverbrauch der privaten Haushalte einzuschränken. Seit 1968 ist dort der Verbrauch um 26% schneller gestiegen als in der Industrie. Zum Beschluß über kältere Raum- und Wassertemperaturen, unbeleuchtete Hausflure usw. ist jetzt eine neue Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h auf der Landstraße hinzugekommen. Zur Durchsetzung der Maßnahmen sind „zehntausende Kontrolleure zur republikanischen Massenkontrolle" eingesetzt (Radio DDR). Staatssekretär Ziergiebel sah sich nach Kritik aus einer Reihe von Bezirken gezwungen, die Maßnahmen zu verteidigen.

CSSR: Maschinerie veraltet – Konkurrenzvorteil schwindet

z.anb. Auf 800 Mio. DM ist bis Ende des Vorjahres das Handelsbilanzdefizit der CSSR gegenüber den anderen RGW-Ländern gestiegen. Diese Umkehrung der „traditionellen" Gläubi-

gerpositionen der CSSR-Bourgeoisie, die auf dem relativ hohen Ausbeutungsstandard und den innerhalb des RGW durchgesetzten kapitalistischen Marktgesetzen basierte, bedeutet für die neue Ausbeuterklasse in der CSSR den Verlust eines Konkurrenzvorteils, der ihr die Bevorzugung durch die sozialimperialistische Supermacht und deren Spezialisierungskonzept sicherte. Da in den letzten Jahren die Liefertribute an die Sowjetunion in wesentlich rascherem Tempo gewachsen sind als das gesellschaftlich produzierte Wertprodukt, sieht sich die CSSR-Bourgeoisie jetzt um den Preis der veraltete Maschinerie notwendigen Modernisierungsfonds betrogen.

Mit Goldspekulation Getreide bezahlen

z.ror. Die UdSSR hat in diesem Jahr bereits 15 Mio. t Getreide den USA abgekauft. Die Ruinierung der Landwirtschaft durch die neue Bourgeoisie zwingt sie, im kommenden Jahr weitere 25 Mio. t beim imperialistischen Konkurrenten einzukaufen. Gegenüber 1972 hat sich die Einfuhrmenge verdoppelt. Zu welchem Preis die Getreidelieferungen erfolgen, wird geheimgehalten, nach dem Tageskurs der Chicagoer Börse vom 1.10.79 müßten die Sozialimperialisten 326 Mio. $ zahlen. Womit bezahlen? Mit 412 t verkauften die Sozialimperialisten 1978 fast 25% der gesamten Goldhandelsmenge. Als die USA im August 750000 Feinunzen anboten, meldete die FAZ, daß die sowjetischen Goldverkäufe fast eingestellt sind, sogar Goldkäufe getätigt würden, um den Goldpreis weiter in die Höhe zu treiben. Inzwischen verkaufen sie wieder, über 500 kg täglich.

Sachverständigengutachten: Wie sie die dauernden Lohnsenkungen weitertreiben wollen!

z.maf. Das Herbstgutachten der Sachverständigen liegt vor und wir werden in den nächsten Monaten erleben, wie sich das Propagandaorchester der Bourgeoisie auf dieser Tonart einspielt. Die gespannte Vorsicht, mit der die Presse in den Sommermonaten das Entstehen der Lohnbewegung beobachtet hat, wird sich in einen zielstrebigen Propagandaangriff auflösen. Denn eines steht fest: Die westdeutsche Kapitalistenklasse ist nicht bereit, kampflos nachzugeben. Nicht in der Lohnfrage. Nicht in der Steuerfrage. Nicht bei den Sozialversicherungskürzungsprogrammen. Die Kapitalistenklasse will die Sozialdemokratie dazu bewegen, den gleichen Wahlkampf wie 1976 zu führen. Die Kapitalistenklasse wünscht eine Propaganda, die nachweist, daß die Arbeiterbevölkerung der BRD und Westberlins ein im internationalen Vergleich gutes Lebensniveau genieße und mehr noch, sogar ein gefährlich gutes, so enorm gut, daß die internationale Konkurrenzfähigkeit des BRD-Kapitals darunter leide.

Für eine solche Propaganda gibt es selbstverständlich Anhaltspunkte. In den Sommermonaten wurden die US-Automobilarbeiter, ein hoch organisierter Teil des US-Proletariates, unter einen Drei-Jahres-Tarif gebeugt, der bei 10% Teuerung jährlich für die Arbeiterlohngruppen nur 7–8% Erhöhung vorsieht. In Großbritannien hat die Regierung Thatcher eine Steuerreform abgespult, die im kommenden Jahr zwischen 2 und 10% Mehrbelastung bringen wird. In allen EG-Ländern laufen Programme zur Senkung der Sozialversicherungsleistungen ab. Die von der Sowjetunion geschröpften RGW-Länder und die Sowjetunion selber versuchen zunehmend, den durch brutale Unterdrückung der Arbeiterklasse brutal erniedrigten Lohnstandard zu Extraprofiten im Exportgeschäft zu nutzen. – All dies macht die Lage im Kampf um den Lohnstandard nicht gerade einfach. Andererseits ist die Situation in allen imperialistischen Ländern so gespannt, daß, gelingt es nur an einem größeren Punkte Bewegung in die Sache zu bringen, die

wünscht eine Propaganda, die nachweist, daß die Arbeiterbevölkerung der BRD und Westberlins ein im internationalen Vergleich gutes Lebensniveau genieße und mehr noch, sogar ein gefährlich gutes, so enorm gut, daß die internationale Konkurrenzfähigkeit des BRD-Kapitals darunter leide.

Für eine solche Propaganda gibt es selbstverständlich Anhaltspunkte. In den Sommermonaten wurden die US-Automobilarbeiter, ein hoch organisierter Teil des US-Proletariates, unter einen Drei-Jahres-Tarif gebeugt, der bei 10% Teuerung jährlich für die Arbeiterlohngruppen nur 7–8% Erhöhung vorsieht. In Großbritannien hat die Regierung Thatcher eine Steuerreform abgespult, die im kommenden Jahr zwischen 2 und 10% Mehrbelastung bringen wird. In allen EG-Ländern laufen Programme zur Senkung der Sozialversicherungsleistungen ab. Die von der Sowjetunion geschröpften RGW-Länder und die Sowjetunion selber versuchen zunehmend, den durch brutale Unterdrückung der Arbeiterklasse brutal erniedrigten Lohnstandard zu Extraprofiten im Exportgeschäft zu nutzen. – All dies macht die Lage im Kampf um den Lohnstandard nicht gerade einfach. Andererseits ist die Situation in allen imperialistischen Ländern so gespannt, daß, gelingt es nur an einem größeren Punkte Bewegung in die Sache zu bringen, die

Dunstwolke trüber chauvinistischer Propaganda, die jetzt heraufzieht, weggeblasen werden kann. Worauf es ankommt, ist: Auf keinen Fall wird das spontane Erlebnis von Tarifabschlüssen, die – soweit uns bekannt ist, erstmals in der Geschichte der BRD – unterhalb der offiziellen Teuerungsrate gelegen haben, eine Bewegung „auslösen". Dies mag vielleicht jetzt noch so aussehen, aber das Herbstgutachten breitet genüßlich die Faktoren aus, die auch wirklich zeigen, daß mit „Empörung" allein nichts getan ist und nichts bewegt werden kann.

Folgende Umstände sind wirksam. Die Gesamtsumme, die in die Hände der Arbeiterbevölkerung kommt und zur Reproduktion verausgabt werden kann, muß nämlich nicht abnehmen, wenn der Lohn, den der einzelne Arbeiter tariflich hat, auch stark abnimmt. Der Effektivlohn kann erheblich stärker steigen als der Tariflohn, und dies war 1979 mit Sicherheit so. Die metallverarbeitende Industrie hat mit 4,3%/13 Monate, also rund 3,9% auf's Jahr, abgeschlossen. Der Effektivlohn in der metallverarbeitenden Industrie wird sich jedoch von 1978 auf 1979 um an die 6% bewegen. Die Lohnausfälle, die durch Kurzarbeit oder Minderung der gewohnheitsmäßig geleisteten Überstunden zustande kommen, können abnehmen. Auch dies war 1979 im Vergleich zu 1978 der Fall. Endlich kann die Beschäftigung zunehmen, und wenn dies für den Lohn des einzelnen Arbeiters oder Angestellten auch gar nichts nützt, die Geldsumme, die der Familie zur Verfügung steht, wird trotzdem zunehmen. Alle diese Faktoren wirken dahin, daß zwischen dem Unglück des 4,3% / 13 Monate Abschlusses und der tatsächlichen Kaufkraftentwicklung der Haushalte eine Kluft entsteht. Das Lohnunglück schaut sozusagen auf dem Papier schlimmer aus als es in der Haushaltskasse erscheint. Freilich, die Arbeiterbevölkerung gibt ein erhebliches mehr an Arbeitskraft hin. Der Netto-Geldbetrag, den der Arbeiter pro geleisteter Arbeitsstunde erhält, sinkt. Aber, die Geldmasse, die in den Arbeiter- und Angestellten-Familien da ist, steigt und die Mehrkosten, die durch die ausgedehnte Gesamtarbeitszeit mit Sicherheit kommen, kommen sofort.

Tariflohn, und dies war 1979 mit Sicherheit so. Die metallverarbeitende Industrie hat mit 4,3%/13 Monate, also rund 3,9% auf's Jahr, abgeschlossen. Der Effektivlohn in der metallverarbeitenden Industrie wird sich jedoch von 1978 auf 1979 um an die 6% bewegen. Die Lohnausfälle, die durch Kurzarbeit oder Minderung der gewohnheitsmäßig geleisteten Überstunden zustande kommen, können abnehmen. Auch dies war 1979 im Vergleich zu 1978 der Fall. Endlich kann die Beschäftigung zunehmen, und wenn dies für den Lohn des einzelnen Arbeiters oder Angestellten auch gar nichts nützt, die Geldsumme, die der Familie zur Verfügung steht, wird trotzdem zunehmen. Alle diese Faktoren wirken dahin, daß zwischen dem Unglück des 4,3% / 13 Monate Abschlusses und der tatsächlichen Kaufkraftentwicklung der Haushalte eine Kluft entsteht. Das Lohnunglück schaut sozusagen auf dem Papier schlimmer aus als es in der Haushaltskasse erscheint. Freilich, die Arbeiterbevölkerung gibt ein erhebliches mehr an Arbeitskraft hin. Der Netto-Geldbetrag, den der Arbeiter pro geleisteter Arbeitsstunde erhält, sinkt. Aber, die Geldmasse, die in den Arbeiter- und Angestellten-Familien da ist, steigt und die Mehrkosten, die durch die ausgedehnte Gesamtarbeitszeit mit Sicherheit kommen, kommen sofort.

Auf dieser spekulativen Grundlage vermutet die Mehrheit der Sachverständigen, daß sich wohl Abschlüsse erreichen ließen, die nur unerheblich über den Vorjahresabschlüssen liegen.

Wie eine Keule würde der erwartete Rückgang der Beschäftigung dann die Arbeiterbevölkerung treffen. Die Effektivlöhne würden auf die Tariflöhne zustürzen. Die aus Überstunden stammenden Lohnteile würden durch Kurzarbeit aufgefressen werden. Die Arbeitslosigkeit würde die Familien wuchtig mehrbelasten. Ein ruckhaftes Absinken des Lebensstandards eintreten. Die Steuerprogression würde dafür sorgen, daß trotzdem die Masse der Steuern zunehmen könnte. Bei den Sozialversicherungen würde sich die Knappheit verschärfen, ein Grund zur beschleunigten Senkung der Leistungen. Käme ein „neuer Aufschwung", ließen sich enorme Extraprofite machen. Die Mehrheit der Sachverständigen urteilt so: Die IG Metall-Führung hat im Sommer die „Nachschlagsbewegung aufgefangen". Also sind die Belegschaften fest im Griff. Also geht es. Eine Minderheit kommt zu der Ansicht, die Lohnerhöhungen würden viel höher ausfallen.

So kann das auch leicht ausgehen. Die IG Metall-Führung hat die Kämpfe um Sonderzahlungen im betrieblichen Maßstab nämlich durchaus geführt. Eine Tarifierung wurde vermieden, aber um den Preis, daß die Erörterung um Art und Höhe der Lohnforderung bereits im August in Gang kam. Und das kann teuer werden. – Einig ist man sich auf der Gegenseite, die Gewerkschaften und insbesondere die IG Metall von ihrem Versprechen, den Kampf um die Tarife energisch zu führen, nur durch wuchtige Konterpropaganda heruntergebracht werden können. Dies gilt es abzuwehren.

gen urteilt so: Die IG Metall-Führung hat im Sommer die „Nachschlagsbe-
ganda heruntergebracht werden können. Dies gilt es abzuwehren.

Euzkadi: Der „Autonomie" soll Zerschlagung der baskischen Nationalbewegung folgen



Nur 60% der Wahlberechtigten haben sich in Euzkadi (Baskenland) und Katalonien an Referenden über „Autonomiestatute" beteiligt. 90% bzw. 88% haben zugestimmt, d.h. bezogen auf die gesamte Bevölkerung eine knappe Mehrheit. Für das volle Selbstbestimmungsrecht und die Zerschlagung der aus dem Faschis-

Euzkadi: Der „Autonomie" soll Zerschlagung der baskischen Nationalbewegung folgen



Nur 60% der Wahlberechtigten haben sich in Euzkadi (Baskenland) und Katalonien an Referenden über „Autonomiestatute" beteiligt. 90% bzw. 88% haben zugestimmt, d.h. bezogen auf die gesamte Bevölkerung eine knappe Mehrheit. Für das volle Selbstbestimmungsrecht und die Zerschlagung der aus dem Faschis-mus intakt übernommenen zentralistischen Staatsmaschine Spaniens besteht eine große Mehrheit. – Die Militärbesatzung Euzkadis ist während des Referendums verstärkt worden, das sowieso nur zur Spaltung der baskisch-revolutionären Nationalbewegung gedacht ist, um sie völlig zerschlagen zu können. Das ist die von der EG an Spanien gestellte Beitrittsbedingung.

„Freie, demokratische Wahlen" unter Kontrolle der Söldnerarmee

Britischer Vorschlag auf Rhodesien-Konferenz / Patriotische Front und Frontstaaten lehnen ab

z.hef.London. Die Londoner Rhodesien-Konferenz ist jetzt an ihrem entscheidenden Punkt: den Verhandlungen darüber, wer die Macht haben wird.

In der vorletzten Woche war der britische Versuch, die Patriotische Front in der Verfassungsfrage zu erpressen und zu isolieren, mißlungen. Großbritannien, die USA und andere imperialistische Länder mußten Zusagen für einen Landfonds geben. Die Patriotische Front besteht darauf, daß die Regierung des neuen Zimbabwe die Siedler für das Land nicht entschädigen soll. Nach diesen Zusagen gab die Patriotische Front: „Unter diesen Umständen... können wir jetzt sagen, wenn wir ohne jeden Zweifel befriedigt sind über die Übergangsregelung, wird es die Notwendigkeit nicht geben, zur Diskussion über die Verfassung zurückzukehren, einschließlich der Fragen, wo wir unsere Position reserviert hatten." Seit Beginn der Konferenz hatte die Patriotische Front erklärt, daß die Übergangsfrage die entscheidende sei und die anderen Fragen untergeordnet.

Die britische Regierung schlägt für die Übergangszeit folgendes vor: Die Regierung Muzorewa tritt zurück, ein britischer Gouverneur wird eingesetzt. Die bestehende Söldnerarmee, die Polizeitruppe, der gesamte Staatsapparat bleibt bestehen. Großbritannien organisiert die Wahlen. Alles andere würde „die Entscheidung des Volkes vorwegnehmen". Die Patriotische Front soll einem Waffenstillstand zustimmen.

Der Vorschlag wurde von den US-Imperialisten in einer Botschaft an Außenminister Carrington unterstützt. Muzorewa erklärt sich – zögernd – einverstanden.

Kämen sie mit diesem Vorschlag durch, hätten die britischen Imperialisten zweierlei erreicht: Sie könnten die Wahlen nach dem Muster der Wahlen der „Inneren Lösung" durchführen – als Terrorisierungskampagne gegen die Volksmassen. Dazu paßt, daß die Übergangsperiode nur zwei Monate lang sein soll. Das reicht nicht für das Anlegen von Wählerverzeichnissen und die Einteilung von Wahlbezirken, also, sagt die britische Regierung, wird es landesweite Listenwahl geben. Dabei können leicht, wie Smith bewiesen hat, ganze Regionen „vergessen", Stimmen doppelt gezählt werden etc. Eine sichere Methode, die größtmögliche Zahl von Verrätern und Marionetten ins Parlament zu hieven. Und vor allem: Eine bei dieser Wahl gewählte Regierung der Patriotischen Front wäre eine Regierung ohne Macht, umgeben von kolonialen Söldnern, mit einem kolonialen Staatsapparat gegen sich.

Die Patriotische Front lehnt diesen Plan entschieden ab und hat dabei die feste Unterstützung der Frontstaaten. Sie hatte bereits vor Wochen ihre Forderungen nach einem Exekutivrat aus Vertretern der Imperialisten und der Patriotischen Front, nach einer Beteiligung der Befreiungstruppen an der Armee und nach einer UN-Friedenstruppe vorgelegt (siehe KVZ 40, S. 2). Sie tritt für eine sechsmonatige Übergangszeit ein, damit die Bewohner der Internierungslager („geschützte Dörfer") in ihre Heimatorte zurückkehren, Wählerlisten angelegt und Wahlbezirke eingeteilt werden können.

Der Besuch Hua Guofengs hat die Freundschaft beider Völker gefestigt



Im Thyssen-Stahlwerk Krefeld. „Hua (greift) immer zuerst nach den Händen der Werktätigen", beobachtet einer der Journalisten. Die westdeutsche Arbeiterklasse unterstützt die Revolution und den sozialistischen Aufbau in China.

z.gek. **Über den Ostbeobachter des britischen „Observer" in Wien ist ein Deutschland- und Europaplan der Sowjetunion lanciert worden, angeblich nach jugoslawischen Informationen.** Die BRD, Griechenland und die Türkei sollten aus der NATO austreten, dafür würden die sowjetischen Truppen aus der DDR und Ungarn (nicht der CSSR) zurückgezogen; die DDR werde aus der Breschnew-Doktrin entlassen (dem Anspruch jederzeitiger militärischer Intervention); nach 5 Jahren könnten Wahlen abgehalten, dann stufenweise wiedervereinigt werden; Gesamtabwicklungsdauer 20 Jahre. Die SU sehe sich dazu gedrängt, so der „Observer"-Bericht, weil sie die erstarkende BRD als „eine Zeitbombe im Herzen Europas" betrachte, und bei Ausrüstung mit atomaren Mittelstreckenraketen sogar als „ein größeres Risiko als die Volksrepublik China". Gehe die BRD auf den Plan nicht ein, werde in Moskau eine Militärregierung unter dem Marschall Ustinow gebildet werden. Schöne Grüße! – Die US-Imperialisten sind über ihren jetzt freischaffenden Agenten Kissinger gleich noch deutlicher geworden. In einem Rundfunkinterview in München sagte der, die Sowjetunion werde ein vereinigtes Deutschland nie zulassen. Die deutsche Wiedervereinigung sei nur erreichbar, wenn die Sowjetunion soweit geschwächt wäre, daß sie es nicht verhindern kann. Falls sich allerdings das Volk in beiden deutschen Staaten in „extremem Nationalismus" aus beiden Bündnissen lösen und auf eigene Faust wiedervereinigen wolle, werde es auf „Opposition von allen Seiten" treffen. – Beide Supermächte eisern gegen eine revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse in der BRD und der DDR, die auch das Besatzungsregime brechen würde; warme Angebote an die westdeutsche Bourgeoisie von beiden Seiten, wenn sie bei einem Krieg um Europa mitmarschiert oder sich „neutral" stellt. Die Bundesregierung will alle Angebote „ernsthaft prüfen", unbeirrt weiterrüsten und ihre „Verhandlungsfähigkeit" (Stobbe) nach allen Seiten bewahren.

z.wom. **In seiner neuen Asien-Studie erwärmt sich das Auswärtige Amt dafür, die Sozialimperialisten gegen die VR China zu lenken:** „Der chinesisch-sowjetische Konflikt binde sowjetische Energien und sei angesichts wachsender sowjetischer Macht gleichgewichtspolitisch bedeutsam." (FAZ, 16.10.) Genschers Behörde geht davon aus, daß „Asien wegen seiner Menschenmassen und Krisenträchtigkeit, aber auch als Rohstofflieferant und Absatzmarkt ... mehr Aufmerksamkeit verdiene als Afrika und Lateinamerika." Deshalb müsse die BRD „in allen Staaten Asiens ihr wirtschaftliches Engagement verstärken". Die „Krisenträchtigkeit" Asiens verbessert die Geschäftslage, die Bedrohung durch die beiden Supermächte verspricht der BRD bessere Manövriermöglichkeiten. Die Beschränkungen für Rüstungsexporte sollen gelockert werden. Die

lismus" aus beiden Bündnissen lösen und auf eigene Faust wiedervereinigen wolle, werde es auf „Opposition von allen Seiten" treffen. – Beide Supermächte eisern gegen eine revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse in der BRD und der DDR, die auch das Besatzungsregime brechen würde; warme Angebote an die westdeutsche Bourgeoisie von beiden Seiten, wenn sie bei einem Krieg um Europa mitmarschiert oder sich „neutral" stellt. Die Bundesregierung will alle Angebote „ernsthaft prüfen", unbeirrt weiterrüsten und ihre „Verhandlungsfähigkeit" (Stobbe) nach allen Seiten bewahren.

z.wom. **In seiner neuen Asien-Studie erwärmt sich das Auswärtige Amt dafür, die Sozialimperialisten gegen die VR China zu lenken:** „Der chinesisch-sowjetische Konflikt binde sowjetische Energien und sei angesichts wachsender sowjetischer Macht gleichgewichtspolitisch bedeutsam." (FAZ, 16.10.) Genschers Behörde geht davon aus, daß „Asien wegen seiner Menschenmassen und Krisenträchtigkeit, aber auch als Rohstofflieferant und Absatzmarkt ... mehr Aufmerksamkeit verdiene als Afrika und Lateinamerika." Deshalb müsse die BRD „in allen Staaten Asiens ihr wirtschaftliches Engagement verstärken". Die „Krisenträchtigkeit" Asiens verbessert die Geschäftslage, die Bedrohung durch die beiden Supermächte verspricht der BRD bessere Manövriermöglichkeiten. Die Beschränkungen für Rüstungsexporte sollen gelockert werden. Die
ASEAN-Länder erscheinen dem BRD-Imperialismus als „ein besonders brauchbarer Ansatzpunkt". Dem „Bedürfnis der ASEAN-Staaten nach Ausgleich des militärischen Übergewichts Vietnams" soll abgeholfen werden und außerdem die Polizei der ASEAN-Länder ausgerüstet werden. Auch mit Vietnam, derzeit kommandiert von den sowjetischen Oberherrn, verspricht sich das AA gute Chancen – Wirtschaftsminister Lambsdorff ging mit der Studie im Koffer sogleich auf Geschäftsreise nach Südkorea, Indonesien und Malaysia. Er kam zwar „nicht als erster Verkäufer der Nation", aber dafür des Siemens-Konzerns, dessen Fernmeldeeinrichtungen und Kernkraftwerke er in Südkorea andiente. In Indonesien eröffnete er zusammen mit Peter v. Siemens die Industrieausstellung „Indogerma". Allein Siemens hat in Indonesien 28 Beteiligungsgesellschaften. Über 30% des Rohzinns und über 20% des Rohkautschuks bezieht die BRD aus Indonesien. Hier wie in Südkorea verhandelte Lambsdorff um günstige Kapitalanlagebedingungen für die westdeutschen Monopole.

z.jük. **Mitte Oktober sind 5,2 Tonnen Kleider, technisches Gerät und Medikamente für die ZANU nach Beira/Mozambique verschifft worden.** Sie wurden in den letzten Monaten vom KBW unter den Volksmassen zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe gesammelt. Angesichts der Intensivierung des Volkskrieges und der Befreiung weiter Teile des Landes vom Joch des Kolonialismus werden immer mehr Güter für die Versorgung der Volksmassen benötigt. Viele Tausend Menschen mußten vor dem Terror der Imperialisten und ihrer Siedlertruppen auch nach Mozambique fliehen. Die Versorgung in den Lagern ist kompliziert, die Produktion von Kleidern noch nicht ausreichend gesichert. Der KBW wird eine erneute Schiffsladung mit Kleidern etwa am 19.11.79 nach Mozambique verschicken. Bis zum 11.11.79 werden die Bezirksorganisationen des KBW die Kleider an zentralen Sammelpunkten in den Regionen zusammentragen und dort für die Verschiffung verpacken. Nach diesem Termin wird die Kleidersammlung dann vorläufig abgeschlossen sein.

z.guv. **Familienministerin Antje Huber sprach bei der Preisverleihung für das „Spiel des Jahres" zum Thema „Spiel in der Familie":** „... Ich staune immer, wenn nachgewiesen wird, daß von der insgesamt zur Verfügung stehenden Freizeit nur etwa 10% auf den Urlaub und rd. 20% auf das Wochenende entfallen. Den Löwenanteil nimmt mit 70% die Freizeit am Werktag ein – über das Jahr gerechnet. Hier gilt es anzusetzen."



z.tit. **Der Bundesrat hat auf Initiative Stoltenbergs einen Gesetzesentwurf zur Förderung „alternativer Energie" und „energiesparender Maßnahmen" beschlossen.** Anlagen für Energieerzeugung, -einsparung und -versorgung sollen im Investitionsjahr zu zwischen 50 und 60% abschreibbar sein. Ebenso gilt das für die Umstellung auf die für die Kapitalisten billige Fernwärmeversorgung wie für die „Anschaffung oder Herstellung, den Einbau und den Anschluß von Wärmepumpenanlagen, Solaranlagen, Windkraftanlagen, Wärmerückgewinnungsanlagen und Anlagen zur Energieerzeugung durch Nutzung von Biomasse" und „Anschaffungs- oder Herstellungskosten für Notstromaggregate". Die restlichen 40 bis 50% der entsprechenden



z.tit. **Der Bundesrat hat auf Initiative Stoltenbergs einen Gesetzesentwurf zur Förderung „alternativer Energie" und „energiesparender Maßnahmen" beschlossen.** Anlagen für Energieerzeugung, -einsparung und -versorgung sollen im Investitionsjahr zu zwischen 50 und 60% abschreibbar sein. Ebenso gilt das für die Umstellung auf die für die Kapitalisten billige Fernwärmeversorgung wie für die „Anschaffung oder Herstellung, den Einbau und den Anschluß von Wärmepumpenanlagen, Solaranlagen, Windkraftanlagen, Wärmerückgewinnungsanlagen und Anlagen zur Energieerzeugung durch Nutzung von Biomasse" und „Anschaffungs- oder Herstellungskosten für Notstromaggregate". Die restlichen 40 bis 50% der entsprechenden
Kosten sollen dann jährlich 10%-weise abschreibbar sein. Der Zuschuß aus dem Steuersäckel für die Kapitalisten wird vom Bundesrat im Erstjahr auf ca. 650 Mio. DM geschätzt. Aber auch alternative „Bauern" wie Baldur Sprickmann mit Sonnendach und Tante-Emma-Laden für alles was Grün ist, und deren Ruf ihre momentane Geldquelle ist, dürfen auf einige Tausender hoffen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat, mit dem Grundgedanken einverstanden, erklärt, größeres im Sinn zu haben, ca. 4,35 Mrd. DM.

z.kup. **„Alte Verwertungstechnologien aus Mangel- und Kriegszeiten (1939–1945)" untersuchen das Umweltbundesamt und der VDI** im Rahmen des Umweltforschungsplans. Aus Mangel an strategischen Rohstoffen wurden im zweiten Weltkrieg von der deutschen Monopolbourgeoisie viele Ersatzstoffe entwickelt und Abfälle weiterverarbeitet: Autos fuhren mit Holzgas, aus Kartoffelkraut wurde Papier gemacht, Zellwolle und Zellstoff kamen zu Ehren. Auch von der Organisation der faschistischen Kriegswirtschaft will man lernen. Damals hatte die Monopolbourgeoisie die gesamte Wirtschaft unter einheitliches Kommando gestellt. In einem Forschungsprojekt in Schleswig-Holstein soll jetzt aus Rapsöl Diesel gewonnen werden. Das Verfahren stammt auch aus der Zeit des Faschismus. Um die Landwirtschaft selbst mit Treibstoff zu versorgen, müßten große Flächen mit Raps angebaut werden. Aus wirtschaftlichen Gründen ist das nur unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft möglich. Die Masche mit der alternativen Energie erleichtert der Bourgeoisie ihre Kriegsvorbereitungen.

Verfassungsschutzdienstherr Baum bereitet die Betriebsratswahlen 1981 vor

z.eve. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat alle Landesämter für Verfassungschutz angewiesen, in Betrieben über 1000 Beschäftigten alle Betriebsratsmitglieder zu überprüfen. Nach Bremen ist bekannt geworden, daß solche Überprüfungen auch schon im Saarland stattgefunden haben.

In einem Interview mit der Zeitung IG Metall vom 10.10. erklärt Innenminister Baum: „Was ich zu verantworten habe, sind die Betriebsratswahlen 1981." Tätig wird er auf der Grundlage des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes. Dort heißt es in §3: „Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz ... ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über: 1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind ..." Baum, anläßlich der Vorlage des Verfassungsschutzberichtes 78: „Diese Grundentscheidung unserer Verfassung erfordert es, extremistische Bestrebungen solange nicht zu verbieten, wie sie nicht die freiheitliche Ordnung selbst gefährden. Eine solche Toleranz verlangt aber, daß diese Bestrebungen beobachtet werden, um festzustellen, wann die Grenze überschritten ist, von der ab sie zu einer ernsten Gefahr werden." Da laut KPD-Verbotsurteil, das die Grundlage für die Definition der freiheitlich demokratischen Grundordnung ist, „Die staatliche Ordnung der freiheitlichen Demokratie ... systematisch auf die Aufgabe ... des sozialen Kompromisses angelegt sein" muß, kann man sich leicht ausrechnen, wann für Innenminister Baum die Grenze kommt. Es ist kein Zufall, daß die Verfassungsschutzberichte seit 10 Jahren Berichte über das „Ausmaß kommunistischer Betriebsarbeit" enthalten, also seit die Arbeiterbewegung 1969 die ersten großen Kämpfe seit der Zerschlagung der KPD geführt hat. Die zunehmenden Streiks im letzten Jahr, die Tatsache, daß die Arbeiterbewegung verstärkt ihre Interessen im Kampf durchsetzen will, läßt die Bundesregierung nach Mitteln und Wegen suchen, die kommenden Kämpfe mit Hilfe des staatlichen Geheimdienstes zu unterdrücken.

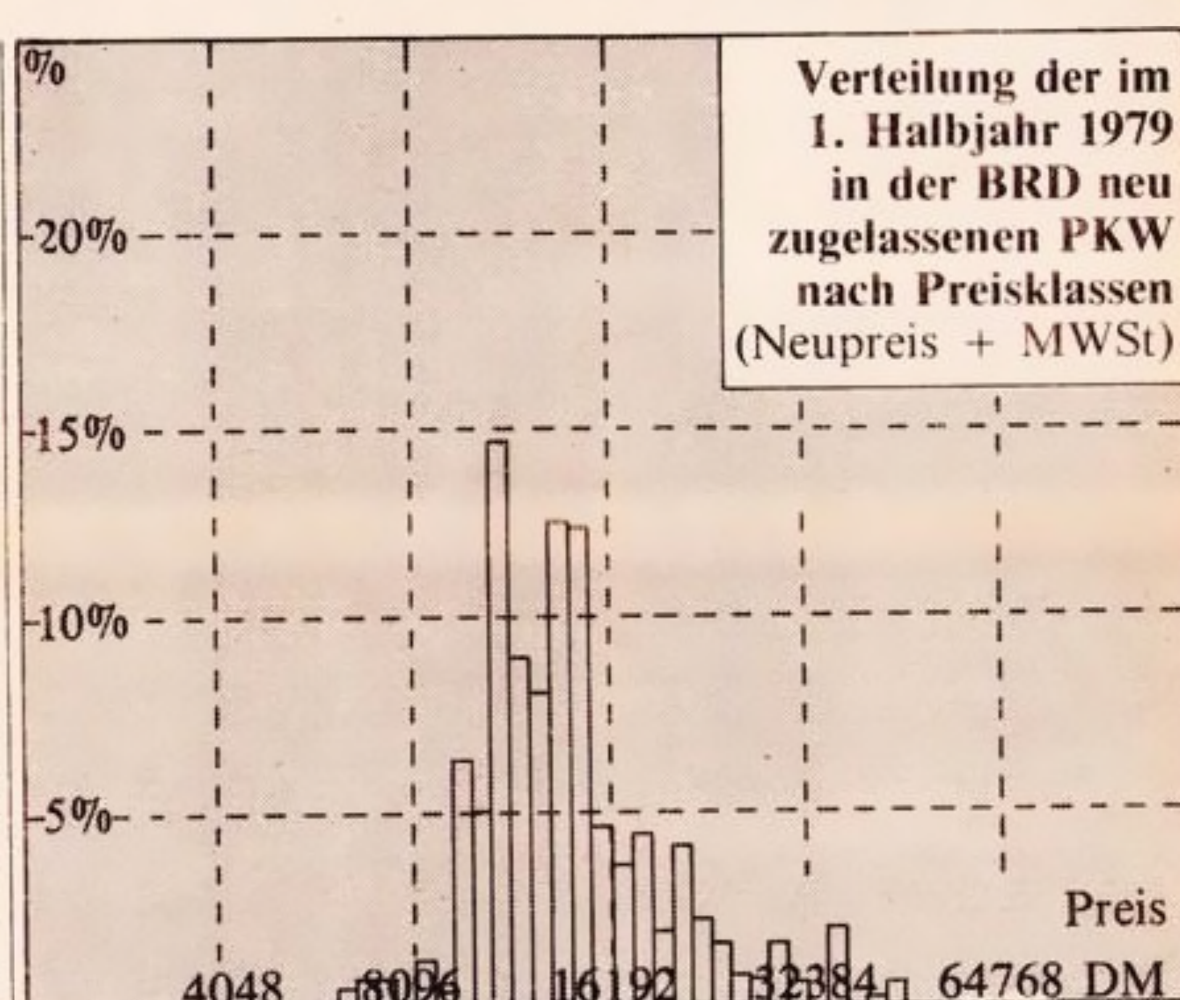
Im Interview mit der IG Metall schlägt Baum vor, eine „umfassende Diskussion über die Mitwirkung des Verfassungsschutzes in Bezug auf die Betriebe zu führen". Am liebsten wäre es ihm natürlich: „Wenn die Gewerkschaften mir sagen, das ist ein falscher Anknüpfungspunkt mit den Betriebsratswahlen, wir haben andere Indikatoren, was die Tätigkeit der Extremisten in den Betrieben angeht." Man soll sich daran gewöhnen, daß der Verfassungsschutz im Betrieb „mitwirkt". Die Gewerkschaften sollen auf den sozialen Kompromiss festgelegt werden. Er sei gegen eine Überprüfung der gesamten Arbeiterschaft. Was würde ihm auch so eine *Überprüfung* aller nutzen? Seine Taktik ist anders: er hat systematisch in seiner kurzen Amtszeit die Computer des Verfassungsschutzes ausbauen lassen. Das Personalausweisgesetz steht kurz vor seiner Änderung, danach werden die Personalausweise aussehen, wie jetzt schon die Werksausweise von Arbeitern großer Betriebe, ganz computergerecht. Auch das Melderechtsrahmengesetz, das seine Amtsvorgänger vergeblich versucht haben durchzubringen, findet Beifall bei der Bourgoisie. Die „Deutsche Zeitung" am 19. 10.: „Strenge Maßstäbe werden an die Weitergabe der Personaldaten (durch die Einwohnermeldeämter) gelegt", aber: „Privilegiert sind die Geheimdienste. Ihre Datenwünsche haben die Meldebehörden ungeprüft und ohne Registrierung zu erfüllen." Baum will alle *erfaßt* haben, um dann den Verfassungsschutz, „wenn die Grenze überschritten ist", zielsicher zugreifen zu lassen.

Auch beim „Kampf gegen den Verkehrslärm" geht es vor allem um den Ausbau der Unterdrückung

z.frb. Das Gesetzeswerk „zum Schutz gegen Verkehrslärm von Straßen und Schienenwegen", seit Jahren auf dem Weg durch die parlamentarischen Instanzen, ist erneut auf der Strecke geblieben. Diesmal konnten sich SPD und FDP im Verkehrsausschuß des Bundestages nicht auf den amtlich zugelassenen Lärmpegel einigen.

Der Gesetzentwurf unterscheidet Höchstwerte von Verkehrslärm für Wohngebiete, Mischgebiete und Industriegebiete. Werden die Werte überschritten, so muß der Bauträger des Straßenprojekts Schallschutzmaßnahmen durchführen. Sind solche Maßnahmen „nicht durchführbar" oder „stehen ihre Kosten außer Verhältnis zu dem angestrebten Schutzzweck", so sollen Zuschüsse zum Einbau schallschluckender Fenster etc. gezahlt werden. Die FDP wollte die Höchstwerte etwas gesenkt sehen, dem größten Teil der SPD-Fraktion war dies zu riskant, wo doch das Geld anderswo vielleicht mehr Wählerstimmen bringen könnte.

Tatsächlich sind die Parlamentarier über ihrem Disput nicht untätig geblieben. Längst haben sie die Polizei in die Bresche geschickt im „Kampf gegen den Verkehrslärm". Statistisch gesehen steht für jeden zweiten Einwohner Westdeutschlands über 18 Jahren ein



Benutzung von Fahrzeugen. „Es ist insbesondere verboten, Fahrzeugmotoren unnötig laufen zu lassen und Fahrzeugtüren übermäßig laut zu schließen. Unnützes Hin- und Herfahren ist innerhalb geschlossener Ort-

besitzer und den Standortvorteilen der Kapitalisten mobil gemacht, nötigt die kapitalistische Anarchie die Arbeiterbevölkerung zu „unnötigem Hin- und Herfahren". Neue Lärmmeßgeräte für die Polizei fordert der FDP-Abgeord-

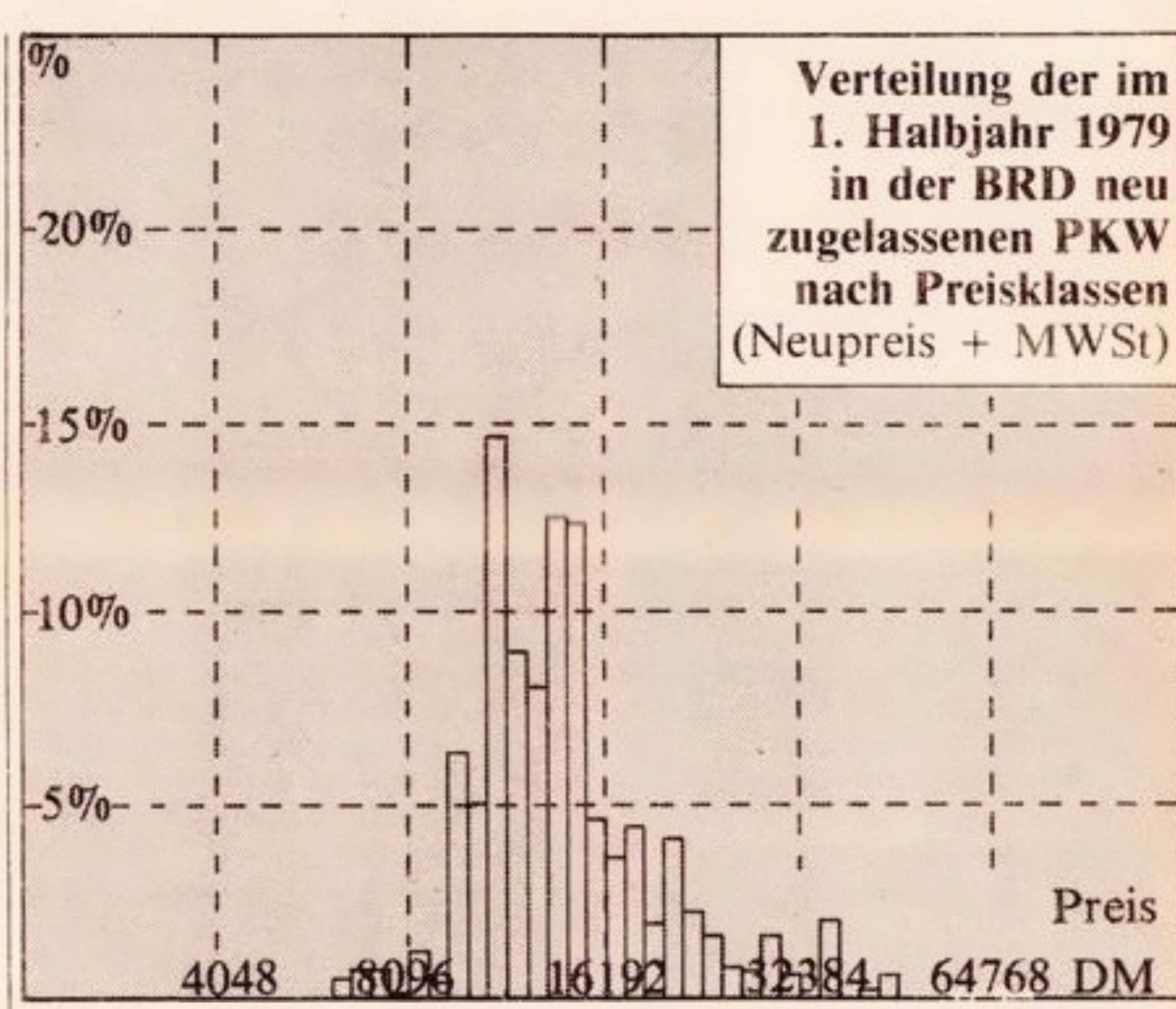
Auch beim „Kampf gegen den Verkehrslärm" geht es vor allem um den Ausbau der Unterdrückung

z.frb. Das Gesetzeswerk „zum Schutz gegen Verkehrslärm von Straßen und Schienenwegen", seit Jahren auf dem Weg durch die parlamentarischen Instanzen, ist erneut auf der Strecke geblieben. Diesmal konnten sich SPD und FDP im Verkehrsausschuß des Bundestages nicht auf den amtlich zugelassenen Lärmpegel einigen.

Der Gesetzentwurf unterscheidet Höchstwerte von Verkehrslärm für Wohngebiete, Mischgebiete und Industriegebiete. Werden die Werte überschritten, so muß der Bauträger des Straßenprojekts Schallschutzmaßnahmen durchführen. Sind solche Maßnahmen „nicht durchführbar" oder „stehen ihre Kosten außer Verhältnis zu dem angestrebten Schutzzweck", so sollen Zuschüsse zum Einbau schallschluckender Fenster etc. gezahlt werden. Die FDP wollte die Höchstwerte etwas gesenkt sehen, dem größten Teil der SPD-Fraktion war dies zu riskant, wo doch das Geld anderswo vielleicht mehr Wählerstimmen bringen könnte.

Tatsächlich sind die Parlamentarier über ihrem Disput nicht untätig geblieben. Längst haben sie die Polizei in die Bresche geschickt im „Kampf gegen den Verkehrslärm". Statistisch gesehen steht für jeden zweiten Einwohner Westdeutschlands über 18 Jahren ein PKW zur Verfügung. Ein ideales Gebiet also, um unter dem Vorwand der Ordnung des Verkehrs die Unterdrückungstätigkeit des Staatsapparates in aller Breite zu organisieren.

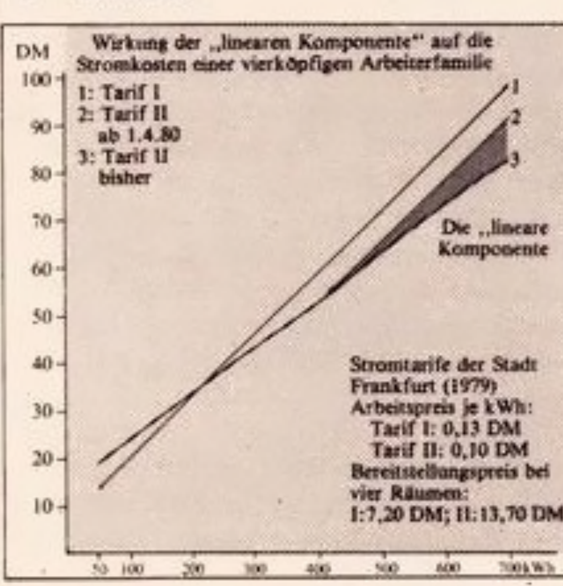
§ 30 der Straßenverkehrsordnung verbietet „unnötiges Lärmen" bei der



Benutzung von Fahrzeugen. „Es ist insbesondere verboten, Fahrzeugmotoren unnötig laufen zu lassen und Fahrzeugtüren übermäßig laut zu schließen. Unnützes Hin- und Herfahren ist innerhalb geschlossener Ortschaften verboten, wenn andere dadurch belästigt werden."

Immerhin, „Hin- und Herfahren" ist nicht verboten. Die Statistik weist aus, daß die Fahrzeugdichte pro Kopf in kleinen Städten größer ist als in Großstädten. Vom Wucher der Grundbesitzer und den Standortvorteilen der Kapitalisten mobil gemacht, nötigt die kapitalistische Anarchie die Arbeiterbevölkerung zu „unnötigem Hin- und Herfahren". Neue Lärmmeßgeräte für die Polizei fordert der FDP-Abgeordnete Merker. Ist der Arbeiter erst zum „Lärmverursacher" erklärt, so stehen die Gesetze, die ihn gängeln und schröpfen, schon bereit. Und wie schnell wird aus der „Lärmkontrolle" eine Straßensperre und eine Kontrolle der Bewegungen der Volksmassen.

z.gab. **Ab 1.4.1980 soll die Berechnung des Stromtarif II geändert werden:** dann nämlich, wenn Arbeits- plus Bereitstellungspreis je kWh unter den Arbeitspreis des Tarifs I sinkt, soll Tarif II „linear" entsprechend Tarif I steigen. (vgl. KVZ 42/79) Steigt also der Stromverbrauch, was unabdingbar ist, ist die Hausarbeit erst auf wenige Stunden nach der Arbeit zusammengedrängt und elektrisches Haushaltgerät zum unverzichtbaren Reproduktionsmittel der Arbeiterfamilie geworden, wird Matthöfers „lineare Komponente" wirksam.



z.juh. **Nach dem „Finanzplan des Bundes 1979 bis 1983" erhöht sich die Gesamteinnahme des Bundes aus Steuern von 1979 164 Mrd. DM auf 216,7 Mrd. DM für 1983.** Der Löwenanteil soll von der Lohn- und Einkommensteuer kommen. *1979:* 57,3 Mrd. DM (34,87%), *1980:* 61,6 Mrd. (35;16%), *1981:* 68,7 Mrd. (36,5%), *1982:* 78,1 Mrd. (38,45%), *1983:* 86,3 Mrd. (39,87%). Wie rasant der Anstieg der Lohnsteuer wirklich ist, wird noch verdeckt: Erstens ist die Einkommensteuer in diesen Zahlen enthalten; sie steigt 1980 um 2,5%, dagegen die Lohnsteuer um 12,5%. Zweitens sinkt der Anteil des Bundes am Gesamtaufkommen dieser Steuern von 43% (1979) auf 42,5% für 1980 und folgende Jahre. Das Aufkommen an Lohn- und Einkommensteuer *aller* öffentlichen Haushalte steigt von 1979 auf 1980 um 8,9%, 1980–81 um 11,5%, 1981–82 um 13,7%, 1982–83 um 10,4%. Dagegen ist der Anteil der Ertrag- und Körperschaftsteuer gleichbleibend bis 1983 jeweils 7,8%.

z.urb. **Am 17.10. wollte das Bundeskabinett das 2. Luftforschungsprogramm für 1979–1982 mit 1,3 Milliarden verabschieden.** 900 Millionen hatte der Etat 1975–1978 betragen. In einem Seminar zur Vorbereitung des Programms erklärte Hertrich vom Bundesministerium für Forschung und Technologie angesichts der Steigerung der Ausgaben der US-Imperialisten für Luftfahrtforschung von 82,5 Mio. auf 224,5 Mio.$: „Es liegt auf der Hand, daß dieses NASA-Programm die Technologie des Flugzeugbaus in den USA einen großen Schritt nach vorn bringen wird und die Europäer Gefahr laufen, den mühsam errungenen Anschluß zu verlieren, wenn sie nicht etwas Gleichwertiges zustande bringen." Er forderte ein europäisches Luftforschungsprogramm. – Ein Schritt dahin war das Airbusprojekt. Deshalb steht seine Förderung weiter im „Zentrum des Programms". Zur weiteren Stärkung gegenüber den US-Imperialisten wurde jetzt den 3 größten japanischen Flugzeugherstellern 25% Beteiligung und ein Sitz im Airbus-Konsortium angeboten. Mit der angestrebten Fusion zwischen MBB und VFW Fokker stärken die westdeutschen Monopole zugleich ihre Ausgangsposition. Wegen der „noch offenen Klärung einiger ordnungspolitischer Fragen" wurde die Verabschiedung des Programms um eine Woche verschoben.

z.hep. **„Strafvollzugsgesetz, Entwicklungsgesetz mit Zielvorstellungen"** – Das war die Grundthese von Ministerialdirigent Berlit vom niedersächsischen Justizministerium am 17.10. auf

Europaparlament will die „Harmonisierung“ der Sozialversicherungen beschleunigen

z.scc.Brüssel. Dem italienischen Europarlamentarier Pininfarina war es vorbehalten, eine der „Harmonisierung“ der Steuerausplünderung vergleichbar „große europäische Aufgabe“ auf die Tagesordnung des Europaparlaments zu setzen: die „Harmonisierung“ der Sozialversicherungen. Den Mann treibt ein starkes Verlangen. Die Beiträge für die Unfallversicherungen jeweils außer Acht gelassen, zahlen die italienischen Kapitalisten mit 41,85% (Industrie) bzw. 38,68% (Handel) vom Bruttolohn den höchsten Beitragssatz in die Sozialversicherungskassen:

Beiträge zur Sozialversicherung, 1.7.78, in % des Bruttolohns

Land	Beiträge d. Lohnabh.	Beiträge d. Kapitalisten
BRD	16,20	16,20
F	11,39	31,91
GB	5,69	8,75
I	7,45	41,85

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, was den wütenden Neid der übrigen westeuropäischen Konkurrenz stärker anstachelt: der niedrige Beitragssatz und damit auch die niedrigen „Arbeitskosten“ (Bruttolohn plus Beiträge der Kapitalisten) der britischen Imperialisten oder die Brutalität, mit der die westdeutschen Imperialisten sich durch die direkte Besteuerung des Lohns und unter dem Titel der Sozialversicherungen einen bedeutenden Teil des Arbeiterlohns wieder aneignen und in Kapital verwandeln:

Steuer- und Sozialversicherungsabzüge auf den durchschnittlichen Bruttolohn 1978 (Verheiratet, zwei Kinder)

Land	Brutto	Netto	Netto in% von brutto
BRD	2182,67	1597,03	73,17
F	3871,00	3179,00	82,15
GB	357,18	266,93	74,73
I	440135,00	381577,00	84,96

Angaben in Landeswährung

Tatsache ist, daß die westdeutschen Kapitalisten es als einzige in dieser Schar ausgefuchster Ausbeuter vermocht haben, der Arbeiterklasse die Hälfte der Zahlungen für die Sozialversicherungen aufzulasten.

Die „Harmonisierungs“richtungen, in die die westeuropäischen Imperialisten drängen, sind durch diese groben Tatsachen bereits angedeutet und zeichnen sich in den in den letzten Jahren durchgeführten bzw. aktuell vorbereiteten Maßnahmen deutlich ab. Daß der Platz nicht reicht, die Änderungen der Sozialversicherungsgesetzgebungen auch nur annähernd aufzuführen, zeigt den Eifer, mit dem die Imperialisten, verbissen miteinander konkurrierend, schon bei der Sache

der die westdeutschen Imperialisten sich durch die direkte Besteuerung des Lohns und unter dem Titel der Sozialversicherungen einen bedeutenden Teil des Arbeiterlohns wieder aneignen und in Kapital verwandeln:

Steuer- und Sozialversicherungsabzüge auf den durchschnittlichen Bruttolohn 1978 (Verheiratet, zwei Kinder)

Land	Brutto	Netto	Netto in% von brutto
BRD	2182,67	1597,03	73,17
F	3871,00	3179,00	82,15
GB	357,18	266,93	74,73
I	440135,00	381577,00	84,96

Angaben in Landeswährung

Tatsache ist, daß die westdeutschen Kapitalisten es als einzige in dieser Schar ausgefuchster Ausbeuter vermocht haben, der Arbeiterklasse die Hälfte der Zahlungen für die Sozialversicherungen aufzulasten.

Die „Harmonisierungs“richtungen, in die die westeuropäischen Imperialisten drängen, sind durch diese groben Tatsachen bereits angedeutet und zeichnen sich in den in den letzten Jahren durchgeführten bzw. aktuell vorbereiteten Maßnahmen deutlich ab. Daß der Platz nicht reicht, die Änderungen der Sozialversicherungsgesetzgebungen auch nur annähernd aufzuführen, zeigt den Eifer, mit dem die Imperialisten, verbissen miteinander konkurrierend, schon bei der Sache
sind.

„Versuchsweise“, schreibt die EG-Kommission in ihrem „Bericht über die Entwicklung der sozialen Lage in den Gemeinschaften 1977“, würden in Italien, Frankreich, Dänemark, Belgien und den Niederlanden „den Arbeitgebern Erleichterungen ihrer Soziallasten angeboten werden“. Mit Blick auf die westdeutsche und britische Konkurrenz haben diese tatsächlich beträchtlich aufzuholen, die „Versuche“ dauern nicht nur an, sondern werden ständig ausgebaut. Die „Erleichterung“ besteht vor allem in der Befreiung der Kapitalisten von Beitragszahlungen bei Einstellung von Jugendlichen und Arbeitslosen und ist, angesichts anhaltend hoher Arbeitslosenraten bei beschleunigter Umwälzung der Arbeiterheere, enorm. Mit dem Haushaltsplan 1980 setzt die italienische Regierung die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge der Kapitalisten um 4 (für Frauen: 10) Prozentpunkte endgültig ins Werk, nachdem sie Entsprechendes erst für 1977, dann 1978, dann 1979 „vorübergehend“ verfügt hatte. – Die Kosten für Gesundheits- und Altersversorgung wie Arbeitslosenzahlugen werden, sofern die Bourgeoisie sie nicht ausreichend „dämpfen“ kann, übereinstimmend teilweise aus den Steuern der Lohnabhängigen, teilweise durch Erhöhung ihrer Beiträge bestritten. So hat z.B. die französische Regierung, die bereits im Dezember 1978 eine mehrstufige Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge sowie die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge verfügt hatte, letztere zum 1.8.79 erneut um einen Prozentpunkt für die Lohnabhängigen aufgestockt, „vorübergehend“, versteht sich.

„Andere Maßnahmen“, resümiert die EG-Kommission im 78er Bericht, „zielen darauf ab, die Kostenflut in den Griff zu bekommen.“ „Selbstbeteiligung der Versicherten“ ist die eine, „Kostendämpfung“ die andere Parole. In Belgien, Frankreich, der BRD, Italien, den Niederlanden wurde und wird die „Selbstbeteiligung“ an den Arznei-, Arzt-, Krankenhaus- und/oder Zahnbehandlungskosten eingeführt bzw. beträchtlich ausgebaut. In den Niederlanden beispielsweise soll laut zur Entscheidung anstehenden Gesetzesplänen zukünftig ein Teil der Kosten der Gesundheitsversorgung den Lohnabhängigen zusätzlich zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen (5,35%) aufgebürdet werden. Das Hauptfeld, auf dem sich die „Kostendämpfung“ austobt, ist neben der Gesundheits- vor allem die Altersversorgung. In ausnahmslos allen Ländern der EG sind seit 1977 „Rentenreformen“, „große“ und „kleine“, durchgeführt worden bzw. in der Durchführung begriffen. Zum größten Teil haben wir sie in dieser Zeitung dokumentiert. Inzwischen eröffnen die britischen Imperialisten den „Harmonisierungs“bestrebungen der vereinigten westeuropäischen Räuberbande ein neues Feld: Vorausgesetzt, daß sie ihre Ankündigung der Besteuerung von Krankengeld- und Arbeitslosenzahlungen durchsetzen können, läßt dieser weitere Angriff auf die Reproduktion der Arbeiterklasse bahnbrechende Wirkung erwarten.

Unzweifelhaft, daß die westdeutschen Imperialisten die bisher größten Einbrüche in die Arbeiterrechte erzielen konnten. Unzweifelhaft, daß ihre Erfolge, die sich als klingende Münze in den Versicherungsfonds aufhäufen und diese in sprudelnde Kapitalquellen verwandeln, die Konkurrenten nicht ruhen lassen. Umgekehrt. Jeder Fortschritt der westdeutschen Arbeiterklasse bei der eindeutigen, gesetzlichen Sicherung ihrer Rechte auf vollständige Selbstverwaltung der Versicherungen; Bezahlung der Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten; vollständigen Versicherungsschutz; unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung mit allen Arzneimitteln; Erhöhung der Renten auf mindestens 75% des Lohns; Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80% des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit, würde nicht nur die eigenen Ausbeuter in die Schranken weisen, sondern die „Harmonisierungs“-lust der westeuropäischen Imperialisten erheblich dämpfen.



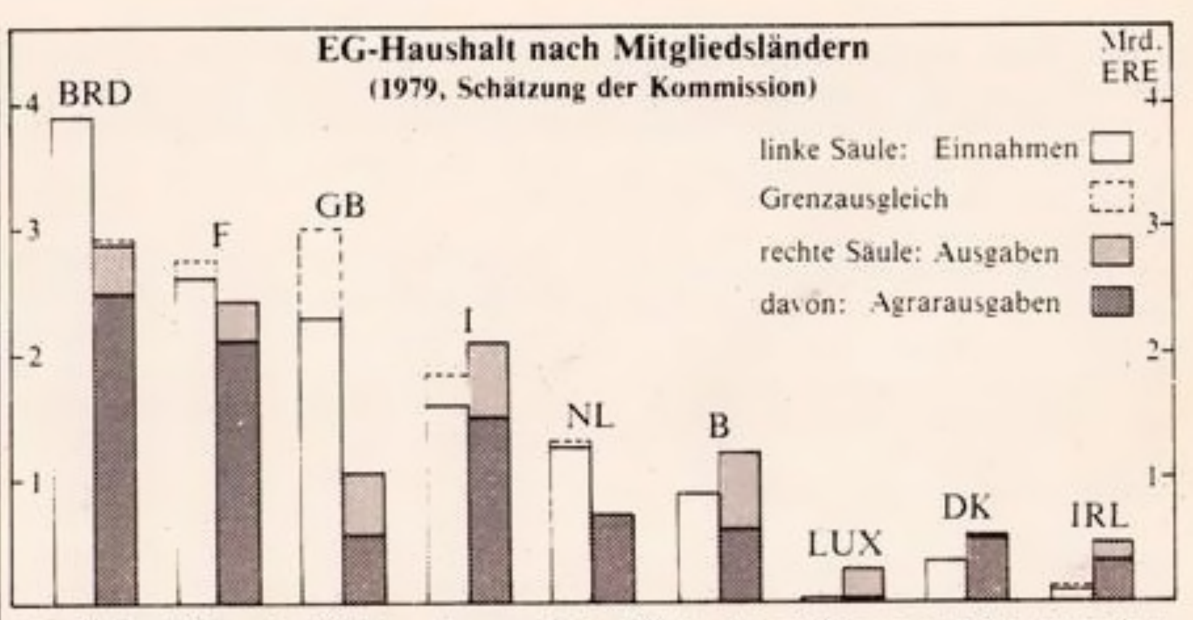
erneut um einen Prozentpunkt für die Lohnabhängigen aufgestockt, „vorübergehend“, versteht sich.

„Andere Maßnahmen“, resümiert die EG-Kommission im 78er Bericht, „zielen darauf ab, die Kostenflut in den Griff zu bekommen.“ „Selbstbeteiligung der Versicherten“ ist die eine, „Kostendämpfung“ die andere Parole. In Belgien, Frankreich, der BRD, Italien, den Niederlanden wurde und wird die „Selbstbeteiligung“ an den Arznei-, Arzt-, Krankenhaus- und/oder Zahnbehandlungskosten eingeführt bzw. beträchtlich ausgebaut. In den Niederlanden beispielsweise soll laut zur Entscheidung anstehenden Ge-

se bei der eindeutigen, gesetzlichen Sicherung ihrer Rechte auf vollständige Selbstverwaltung der Versicherungen; Bezahlung der Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten; vollständigen Versicherungsschutz; unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung mit allen Arzneimitteln; Erhöhung der Renten auf mindestens 75% des Lohns; Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80% des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit, würde nicht nur die eigenen Ausbeuter in die Schranken weisen, sondern die „Harmonisierungs“-lust der westeuropäischen Imperialisten erheblich dämpfen.



Frankreich: Krankenhausbeschäftigte und Ärzte demonstrieren gegen das Kostendämpfungsprogramm der Regierung. Am 23.10. haben zum ersten Mal 90% der praktischen Ärzte gegen die Bindung von Honorarerhöhungen an die Senkung der Rezeptkosten gestreikt. Bild: Ärztedemonstration in Nantes.



Das Schaubild zeigt die Einnahmen (linke Säulen) der EG *aus* und die Ausgaben (rechte Säulen) *in* den einzelnen Mitgliedsländern. Westdeutschland und Frankreich kassieren den Löwenanteil der Agrarausgaben (schraffiert), die britischen Imperialisten müssen kräftig zuzahlen. (1 ERE ca. 2,58 DM)

Krach um den EG-Haushalt – Britische Imperialisten drohen mit Zahlungsverweigerung

z.ulg. Sinnigerweise in einer Gedenkrede für Churchill hat die britische Premierministerin Thatcher ihren EG-„Partnern“ ein Ultimatum gestellt. Spätestens auf der Dubliner Gipfelkonferenz in einem Monat müsse der EG-Haushalt „reformiert“ und namentlich der britische Beitrag drastisch gekürzt werden.

In dem obenstehenden Schaubild haben wir den Beiträgen der einzelnen Mitgliedsländer (linke Säulen) für 1979 die Ausgaben der EG in diesen Ländern gegenübergestellt. Die Grenzausgleichsbeträge, die die EG beim Export von Agrarprodukten in die „währungsschwachen“ Länder, vor allem nach Großbritannien und Italien, zahlt, werden in der Statistik den Ausgaben zugunsten der *importierenden* Länder zugerechnet. Tatsächlich sind es aber Prämien für ihre Konkurrenten. Wir haben sie daher für Italien, Großbritannien und die Niederlande als zusätzlichen Tribut den Beiträgen zugeschlagen, für die anderen Länder umgekehrt den Leistungen (gestrichelte Säulen). Der Anteil der „gemeinsamen Agrarpolitik“ an den Ausgaben ist schraffiert gezeichnet.

Der Haupttrumpf der britischen Imperialisten beim Kampf um die Vorherrschaft in der EG sind – neben dem Nordseeöl – die „angestammten“ Kolonialverbindungen zum billigen Bezug von Rohstoffen und Lebensmitteln. Und ausgerechnet darauf hat die EG praktisch eine Steuer gelegt: 68,3% der britischen Beitragszahlungen stammen aus Zöllen und Abschöpfungen auf Einfuhren von außerhalb der Gemeinschaft, gegenüber nur 53% im EG-Durchschnitt. Den Rest zahlt die Arbeiterbevölkerung jeweils in Gestalt eines Anteils an der Mehrwertsteuer.

Andererseits ist das System der „gemeinsamen Agrarpolitik“, mit dem die Preise der meisten Agrarprodukte weit über Weltmarktniveau gehalten werden und der Export subventioniert wird, maßgeschneidert auf die Interessen der westdeutschen und französi-

von Agrarprodukten in die „währungsschwachen“ Länder, vor allem nach Großbritannien und Italien, zahlt, werden in der Statistik den Ausgaben zugunsten der *importierenden* Länder zugerechnet. Tatsächlich sind es aber Prämien für ihre Konkurrenten. Wir haben sie daher für Italien, Großbritannien und die Niederlande als zusätzlichen Tribut den Beiträgen zugeschlagen, für die anderen Länder umgekehrt den Leistungen (gestrichelten Säulen). Der Anteil der „gemeinsamen Agrarpolitik“ an den Ausgaben ist schraffiert gezeichnet.

Der Haupttrumpf der britischen Imperialisten beim Kampf um die Vorherrschaft in der EG sind – neben dem Nordseeöl – die „angestammten“ Kolonialverbindungen zum billigen Bezug von Rohstoffen und Lebensmitteln. Und ausgerechnet darauf hat die EG praktisch eine Steuer gelegt: 68,3% der britischen Beitragszahlungen stammen aus Zöllen und Abschöpfungen auf Einfuhren von außerhalb der Gemeinschaft, gegenüber nur 53% im EG-Durchschnitt. Den Rest zahlt die Arbeiterbevölkerung jeweils in Gestalt eines Anteils an der Mehrwertsteuer.

Andererseits ist das System der „gemeinsamen Agrarpolitik“, mit dem die Preise der meisten Agrarprodukte weit über Weltmarktniveau gehalten werden und der Export subventioniert wird, maßgeschneidert auf die Interessen der westdeutschen und französi-
schen Imperialisten. Die britischen Agrarkapitalisten erhalten daraus weniger, als ihre Konkurrenten an „Grenzausgleich“ für Lebensmittelexporte nach Großbritannien kassieren. Die Thatcher hält das für „unvereinbar mit dem Geist der Gemeinschaft“. Aber in was sonst als in erbittertem Kampf um Hegemonie besteht denn der „Geist“ dieser „Gemeinschaft“?

Das weiß natürlich auch die britische Finanzbourgeoisie, und ihren eigenen Hegemonialanspruch macht sie jetzt durch Zahlungsverweigerung geltend. Am 17.9. hat Schatzkanzler Howe die Senkung des britischen Nettobeitrags auf Null gefordert. „Aber früher oder später muß der zweite Schritt, sich die Landwirtschaftspolitik sehr viel genauer anzusehen, gemacht werden“, fügte der Brüsseler BBC-Korrespondent hinzu.

Das Ziel ist die Abschaffung der bisherigen Agrarpolitik. Die Folge wäre millionenfaches Bauernlegen auf dem Kontinent, während die Londoner City selbst den Kolonialhandel mit Lebensmitteln für ganz Westeuropa kontrollieren könnte. Was daran schon jetzt *trotz* Abschöpfungen und für England *allein* zu verdienen ist, zeigt die Tatsache, daß Großbritannien 1976 mehr als doppelt soviel Agrarprodukte von außerhalb der EG importiert hat als „innergemeinschaftlich“. Im EG-Durchschnitt war es kaum ein Drittel mehr.

Zugleich könnten die britischen Imperialisten so die relativ hohe Produktivkraft ihrer eigenen Landwirtschaft voll ausspielen. In keinem Land der EG ist die landwirtschaftliche Produktion soweit unter das Regime der Lohnarbeit unterworfen wie in England, nur dort übersteigt die Zahl der Landarbeiter die der selbständigen Bauern. Nebenbei würde die Überfüllung der kontinentalen Arbeitsmärkte mit gelegten Bauern dem britischen Kapitalexport die schönsten Aussichten eröffnen.

Die westdeutschen und französischen Imperialisten verteidigen ihre sprudelnden Einnahmequellen, um die eigenen Hegemonieansprüche durchzusetzen. Doch dazu müssen die EG-Mittel *gezielter* eingesetzt werden. In der neuen Marktordnung für Wein z.B. ist die „Umstellung“ von 224000 ha Rebfläche, vor allem in Frankreich und Italien, auf andere Produktionen

Das Ziel ist die Abschaffung der bisherigen Agrarpolitik. Die Folge wäre millionenfaches Bauernlegen auf dem Kontinent, während die Londoner City selbst den Kolonialhandel mit Lebensmitteln für ganz Westeuropa kontrollieren könnte. Was daran schon jetzt *trotz* Abschöpfungen und für England *allein* zu verdienen ist, zeigt die Tatsache, daß Großbritannien 1976 mehr als doppelt soviel Agrarprodukte von außerhalb der EG importiert hat als „innergemeinschaftlich“. Im EG-Durchschnitt war es kaum ein Drittel mehr.

Zugleich könnten die britischen Imperialisten so die relativ hohe Produktivkraft ihrer eigenen Landwirtschaft voll ausspielen. In keinem Land der EG ist die landwirtschaftliche Produktion soweit unter das Regime der Lohnarbeit unterworfen wie in England, nur dort übersteigt die Zahl der Landarbeiter die der selbständigen Bauern. Nebenbei würde die Überfüllung der kontinentalen Arbeitsmärkte mit gelegten Bauern dem britischen Kapitalexport die schönsten Aussichten eröffnen.

Die westdeutschen und französischen Imperialisten verteidigen ihre sprudelnden Einnahmequellen, um die eigenen Hegemonieansprüche durchzusetzen. Doch dazu müssen die EG-Mittel *gezielter* eingesetzt werden. In der neuen Marktordnung für Wein z.B. ist die „Umstellung“ von 224000 ha Rebfläche, vor allem in Frankreich und Italien, auf andere Produktionen
vorgesehen. Für die kleinen Winzer würde das den sicheren Ruin bedeuten. 880 Mio. DM sollen dafür in fünf Jahren aus dem EG-Haushalt aufgewandt werden. Der britische Landwirtschaftsminister hat die Zustimmung verweigert.

---

einer SPD-Veranstaltung in Hannover zum Thema: „Gesetzesverstöße im Strafvollzug“. Die Zielvorstellungen waren: Brechung möglichst vieler Gefangener. Nach der Lageeinschätzung des niedersächsischen Justizministeriums soll das Entwicklungsgesetz dazu jetzt folgendes hergeben: lückenlose Kontrolle der Gefangenenpost, der Kontakte nach außen; keine „bürokratischen“ Vollzugspläne, d.h. keine Festlegungen betreffs Arbeit, Ausbildung, Urlaub, keine Akteneinsicht für Verteidiger in Vollzugssachen – also keine durchsetzbaren Rechte des einzelnen Gefangenen. Begründung: nicht etwa Sicherheit und Ordnung, sondern Resozialisierungsbehandlung. Und – für die Nichtsozialisierbaren: Isolation, totale Unterdrückung. Der Gegenreferent der SPD-Veranstalter, der „fortschrittliche“ Anstaltsleiter von Hamburg-Fuhlsbüttel, Stark, stimmte solchem Behandlungsvollzug zu.

z.mah. **Im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Soziales hat das Deutsche Krankenhausinstitut (DKI), Düsseldorf, eine Untersuchung durchgeführt.** Danach hätten 52,6% der in die Untersuchung einbezogenen Patienten mit Oberschenkelhalsbruch, 83,3 % mit Bronchopneumonie und 63,6% mit Herzinfarkt, keiner Krankenhausbehandlung bedurft. Titel der Forschungsstudie: „Über die personellen und finanziellen Entlastungsmöglichkeiten in der Krankenhausversorgung durch Differenzierung der Krankenhausaktivitäten nach vollstationärer und semistationärer Versorgung.“ 500 Allgemeinkrankenhäuser mit 48000 Betten und 41000 Patienten wurden in die Untersuchung mit einbezogen. 16,9% der Patienten hätten mit reiner Hotelleistung oder in „Teilzeitpflege“ versorgt werden können. Das DKI geht davon aus, daß nicht bettlägerige Patienten durch das vorhandene Pflegepersonal „überversorgt“ seien. Die Differenzierung der Krankenhausversorgung soll eine durchschnittliche Senkung der Verweildauer von 1,5 Tagen einbringen und eine Kostenersparnis pro Krankenhausfall von 180 DM, wovon 138,- DM auf Personalkostenersparnis fallen würden. Bei 40% aller Patienten sei Minimalpflege und bei 14 % sei Teilzeitpflege „angezeigt“. Kosten sollen nicht nur pro Patient eingespart werden, sondern von vornherein sollen noch größere Engpässe geschaffen werden: „Der kostenbegrenzende Effekt ... ist wiederum nur über eine darauf abzielende Steuerung des Angebots an Krankenhausbetten im Rahmen der Krankenhausregionalplanung möglich.“



z.res. **„Keine Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe“, war die Forderung von über 500 Menschen, die am 20.10. in Bonn demonstrierten.** Alle zwei Monate wird das Kindergeld ausgezahlt. Es zählt für die Sozialhilfeempfänger als Einkommen und wird dementsprechend auf die Sozialhilfe angerechnet, bei 3 Kindern sind das für 2 Monate 700 DM. Während die Minister noch mal ein Drittel mehr als die höchsten Beamten einstreichen, was auch für den Ortszuschlag und damit für das Kindergeld gilt, erhalten die Sozialhilfeempfänger durch das Anrechnungsverfahren praktisch keinen Pfennig Kindergeld.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 Redakteur: Martin Fochler
Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/72087677, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41 B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF · Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

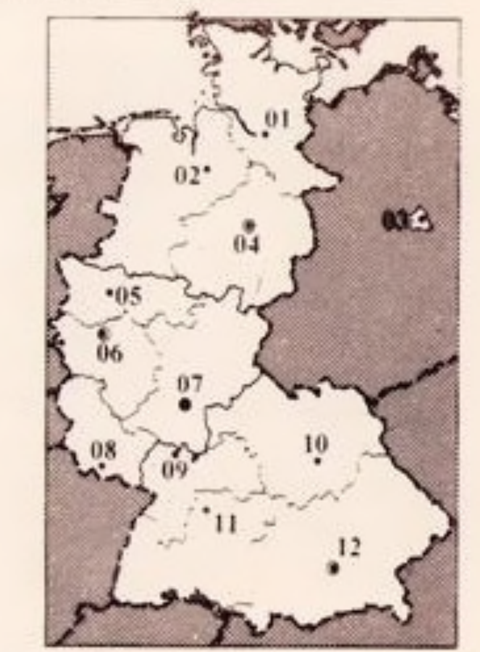
Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Chemische Industrie; Stahl · *Heft 04:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 05:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 06:* Handel · *Heft 07:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 08:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 09:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 10:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 11:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst
Die Hefte 01 bis 10 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 11 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 · **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 · **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 · **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 · **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 · **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/72087677 · **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 · **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 · **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J 7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 · **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 · **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 · **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



b.ulh. **Klose meint, die Forderungen der Arbeiter und Volksmassen nach Entschädigung der Folgen der Giftgasproduktion ignorieren zu können.** Der Senat teilt der Bürgerschaft in der Drucksache 9/1267 mit:,, Die Freie und Hansestadt Hamburg gewährt aus Billigkeitsgründen Betrieben in Hamburg-Eidelstedt, die dort infolge der Räumung des Geländes im Umkreis der Firma Stoltzenberg in der Zeit vom 17. bis 23. September 1979 Betriebsunterbrechungen hinnehmen mußten, eine Beihilfe." Um 1 Mio. DM soll der Haushalt des Senats überzogen werden – ausschließlich um den Kapitalisten entgangene Profite zu ersetzen.



Weithin sichtbar hat die Bürgerinitiative ihre Forderungen gegen den Senat am Zaun um die Stoltzenbergfabrik angebracht.

b.peb. **120 Mio. DM bringt der Wegfall der Lohnsummensteuer den Kapitalisten 1980 an Steuerersparnis in Hamburg.** Der Handelskammer ist das zu wenig, sie hat sich gegen die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von 335 auf 365% ausgesprochen: 342% müßten reichen. In Hannover war der Hebesatz von 360 auf 430%, in Braunschweig von 280 auf 360% erhöht worden. Es geht den Kapitalisten also nicht um eine übermäßige Erhöhung. 227,8 Mio. DM betrug die Lohnsummensteuer im letzten Jahr. Das durch den Wegfall entstandene Defizit in der Haushaltskasse sollen gefälligst die Lohnabhängigen tragen. So stellt die CDU in der Bürgerschaftsdebatte auch gleich den Sinn der Gewerbesteuer überhaupt in Frage, die 1978 1,234 Mrd. DM des Haushalts ausmachte. Die SPD ist auch mehr dafür, die Massen zu plündern.

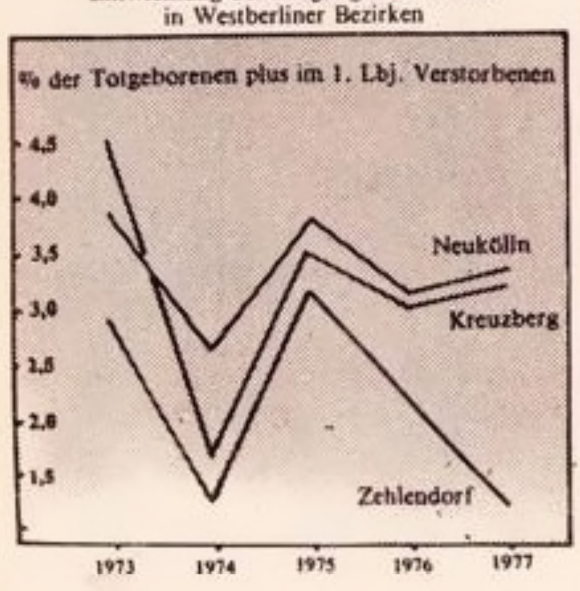
b.ulh.Hamburg. **23 Arbeiter und Angestellte von AEG N4 schreiben Steuerbrief an Matthöfer.** „Wir sind (damit) wieder in einer Situation, aufs neue feststellen zu müssen, daß unser Reallohn immer weiter abnimmt. An dieser Tatsache wird sich unserer Ansicht nach auch nur dann entscheidend etwas ändern, wenn das Steuer- und Abzugswesen endlich zu Gunsten der Arbeitnehmer geändert wird ... Eine ‚gründliche Reform' sollte dabei nicht wieder nach Muster der ‚kleinen Steuerreform' ausfallen, die den unteren Einkommensklassen lächerlich wenig gebracht hat, und dieses Wenige

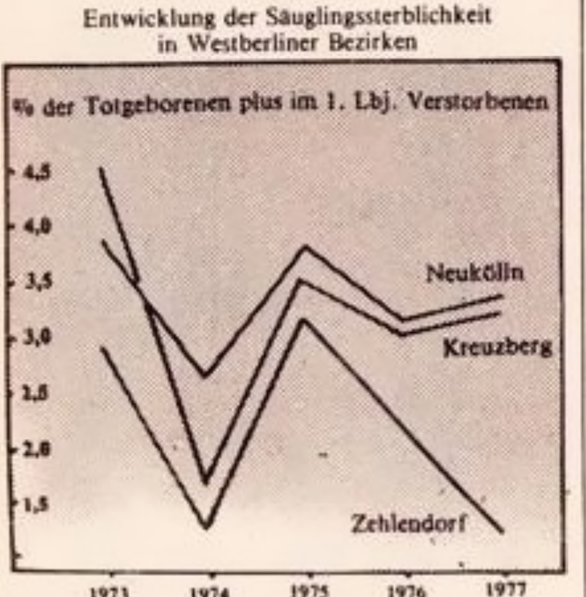
fall der Lohnsummensteuer den Kapitalisten 1980 an Steuerersparnis in Hamburg. Der Handelskammer ist das zu wenig, sie hat sich gegen die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von 335 auf 365% ausgesprochen: 342% müßten reichen. In Hannover war der Hebesatz von 360 auf 430%, in Braunschweig von 280 auf 360% erhöht worden. Es geht den Kapitalisten also nicht um eine übermäßige Erhöhung. 227,8 Mio. DM betrug die Lohnsummensteuer im letzten Jahr. Das durch den Wegfall entstandene Defizit in der Haushaltskasse sollen gefälligst die Lohnabhängigen tragen. So stellt die CDU in der Bürgerschaftsdebatte auch gleich den Sinn der Gewerbesteuer überhaupt in Frage, die 1978 1,234 Mrd. DM des Haushalts ausmachte. Die SPD ist auch mehr dafür, die Massen zu plündern.

b.ulh.Hamburg. **23 Arbeiter und Angestellte von AEG N4 schreiben Steuerbrief an Matthöfer.** „Wir sind (damit) wieder in einer Situation, aufs neue feststellen zu müssen, daß unser Reallohn immer weiter abnimmt. An dieser Tatsache wird sich unserer Ansicht nach auch nur dann entscheidend etwas ändern, wenn das Steuer- und Abzugswesen endlich zu Gunsten der Arbeitnehmer geändert wird ... Eine ‚gründliche Reform' sollte dabei nicht wieder nach Muster der ‚kleinen Steuerreform' ausfallen, die den unteren Einkommensklassen lächerlich wenig gebracht hat, und dieses Wenige auch noch durch die Mehrwertsteuererhöhung wieder ‚abgeknöpft' wurde. Wir sind der Ansicht, daß eine ‚gründliche Reform' zum Ziel haben muß, den jährlichen Grundsteuerfreibetrag von derzeit 3689 DM auf etwa 25% des heutigen Durchschnittslohnes, d.h. auf ungefähr 6830 DM zu erhöhen." Einen ähnlichen Brief unterzeichneten 10 Arbeiter von NRI Buxtehude und zwei Angestellte bei Daimler.

r.stb. **Aus dem Schaubild geht hervor, daß die Säuglingssterblichkeit in den überwiegend von Westberliner Arbeitern bewohnten Bezirken Kreuzberg und Neukölln deutlich an der Spitze liegt.** Der Westberliner Professor Dr. E. Saling propagiert jetzt die „Ambulante Geburt". Durchschnittlicher Klinikaufenthalt nach der Geburt war bislang 5-6 Tage. Prof. Saling schlägt vor, daß die Frauen nach Einsetzen der Wehen die Klinik aufsuchen und bereits vier Stunden nach der Geburt entlassen werden. „Alternative Mediziner" sprechen vom Schutz vor der Technologie moderner Entbingungsstationen.

Entwicklung der Säuglingssterblichkeit in Westberliner Bezirken



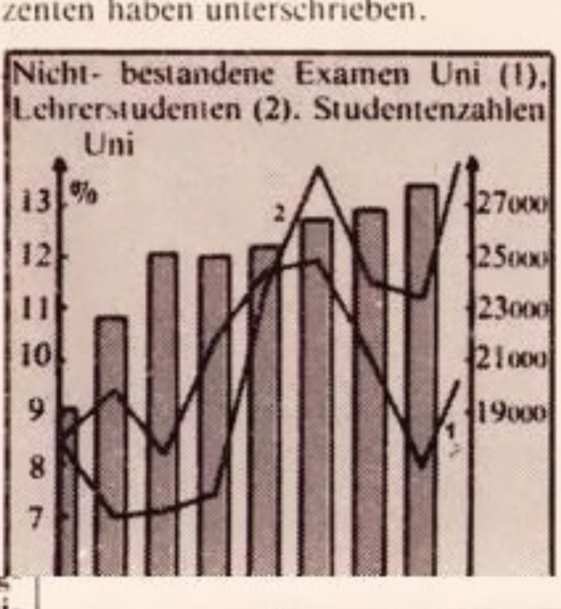


b.kav. **300 bis 330 Ausbildungsplätze für die gehobene Polizeilaufbahn will Innenminister Barschel zur Verfügung stellen.** Polizeibeamte aus dem mittleren Dienst müssen künftig keinen Nachweis der Fachhochschulreife mehr bringen. Statt des einjährigen Kurses zum Nachholen der Fachhochschulreife wird künftig eine halbjährige polizeiinterne Vorbereitung auf die Fachhochschule durchgeführt. Außerdem wird die Ausbildung an der Fachhochschule von drei auf zweieinhalb Jahre verkürzt.

b.suk. **Auf Beschluß der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF) wird seit zwei Wochen das Schiff „Selinda" aus Panama boykottiert.** Bevor nicht alle Forderungen der 23 philipinischen Seeleute durchgesetzt sind, läuft das Schiff aus Hamburg nicht aus. Besitzerin Gräfin Rantzau, ihr gehört die Deutsche Afrika und die Trans Ocean Linie, mußte den Seeleuten Zahlung nach ITF-Tarifen zusichern. Für die untersten Lohngruppen sind das rund 200% mehr (Reiniger: statt 477 DM 1367 DM). Eine Heuernachzahlung von 181000 DM ist verteilt. Es fehlt eine schriftliche Zusage, daß den Seeleuten aus dem Boykott keine Nachteile erwachsen.

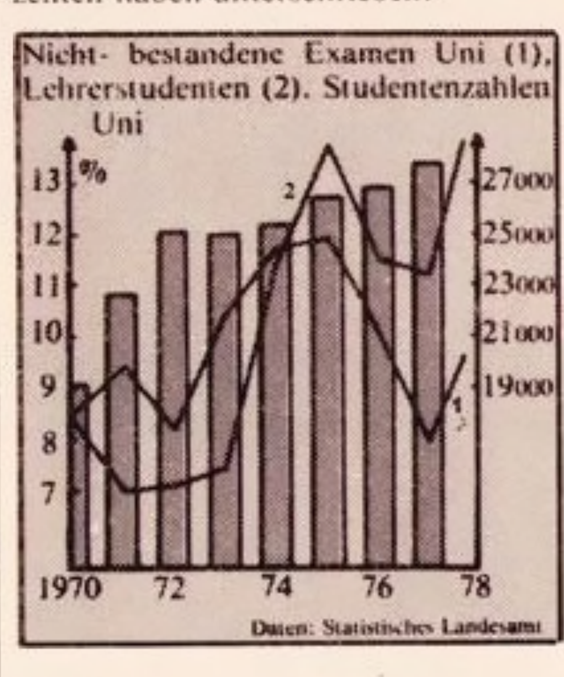


b.ana. **Die Zulassung von A. Adrians zum Examen fordern:** Die FSR Geschichte und Pädagogik, 25 Pädagogikstudenten und 49 Studenten aus vier Lehrveranstaltungen. Auch zwei Dozenten haben unterschrieben.





b.ana. **Die Zulassung von A. Adrians zum Examen fordern:** Die FSR Geschichte und Pädagogik, 25 Pädagogikstudenten und 49 Studenten aus vier Lehrveranstaltungen. Auch zwei Dozenten haben unterschrieben.



b.sah. **Die Wasserbeschaffungsverbände bedauern, daß es noch so viele „weiße Flecken" im Kreis Schleswig-Flensburg gibt.** 67 Gemeinden sollen Zwangsmitglieder werden, 40 sprangen gleich ab. Von den 27 Verbliebenen sind jetzt erst 11 Gemeinden im Verband. Etliche Gemeinden wehren sich gegen Wasseranschluß- und -benutzungszwang. In Tolk haben sich 50 Bauern und Hausbesitzer zum „Freien Bürgerverein Tolk" zusammengeschlossen. In einem Offenen Brief an die Gemeindevertretung fordern sie: 1. klare Auskünfte über die tatsächlich entstehenden Kosten, 2. Streichung des Anschluß- und Abnahmezwangs aus der Satzung, 3. für Bürger, die Wasseranschluß wünschen, sollen bei jedem Haus Anschlüsse bis zur Grundstücksgrenze verlegt werden, die Kosten soll die Gemeinde zahlen. 112 Hauseigentümer haben unterschrieben. Die Gemeinde will die Rohre ab der Straßenmitte berechnen, insgesamt würden die Anschlußkosten allein schon mehr als 1500 DM betragen. Hinzu kommen 0,96 DM je cbm Wasser. Die Benutzung der bisher gebräuchlichen eigenen Brunnen ist verboten. Erreicht hat die Bürgerinitiative bisher, daß die alten Wasseruhren beibehalten werden dürfen. Bisher konnten die Rohre nicht durchgehend verlegt werden. Die Bauern stehen auf der Seite der Initiative. ‚Laßt den Zwang, laßt uns unsere Brunnen, dann lassen wir euch durch."

Tischlerhandwerk schließt mit 6,8 Prozent ab

Gewerkschaft Holz und Kunststoff führt Urabstimmung durch

r.mis. Im Hamburger und Schleswig-Holsteiner Tischlerhandwerk hat die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) mit den Kapitalisten einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen über 6,8% mehr Lohn und Gehalt. Die Tarifkommission empfiehlt die Annahme des Ergebnisses.

Der Facharbeiterecklohn erhöht sich um 77 Pfennig die Stunde und liegt dann in Schleswig-Holstein bei 11,96 DM, in Kiel und Lübeck bei 12,04 DM und in Hamburg bei 12,16 DM. Die Gehälter werden um 6,8% erhöht. Die Ausbildungsvergütungen werden zum 1.10.79 erhöht in Hamburg:

1.Lehrjahr	DM 328
2.Lehrjahr	DM 401
3.Lehrjahr	DM 486

In Schleswig-Holstein:

1.Lehrjahr	DM 323
2.Lehrjahr	DM 395
3.Lehrjahr	DM 478

Die Kapitalisten wollten den Lohn der Tischler erst gar nicht erhöhen, sondern rabiat senken. Sie beharrten auf einem Angebot von 5,3%, bis die GHK als Antwort auf diese Taktik der Kapitalisten die Urabstimmung über dieses unverschämte Angebot durchführte. 98,8% der organisierten Tischler lehnten ab, und es wurde festgelegt, daß ab Donnerstag, den 25.10. gestreikt wird, zahlen die Kapitalisten nicht mindestens 7%.

Durch diese geschlossene Aktion der Tischler haben die Kapitalisten sich sofort wieder bereit erklärt zu verhandeln. Die Lohnkommission der GHK berichtet, daß nach 14 Stunden die Kapitalisten 6,8% boten. Ganz erheblich mehr also, als sie wollten, und auch ganz deutlich über den Marken, die von Finanzkapital, Regierung und Wissenschaftlern angewiesen wurden.

Die Lohnkommission hat das erhandelte Ergebnis den Tischlern zur Urabstimmung vorgelegt. Am Mittwoch, 24.10., war Gewerkschaftsversammlung, auf der das Ergebnis von den Tischlern beraten wurde. Die Mehrheit der anwesenden Tischler stimmte dem Ergebnis nicht zu. 6,8% sind 77 Pfennig die Stunde, das langt nicht, um den ständigen Lohnsenkungen einen wirkungsvollen Riegel vorzuschieben. Die Tischler waren der Meinung, daß mehr drin ist. Die Auftragsbücher der Kapitalisten sind übervoll, so daß die Arbeiter fast in jedem Betrieb Überstunden machen müssen, weil sonst die Arbeit nicht geschafft werden kann. Gute Bedingungen für einen Streik.

Die Tischler konnten auf der Versammlung die nötige Einheit für den Kampf gegen die Kapitalisten nicht erreichen. Schon bei der Aufstellung der Forderung von 9% konnten sich die Holzarbeiter, die einen Mindestbetrag von 170 DM gefordert hatten, nicht durchsetzen. Einzig solch ein Mindestbetrag hätte aber die Geschlossenheit und Einheit der Tischler herstellen können. Jeder hätte gewußt, wofür er nötigenfalls in den Kampf zieht, und auch die Lohnkommission hätte in den Verhandlungen mit den Kapitalisten einen besseren Stand.

So haben die Kapitalisten die Lohnkommission in den Verhandlungen schon dazu gebracht, bloß noch von mindestens 7% auszugehen. So besteht die Differenz zu dem jetzt erhandelten Ergebnis auch bloß noch in 0,2%, in Pfennigen ausgedrückt: 3. Es ist klar, daß sich für drei Pfennige kein Streik organisieren läßt.

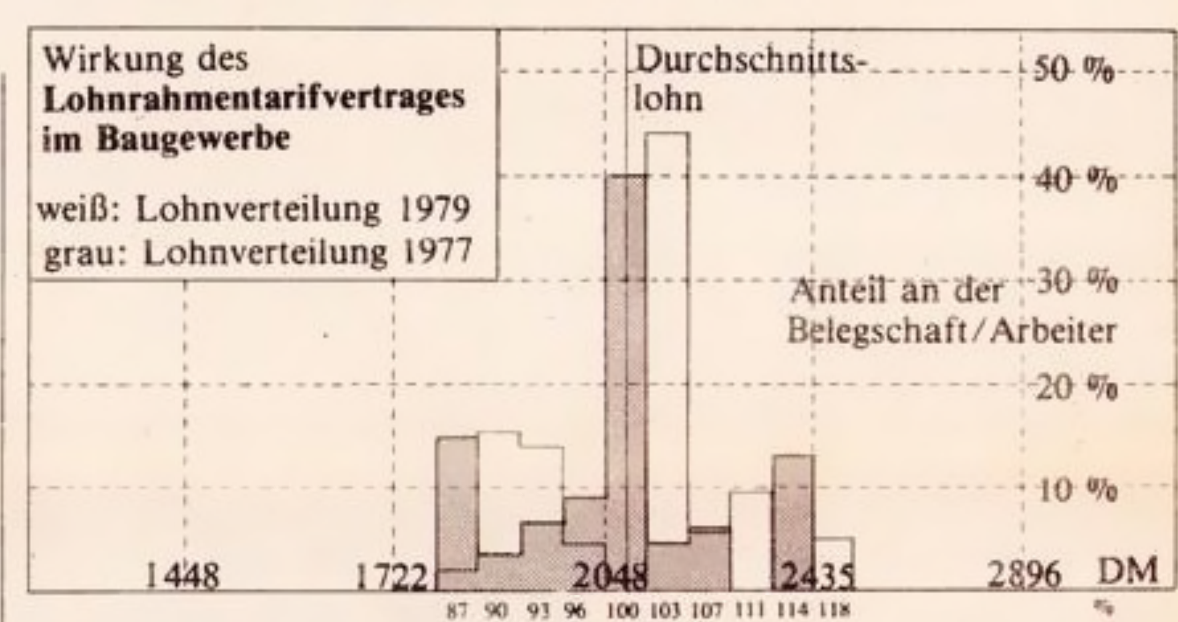
Zwar war die Mehrheit auf den Tischlerversammlung deutlich gegen den erhandelten 6,8%-Abschluß, aber bei einem Ergebnis von 33% für Annahme und 67% gegen den Abschluß ist die Spaltung gegenüber der geschlossenen Ablehnung des Kapitalistenangebotes von 5,3% doch offensichtlich. Um das Ergebnis abzulehnen und den Streik zu beginnen, ist eine Mehrheit von 75% nötig. Unter den Gegebenheiten werden es die Tischler schwer haben, ihre Geschlossenheit in der jetzt laufenden Urabstimmung wieder herzustellen und eine Mehrheit von über 75% hinzukriegen.

Man soll aber nicht vergessen, daß die 6,8% die Kapitalisten weit mehr gekostet hat, als sie gerne wollten. Auch wenn sie zu noch mehr hätten gezwungen werden können.

Durch den Lohnrelationsvertrag haben die Baukapitalisten die Bauarbeiter gespalten

r.mj. Im Bauhauptgewerbe kam zu den letzten beiden Tariflohnerhöhungen (1978: 6,4 Prozent, 1979: 5,6 Prozent) eine Lohnerhöhung aus dem Lohnrelationsvertrag hinzu. Dieser Lohnrelationsvertrag, genau „Tarifvertrag zur Verbesserung der Lohnrelation", beinhaltet, daß 1,5% der Gesamtlohnsumme unterschiedlich auf die Lohngruppen verteilt werden. Für die folgenden Lohngruppen sieht das so aus:

	77	78	79	
Werkpolier	12,06	12,78	14,08	DM
Maurer	10,50	11,30	12,26	DM
Werker	9,53	10,07	10,69	DM



Die unteren Lohngruppen wurden benachteiligt, die oberen schnitten am besten ab. Gleichzeitig wurde eine neue Berufsgruppeneinteilung geschaffen, die im Gegensatz zur alten alle Tätigkeiten auf dem Bau erfaßt.

Die Wirkung dieser beiden Verträge ist am Beispiel eines mittleren Baubetriebes aus Oldenburg untersucht worden. Aus der Belegschaftsstruktur ist die Tariflohnverteilung von 1977 errechnet worden, und darauf die Lohnerhöhungen und die Umstrukturierung gerechnet worden. Das Ergebnis zeigt die weiße Kurve im Schaubild an. Die

In der Lohnverteilung 77, grau, findet man die fast „klassische" Lohneinteilung. Links die ungelernten, in der Mitte die Facharbeiter und an der Spitze die Vorarbeiter und die Baggerführer. Nach der Lohnerhöhung 78, die hier nicht dargestellt worden ist, wurden alle Lohngruppen zusammengeschoben, denn Teile der unteren Lohngruppen wurden in höhere eingruppiert. Die Werkpoliere bekamen damals nur die einfache Lohnerhöhung.

Erst nach der zweiten Ausschüttung der Lohnrelation und der Tariflohnerhöhung 79 sieht man, wo der Hase

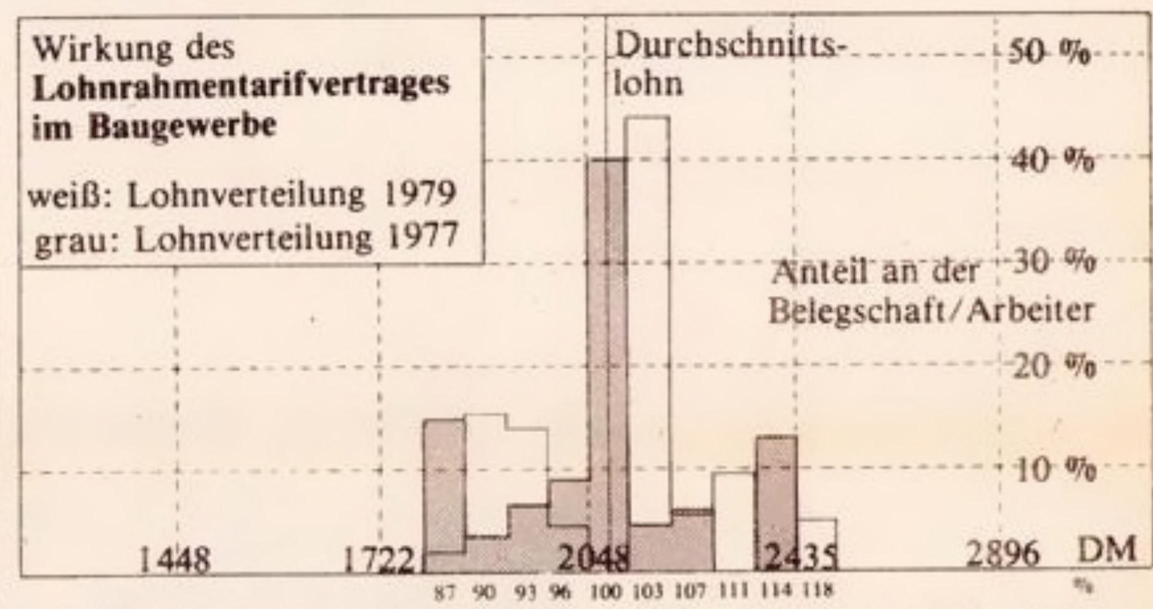
der Belegschaft. Ein Teil des Fachpersonals, wie Baggerführer und Schweißer, sind im Lohnniveau gesunken.

Mit dieser gespaltenen Lohnstruktur haben sich die Baukapitalisten die Voraussetzung geschaffen, um die Bauarbeiter politisch zu spalten. Die formale Möglichkeit haben sie dazu in der neuen Berufsgruppeneinteilung des Rahmentarifvertrages, der die neu geschaffene Stufenausbildung im Bau mit der Einführung des Berufsgrundbildungsjahrs Bautechnik mit einschließt. Da ist ein neuer Beruf, der Baufacharbei-

Durch den Lohnrelationsvertrag haben die Baukapitalisten die Bauarbeiter gespalten

r.mj. Im Bauhauptgewerbe kam zu den letzten beiden Tariflohnerhöhungen (1978: 6,4 Prozent, 1979: 5,6 Prozent) eine Lohnerhöhung aus dem Lohnrelationsvertrag hinzu. Dieser Lohnrelationsvertrag, genau „Tarifvertrag zur Verbesserung der Lohnrelation", beinhaltet, daß 1,5% der Gesamtlohnsumme unterschiedlich auf die Lohngruppen verteilt werden. Für die folgenden Lohngruppen sieht das so aus:

	77	78	79	
Werkpolier	12,06	12,78	14,08	DM
Maurer	10,50	11,30	12,26	DM
Werker	9,53	10,07	10,69	DM



Die unteren Lohngruppen wurden benachteiligt, die oberen schnitten am besten ab. Gleichzeitig wurde eine neue Berufsgruppeneinteilung geschaffen, die im Gegensatz zur alten alle Tätigkeiten auf dem Bau erfaßt.

Die Wirkung dieser beiden Verträge ist am Beispiel eines mittleren Baubetriebes aus Oldenburg untersucht worden. Aus der Belegschaftsstruktur ist die Tariflohnverteilung von 1977 errechnet worden, und darauf die Lohnerhöhungen und die Umstrukturierung gerechnet worden. Das Ergebnis zeigt die weiße Kurve im Schaubild an. Die gestrichelte Linie gibt den Durchschnittslohn, unten sind die Prozentabstände (Mittelwerte der Lohnklassen) vom Durchschnittslohn angegeben. Auf die Prozenteinteilung ist die Lohnstruktur von 1977 grau unterlegt worden, der Durchschnittslohn ist in beiden Fällen 100%.

In der Lohnverteilung 77, grau, findet man die fast „klassische" Lohneinteilung. Links die ungelernten, in der Mitte die Facharbeiter und an der Spitze die Vorarbeiter und die Baggerführer. Nach der Lohnerhöhung 78, die hier nicht dargestellt worden ist, wurden alle Lohngruppen zusammengeschoben, denn Teile der unteren Lohngruppen wurden in höhere eingruppiert. Die Werkpoliere bekamen damals nur die einfache Lohnerhöhung.

Erst nach der zweiten Ausschüttung der Lohnrelation und der Tariflohnerhöhung 79 sieht man, wo der Hase hinläuft. Die Lohnstruktur ist aufgespreizter geworden. Es gibt mittlerweile 10 Lohnklassen, anstatt der bisherigen 9. In der Lohnstruktur sind die Werkpoliere abgesondert an die Spitze gestellt worden. Der angelernte und ungelernte Teil der Belegschaft ist scharf abgespalten worden vom Rest der Belegschaft. Ein Teil des Fachpersonals, wie Baggerführer und Schweißer, sind im Lohnniveau gesunken.

Mit dieser gespaltenen Lohnstruktur haben sich die Baukapitalisten die Voraussetzung geschaffen, um die Bauarbeiter politisch zu spalten. Die formale Möglichkeit haben sie dazu in der neuen Berufsgruppeneinteilung des Rahmentarifvertrages, der die neu geschaffene Stufenausbildung im Bau mit der Einführung des Berufsgrundbildungsjahrs Bautechnik mit einschließt. Da ist ein neuer Beruf, der Baufacharbeiter, geschaffen worden, der nach den unteren Lohngruppen bezahlt wird, aber Arbeiten des bisherigen Facharbeiters übernimmt. Damit wollen die Baukapitalisten den Stamm der Facharbeiter auflösen und den Lohn senken. Das kann durch Lohnforderungen verhindert werden, die die Spaltung bei den Bauarbeitern überwinden.

r.kak. **Bauern lassen sich auf kein Schuldgeständnis ein.** Nachdem Richter Ulmer am Uelzener Amtsgericht am 18.10. die ersten angeklagten Bauern aus dem Kreis Lüchow, das Ehepaar



von Blottnitz, zu 4800 DM Geldstrafe verurteilt hat, mußte er den Bauern Wiegreefe aus Groß Breese am 26.10. vor ca. 60 Zuschauern freisprechen. In beiden Prozessen wollte das Gericht mit dem Angebot auf Einstellung bei geringen Geldstrafen ein Schuldbekenntnis der Angeklagten erreichen. Darauf haben sich die Bauern nicht eingelassen. Sie bestehen darauf, daß ihre Blockade der Bohrfahrzeuge im Mai vom Gericht als gerecht anerkannt wird. Der Bauer Wiegreefe erklärte vor Gericht, daß die „Pestbeule" WAA für seinen 30 ha großen Hof, der seit dem 30jährigen Krieg von der Familie bewirtschaftet wird, den Ruin bedeuten würde. Mit seinen Zeugen hat das Gericht besonders im zweiten Prozeß eine Schlappe eingesteckt. Die Absichten, die Bauern hoch zu verurteilen, sind deshalb nicht vom Tisch. Richter Ulmer in der Urteilsbegründung: „Wer nach dem Leitsatz verfährt ‚Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht' handelt terroristisch."

b.hek. **Im Oberlandesgericht Schleswig soll ein dritter Familiensenat eingerichtet werden.** Das gab Justizminister Clausen am 11.10. bekannt. Der Familiensenat behandelt als erste Berufungsinstanz z.B. Kindschaftsangelegenheiten, Versorgungssachen, Sorgerecht und Ehescheidungen. Diese werden zunächst vor einem Familiengericht an einem Amtsgericht mit einem Berufsrichter entschieden, bei Berufung dann vor dem Oberlandesgericht vor drei Berufsrichtern. Die Zahl der unerledigten Fälle vor dem Oberlandesgericht in Schleswig stieg 1978 um 160%. Diese „Überlastung" ist einerseits zurückzuführen auf die verstärkte Bespitzelung und Schnüffelei der Familien durch das neue Scheidungsrecht, zum anderen aber auch auf die Zunahme der Fälle, die verhandelt werden müssen. So nahmen die Entziehungen des elterlichen Sorgerechts zu, bei der das Gericht jeweils Bedienstete des Jugendamtes zur Ausschnüffelung der häuslichen Verhältnisse in die Familien schicken läßt.

b.thc. **Die Schichtarbeiter der Hell GmbH fordern die Kündigung der Betriebsvereinbarung über die Schichtzulage.** Pro geleisteter Spätschicht sollen 5 DM einmal im Jahr ausgezahlt werden. Bei der Septemberabrechnung wurde jedoch festgestellt, daß die Zulage nicht gezahlt wurde, wenn sich die Arbeiter verspätet hatten oder früher gegangen waren. Die Arbeiter forderten den Betriebsrat jetzt auf, die Betriebsvereinbarung zu kündigen und folgende Punkte durchzusetzen: Zahlung der Zulage bei Verspätung, früherem Gehen, Krankheit und Urlaub, Erhöhung der Zulage. Der Betriebsrat unterstützt diese Forderungen und will auf der nächsten Sitzung darüber beschließen.

b.wik. Flensburg. **8 Umschüler schreiben an Ehrenberg:** „ ... Wir sind da-

VW: Verhandlungen für Verringerung der Lohngruppen vor wichtiger Entscheidung

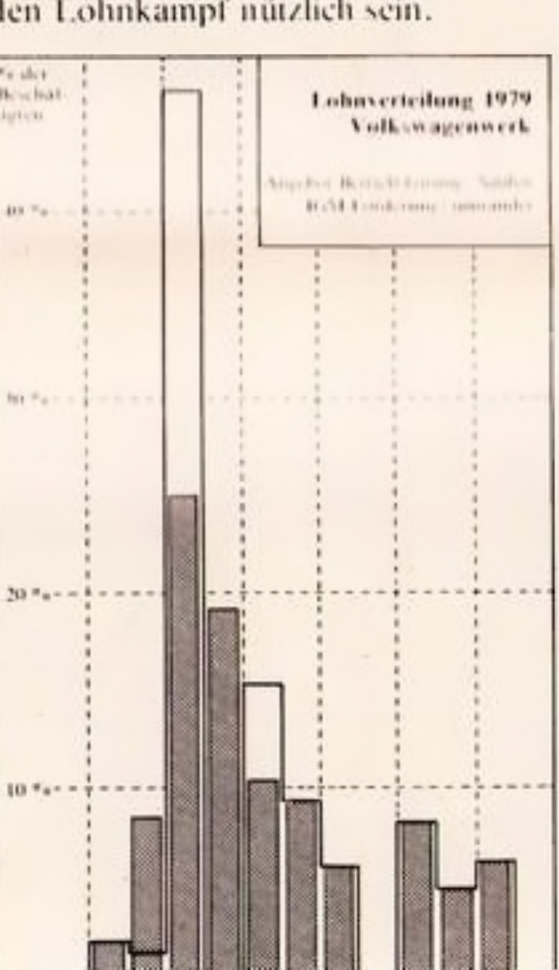
r.pee. Seit zwei Jahren verhandelt die IG Metall mit den VW-Kapitalisten über eine sog. „Lohndifferenzierung". Die Schaubilder dokumentieren den Verhandlungsstand vom 26.9.1979, einmal die Veränderung der gegenwärtigen Lohnverteilung durch die Forderung der IGM, sodann den Gegensatz dazu, der das „Angebot" der VW-Kapitalisten bedeutet.

Worum geht es? Die IGM verlangt, daß die derzeit im Arbeiterbereich bestehenden 28 Lohngruppen in 11 sog. „Lohnniveaus" zusammengefaßt werden (s. flaches Schaubild). Die jetzige Bildung der Lohngruppen nach der analytischen Arbeitsplatzbewertung sei nicht mehr „zeitgemäß". Tagtäglich gibt es Streit um die Eingruppierung in Lohngruppen, wobei Bemessungsfaktoren wie Schädlichkeit, Schwere und andere Umweltfaktoren keine unwesentliche Rolle spielen.

Die einst verbreitete Ideologie, daß mit der analytischen Arbeitsplatzbewertung ein höherer Lohn zu erzielen und zu sichern sei, ist zerstört. Dieser Glaube hat sich jeweils nur für die Kapitalisten ausgezahlt, indem sie nämlich Änderungen im Arbeitsprozeß und in der Technik zu Lohnrückstufungen, Verringerung der Arbeiterzahlen oder zu Stückzahlerhöhungen nutzten. So wurde z.B. 1977 versucht, die Arbeiter in der Hohlraumversiegelung herunterzustufen, weil die Schädlichkeitsfaktoren gemindert worden seien; oder es wurde z.B. eine Frau pro Band am Arbeitsgang „Kleber-Aufstreichen" abgezogen, weil Spritzpistolen eingeführt wurden. Die IGM entspricht insofern mit ihrer Forderung dem hartnäckigen Kampf der Belegschaften, Vertrauensleute und Betriebsräte gegen Lohnrückstufung. Wird diese Forderung durchgesetzt, dann ist den Kapitalisten teilweise eine Schranke gesetzt, bei Einführung neuer Technologie Lohnrückstufungen durchführen zu können.

Die bisherigen Lohngruppen sollen laut IGM-Forderung so zu „Lohnniveaus" zusammengefaßt werden, daß die jeweils höchste Lohngruppe den Mindestlohn im neuen Lohnniveau bestimmt. Dann werden also jeweils einige Lohngruppen angehoben. Die Eingruppierung in Lohnniveaus soll nach „vergleichbaren Tätigkeiten" vorgenommen werden. Rückstufungen unter den jetzigen Lohn darf es danach nicht mehr geben, was im Vertragsentwurf fixiert ist. Schmückers Verhandlungskommission will allerdings 12 statt bloß 11 neue Lohnniveaus. Dann kostete die Veränderung nur 50 statt 70 Mio. DM; vor allem hätte das aber eine weit größere Differenzierung und Spaltung gerade in den unteren Lohngruppen zur Folge, wie der im Schaubild vorgenommene Vergleich deutlich zeigt. Insbesondere handelt es sich um die Arbeiter in der Vormontage bzw. am Band, deren Spaltung die Betriebsleitung unbedingt will.

Während beim IGM-Vorschlag über 46 Prozent der Arbeiter in ein einheitliches Lohnniveau fallen würden, will die VW-Betriebsleitung diesen Anteil auf etwa 25 Prozent senken. Dagegen muß man sein. Andererseits hat man in den vergangenen Lohnkämpfen sehen können, wo Sockel- und Mindestbeträge gut gewirkt haben und wo die Kapitalisten mit Prozenten die Spaltung vertiefen wollten. Wird die IGM-Forderung durchgesetzt, wird das also für den Lohnkampf nützlich sein.



Stellenabstufungen der kommunalen Beamten

Personalräte der Stadt Flensburg wenden sich gegen Stellenobergrenzen

b.dam. Das 1. Besoldungsgesetz (BBesG) regelt im § 26, Abs. 1 die Obergrenze für die Beförderungsämter bei den Beamtenplanstellen der kommunalen Verwaltung der Kreise, Städte und Gemeinden. Praktisch legt dieses Gesetz also die Verteilung der Gehälter in den Kommunen fest. Per Landesverordnung können die Länder bestimmte Funktionen aus der Anwendung der Obergrenzen herausnehmen, wie z.B. die Feuerwehr oder die Versorgungsbetriebe, so daß dann ein besserer Stellenplan herauskommt. Einen Entwurf über die Besoldung und Stellenobergrenzen für Beamte, die auf Lebenszeit in den Gemeinden, Kreisen und Ämtern beschäftigt sind, hat jetzt das Innenministerium Schleswig-Holstein herausgegeben.

Die Personalräte der Stadt Flensburg haben sich in ihrer Arbeitsgemeinschaft gegen diesen Entwurf ausgesprochen, der insgesamt eine Verschlechterung der Gehälter der Beamten bedeutet. 1973/74 hatte die Stadtverwaltung schon einmal einen Sprung in der Senkung der Beamtengehälter gemacht. Die Ausgaben für Gehälter der Stadtverwaltung Flensburg wurden von 1973 damals 10635000 DM auf 1974 7994000 DM gesenkt. Der Entwurf der Stellenobergrenze des Landes sieht folgendes vor: Im mittleren Dienst in den Gehaltsgruppen A9 bis A12 sollen Teile der A9 Bediensteten abgestuft werden in die Gehaltsgruppe A8. In der Stadtverwaltung Flensburg müßten nach diesem Plan drei Stellen abgestuft werden, da die kommunalen Stellen A9 fünf sind und in der Berufsfeuerwehr, die dazu gezählt werden, sieben. Ausgewiesen sollen ab jetzt jedoch nur insgesamt neun Stellen A9 sein. Dies sind im wesentlichen Amtsinspektoren, die mit mittlerer Schulbildung ein Gehalt von durchschnittlich DM 1469,31 im 3. Dienstalterjahr Grundgehalt bekommen. Die Abgruppierung würde eine Minderung um DM 146 und um 100 DM Ortszuschlag bedeuten.

Ebenfalls sollen die unteren Teile des gehobenen Dienstes abgruppiert werden. Sechs Stellen im Stellenplan der Stadtverwaltung Flensburg in A13 sind zur Zeit ausgewiesen, diese sollen um 1 bis 2 Beamte reduziert werden, die dann in den mittleren Dienst abgruppiert werden. Insgesamt ist dieser Plan nicht nur eine Senkung des Lohnes, sondern praktisch für die abgruppierten Beamten die längerfristige Festschreibung ihres Lohnes.

Die Senkung des Lohnes und der Gehälter geht einher mit einer größeren Verausgabung der Arbeitskraft der Beschäftigten und Beamten der kommunalen Verwaltung. Gerade bei der Berufsfeuerwehr, bei der in den letzten Jahren besonders rationalisiert wurde, drückt sich diese Entwicklung in Zahlen aus:

Gleichzeitig wird die Laufbahn- und Prüfungsordnung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst verschärft. Nur der erfolgreiche Abschluß des Studiums an der Fachhochschule in Altenholz gilt als Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst. Voraussetzung ist jetzt wiederum die Hoch- oder Fachschulreife und ein bestandener Eignungstest, den es früher nicht gab. Nach § 43 APOgD ist dieser Eignungstest für Aufstiegsbeamte Voraussetzung. Wer vom mittleren in den gehobenen Dienst kommen will, muß außer dieser Eignungsprüfung als Amtsinspektor nach dem Rundschreiben des Innenministers mindestens ein Jahr in A9 gearbeitet haben, mindestens 45 Jahre alt sein, einen Sonderlehrgang mitmachen und drei Jahre in die Aufgaben des gehobenen Dienstes eingewiesen worden sein.

Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein wird von der Arbeitsgemeinschaft der Personalräte der Stadt Flensburg eindringlich aufgefordert, den Erlaß und die Verordnung über die Stellenobergrenzen aufzuheben, die damit verbundene Gehältersenkung wird angegriffen.

Berufsfeuerwehr	1975	1976	1977	1978
Personal	101	97	98	95
Gesamteinsätze	7408	7224	7556	8417

Die Arbeiter müssen dreimal für den HVV zahlen

Über das Fahrgeld, die Lohnsteuer und die Mehrwertsteuer

Einnahmen des HVV in Mio. DM	1977	1978	1979
Aufwendungen für den Verkehr	593,5	616,9	647,5
Fahrgeld	344,9	357,9	372,0
sonst. Einnahmen	56,9	60,7	62,1
Zuschuß vom Land Hmb.	111,1	120,6	128,8
Zuschuß vom Bund	99,3	98,8	107,4

b.brp. Schon kann man die Verteidiger der angekündigten 4,9%-Fahrpreiserhöhung beim Hamburger Verkehrsverbund tönen hören: Aus Kostengründen notwendig, und wenn der HVV kostendeckend arbeiten wollte, müßten die Fahrpreise mehr als das Doppelte betragen. Gleichzeitig tun alle bürgerlichen Zeitungen empört über die 30prozentige Fahrpreiserhöhung in München und schminken dem HVV Familienfreundlichkeit auf: Das Ablenkungsmanöver – die Familienkarte für 6 DM an den kommenden Sonnabenden und Sonntagen sowie an dem kirchlichen Buß- und Bettag.

677 Millionen DM werden 1980 voraussichtlich die Aufwendungen für den Betrieb der im Hamburger Verkehrsverbund zusammengeschlossenen Nah verkehrsunternehmen betragen. Diese Aufwendungen schließen nicht den Ausbau des Streckennetzes ein, sondern sind die reinen „Verkehrsbedienungskosten". Bei gleichbleibenden Fahrgastzahlen, wie sie für dieses Jahr erwartet werden, sind von den Be-

vor allem erhöhtes Beförderungsgeld

muß das Land Hamburg für die Investitionen beim Ausbau des Streckennetzes sowie für die Instandhaltung aufkommen. Für den Haushalt 1980 sind 190 Millionen DM veranschlagt, ein Kilometer U-Bahn-Neubau kostet 42 Millionen Mark.

Was aussieht, wie eine gerechte Verteilung der „Lasten":15 Mio. DM bringen die „Fahrgäste" durch die erhöhten Beförderungspreise und um 15 Mio. DM steigen die Zuschüsse von Bund und Land Hamburg, ist ein echtes Gaunerstück. Die Arbeiter zahlen dreimal für den öffentlichen Nahverkehr: erstens über die Fahrpreise. In den Fahrpreisen enthalten ist die Mehr-

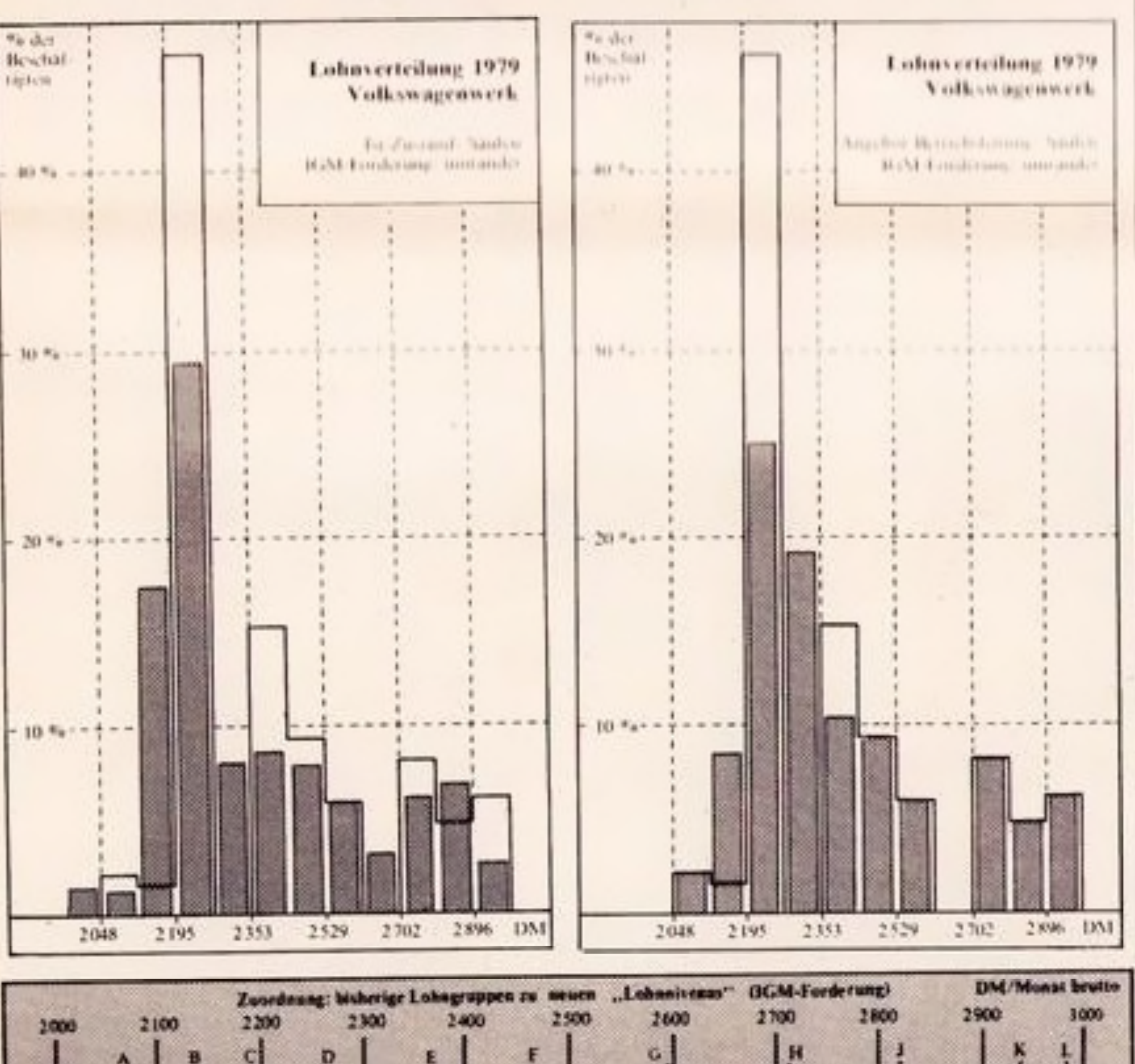
wird sie 25,2 Mio. DM betragen, weitaus mehr als der erhöhte Zuschuß von Bund und Land.

Da der Zuschuß aber absolut steigen wird, kann man sicher sein, daß das für den Hamburger Senat ein Grund sein wird, die Einnahmen zu erhöhen, über die er direkt verfügen kann: die kommunalen Gebühren.

Drittens: Für die Zuschüsse müssen ebenfalls die Lohnabhängigen aufkommen, über die Steuern. Ein Drittel der Lohn- und Einkommenssteuer behält das Land Hamburg ein, 1979 sollen das 835 Mio. DM sein, zwei Drittel wird für den Bund eingetrieben, obwohl bei den Zuschüssen der Anteil des

in der Technik zu Lohnrückstufungen, Verringerung der Arbeiterzahlen oder zu Stückzahlerhöhungen nutzten. So wurde z.B. 1977 versucht, die Arbeiter in der Hohlraumversiegelung herunterzustufen, weil die Schädlichkeitsfaktoren gemindert worden seien; oder es wurde z.B. eine Frau pro Band am Arbeitsgang „Kleber-Aufstreichen" abgezogen, weil Spritzpistolen eingeführt wurden. Die IGM entspricht insofern mit ihrer Forderung dem hartnäckigen Kampf der Belegschaften, Vertrauensleute und Betriebsräte gegen Lohn-

Während beim IGM-Vorschlag über 46 Prozent der Arbeiter in ein einheitliches Lohnniveau fallen würden, will die VW-Betriebsleitung diesen Anteil auf etwa 25 Prozent senken. Dagegen muß man sein. Andererseits hat man in den vergangenen Lohnkämpfen sehen können, wo Sockel- und Mindestbeträge gut gewirkt haben und wo die Kapitalisten mit Prozenten die Spaltung vertiefen wollten. Wird die IGM-Forderung durchgesetzt, wird das also für den Lohnkampf nützlich sein.



wurf der Stellenobergrenze des Landes sieht folgendes vor: Im mittleren Dienst in den Gehaltsgruppen A9 bis A12 sollen Teile der A9 Bediensteten abgestuft werden in die Gehaltsgruppe A8. In der Stadtverwaltung Flensburg müßten nach diesem Plan drei Stellen

Berufsfeuerwehr	1975	1976	1977	1978
Personal	101	97	98	95
Gesamteinsätze	7408	7224	7556	8417

Die Arbeiter müssen dreimal für den HVV zahlen

Über das Fahrgeld, die Lohnsteuer und die Mehrwertsteuer

Einnahmen des HVV in Mio. DM	1977	1978	1979
Aufwendungen für den Verkehr	593,5	616,9	647,5
Fahrgeld	344,9	357,9	372,0
sonst. Einnahmen	56,9	60,7	62,1
Zuschuß vom Land Hmb.	111,1	120,6	128,8
Zuschuß vom Bund	99,3	98,8	107,4

b.brp. Schon kann man die Verteidiger der angekündigten 4,9%-Fahrpreiserhöhung beim Hamburger Verkehrsverbund tönen hören: Aus Kostengründen notwendig, und wenn der HVV kostendeckend arbeiten wollte, müßten die Fahrpreise mehr als das Doppelte betragen. Gleichzeitig tun alle bürgerlichen Zeitungen empört über die 30prozentige Fahrpreiserhöhung in München und schminken dem HVV Familienfreundlichkeit auf: Das Ablenkungsmanöver – die Familienkarte für 6 DM an den kommenden Sonnabenden und Sonntagen sowie an dem kirchlichen Buß- und Bettag.

677 Millionen DM werden 1980 voraussichtlich die Aufwendungen für den Betrieb der im Hamburger Verkehrsverbund zusammengeschlossenen Nah verkehrsunternehmen betragen. Diese Aufwendungen schließen nicht den Ausbau des Streckennetzes ein, sondern sind die reinen „Verkehrsbedienungskosten". Bei gleichbleibenden Fahrgastzahlen, wie sie für dieses Jahr erwartet werden, sind von den Be-triebskosten 434,1 Mio. DM durch die Fahrpreise gedeckt, der Rest wird durch das Land Hamburg und den Bund zugeschossen (siehe Tabelle).

Über eine Fahrpreiserhöhung mindert sich der Zuschuß von Land Hamburg und Bund relativ, absolut steigt er weiter auf 251,2 Mio. DM. Zusätzlich

vor allem erhöhtes Beförderungsgeld

muß das Land Hamburg für die Investitionen beim Ausbau des Streckennetzes sowie für die Instandhaltung aufkommen. Für den Haushalt 1980 sind 190 Millionen DM veranschlagt, ein Kilometer U-Bahn-Neubau kostet 42 Millionen Mark.

Was aussieht, wie eine gerechte Verteilung der „Lasten":15 Mio. DM bringen die „Fahrgäste" durch die erhöhten Beförderungspreise und um 15 Mio. DM steigen die Zuschüsse von Bund und Land Hamburg, ist ein echtes Gaunerstück. Die Arbeiter zahlen dreimal für den öffentlichen Nahverkehr: erstens über die Fahrpreise. In den Fahrpreisen enthalten ist die Mehr-wertsteuer von 6,5%. Bei erhöhten Fahrpreisen steigt auch die Mehrwertsteuer an den imperialistischen Staatsapparat. 1977 betrug die Mehrwertsteuerausbeute aus den Fahrpreisen 18,7 Mio. DM, 1978 21,1 Mio., 1979 soll sie 22,2 Mio. DM ausmachen, und bei 15 Mio. DM Mehreinnahmen 1980

wird sie 25,2 Mio. DM betragen, weitaus mehr als der erhöhte Zuschuß von Bund und Land.

Da der Zuschuß aber absolut steigen wird, kann man sicher sein, daß das für den Hamburger Senat ein Grund sein wird, die Einnahmen zu erhöhen, über die er direkt verfügen kann: die kommunalen Gebühren.

Drittens: Für die Zuschüsse müssen ebenfalls die Lohnabhängigen aufkommen, über die Steuern. Ein Drittel der Lohn- und Einkommenssteuer behält das Land Hamburg ein, 1979 sollen das 835 Mio. DM sein, zwei Drittel wird für den Bund eingetrieben, obwohl bei den Zuschüssen der Anteil des Landes höher ist als der des Bundes. So wird diese gesellschaftlich notwendige öffentliche Einrichtung vollständig aus dem Lohnsalair gezahlt, während es richtig ist, daß vollständig die Kapitalisten für den Betrieb und die Unterhaltung des öffentlichen Nahverkehrs aufkommen müssen.

---

gegen, daß die Versicherungsgelder der Arbeiter von Ihnen genommen werden, um sie an die Kapitalisten auszuzahlen ... Wir treten dafür ein, daß die Arbeitslosenversicherung in die Hände der Arbeiter kommt und die Kapitalisten die Beiträge zahlen müssen.

r.obj. **OTV-Hauptvorstand macht 8%-Diskussionsvorschlag für Hafenarbeiter.** Am 22.10.79 wurde dieser Vorschlag veröffentlicht. In der Begründung heißt es: „Festbetrag, Sockelbetrag und prozentuale Erhöhungen oder prozentuale Erhöhungen mit einem Mindestbetrag haben langfristig erheblich negative Auswirkungen auf das Lohngruppen- und Gehaltsgefüge." (...) „Die von vielen in den bisherigen Diskussionen mit Nachdruck geforderte soziale Komponente liegt in unseren Forderungen zu den Rahmentarifverträgen." Auf der Vertrauensleutevollversammlung in Hamburg wurde von verschiedenen Diskussionsrednern die Forderung als zu niedrig bezeichnet. Einer trat für eine Forderung von 100 DM plus 5% ein, weil dadurch bei Steuerklasse II relativ einheitliche Netto-Ergebnisse zwischen 131 und 153 DM rauskommen. Die Stellungnahmen aus den Betrieben müssen bis 13.11. fertig sein. Die Bundestarifkommission beschließt dann am 16. November.

Hamburg. **450 Menschen nahmen an der Veranstaltung zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea teil,** auf der der Sekretär des ZK des KBW, Hans-Gerhard Schmierer sprach. 8655,96 DM wurden gesammelt. Bis zum 16.10.79 wurden in der Bundesrepublik und Westberlin 19445 Unterschriften unter den Aufruf zur internationalen Solidaritätskonferenz mit dem gerechten Befreiungskrieg des Demokratischen Kampuchea gesammelt.





Veranstaltungskalender

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –

Zeichenkurs
Hamburg, Freitag, 2. November, 18.00 bis 21.00 Uhr, HfBK, Lerchenfeld 2, Raum 218a, II. Stock

Sportgruppe
Kiel, Sonntag, 4. November, 10.00 Uhr, Raisdorf Schwimmbad, Treffpunkt 9.30 Uhr, Kiel-Wilhelmsplatz
Hamburg, Sonntag, 4. November, 10.00 Uhr, Stadtparkwiesen

Karl Marx: „Lohn, Preis und Profit"
Hamburg-Eimsbüttel, 5. bis 9. November, Ort wird noch bekanntgegeben
Hamburg-Mitte West, 12. bis 16. November, Ort wird noch bekanntgegeben
Kreis Lüchow, 12. bis 16. November, Ort wird noch bekanntgegeben

Karl Marx/Friedrich Engels: „Manifest der kommunistischen Partei"
Neumünster, 29. Oktober bis 2. November, Ort wird noch bekanntgegeben
Kreis Lüneburg, 5. bis 9. November, Stucksaal an der Münze
Kreis Bergedorf, 19. bis 23. November, Ort wird noch bekanntgegeben

Karl Marx: „Der Bürgerkrieg in Frankreich"
Kiel-West, 5. bis 9. November, Ort wird noch bekanntgegeben

Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"
Kreis Segeberg, 5. bis 9. November, Ort wird noch bekanntgegeben

Lenin: „Was tun"
Itzehoe, 5. bis 9. November, Ort wird noch bekanntgegeben

Mao Zedong: „Fünf philosophische Monographien"
Kreis Harburg, 5. bis 11. November, Ort wird noch bekanntgegeben

Josef Stalin: „Grundlagen des Leninismus"
Kreis Altona, 5. bis 11. November, Gymnasium Neu Altona, Billrothstr. 33

Prozeß gegen Teilnehmer der Irandemonstration
Hamburg, Dienstag, 30. Oktober, 12.30 Uhr, Strafjustizgebäude Sievekingsplatz, Raum 142, gegen Christoph Fietze. Der Prozeß wird am 6.11., 13.45 Uhr, und am 8.11., 13.00 Uhr, fortgesetzt

Prozeß wegen Leitung der Demonstration der Berufsschüler
Hamburg, Freitag, 2. November, 13.00 Uhr, Strafjustizgebäude, Sievekingsplatz. Fortsetzung des Prozesses gegen Uwe Zabel wegen Leitung der Berufsschülerdemonstration gegen das Kurssystem.

Erhöhung des Grundfreibetrages würde Zwang zu Schichtarbeit mildern

b.uwb. Seit einigen Wochen lassen die NRI-Kapitalisten neben der Galvanik und der Drehautomatenabteilung jetzt auch in der Maschinenhalle zwei Schichten fahren. Obwohl es sich bei den Arbeitern in der Maschinenhalle zum größten Teil um Frauen handelt, die in den unteren Lohngruppen zwischen 7,80 DM und 9 DM verdienen, sind die Kapitalisten mit der Schicht bisher nicht so recht glücklich geworden. Von Anfang an gab es Kampf um die Einführung der Schichtarbeit. Auf das Vorgehen der Geschäftsführung „freiwillige" Schichtarbeiter zu sammeln, antworteten die Kollegen mit einer Unterschriftensammlung gegen die Einführung der Schichtarbeit. Einrichter und Betriebsrat machten ihre Zustimmung zur Schicht von einer 10%igen Schichtzulage sowie ½ Stunde bezahlter Pausen abhängig. Obwohl es der Geschäftsleitung zunächst gelungen ist, die Schichtarbeit in der Maschinenhalle durchzusetzen, so ist es ihr doch nicht gelungen, die Schichten ebenso voll zu fahren wie bei Normalarbeitszeit. Einige Kollegen, die sich zunächst zur Schichtarbeit bereitfanden, wollen jetzt schon wieder aus der Schicht aussteigen. Überhaupt konnte die Geschäftsleitung die Schicht wesentlich nur durch Neueinstellungen durchsetzen. Ausschlaggebend für die Zustimmung von Kollegen zur Schichtarbeit ist dabei die 6%ige Schichtzulage, mit der man hofft, seinen Lohn etwas aufzubessern. Die ständige mitwachsende Lohnsteuer aber läßt auch davon netto nur wenig übrig.

In der Tabelle sind jeweils in der linken Spalte die häufigsten Bruttolöhne von ungelernten Arbeiterinnen, von ungelernten bzw. angelernten Arbeitern und von Einrichtern aufgeführt, einmal ohne Schicht und einmal mit 6% Schichtzulage. Die Nettolöhne für die Steuerklasse I und III findet man in den nachfolgenden Spalten. Im zweiten Fall haben wir angenommen, daß der Steuergrundfreibetrag auf 25% des Durchschnittslohnes von derzeit 3689 DM auf 6827 DM pro Jahr angehoben wird. Das bedeutet einen um monatlich gut 57 DM höheren Nettolohn und bringt den unteren Frauenlöhnen bereits mehr als sie bei 6% Schichtzulage monatlich netto mehr herausbekommen.

Bruttolohn normal	Netto-Lohn I	Netto-Lohn III	Abzüge in % I	Abzüge in % III
1448,01	1047,39	1138,69	27,65	21,36
1778,44	1258,22	1355,82	29,25	23,76
2292,25	1550,93	1693,73	32,34	26,11

Bruttolohn Schicht	Netto-Lohn I	Netto-Lohn III	Abzüge I	Abzüge III
1534,89	1102,67	1195,97	28,16	22,14
1885,15	1324,33	1419,73	29,75	24,32
2429,79	1620,77	1781,77	33,3	26,67

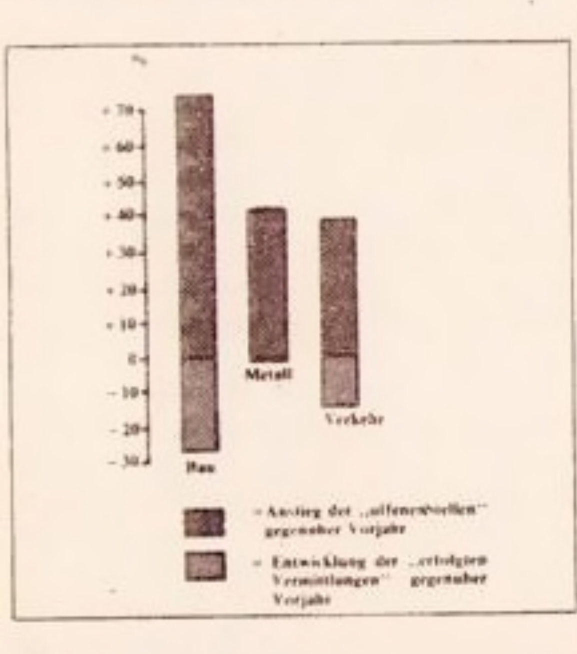
Nettolohn nach der Erhöhung des Grundfreibetrages auf 25% vom Durchschnittslohn

Bruttolohn	Netto-Lohn I	Netto-Lohn III	Abzüge in % I	Abzüge in % III
1448,01	1104,90	1196,20	23,70	17,40
1778,44	1315,73	1413,33	26,00	20,53
2292,25	1608,44	1751,24	29,83	23,60

In einem Brief an Finanzminister Matthöfer, der bisher von 10 Kollegen und Vertrauensleuten unterschrieben wurde, wird eine sofortige Anhebeung des Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohnes gefordert, nicht zuletzt, um den Zwang zur „freiwilligen" Schichtarbeit zu beseitigen.

„Die Mitarbeiter passend machen" Begriff der Zumutbarkeit konkretisieren

b.wol. „Wenn es den genau passenden Mitarbeiter nicht gibt..., muß man sich einen anderen passend machen" (Arbeitgeber-Rundbrief 1/79 des Landesarbeitsamtes). Denn der „Facharbeitermangel" wie die wachsende Zahl „weniger leistungsfähiger arbeitsloser Arbeitnehmer" führt zu einem „zunehmenden Konkurrenzkampf unter

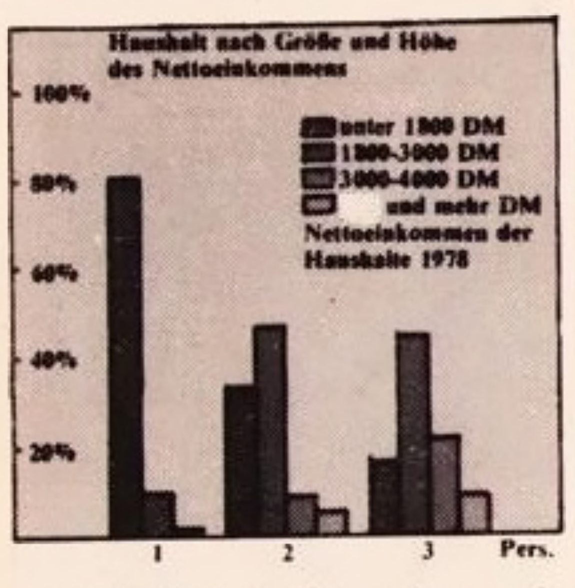


den arbeitskräftesuchenden Unternehmen" (Der Arbeitgeber 5/79) und erschwert die Lohnsenkung. So stellt der Monatsbericht des LAA für September 1979 z.B. beim „Bau neben dem anhaltenden Facharbeitermangel ... auch einen Mangel an Hilfsarbeitern, die körperlich belastbar sind, fest."

Mit der 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz – die „den Begriff der Zumutbarkeit (neu) konkretisiert" (Der Betrieb 32/79) – plant das Arbeitsamt Kiel „neue Möglichkeiten... zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen... in eine Arbeitswelt, die zunehmend vom Mangel an Fachkräften gezeichnet ist" (KN 12.10.79). Nachdem nun der Zwang zur Annahme einer schlechter entlohnten Arbeit und zur Übernahme von Schichtarbeit massiv verschärft worden ist, soll durch berufliche Bildungsmaßnahmen das benötigte Überangebot an qualifizierter Arbeitskraft geschaffen werden. So wurden im 2. Quartal 1979 gegenüber dem Vorjahr die Maßnahmen zur beruflichen Förderung um 60,8% gesteigert. Dabei stieg der Anteil der Jugendlichen mit 129% überproportional. Zugleich wurde die von den Arbeitsämtern bezahlte unverbindliche Probebeschäftigung im Arbeitsamtsbezirk Kiel 1978 von 239 Kapitalisten genutzt.

Die Familienstruktur der Arbeiter in Hamburg wird von den Kapitalisten weiter zerschlagen

b.het. Zwischen 1961 und 1977 ist die Bevölkerung Hamburgs um 140000 Personen gesunken, die Anzahl der Haushalte um 70000 gestiegen. Mehr als verdoppelt haben sich dabei die Einpersonenhaushalte (auf 46,6%), während die Zahl der Mehrfamilien-



haushalte (incl. Großeltern bzw. andere Verwandte) um über die Hälfte gesunken ist (auf 4,4%). Um 3% gesunken ist der Einfamilienhaushalt (auf 54,9%). Gleichzeitig hat die Zahl der Ehepaare mit Kindern um 10% abgenommen, ohne Kinder um 11% zugenommen. Die Anzahl der Jugendlichen, die mit 20 - 25 Jahren einen eigenen Haushalt gründen, ist in der Zeit 61 - 77 von 18,5 auf 39,4% geklettert. Durchschnittlich besteht ein Haushalt 1978 aus 2,0 Personen gegenüber 2,4 1961 und 2,1 1977. Diese Zahlen spiegeln wider, wie die Arbeiterfamilie im Kapitalismus durch den Arbeitsmarkt zersprengt wird. Die Volksmassen seien brutal und kinderfeindlich, verbreitet die Bourgeoisie; die „Bild" verteilt rote Herzen. Dabei hängt es vom Geldbeutel ab, ob man sich Familie und Kinder leisten kann. Etwa zur gleichen Zeit wie die Krise 66/67 setzt der Geburtenrückgang in Hamburg ein. Sind 1964 noch 26072, so 1978 nur 12616 Geburten zu verzeichnen. Um 12000 nimmt die Zahl allein zwischen 66 und 72 ab. Zwischen 76 und 78 nochmal um 900. Heute haben 40% der Familien ein Kind, 45% zwei und nur 15% drei und mehr Kinder. Das Schaubild zeigt, wie die Anzahl der Personen im Haushalt mit steigendem Nettoeinkommen steigt.

Der Kampf der Berufschüler ist gerecht

Sofortige Einstellung des Prozesses gegen Uwe Zabel

b.uwz. 80 Arbeiter, Schüler und Lehrer waren am 26.10.79 in das Amtsgericht Hamburg gekommen, um den Prozeß gegen den ehemaligen Blocksprecher der G16 und VK-Leiter der IGM bei AEG Uwe Zabel anzugreifen und die berechtigten Forderungen des Streiks der 5000 Berufsschüler zu unterstützen.

Richter Hübner versuchte kläglich, sich gegen diesen Angriff zu behaupten, indem ⅔ der Anwesenden nicht in den zu kleinen Saal paßten und er frech einen größeren verweigerte. So ließ er sich seine Entscheidungen auch gleich von Staatsanwalt Detken diktieren, nachdem dieser seine Weisungen beim Oberstaatsanwalt laufend holte, der bei der schwerbewaffneten Polizeitruppe des Amtsgerichts weilte und sich Bericht erstatten ließ. Offensichtlich ist es so, daß Oberstaatsanwaltschaft, d.h. Justizbehörde und Senat, diesen Prozeß für gefährlich ansehen. Das kommt daher, weil jedermann diesen Prozeß für einen politischen Prozeß hält, was dem Richter Hübner seine liberale Richtermaske vom Gesicht zieht und den wahren Charakter des Angriffs auf die Arbeiterbewegung deutlich macht. Viele Arbeiter, Angestellte und Berufsschüler und ihre Vertretungsorgane nutzen diesen Prozeß, um sich eine Meinung zu den Ausbildungsinteressen der Arbeiterklasse zu bilden, genau das, was Kapitalisten und Senat aber für gefährlich halten.

Verhindert werden soll, daß die Absichten der Kapitalisten an der Verkürzung der Ausbildung enthüllt werden, die die jugendliche Arbeitskraft so früh wie möglich und als billiger Lohndrucker in der Produktion ausbeuten wollen und dem das Interesse der Arbeiterklasse an einer einheitlichen Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr, die alle Hauptzweige der Produktion theoretisch und praktisch vermittelt, entgegengestellt wird.

So forderten rund 50 Solidaritätserklärungen, die Uwe Zabel 1½ Stunden im Gericht verlas, die Unterstützung der gerechten Forderungen der Berufsschüler und die Einstellung des Prozesses. Zabel wies dem Richter nach, daß etwa gut 2000 Delegierte aus Gewerkschaften und Schülerräten 150000 Arbeiter und Schüler vertreten, die gegen diesen Prozeß sind, so die 400 Vertrauensleute der Großen Funktionärsversammlung der IGM, die 20000 IG Metaller repräsentieren.

Als während des Prozesses immer noch pausenlos Telegramme gegen den Prozeß eingingen, wußte Hübner sich nicht anders zu retten als den Prozeß auf Freitag, den 2. November um 13 Uhr (Saal 142) zu vertagen. Er hat offensichtlich der bürgerlichen Presse mitgeteilt, daß er der politischen Auseinandersetzung ausweichen und den Prozeß möglichst schnell vom Hals haben will. Diese Fortsetzung der Auseinandersetzung hat Zabel bereits angekündigt und wird sich auch nicht durch das Verbot des Tagesbildprojektors davon abbringen lassen anhand beistehenden Grafiken z.B. die Interessen der Kapitalisten an der Verkürzung der Ausbildung nachweisen. Dies kann jeder gut mit Erklärungen, die ebenfalls die kapitalistische Ausbildung angreifen, unterstützen. An: Richter Hübner, Amtsgericht Hamburg, Abt. 149, AZ 149-91/79, Sievekingsplatz 3, 2 Hamburg 36.

Außerdem kann man den Prozeß gut von Berufsschulen und Schulen angreifen. Prozeßtermin: 2. November, 13 Uhr, Amtsgericht Hamburg, Saal 142. So wird die Arbeiterjugend einen Fortschritt im Kampf für ihre Ausbildung machen.



Im November 1978 demonstrierten 1000 Berufsschüler gegen das Kurssystem

Ausbildungsförderungsprogramm: Der Senat will Nachwuchs für den Öffentlichen Dienst rekrutieren

b.obj. Am 15.10.79 hat der Hamburger Senat ein „Ergänzungsprogramm zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes für Jugendliche" beschlossen. Das Programm hat ein Volumen von 4174000 DM und muß noch von der Bürgerschaft genehmigt werden. Ein ähnliches Programm wurde auch im Vorjahr beschlossen, und man kann daran nachweisen, daß der Zweck dieses Programms wesentlich auf die Rekrutierung von Nachwuchskräften für den Staatsapparat ausgerichtet ist. Daneben sollen neugegründete mittelständische Betriebe gefördert werden, 2726000 DM werden für die Ausbildung im Öffentlichen Dienst aufgewandt. Schlosser, Gärtner, Mechaniker und Köche (insgesamt 84), sowie Betriebsinspektoren in der Gewerbekontrolle (3), Justizassistentenanwärter (20) und Finanzassistentenanwärter (40). Damit sollen Personallücken geschlossen werden. So wird in einer Senatsmitteilung an die Bürgerschaft vom 11.9.79 berichtet, daß ohne Personalaufstockung in der Bußgeldstelle des Einwohnerzentralamtes die Bußgelder gar nicht rechtzeitig eingetrieben werden können und dann auch „die von den Dienststellen der Polizei bei der Anzeigenerstattung aufgewendete Zeit sowie der Sachaufwand nutzlos vertan sind." Hinsichtlich der Nachwuchsbeschaffung für die Feuerwehr wurde vom Senat bedauert, „daß auf Grund der Rechtslage eine Verpflichtung der Jugendlichen, die in den gewerblich-technischen Ausbildungsberuf eintreten, für den Feuerwehrdienst nicht möglich ist." Deshalb sollen grundsätzlich für den Feuerwehrdienst interessierte und geeignete Jugendliche durch die Feuerwehr während der Ausbildung betreut werden." Das Ausbildungsverhältnis soll überhaupt nur zustandekommen, „wenn die Feuerwehrtauglichkeit gegeben ist." (Zitate alle aus der Bürgerschaftsdrucksache 9/457).

Für die „Förderung der Ausbildung bei Betriebsgründungen" werden 1,3 Mio. DM bereitgestellt. Neugegründete Klein- und Mittelbetriebe erhalten für jeden zusätzlich eingerichteten Ausbildungsplatz 5000 DM. Das entspricht etwa 40% der Lehrlingslöhne und bedeutet lediglich eine Subventionierung dieser Betriebe, die die jugendliche Arbeitskraft jetzt noch billiger vernutzen können. Die „Förderungsfälle" verteilen sich im wesentlichen auf Handwerk (236), Ärzte (39), Zahnärzte (40) und Rechtsanwälte (31). Die Jugendlichen rekrutieren sie im wesentlichen aus dem Arbeitslosenheer, das der Senat fein säuberlich aufgeschrieben hat:

Arbeitslose Jugendliche nach Berufsausbildung und Schulabschluß

Ohne abgeschl. Berufsausbild.	unter 20 Jahren
oh. HS-Abschluß	812
mit HS-Abschluß	606
mit mittl. Abschluß	187
mit Hochschulreife	67
mit unbek. Abschluß	53
mit abgeschlossener Berufsausbildung	222
Summe	1947

Bürgerschaftsdrs. 9/457 v. 6.2.79 (Stand Mai 78)

Mit einem 8%-Vorschlag leitete die ÖTV die Lohndiskussion in den Seehäfen ein

b.ruo. Hamburg. Am 22.10.79 hat der ÖTV-Hauptvorstand für den bevorstehenden Lohnkampf der Hafenarbeiter den Vorschlag veröffentlicht, die Löhne und Gehälter sowie alle Zuschläge zum 1.1.80 um 8% zu erhöhen. Bis zum 13.11. sind die zu nahezu 90% organisierten Hafenarbeiter aufgerufen, ihre Stellungnahmen aus den Betrieben abzugeben. Am 16.11. will die Bundestarifkommission „auf Grundlage dieser Diskussion entsprechende Beschlüsse fassen." In der ersten Novemberwoche beginnen zugleich die Tarifverhandlungen zwischen ÖTV und Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe um den zum 1.1.80 in Kraft tretenden Rahmentarif.

Die Kapitalisten wagen seit über 4 Wochen noch keine Stellungnahme zu den Forderungen. Auf der Betriebsversammlung der Stauerei Tiedemann am 25.10. wies Uwe Schröder vom Abteilungssekretariat der ÖTV das Lohndiktat des staatlichen Herbstgutachtens entschieden zurück. Ein Vertrauensmann bekam großen Beifall, als er – unterstützt durch einen Betriebsrat – angesichts der drastischen Steigerung der Preise und Steuerabzüge für den Arbeiterhaushalt eine höhere Forderung von 100 DM + 5% begründete sowie die Anhebung des Grundfreibetrages auf 25% vom Durchschnittslohn forderte. Zur Stellungnahme aufgefordert, wußte der Vertreter der Betriebsführung, Vorberg, nur zu sagen, die Forderungen der ÖTV zum Rahmentarif seien gewiß sorgfältig überlegt. Dann forderte er die Belgschaft auf, sich rege an der Diskussion der Lohnforderung zu beteiligen.

Schon auf der Vertrauensleuteversammlung der ÖTV für den Hafen Hamburg am 24.10. war in einem Diskussionsbeitrag begründet worden, daß der Streik 78 gezeigt habe, daß man auch für eine Prozentforderung erfolgreich kämpfen könnte, daß die Forderung von 100 DM + 5% jedoch wegen ihrer über die verschiedenen Lohngruppen hinweg relativ einheitlichen Nettoanhebung von 131 DM bis 153 DM sowohl die Herstellung der Einheit begünstige, als auch von der Höhe her einen Kampf lohnt. Viele Diskussionsredner, einschließlich Mitglieder des neugewählten Abteilungsvorstandes, sprachen sich für eine höhere Forderung als 8% aus.

Die Lage zur Durchsetzung der beschlossenen Rahmentarifforderungen (Schwerpunkt sind die Forderung nach 6 Wochen Urlaub und Verkürzung der Nachtarbeit auf 6 Stunden bei vollem Lohnausgleich) als auch zur Durchsetzung einer Lohnforderung von rund 10% im Volumen ist durchaus günstig. Die Hafenkapitalisten gehen nach Aussagen ihres Vorstandsvorsitzenden Schröder von der HHLA auf einer Pressekonferenz am 26.10. bundesweit einem neuen Spitzenergebnis entgegen. Sie planen große Investitionen und auch die Nachfrage nach Arbeitskraft ist rege. Dieser Lage bewußt, werden auch Argumente, die den Rahmentarif einseitig zum Schwerpunkt des Tarifkampfes erklären wollen, gut zu widerlegen sein. Ohnehin wissen die Hafenarbeiter, daß längerer Urlaub und höheres Urlaubsgeld nichts nützt, wenn zugleich der niedrige Lohn zu mehr Doppelschichten zwingt.

arbeit ist dabei die 6%ige Schichtzulage, mit der man hofft, seinen Lohn etwas aufzubessern. Die ständige mitwachsende Lohnsteuer aber läßt auch davon netto nur wenig übrig.

In der Tabelle sind jeweils in der linken Spalte die häufigsten Bruttolöhne von ungelernten Arbeiterinnen, von ungelernten bzw. angelernten Arbeitern und von Einrichtern aufgeführt, einmal ohne Schicht und einmal mit 6% Schichtzulage. Die Nettolöhne für

In einem Brief an Finanzminister Matthöfer, der bisher von 10 Kollegen und Vertrauensleuten unterschrieben wurde, wird eine sofortige Anhebeung des Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohnes gefordert, nicht zuletzt, um den Zwang zur „freiwilligen" Schichtarbeit zu beseitigen.

„Die Mitarbeiter passend machen" Begriff der Zumutbarkeit konkretisieren

Verhindert werden soll, daß die Absichten der Kapitalisten an der Verkürzung der Ausbildung enthüllt werden, die die jugendliche Arbeitskraft so früh wie möglich und als billiger Lohndrucker in der Produktion ausbeuten wollen und dem das Interesse der Arbeiterklasse an einer einheitlichen Aus-



Im November 1978 demonstrierten 1000 Berufsschüler gegen das Kurssystem

Ausbildungsförderungsprogramm: Der Senat will Nachwuchs für den Öffentlichen Dienst rekrutieren

Für 50 Pfennig wird der Kohl verschleudert

Die Verträge zwischen Kohlbauern und Händlern garantieren nicht die Produktionskosten

b.sal. Zahlreiche Gemüsestände mit Schildern „Rot- und Weißkohl, Stck. 0.50 DM", befinden sich an den Straßen überwiegend im südwestlichen Teil Dithmarschens. Es ist Kohlerntezeit. Eine Bäuerin, die den Kohl verkaufte, berichtete, daß ihre Familie den Kohlanbau nur nebenbei betreibt. Sie bauen nur zwei Hektar Kohl an, den sie dann an der Straße direkt an Kunden verkaufen. Es lohnt sich jetzt nicht, den Industriekohl, der sofort verarbeitet werden muß, als freie Ware zu verkaufen. Die Bauern, die auf den Kohlanbau spezialisiert sind, haben Abnahmeverträge mit Händlern, in denen ihnen die Abnahme eines Teils des angebauten Kohls zu einem Festpreis garantiert wird. 5 DM pro Zentner wird jetzt für Industriekohl unter Vertrag gezahlt, wer die freie Ware überhaupt los wird, bekommt höchtens 2,50 DM. Da für die Ernte des Kohls schon 1 DM Lohnkosten je Zentner anfallen, werden ganze Felder pauschal an Schäfer abgegeben, die je Hektar 500 Mark zahlen.

Der meiste Kohl wird in den Kögen auf z.T. erst hundert Jahre altem Marschland angebaut. Unter diesen Bedingungen brauchen die Bauern keine Fruchtfolge einzuhalten. Sie können aufgrund der außerordentlich fruchtbaren Äcker jedes Jahr auf demselben Feld Kohl anbauen. Ein Bauer im Koog produziert schon seit 10 Jahren auf 10 seiner 15 ha Landfläche Lager- und Industriekohl bei guten Erträgen.

In der älteren Marsch muß eine Dreijahresfruchtfolge eingehalten werden. Meist betreiben hier die Kohlbauern noch Viehwirtschaft. Sie nutzen einen Teil des Bodens als Weideland und bauen außerdem Getreide oder Futterrüben an. Der Kuhdung wird im Frühjahr auf dem Acker untergepflügt, bis zu 400 Doppelzentner sind für ein Kohlfeld erforderlich. Die Pflanzzeit beginnt im Mai. Der Bauer muß Aushilfsarbeiter einstellen. Besitzt er eine einfache Pflanzmaschine, benötigt er vier Arbeitskräfte, um einen Hektar Land in zwei Tagen mit den Stecklingen zu bepflanzen.

Im Juni und Juli muß der Acker locker gehackt, das Unkraut gezogen und eventuell noch gespritzt werden. Auch dazu müssen wieder Arbeitskräfte eingestellt werden. Ein bis zwei Mal – bei viel Regen auch dreimal – muß das Kohlfeld gehackt und gesäubert werden. Die größeren Kohlbauern können Hackmaschinen einsetzen und sparen damit einen Großteil der Lohnkosten.

In Dithmarschen beginnt die Kohlernte im Oktober. Spätestens Mitte November muß sie abgeschlossen sein, weil der Kohl sonst zuviel Frost bekommt und nicht mehr gelagert und verkauft werden kann. Ein dithmarscher Bauer berichtete, daß er von seinen 24 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 6 ha mit Kohl bepflanzt hat. Um den Kohl zu ernten, muß er acht Tage lang ständig sechs Arbeitskräfte einsetzen.

Morgens um 7.30 Uhr geht es aufs Feld. Einer fährt den Trecker mit den Großkisten für Kohl. Zwei Männer gehen in ständig gebückter Haltung nebenher, schneiden die Köfpe sorgfältig ab und reichen sie an die drei Frauen und z.T. Kinder weiter, die auf dem Tritt vor der Kiste stehen. Diese säubern den Kohl von schmutzigen und beschädigten Blättern und stapeln ihn in die Kisten.

Mittagspause wird um 11.30 Uhr gemacht, gegessen wird beim Bauern. Um 12.30 Uhr bis 17.30 Uhr geht es dann weiter, einige Arbeitskräfte sind z.T. ausgetauscht worden, weil sie zur Spätschicht in den Betrieb müssen. Zwischendurch werden die Kohlkisten zum Hof gefahren, gegen Schädlinge gespritzt und im Kühlhaus (120000 DM Investitionskosten) eingelagert. Jede Druckstelle muß während des Produktionsvorganges vermieden werden, da der Kohl sonst kistenweise verfault.

Nach Abschluß der Erntezeit muß der Bauer seine Rinder in den Stall holen und den Winter über füttern. Im Januar beginnt nach und nach die Auslagerung des Kohls. Er wird wieder geputzt. Ein Drittel des Ertrages, etwa 1300 Zentner, steht unter Vertrag und wird zu 8,50 DM je Zentner an den Händler geliefert. Dieser Erlös soll die nötigsten Unkosten abdecken. Die anderen zwei Drittel spekuliert der Bauer teuerer verkaufen zu können, weil vom Gutachter ein Minderertrag von 30% festgestellt worden ist, und deshalb der Kohl vielleicht besser frei gehandelt wird. Zu 80 Pfennig wurde im November ein Zentner Industriekohl gehandelt, beim Lagerkohl können die Preise zwischen vier und vierzig DM schwanken. Dagegen betrugen die Ladenpreise 1978 im November 0,63 DM/kg (= 3,15 je Zentner) als tiefsten und 1,40 DM/kg (= 7 DM je Zentner) im Mai als höchsten Preis.

Für die industriemäßige Ernte des Kohls sind verschiedene Maschinen entwickelt worden, die wegen ihrer ungenügenden Leistung und der hohen Investitionskosten bisher nur versuchsweise eingesetzt werden. Mit ihnen wird der Kohl gerodet, der Strunck abgeschnitten, entblättert und über Transportbänder zum Schwadablageteil geführt. Jedoch ist der Beschädigungsgrad noch besonders hoch, sodaß die Kohlerntemaschine zunächst nur für Industriekohl einsetzbar ist. Die Qualität wird auf jeden Fall gemindert und drückt dann auch auf den Erzeugerpreis.

Die Kohlbauern haben sich im Gemüseanbauerverband organisiert, der mit den Händlern die Verträge und Preise aushandelt. Weil diese Festlegungen nicht ausreichen und ein kostendeckender Erzeugerpreis nicht garantiert ist, müssen die Bauern mit einem großen Teil ihres Ertrages spekulieren und das Risiko eingehen, ruiniert zu werden.



im Koog produziert schon seit 10 Jahren auf 10 seiner 15 ha Landfläche Lager- und Industriekohl bei guten Erträgen.

In der älteren Marsch muß eine Dreijahresfruchtfolge eingehalten werden. Meist betreiben hier die Kohlbauern noch Viehwirtschaft. Sie nutzen einen Teil des Bodens als Weideland und bauen außerdem Getreide oder Futterrüben an. Der Kuhdung wird im Frühjahr auf dem Acker untergepflügt, bis zu 400 Doppelzentner sind für ein Kohlfeld erforderlich. Die Pflanzzeit beginnt im Mai. Der Bauer muß Aushilfsarbeiter einstellen. Besitzt er eine einfache Pflanzmaschine, benötigt er

ab und reichen sie an die drei Frauen und z.T. Kinder weiter, die auf dem Tritt vor der Kiste stehen. Diese säubern den Kohl von schmutzigen und beschädigten Blättern und stapeln ihn in die Kisten.

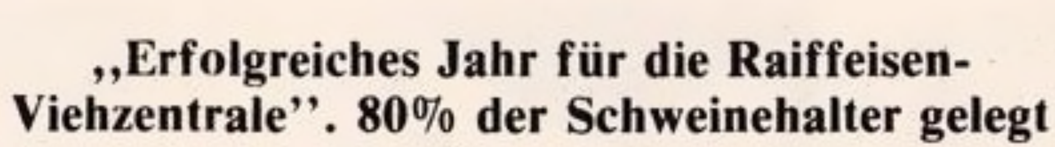
Mittagspause wird um 11.30 Uhr gemacht, gegessen wird beim Bauern. Um 12.30 Uhr bis 17.30 Uhr geht es dann weiter, einige Arbeitskräfte sind z.T. ausgetauscht worden, weil sie zur Spätschicht in den Betrieb müssen. Zwischendurch werden die Kohlkisten zum Hof gefahren, gegen Schädlinge gespritzt und im Kühlhaus (120000 DM Investitionskosten) eingelagert. Jede Druckstelle muß während des Produktionsvorganges vermieden wer-

Transportbänder zum Schwadablageteil geführt. Jedoch ist der Beschädigungsgrad noch besonders hoch, sodaß die Kohlerntemaschine zunächst nur für Industriekohl einsetzbar ist. Die Qualität wird auf jeden Fall gemindert und drückt dann auch auf den Erzeugerpreis.

Die Kohlbauern haben sich im Gemüseanbauerverband organisiert, der mit den Händlern die Verträge und Preise aushandelt. Weil diese Festlegungen nicht ausreichen und ein kostendeckender Erzeugerpreis nicht garantiert ist, müssen die Bauern mit einem großen Teil ihres Ertrages spekulieren und das Risiko eingehen, ruiniert zu werden.



Oft muß die ganze Familie bei der aufwendigen Kohlernte mithelfen. Einige Bauern halten sich nebenbei noch Schafe, die auf die abgeernteten Kohlfelder getrieben werden.



„Erfolgreiches Jahr für die Raiffeisen-Viehzentrale". 80% der Schweinehalter gelegt

b.ham. Die Raiffeisen-Viehzentrale hat ihre diesjährige Generalversammlung als 50-jähriges Jubiläum in Rendsburg gefeiert. Staatssektretär Traulsen aus Kiel und Drotschmann vom Hamburger Senat hielten Reden. Der Vorstandvorsitzende Dr. Hahlbrock bezeichnete die Unternehmensentwicklung als in jeder Hinsicht erfreulich. Es sei ein Umsatz von 1,241 Mrd. DM erzielt worden, das wäre je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 1128 DM, ein „führender" Wert in der BRD.

Der Raiffeisenvorstand ist mit dem Staatsapparat verschwägert. Der gemachte Profit wird so zum mächtigen Hebel gegen die Bauern. Ein Beispiel aus dem ABC-Zuchtprogramm für Schweine. Veröffentlicht hat es der Kieler Universitätsprofessor Gravert. Unter der Regie der HaGe können so die Bauern, die dazu Mitglied der Erzeugergemeinschaft „Nordferkel" bzw. „Nordfleisch" sein müssen, über die HaGe sich Zuchtsauen kaufen, die nach Graverts Kreuzungszuchtprogramm besser sein sollen als die bisherigen Sauen. Sicher ist, daß Gravert sich dabei vom Profit hat leiten lassen. Und darüber hat er z.B. die Seuchengefahr „vergessen".

Heute sind dieser Erzeugergemeinschaft 43000 Sauen und 700000 Mastschweine von insgesamt 3000 landwirtschaftlichen Betrieben angeschlossen.

Diese Tiere transportiert die HaGe in ganz Schleswig-Holstein herum, und damit auch die sogenannte „Schnüffelkrankheit", die die Gewichtszunahme bei den befallenen Mastschweinen um 40 % senkt. Weil die Tierbestände jetzt verseucht sind, will die HaGe die Sauenprodutkion ganz in eigener Regie auf dem sogenannten STS-Status durchführen. D.h., die Bauern können jetzt ihre Sauen nicht mehr selbst aufziehen (was billiger ist), sondern sie für knapp 500 DM von der HaGe zukaufen. Die Schuld für die Verseuchung gibt die HaGe den Bauern, und so verlangt sie von ihnen bessere Ställe usw. und will sich in jede betriebliche Entscheidung der Bauern gegen Gebühr einmischen, wogegen es breiten Widerstand unter den Bauern gibt. Das treibt die Bauern in die Schuldknechtschaft zur HaGe. Sie sind bei ihr mit jetzt 2,1 Mrd. DM verschuldet. Die Jahre von 1958 bis 78 haben nur 20% der schweinehaltenden Bauern in Schleswig-Holsetin überstanden und 50 % der Rinderhalter. Das hat der Staatssekretär Traulsen in seiner Festrede mitgeteilt.

Gasölzuschüsse können die Kostensteigerung nicht decken

b.kaq. Der Haushaltsausschuß des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat für 1980, zur Bezuschussung der Gasölpreise der Kutter und Hochseefischerei, einen Betrag von 2,5 Mio. DM beschlossen. Es handelt sich dabei um eine „einmalige Hilfe", die zu den fiktiven Kosten eines Betriebsmittelkredites gezahlt wird. Zur Erläuterung wurde bekanntgegeben, daß ein Kutterfischer bei einem Verbrauch von 1000000 Liter Dieselkraftstoff zu einem Preis von ca 45000 DM dabei einen 10% Zuschuß von 4500 DM erhalte.

Die Gasölpreise sind seit dem Dezember 78 von 34,37 DM pro 100 Liter auf jetzt 47,00 DM pro 100 Liter gestiegen, was einer Steigerung von 36,7% entspricht. Von den Fischern an der Westküste wird noch eine weitere Preissteigerung bis Ende des Jahres auf 60,00 DM pro 100 Liter erwartet. Steuerliche Vergünstigungen für die Kraftstoffpreise erhalten die Fischer nicht, sodaß sie den gesamten Preis zahlen müssen. Daß der von der Bundesregierung gewährte Zuschuß die Mehrkosten nicht decken kann, machen die Zahlen der Preissteigerungsraten bereits deutlich. Erleichterung bringt er nur den Konzernen, die mit ihrer Hochseefischereiflotte noch Gewinn machen. 1981 sollen die „einmaligen" Zuschüsse dann bereits wieder wegfallen, damit dann die gestiegenen Preise um so kräftiger zur Ruinierung der Kutterfischerei beitragen.

Bereits 1978 gingen die Anlandungsquoten der Kutterfischerei um 9 % zurück von 37069 Tonnen auf 33974 Tonnen, während die Fangquoten der Hochseefischerei noch stiegen von 278554 Tonnen auf 285861 Tonnen. Die Preise für den angelandeten Frischfisch sind nicht gestiegen sondern teilweise gefallen. Bei sinkender Anlandungsquote bedeutet das für die Kutterfischerei einen Einnahmeverlust bei steigenden Betriebskosten. Die Hochseefischerei geht dabei auf ihren Fabrikschiffen immer mehr vom Frischfisch ab, sodaß mehr als die Hälfte der Fangquoten in Frostfisch verarbeitet werden. Von den im Mai 1979 insgesamt von der Hochsee- und Küstenfischerei im Bundesgebiet angelandeten Fangquote von 20778,2 Tonnen gelangten nur 7357,8 Tonnen auf die Seefischmärkte, 16257,4 Tonnen waren für Konsumzwecke, sodaß 8900,4 Tonnen direkt, zumeist für Frostfisch an die Fabriken geliefert wurden. Während die dem Konzern Unilever gehörende Hochseefischerei ihre Fangquotenverluste in der Nordsee mit größerem Mischreisen bis hin an die amerikanische Küste ausgleicht, bleibt der Küstenfischerei nur, die verringerten Fangquoten zu gleichbleibenden Preisen an die Seefischmärkte zu verkaufen.

Aus dem Jahresbericht des Fischgroßhandels von 1978 geht hervor, daß höhere Preise nicht an den Konsumenten abgegeben werden könnten, tatsächlich steigen aber die Frischfischpreise, sodaß der Handel die Gewinnspanne erweitert.

Die Zuschüsse der Bundesregierung für Gasöl, die zwar allen zugute kommen aber eben nur bei der Hochseefischerei Wirkung zeigen, werden den Prozeß der Ruinierung der Kutterfischerei nicht aufhalten sondern 1981 nur noch verstärkt beschleunigen.

b.kaq. Der Haushaltsausschuß des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat für 1980, zur Bezuschussung der Gasölpreise der Kutter und Hochseefischerei, einen Betrag von 2,5 Mio. DM beschlossen. Es handelt sich dabei um eine „einmalige Hilfe", die zu den fiktiven Kosten eines Betriebsmittelkredites gezahlt wird. Zur Erläuterung wurde bekanntgegeben, daß ein Kutterfischer bei einem Verbrauch von 1000000 Liter Dieselkraftstoff zu einem Preis von ca 45000 DM dabei einen 10% Zuschuß von 4500 DM erhalte.

Die Gasölpreise sind seit dem Dezember 78 von 34,37 DM pro 100 Liter auf jetzt 47,00 DM pro 100 Liter gestiegen, was einer Steigerung von 36,7% entspricht. Von den Fischern an der Westküste wird noch eine weitere Preissteigerung bis Ende des Jahres auf 60,00 DM pro 100 Liter erwartet. Steuerliche Vergünstigungen für die Kraftstoffpreise erhalten die Fischer nicht, sodaß sie den gesamten Preis zahlen müssen. Daß der von der Bundesregierung gewährte Zuschuß die Mehrkosten nicht decken kann, machen die Zahlen der Preissteigerungsraten bereits deutlich. Erleichterung bringt er nur den Konzernen, die mit ihrer Hochseefischereiflotte noch Gewinn machen. 1981 sollen die „einmaligen" Zuschüsse dann bereits wieder wegfal-

278554 Tonnen auf 285861 Tonnen. Die Preise für den angelandeten Frischfisch sind nicht gestiegen sondern teilweise gefallen. Bei sinkender Anlandungsquote bedeutet das für die Kutterfischerei einen Einnahmeverlust bei steigenden Betriebskosten. Die Hochseefischerei geht dabei auf ihren Fabrikschiffen immer mehr vom Frischfisch ab, sodaß mehr als die Hälfte der Fangquoten in Frostfisch verarbeitet werden. Von den im Mai 1979 insgesamt von der Hochsee- und Küstenfischerei im Bundesgebiet angelandeten Fangquote von 20778,2 Tonnen gelangten nur 7357,8 Tonnen auf die Seefischmärkte, 16257,4 Tonnen waren für Konsumzwecke, sodaß 8900,4 Tonnen direkt, zumeist für Frostfisch an die Fabriken geliefert wurden. Während die dem Konzern Unilever gehörende Hochseefischerei ihre Fangquotenverluste in der Nordsee mit größerem Mischreisen bis hin an die amerikanische Küste ausgleicht, bleibt der Küstenfischerei nur, die verringerten Fangquoten zu gleichbleibenden Preisen an die Seefischmärkte zu verkaufen.

Aus dem Jahresbericht des Fischgroßhandels von 1978 geht hervor, daß höhere Preise nicht an den Konsumenten abgegeben werden könnten, tatsächlich steigen aber die Frischfischpreise, sodaß der Handel die Gewinnspanne erweitert.

Hohe Verluste für die Fördereederei durch den Boykott der dänischen Fährarbeiter

b.clm. Bereits jetzt hat das Abenteuer, durch Ausflaggung der Schiffe der Linie Römö-Sylt, durch Verweigerung von Gewerkschaftsverträgen den Lohnstandard der dänischen Fährarbeiter zu senken und eine Bresche in den Lohnstandard der dänischen Arbeiter insgesamt zu schlagen und so die Expansion westdeutschen Kapitals nach Dänemark voranzutreiben, der Fördereederei 20 Millionen Kronen Verlust eingebracht. Nach Aussagen des Vorbesitzers der Reederei Lindinger hat die Fördereederei 10 Millionen dänische Kronen zuviel für die Linie bezahlt. Die Fördereederei und ihre Geldgeber, die Vereins- und Westbank, hofften, daß diese Summe durch die gesteigerte Ausbeutung der Fährarbeiter noch dieses Jahr wieder in ihre Kassen zurückfließen würde. Das Gegenteil ist der Fall. Die neue Linie hat die Bilanz des Unternehmens in der Zeit von Mai bis September zusätzlich mit 10 Millionen dänischen Kronen belastet, weil immer weniger Fahrgäste die Linie benutzen wollen und alle Preisnachlässe und Sonderangebote dem nicht abgeholfen haben. Im Monat September 1979 haben nur noch 25% der Leute im Vergleich zum Monat September 1978 die Linie benutzt. Obwohl bis vor zwei Wochen sich die Kampfmaßnahmen der dänischen Fährarbeiter noch nicht direkt gegen die Linien der Flensburger Förde richteten, weisen auch die einen Verlust von bis zu 10% auf, weil natürlich eine ganze Reihe Dänen und Flensburger auch diese Linien boykottieren, solange die Reederei keine kollektiven Tarifverträge unterzeichnet und die Schiffe weiterhin unter zypriotischer Flagge laufen läßt.

Die Blockade aller Lieferungen an die Fördereederei durch den dänischen Gewerkschaftsbund LO gefährdet jetzt noch zusätzlich die Profitquelle, aus der die Reederei das Geld und damit die Kraft geschöpft hat, die Auseinandersetzung mit den dänischen Fährarbeitern durchzustehen. Das führt zu Widersprüchen und zu Spaltungen innerhalb der Besitzerclique der Reederei, von der einige nicht mehr einsehen, für die höheren Ziele des westdeutschen Finanzkapitals zu bluten. Mit der Bereitschaft, auch mit der Umflaggung auf westdeutsche Flagge einverstanden zu sein und sich dann auch nicht gegen Verträge zwischen der Reederei und der ÖTV zu sperren, wenn nur die Rechte und der Lohnstandard erhalten bleiben, können die Fährarbeiter diese Widersprüche ausnutzen.

Zugleich schafft das eine Lage, die es der ÖTV besser als bisher ermöglicht, den Kampf zu unterstützen. Der ÖTV-Hauptvorstand in Stuttgart hatte sich vor einiger Zeit nicht in der Lage gesehen, Informationsveranstaltungen mit den Fährarbeitern zu organisieren, weil die Gewerkschaft tariflich nichts mit der Auseinandersetzung zu tun habe und weil sich die dänischen Gewerkschaften über die Kampfformen auch noch nicht einig waren. Das ist jetzt anders. Die LO organisiert die Blockade und die Möglichkeit der Umflaggung auf westdeutsche Flagge fordert direkt ein mit den dänischen Gewerkschaften abgesprochenes Eingreifen der ÖTV. Werden die Löcher in der Blockade noch gestopft, sind die Bedingungen, die Fördereederei in die Knie zu zwingen, gut.

Die Bevölkerung von Arnis fordert Bewilligung der Gelder für die Deichreparatur

b.klw. 40 Bewohner von Arnis an der Schlei haben einen Brief an das Landwirtschaftsministerium geschickt, in dem sie die Landesregierung auffordern, den beim Hochwasser Anfang des Jahres 1979 beschädigten Deich zu erneuern. Seit dieser Zeit hat der Hauptdeich einen 50 m langen Längsriß und sackt Richtung Land ab. Der Deich wird einem weiteren Hochwasser – das zu Anfang des Jahres war nur mittleres Hochwasser – nicht standhalten, das geben auch die Behörden zu.

1980 plant die Landesregierung, 92 Mio. DM für Küstenschutzmaßnahmen auszugeben. Schwerpunkte bilden dabei z.B. Ausbau des Küstenschutzes in Brunsbüttel (Industrieanlagen), der Haseldorfer Marsch (künftiges Industriegelände) und der Meldorfer Bucht (Militärgelände). Für den Gammeldamm bei Gelting (Fremdenverkehrsgebiet) wurden allein 3,7 Mio. DM in letzter Zeit ausgegeben. Die Gebiete, die der Profitmacherei dienen, werden vor den Hochwasserfluten geschützt, Wohn- und Landwirtschaftsgebiete hingegen nicht. Hinter dem Deich von Arnis befinden sich nämlich „nur" Weiden und 12 Häuser mit 40 Menschen.

Nach dem Hochwasser Anfang des Jahres erklärte die Regierung, das Geld für die Reparatur der Gemeindedeiche in Höhe von 10 Mio. DM würde sofort zur Verfügung gestellt werden, der Landesschutzdeich müsse bis 1986 schrittweise verstärkt werden. Den Bewohnern von Arnis wurden damals 200000 DM für Reparaturmaßnahmen zugesagt, jetzt heißt es aber, außer 10000 DM stünden vor 1986 keine Gelder zur Verfügung. Vorrang hätte erst die Westküste, dann die Ostküste, dann erst die Fördeufer. Die Bevölkerung von Arnis will sich aber damit nicht abspeisen lassen und sieben Winter lang in Angst vor dem Hochwasser leben. Ihre Forderung ist, wirksame Reparaturmaßnahmen *jetzt*. Der Brief an die Landesregierung zeigte auch schon Wirkung: Anfang November kommt ein Vertreter des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft nach Arnis. Dem wird die Bevölkerung ihre Forderung unterbreiten.



Demonstration gegen die Bildungspolitik des Bremer Senats am 5.10.

Koschnicks Methoden der politischen Unterdrückung werden breit bekämpft

r.heb. ,,Nur unter Bedenken habe ich Ihr Verhalten am 4.7.1979 (Teilnahme an der Demonstration der Bremer Lehrer für Arbeitszeitverkürzung, *Red.*) noch nicht zum Anlaß genommen, erneut eine Kündigung Ihres Arbeitsverhältnisses zu beantragen. Ich fordere Sie aber letztmalig auf, für die Zukunft Ihre vertraglichen Pflichten in jeder Beziehung einzuhalten. Bei weiteren Verstößen gegen Ihre Dienstpflichten sehe ich mich gezwungen, die Kündigung Ihres Arbeitsverhältnisses einzuleiten. In diesem Zusammenhang teile ich mit, daß mir aus dem Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen 1979, S.471, bekanntgeworden ist, daß Sie auf Rang Nr. 20 für den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) kandidieren. Das gibt mir Anlaß, Sie noch einmal auf Ihre Pflichten aus dem Ihrem Vertragsverhältnis zugrundeliegenden Bundesangestelltentarif, insbesondere §8 Abs.1 BAT, hinzuweisen...''. So der Bremer Senator für Bildung in einem Schreiben an die Lehrerin E. Trabandt am 3.10.d.J.

So offen wird gewerkschaftliche Aktivität sonst in Bremen nicht als Entlassungsgrund genannt. Zwar weiß jeder öffentlich Bedienstete, daß der Dienstherr jede gewerkschaftliche Betätigung registriert. Aber wenn es ans Entlassen geht, taucht das nicht auf. Zu heftig wäre der Protest der Gewerkschaften, das weiß Koschnick. Deshalb schiebt er aktive Gewerkschaftsarbeit nur als zusätzliche Beschuldigung nach, beschränkt sich auf ,,außerdienstliches Verhalten''. Seine Methode: Herausgreifen der aktiven Kommunisten, Spaltung der Belegschaften, unverzügliche Entlassung. Schnell soll der Verfassungsschutz arbeiten und mit hoher Trefferquote – effizient. Dafür sein 9-Punkte-Programm vom Oktober 1978, dafür der Gesetzentwurf zur Änderung der Landesdisziplinarordnung vom

sehe ich mich gezwungen, die Kündigung Ihres Arbeitsverhältnisses einzuleiten. In diesem Zusammenhang teile ich mit, daß mir aus dem Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen 1979, S.471, bekanntgeworden ist, daß Sie auf Rang Nr. 20 für den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) kandidieren. Das gibt mir Anlaß, Sie noch einmal auf Ihre Pflichten aus dem Ihrem Vertragsverhältnis zugrundeliegenden Bundesangestelltentarif, insbesondere §8 Abs.1 BAT, hinzuweisen...''. So der Bremer Senator für Bildung in einem Schreiben an die Lehrerin E. Trabandt am 3.10.d.J.

So offen wird gewerkschaftliche Aktivität sonst in Bremen nicht als Entlassungsgrund genannt. Zwar weiß jeder öffentlich Bedienstete, daß der Dienstherr jede gewerkschaftliche Betätigung registriert. Aber wenn es ans Entlassen geht, taucht das nicht auf. Zu heftig wäre der Protest der Gewerkschaften, das weiß Koschnick. Deshalb schiebt er aktive Gewerkschaftsarbeit nur als zusätzliche Beschuldigung nach, beschränkt sich auf ,,außerdienstliches Verhalten''. Seine Methode: Herausgreifen der aktiven Kommunisten, Spaltung der Belegschaften, unverzügliche Entlassung. Schnell soll der Verfassungsschutz arbeiten und mit hoher Trefferquote – effizient. Dafür sein 9-Punkte-Programm vom Oktober 1978, dafür der Gesetzentwurf zur Änderung der Landesdisziplinarordnung vom

September. Beamte sollen beschleunigt diszipliniert werden: Einleitung des Verfahrens durch die Personalbehörde, nicht mehr den Senat; ,,erfahrene Staatsanwälte'' als Untersuchungsführer; zusätzliche Disziplinargerichte. Als effizienter Säuberer des öffentlichen Dienstes sucht Koschnick sich zu erweisen: noch bevor das Gesetz am 10.10. in Kraft trat, wurden seine Grundsätze im Entlassungsverfahren des Lehrers Gerstenberg angewandt.

Dem obigen Brief merkt man an: Koschnick und sein Senator würden gern entlassen, können aber nicht. An vielen Stellen im Bremischen öffentlichen Dienst würden sie gern: so bei den Lehrerinnen H. Schellhowe und B. Larisch; so bei dem Lehrer U. Trabandt – dessen Weiterbeschäftigung das Arbeitsgericht just verfügte; so bei den Hochschullehrern A. Biesecker, F. Nake, V. Wihstutz. Er kann aber auch da nicht. 1974 ging das noch. Jetzt aber stößt er auf breiten Widerstand in Belegschaften und Gewerkschaft. Und das, obwohl das Bundesverfassungsgericht ihm 1975 alle gesetzlichen Grundlagen gab: Es konkretisierte die Verpflichtung der Beamten auf die FDGO als jederzeitiges aktives Eintreten dafür. Das wurde aus der Funktion des öffentlichen Dienstes für die Bourgeoisie begründet und soll deshalb auf Arbeiter und Angestellte ausgedehnt werden.

Die Lehrer haben sich im Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit gegen den Dienstherrn zusammengeschlossen. Aus dieser Einheit heraus lehnen Personalräte und GEW einstimmig die Disziplinierungen ab. Auch an der Universität verurteilen Personalrat, ÖTV und Akademischer Senat einhellig die Disziplinierungsversuche. Desgleichen bei der Post: Gegen die Entlassungen der Arbeiter Willenbrock und Hammermeister faßte der Personalrat einstimmig Beschluß. Die Verfahren gegen die Lehrerinnen Schellhowe und Larisch schmoren seit mehr als einem halben Jahr, weil sich der Senat während des Wahlkampfes nicht traute. Jetzt, in der Senatsdebatte, drängte Koschnick auf Entlassung, kam aber nicht durch: Erst soll ein Gutachten über den Einfluß des KBW im öffentlichen Dienst in Bremen erstellt werden.

Hochschullehrern A. Biesecker, F. Nake, V. Wihstutz. Er kann aber auch da nicht. 1974 ging das noch. Jetzt aber stößt er auf breiten Widerstand in Belegschaften und Gewerkschaft. Und das, obwohl das Bundesverfassungsgericht ihm 1975 alle gesetzlichen Grundlagen gab: Es konkretisierte die Verpflichtung der Beamten auf die FDGO als jederzeitiges aktives Eintreten dafür. Das wurde aus der Funktion des öffentlichen Dienstes für die Bourgeoisie begründet und soll deshalb auf Arbeiter und Angestellte ausgedehnt werden.

Die Lehrer haben sich im Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit gegen den Dienstherrn zusammengeschlossen. Aus dieser Einheit heraus lehnen Personalräte und GEW einstimmig die Disziplinierungen ab. Auch an der Universität verurteilen Personalrat, ÖTV und Akademischer Senat einhellig die Disziplinierungsversuche. Desgleichen bei der Post: Gegen die Entlassungen der Arbeiter Willenbrock und Hammermeister faßte der Personalrat einstimmig Beschluß. Die Verfahren gegen die Lehrerinnen Schellhowe und Larisch schmoren seit mehr als einem halben Jahr, weil sich der Senat während des Wahlkampfes nicht traute. Jetzt, in der Senatsdebatte, drängte Koschnick auf Entlassung, kam aber nicht durch: Erst soll ein Gutachten über den Einfluß des KBW im öffentlichen Dienst in Bremen erstellt werden.

Konkret bedeutet die Haltung der Personalräte und Gewerkschaften, daß die Forderung nach Abschaffung des besonderen Dienstrechts und nach Geltung eines einheitlichen Arbeitsrechts durchgesetzt wird. Für die Personalversammlung der Bremer Lehrer am 6.11. ist der Antrag gestellt, das Verfahren gegen U. Gerstenberg einzustellen.

Niedersächsische Landesregierung fördert Spekulation: Verwandlung von Sozial- in Eigentumswohnungen

r.scm. In seiner Regierungserklärung vom 19. Januar 1977 erklärte der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht: ,,Zur Förderung der Eigentumsbildung verfolgt die Landesregierung das Ziel, möglichst viele Mieter von staatlich geförderten Mietwohnungen in die Lage zu versetzen, Eigentum an ihrer Wohnung zu erwerben.'' 322000 Sozialwohnungen gibt es in Niedersachsen. Von diesen sind bis Februar 1979 300 entsprechend dem Programmpunkt Albrechts in Eigentumswohnungen umgewandelt worden, 1000 weitere befanden sich zu diesen Zeitpunkt nach Angaben der Landesregierung in der Umwandlungsphase.

Wie viele der Wohnungen tatsächlich an die Mieter verkauft wurden, ist nicht bekannt; wohl aber mußte sich der Landtag mehrfach mit dem Widerstand von Mietern befassen, die aus ihren Wohnungen vertrieben werden sollten. Sozialminister Schnipkoweit im Landtag am 13.2.1979: ,,Ich glaube nur, wenn wir wirklich dem letzten Mieter zugestehen wollen, daß er in seiner Wohnung bleibt, dann wird eine Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen niemals möglich sein.'' Im Juni gab Schnipkoweit einen Runderlaß zur Organisierung der Umwandlung von Sozial- in Eigentumswohnungen heraus.

Mit dem ,,sozialen Wohnungsbau'' hatte die Bourgeoisie in den fünfziger Jahren ein gewaltiges Programm eingeleitet, den Häuserkapitalisten zinslose oder zinsverbilligte Darlehen zur Verfügung zu stellen unter dem Vorwand, das Wohnungselend damit zu beseitigen. Bezahlt wurde das Programm von den Volksmassen, die Wohnungsnot wurde nicht beseitigt. Über die ,,Kostenmiete'', die die Kapitalisten für Sozialwohnungen verlangen können, wird zwar absolut weniger Profit im Jahr realisiert als bei anderen Wohnungen, aber die *Profitrate* war lange Zeit höher, weil das vom Kapitalisten selbst aufzubringende Kapital geringer war. Von Nachteil für die Kapitalisten ist die lange Dauer der Mietpreisbindung – noch zehn Jahre nach Darlehensrückzahlung – da das Spekulationsgeschäft mit Wohnungen in den Innenstädten so nicht in vollem Umfang möglich war. Die Veräußerung der Sozialwohnungen als Eigentumswohnungen ist für die Häuserkapitalisten da eine willkommene Möglichkeit, die Preissteigerung in vollem Umfang zu barer Münze zu machen, und zwar sofort. Da sich der Preis einer Eigentumswohnung nicht danach richtet, ob sie ehemals eine Sozialwohnung war oder nicht, hoffen die Häuserkapitalisten so, gigantische Profitraten zu erreichen.

Die Angelegenheit ist für die Bourgeois äußerst heikel und bedarf politischer Betrugsmanöver. Landesminister a.D. Mahrenholz berichtete in einer Kleinen Anfrage über Mieter, die in ihre Fenster Plakate geklebt haben ,,Dies sind Sozialwohnungen'' und ,,Wir ziehen aus''. Sozialminister Schnipkoweit hat mit seinem Runderlaß die Propagandalinie von Albrecht fortgesetzt, ,,Mieter von Sozialwohnungen beim Eigentumserwerb der von ihnen bewohnten Wohnung zu unterstützen'', und sieht die Übertragung des zum Bau der Wohnung gegebenen Darlehens an den Käufer vor, falls er die Einkommensgrenze für den Wohnberechtigungsschein nicht um mehr als 20% überschreitet. Für den Kapitalisten ist es egal, an wen er die Wohnung verkauft, für das Budget der Landesregierung macht es auch keinen Unterschied, an wen das Darlehen gegeben wird. Für den Käufer der Wohnung dagegen kann es Verschuldung über Jahrzehnte hinaus bedeuten. Die Abhängigkeit vom Hauskapitalisten vertauscht er so mit einer umso größeren Abhängigkeit von dem Kapitalisten, dem er seine Arbeitskraft verkaufen muß – ein nicht unbeabsichtigter Effekt bei der staatlichen Förderung der ,,Eigentumsbildung''. Dieses ,,Eigentum'' ist nur fiktiv, tatsächlich sind nur Schulden da für deren Begleichung die Wohnung im Fall der Zahlungsunfähigkeit herangezogen wird.

Heimerziehung: bürgerliche Politiker suchen nach neuen Methoden

r.kar. Vorstände der Wohlfahrtseinrichtungen und Leiter der Jugendämter beraten über den Entwurf der neuen Heimrichtlinien für Niedersachsen. Auf die Enthüllungen und Kämpfe gegen die Zwangsarbeit und Unterdrückung in den Heimen, insbesondere im Mädchenheim Birkenhof in Hannover, sowie die Tatsache, ,,daß über 40% der Kinder und Jugendlichen nach der Heimentlassung alle früheren Symptome wieder zeigen'' (Begründung zum Referentenentwurf von 1978 des Jugendhilfegesetzes, S. 17), reagiert die Bourgeoisie mit neuen Erziehungskonzepten. Die alten Heimrichtlinien vom 30.12.1966 beschränken sich im wesentlichen auf die bauliche Gestaltung, Personalbesetzung, Gruppenstärke und Gesundheitspflege; das reicht nicht mehr aus. Die Bourgeoisie steht vor dem Problem, wie die ca. 18000 Kinder und Jugendlichen, die in Heimen untergebracht sind, zur billigen und willigen Arbeitskraft erzogen werden können. Schließlich kostet beispielsweise ein Heimplatz im städtischen Kinderheim Rohdenhof (Hannover) täglich 128 DM, der Tagessatz im Birkenhof (Hannover) liegt bei 172

Minderjährigen und dessen Fortschreibung,... d) Heimausschüsse als Mitwirkungsorgane der Minderjährigen, e) Notwendigkeit eines breiten Angebots an Möglichkeiten der beruflichen Bildung, die dem Jugendlichen innerhalb und außerhalb des Heims zugänglich gemacht werden müsse, und zwar grundsätzlich auch für Angehörige von Gruppen in geschlossener Führung.'' (Pressemitteilungen des Niedersächsischen Kultusministers 33/79)

Die Forderungen der SPD lauten nicht wesentlich anders: ,,Vor allem sind die Aufsichtsbehörden personell und sachlich so auszustatten, daß die in Nr. 10 der geltenden Heimrichtlinien vorgesehenen jährlichen Überprüfungen durchgeführt werden können. Darüberhinaus ist sicherzustellen, daß jedes Heim über eine schriftlich fixierte Erziehungskonzeption verfügt und einen Heimausschuß erhält, der von den Minderjährigen gewählt wird. Eine geschlossene Unterbringung ist nur in Ausnahmefällen und nur dann zulässig, wenn eine verantwortungsvolle, intensive pädagogische Betreuung gewährleistet ist.'' (Entschließungsantrag

stimmung der eigenen Unterdrückung die Rebellion erstickt werden.

Streit gibt es in der Frage der geschlossenen Unterbringung, d. h. nach den vielen Gutachten von Ärzten, Psychologen usw. und gründlicher Schnüffelei in den Familien wird überlegt: offen oder geschlossen – wie kann der Jugendliche besser für die Profitproduktion tauglich gemacht – ,,in die Gesellschaft integriert'' werden, heißt das dann im Erziehungsplan, in dem die einzelnen Phasen von geschlossen über halbgeschlossen bis ,,offen'' individuell festgeschrieben werden sollen. Die SPD will von der geschlossenen Unterbringung wegkommen, sie verspricht sich mehr von Jugendwohngemeinschaften mit pädagogischer Betreuung rund um die Uhr. Die CDU setzt mehr auf Herstellung einer Familiensituation. Die weitere Empfehlung der Kommission, einen ,,Gruppenvater'' bzw. eine ,,Gruppenmutter'' zur ständigen Betreuung der Kinder und damit als feste Bezugsperson einzusetzen, möchte Minister Remmers gerne aufgreifen. ,,Es ist äußerst problematisch, daß durch die be-

gen heraus.

Mit dem ,,sozialen Wohnungsbau''

reichen.

Die Angelegenheit ist für die Bour-

nur Schulden da für deren Begleichung die Wohnung im Fall der Zahlungsunfähigkeit herangezogen wird.

Heimerziehung: bürgerliche Politiker suchen nach neuen Methoden

r.kar. Vorstände der Wohlfahrtseinrichtungen und Leiter der Jugendämter beraten über den Entwurf der neuen Heimrichtlinien für Niedersachsen. Auf die Enthüllungen und Kämpfe gegen die Zwangsarbeit und Unterdrückung in den Heimen, insbesondere im Mädchenheim Birkenhof in Hannover, sowie die Tatsache, ,,daß über 40% der Kinder und Jugendlichen nach der Heimentlassung alle früheren Symptome wieder zeigen'' (Begründung zum Referentenentwurf von 1978 des Jugendhilfegesetzes, S. 17), reagiert die Bourgeoisie mit neuen Erziehungskonzepten. Die alten Heimrichtlinien vom 30.12.1966 beschränken sich im wesentlichen auf die bauliche Gestaltung, Personalbesetzung, Gruppenstärke und Gesundheitspflege; das reicht nicht mehr aus. Die Bourgeoisie steht vor dem Problem, wie die ca. 18000 Kinder und Jugendlichen, die in Heimen untergebracht sind, zur billigen und willigen Arbeitskraft erzogen werden können. Schließlich kostet beispielsweise ein Heimplatz im städtischen Kinderheim Rohdenhof (Hannover) täglich 128 DM, der Tagessatz im Birkenhof (Hannover) liegt bei 172

DM. Der niedersächsische Kultusminister Remmers hat im Sommer letzten Jahres eigens eine Kommission eingerichtet, die die Heimerziehung untersuchen und Vorschläge entwickeln soll. In dem Bericht der Kommission wird gefordert, neue Heimrichtlinien auszuarbeiten, die unter anderem folgende Punkte behandeln sollen: ,,b) Aufstellung eines Erziehungsplans für jeden

Minderjährigen und dessen Fortschreibung,... d) Heimausschüsse als Mitwirkungsorgane der Minderjährigen, e) Notwendigkeit eines breiten Angebots an Möglichkeiten der beruflichen Bildung, die dem Jugendlichen innerhalb und außerhalb des Heims zugänglich gemacht werden müsse, und zwar grundsätzlich auch für Angehörige von Gruppen in geschlossener Führung.'' (Pressemitteilungen des Niedersächsischen Kultusministers 33/79)

Die Forderungen der SPD lauten nicht wesentlich anders: ,,Vor allem sind die Aufsichtsbehörden personell und sachlich so auszustatten, daß die in Nr. 10 der geltenden Heimrichtlinien vorgesehenen jährlichen Überprüfungen durchgeführt werden können. Darüberhinaus ist sicherzustellen, daß jedes Heim über eine schriftlich fixierte Erziehungskonzeption verfügt und einen Heimausschuß erhält, der von den Minderjährigen gewählt wird. Eine geschlossene Unterbringung ist nur in Ausnahmefällen und nur dann zulässig, wenn eine verantwortungsvolle, intensive pädagogische Betreuung gewährleistet ist.'' (Entschließungsantrag

der niedersächsischen SPD-Fraktion zur 22. Landtagssitzung am 2.9.79).

Einig ist man sich bezüglich der verstärkten Kontrolle der Kinder und Jugendlichen sowie der Erzieher durch die Heimaufsicht. Die Einrichtung eines Heimrats ist zum einen ein Zugeständnis an die Bewegung in den Heimen; zum anderen soll über die Mitbe-

stimmung der eigenen Unterdrückung die Rebellion erstickt werden.

Streit gibt es in der Frage der geschlossenen Unterbringung, d. h. nach den vielen Gutachten von Ärzten, Psychologen usw. und gründlicher Schnüffelei in den Familien wird überlegt: offen oder geschlossen – wie kann der Jugendliche besser für die Profitproduktion tauglich gemacht – ,,in die Gesellschaft integriert'' werden, heißt das dann im Erziehungsplan, in dem die einzelnen Phasen von geschlossen über halbgeschlossen bis ,,offen'' individuell festgeschrieben werden sollen. Die SPD will von der geschlossenen Unterbringung wegkommen, sie verspricht sich mehr von Jugendwohngemeinschaften mit pädagogischer Betreuung rund um die Uhr. Die CDU setzt mehr auf Herstellung einer Familiensituation. Die weitere Empfehlung der Kommission, einen ,,Gruppenvater'' bzw. eine ,,Gruppenmutter'' zur ständigen Betreuung der Kinder und damit als feste Bezugsperson einzusetzen, möchte Minister Remmers gerne aufgreifen. ,,Es ist äußerst problematisch, daß durch die be-

stehenden Arbeits- und Vergütungsregelungen der Erzieher die Kinder bzw. Jugendlichen nach 8 Stunden dem nächsten Betreuer ,überreicht' werden'', betonte Remmers. (Pressemitteilung des nds. Kultusministers 33/79). Aber Nacht- und Schichtarbeit sowie Arbeitszeiten von wesentlich mehr als 40 Stunden sind bei den Erzieherinnen schon lange die Regel.



,,Wenn ein Orden für persönliche Tapferkeit vor dem Feind gestiftet ist, so verlangt die Gerechtigkeit, daß er ausschließlich nach Maßgabe der im Fronteinsatz bewiesenen Tapferkeit verliehen wird. In der Praxis wird das bedeuten, daß er hauptsächlich den einfachen Frontsoldaten, Unteroffizieren und Offizieren der vordersten Linie zuzuteilen ist, seltener hingegen den Generälen und Stabsoffizieren. Anders liegen die Dinge, wenn ein Orden für besondere militärische Leistungen im Kriege gestiftet wird. In diesem Falle dürfte er den Offizieren leichter zugänglich sein als den Mannschaften und den Generälen und Stabsoffizieren wiederum leichter als den Kompaniechefs und Bataillonskommandeuren.'' (S.146)



,,Von den Ursprüngen der Geschichte bis zur Gegenwart hat die Welt empfindlich unter dem Mangel einer übergeordneten Gewalt gelitten, die zum Schutze der internationalen Ordnung nicht nur berufen, sondern auch befähigt ist...''

,,Die internationalen Organisationen – etwa die Vereinten Nationen – sind selbst keine Staaten, da sie nur die Mitgliedstaaten, nicht aber unmittelbar die Bürger dieser Staaten verpflichten können. ..., und das von ihnen ausgehende Recht ist Völkerrecht, nicht Staatsrecht. Anders liegen die Dinge bei den übernationalen Gemeinschaften vom Typ der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die sowohl Richtlinien und Entscheidungen erlassen können, welche die Staaten binden, als auch Verordnungen, die unmittelbare Gültigkeit für die einzelnen Staatsbürger besitzen. Hier handelt es sich bereits um staatenähnliche Gebilde; ihre konsequente Weiterentwicklung führt zu einem neuen Staat, nicht aber zu einer internationalen Organisation.'' (S. 132/133)



Der Staat ist also weder jenseits von Gut und Böse, noch ist er die Sittlichkeit selbst. Er ist ein sittlich, relevantes Phänomen. Das, was er tut, kann gut oder böse sein. Verantwortlich jedoch für das, was er tut sind immer Menschen. Der sittliche Auftrag ist an jene gerichtet, die den ,,Willen'' des Staates bilden und ausführen.'' (S. 161)



„Alternativer Landbau" – Subventionierter „Protest"
Zurück zur Dreifelderwirtschaft

z.bil. Die Bundesregierung päppelt, wenn auch vorsichtig, „alternative Landbaumethoden": „Solche Grundsätze sind beachtenswert und positiv zu beurteilen. Sie entsprechen einem wachen Umweltbewußtsein und können zur kritischen Beurteilung eines übertriebenen Glaubens an den technischen Fortschritt beitragen", äußerte sich unlängst Staatssekretär Gallus. „Alternativ" betriebene Höfe bauen ohne Anwendung mineralischer Düngemittel und chemischer Pflanzenbehandlungsmittel ihre Erzeugnisse an. Die Düngung des Bodens erfolgt durch eigene Reststoffe (Erzeugung von Mist und pflanzlichen Düngestoffen), sowie den Anbau von Leguminosen (Wiesenkräuter aus der Art der Schmetterlingsblütler), durch die Stickstoff erzeugt werden kann. Die Ideologie, die von der Bundesregierung durch Subventionen an „Alternativhöfe" bezuschußt wird, läßt sich im wesentlichen in vier Thesen zusammenfassen:

- Beschäftigung von mehr Arbeitskräften in der Landwirtschaft in den Zeiten der Arbeitslosigkeit,
- im biologischen Landbau gibt es keine Massentierhaltung, infolgedessen wird sich der Gesamtviehbestand verringern, indem viele Betriebe Vieh halten. Die Fleischproduktion kann gedrosselt werden,
- die Produkte aus dem alternativen Landbau sind geschmackvoller, gehaltvoller und länger haltbar,
- die Anwendung von Kunstdünger und Chemikalien als Ursache für die Abwanderung aus der Landwirtschaft und die Verödung ganzer Gebiete.

Zweifellos nutzt diese Idylle, der subventionierte „Protest", die Auseinandersetzung in die Bahnen von altväterlicher Produktionsweise gegen Anwendung moderner Technologie zu lenken. Überdies befriedigen diese Höfe teuer die Bedürfnisse der Kapitalistenklasse und ihres Anhanges an einwandfreier Nahrung.

Der „alternative Landanbau" beruht im wesentlichen auf viel und fruchtbarem Land sowie extensiver Anwendung von Handarbeit. Um „natürliche" Düngung herzustellen, muß viel Vieh gehalten werden und müssen entsprechende Grünflächen zur Verfügung stehen, um den Leguminosenanbau zu betreiben. Diese Produktionsweise ist arbeitsintensiv; das Vieh muß durch Arbeitskräfte entsprechend gepflegt werden, der Anbau von Leguminosen erfordert den Einsatz von zusätzlichen Arbeitskräften. Schließlich ist die Erzeugung von „natürlichen Düngemitteln" zeitintensiv, der Umschlag vom Beginn dieser Produktion bis zur Ernte ist erheblich länger. Nicht umsonst stellt die Bundesregierung Zivildienstleistende ab, die bei niedrigem Lohn auf „Alternativhöfen" ihren Dienst tun müssen. Die Masse der Bauern verfügt weder über das Land, noch die Arbeitskräfte, um diesen Landanbau durchzuführen. Durch die Industrie- und Handelsmonopole getrieben, müssen sie sehen, wie sie auf geringen Hektarflächen den Ertrag steigern und das Feld mehrmals bestellen können. Die Anwendung der Technologie, d.h. Einsatz von chemischen Produkten und Maschinerie, ermöglichte erst die Steigerung gegenüber der vorindustriellen Produktion um das vier- bis fünffache.

Die *industrielle* Erzeugung von Mineralien, vor allem Stickstoff, Kali und Phosphor – nichts anderes wird auch auf dem langwierigen „natürlichen Weg" erzeugt – hat auf der Grundlage der erhöhten Getreideproduktion die Eiweißproduktion durch Massentierhaltung möglich gemacht. Je intensiver die Kapitalisten die Arbeiter in den Fabriken ausbeuten, umso höher steigt der Eiweißbedarf, der notwendig ist, um die Arbeitskraft zu erhalten. Die Propaganda der „Drosselung des Fleischverbrauchs" ist reaktionär. Nicht die Entwicklung der Technologie mittels industrieller Produktion von Produktionsstoffen und Maschinen führt zur Vernichtung des Bodens und der Natur und zwingt die Bauern zur Aufgabe ihrer Höfe, sondern die *kapitalistische* Anwendung, wo nur der Profit zählt. Die Konkurrenz zu den Agrarkapitalisten zwingt die Bauern zur Anwendung von chemischem Futter und massenhaft Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, um in kurzer Zeit *quantitativ* viel Getreide oder Vieh zu erzeugen, unabhängig von der Qualität. Die Ideologie der „Alternativen" greift demgegenüber die Entfaltung der Produktivkräfte überhaupt an, so daß als Ursache die Anwendung des Kunstdüngers erscheint, der die Hälfte der Bauern zur Aufgabe ihres Landes gezwungen hat und die Reproduktion gefährdet, und nicht die Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktionsweise. Zweifellos wird die Arbeiterklasse zusammen mit den Bauern sich der modernen Technologie bedienen, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, bei Steigerung der Qualität der Nahrungsmittel.

Kleingärtner in Hannover kämpfen für Erhaltung ihrer Gärten



b.ret. Die Stadt Hannover will im Gelände Büttnerstr. / Othfelde das Regenwasserrückhaltebecken ausbauen. Seit 1973 gibt es den Schutzverband Deutscher Kleingärtner e.V., der sich aus Betroffenen zusammensetzt und gegen die Sanierung im Kleingartengebiet kämpft. Deshalb kann die Stadt Hannover seit 1974 ihr Vorhaben nicht durchsetzen.

Montag, 15.10., rückte Gerichtsvollzieher Ost mit einer Möbelfirma an, um die Räumung eines Hauses durchzuführen. Trotz des Hinweises des Eigentümers, daß keine Entscheidung vorliegt, wurde mit der Räumung begonnen. Entgegen einer beim Landgericht Hannover erreichten einstweiligen Einstellung der Zwangsräumung ordnete das Liegenschaftsamt der Stadt den Abbruch an. Die Nachbarn hielten abwechselnd Wache, um die Zerstörung zu verhindern. Erst am Mittwoch, als alle beim Mittagessen waren, wurde zugeschlagen (siehe Bild). Durch erneuten Protest mußten die Abbrucharbeiten eingestellt werden.

Parteien über die höhere Besteuerung der Bauern einig

z.hej. Am 18.10. hat der Bundestag den Gesetzentwurf zur Neuregelung der Einkommensbesteuerung für die Land- und Forstwirtschaft beraten. Die Regierung ist für die Dreistufenregelung ihres Gesetzentwurfes: Besteuerung des Einkommens der kleinen Betriebe bis 20 ha mit erhöhten Durchschnittssätzen, der mittleren Betriebe bis etwa 30 ha nach der Einnahmen-Ausgaben-Regelung und Betrieben mit über 30 ha durch Buchführungspflicht. Die CDU/CSU will die Anpassung und Erhöhung der Durchschnittssätze und ist gegen die 2. Stufe des Regierungsentwurfes, weil die Buchführung den Bauern nicht zumutbar sei. Die „bauernfreundliche" CDU ist sich mit der SPD über die höhere Besteuerung der Bauern einig. Dr. Schäuble: „Auch nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion ist eine Neuregelung der landwirtschaftlichen Besteuerung erforderlich, weil im Interesse der Steuergerechtigkeit eine ausgewogene Belastung ... angestrebt werden muß." Der Streit über die Buchführung soll verdecken, daß beiden Parteien der Zwang noch nicht straff genug ist, um die Mehreinnahmen für den Staatsapparat von 300 Mio. bis zu 1 Millarde den kleineren und mittleren Bauern abzupressen. Ein SPD-Redner stellte fest: „Die führen sowieso Buch, wollen es aber nicht für die Steuer hergeben." Der Gesetzentwurf wurde zur Beratung in den Finanzausschuß überwiesen.

Westdeutsche und französische Schäfer gegen EG-Marktordnung

z.rik. Auf einer gemeinsamen Beratung des französischen und westdeutschen Schafzuchtverbandes am 9.10. einigten sich beide Organisationen darauf, „in Demonstrationen und Aktionen so lange für die Erhaltung ihrer Lebensgrundlage (zu) kämpfen, bis ihre berechtigten Forderungen erfüllt sind" (Hessenbauer, 42/79). Sie fordern die Begrenzung der Billigimporte von Wolle und Schafsfleisch in die EG und die Sicherung des Einkommens der Schäfer. Am Tag darauf demonstrierten rund 100 Schäfer in Wiesbaden (Bild). Die Landesregierung weigert sich, dafür zu zahlen, daß die Schafsherden über Ländereien getrieben werden, die dem Land und den Kommunen gehören.



England: Landarbeiter bereiten Kundgebung und Streiks vor

Am 7.11. entscheidet die staatliche Lohnkommission über ihre Forderungen

z.hef.London. Am 7. November werden Hunderte von Landarbeitern nach London zu einer Kundgebung ihrer Gewerkschaft NUAAW kommen. In mehreren Bezirken sind eintägige Streiks geplant. An dem Tag entscheidet das „Agricultural Wages Board" über ihre Löhne und Arbeitsbedingungen. Diese „Landwirtschaftliche Lohnkommission" besteht aus acht

Im letzten Jahr z.B. stimmten die „Unabhängigen" zusammen mit den Vertretern der Farmervereinigung die Forderung der Gewerkschaften nach 80 Pfund Mindestlohn nieder. Gegenwärtig beträgt der Mindestlohn zwischen 48,50 Pfund die Woche (210 Pfund im Monat) für einfache Landarbeiter und 63,05 Pfund (273 Pfund im Monat) für Landarbeiter, die mindestens zwei andere Arbeiter beaufsichtigen. Die Gewerkschaften fordern in

Mehr als die Hälfte der Agrarkapitalisten pachtet das Land von Grundbesitzern. Eine „große Farm" nach der Regierungsstatistik hat im Durchschnitt 130 Hektar Weide- und Ackerland. 40000 solcher „großen Farmen" gab es 1975, und ihre Zahl steigt. Die meisten von ihnen sind spezialisiert. Von den 17,6 Mio. Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche im Vereinigten Königreich werden z.Zt. 4,97 Mio. als Ackerland genutzt, der Rest als Weide.

tenden Industrie, verdienen die Landarbeiter gerade soviel wie die untersten Lohngruppen in der Metallindustrie. Die Landarbeiter, deren Zahl von den Kapitalisten beständig gesenkt wird, geben eines der Rekrutierungsfelder für die Niedrigstlohnarbeiter der Metallverarbeitung ab.
Die Gewerkschaftsführung erklärt freimütig, die 100-Pfund-Forderung sei im wesentlichen propagandistisch. 100 Pfund hätten die Mitglieder eigent-

Landbau sind geschmackvoller, gehaltvoller und länger haltbar,
- die Anwendung von Kunstdünger und Chemikalien als Ursache für die Abwanderung aus der Landwirtschaft und die Verödung ganzer Gebiete.
Zweifellos nutzt diese Idylle, der subventionierte „Protest", die Auseinandersetzung in die Bahnen von altväterlicher Produktionsweise gegen Anwendung moderner Technologie zu lenken. Überdies befriedigen diese Höfe teuer die Bedürfnisse der Kapitalistenklasse und ihres Anhanges an einwandfreier Nahrung.
Der „alternative Landanbau" beruht im wesentlichen auf viel und

neralien, vor allem Stickstoff, Kali und Phosphor – nichts anderes wird auch auf dem langwierigen „natürlichen Weg" erzeugt – hat auf der Grundlage der erhöhten Getreideproduktion die Eiweißproduktion durch Massentierhaltung möglich gemacht. Je intensiver die Kapitalisten die Arbeiter in den Fabriken ausbeuten, umso höher steigt der Eiweißbedarf, der notwendig ist, um die Arbeitskraft zu erhalten. Die Propaganda der „Drosselung des Fleischverbrauchs" ist reaktionär. Nicht die Entwicklung der Technologie mittels industrieller Produktion von Produktionsstoffen und Maschinen führt zur Vernichtung des Bodens und der Natur und zwingt die Bauern zur



b.ret. Die Stadt Hannover will im Gelände Büttnerstr. / Othfelde das Regenwasserrückhaltebecken ausbauen. Seit 1973 gibt es den Schutzverband Deutscher Kleingärtner e.V., der sich aus Betroffenen zusammensetzt und gegen die Sanierung im Kleingartengebiet kämpft. Deshalb kann die Stadt Hannover seit 1974 ihr Vorhaben nicht durchsetzen.

Montag, 15.10., rückte Gerichtsvollzieher Ost mit einer Möbelfirma an, um die Räumung eines Hauses durchzuführen. Trotz des Hinweises des Eigentümers, daß keine Entscheidung vorliegt, wurde mit der Räumung begonnen. Entgegen einer beim Landgericht Hannover erreichten einstweiligen Einstellung der Zwangsräumung ordnete das Liegenschaftsamt der Stadt den Abbruch an. Die Nachbarn hielten abwechselnd Wache, um die Zerstörung zu verhindern. Erst am Mittwoch, als alle beim Mittagessen waren, wurde zugeschlagen (siehe Bild). Durch erneuten Protest mußten die Abbrucharbeiten eingestellt werden.

Westdeutsche und französische Schäfer gegen EG-Marktordnung

z.rik. Auf einer gemeinsamen Beratung des französischen und westdeutschen Schafzuchtverbandes am 9.10. einigten sich beide Organisationen darauf, „in Demonstrationen und Aktionen so lange für die Erhaltung ihrer Lebensgrundlage (zu) kämpfen, bis ihre berechtigten Forderungen erfüllt sind" (Hessenbauer, 42/79). Sie fordern die Begrenzung der Billigimporte von Wolle und Schafsfleisch in die EG und die Sicherung des Einkommens der Schäfer. Am Tag darauf demonstrierten rund 100 Schäfer in Wiesbaden (Bild). Die Landesregierung weigert sich, dafür zu zahlen, daß die Schafsherden über Ländereien getrieben werden, die dem Land und den Kommunen gehören.

England: Landarbeiter bereiten Kundgebung und Streiks vor

Am 7.11. entscheidet die staatliche Lohnkommission über ihre Forderungen

z.hef.London. Am 7. November werden Hunderte von Landarbeitern nach London zu einer Kundgebung ihrer Gewerkschaft NUAAW kommen. In mehreren Bezirken sind eintägige Streiks geplant. An dem Tag entscheidet das „Agricultural Wages Board" über ihre Löhne und Arbeitsbedingungen. Diese „Landwirtschaftliche Lohnkommission" besteht aus acht



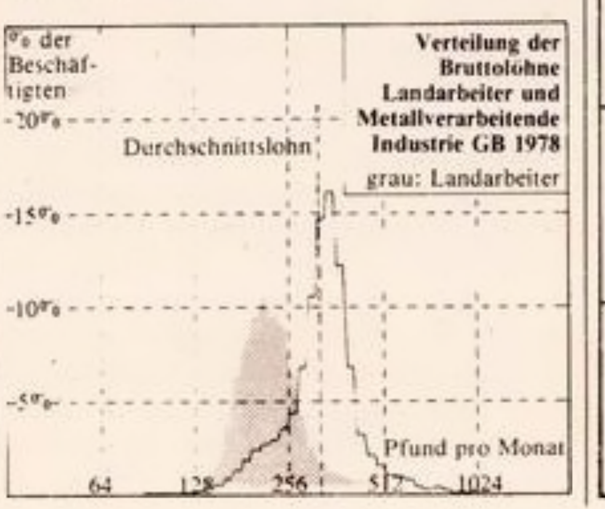
Vertretern der Gewerkschaften, acht der Nationalen Farmervereinigung und fünf sogenannten unabhängigen Mitgliedern, die vom Landwirtschaftsminister ernannt werden. Zur Zeit sind das: ein Professor für landwirtschaftliches Management, der Mitinhaber einer Londoner Wirtschaftsprüferfirma, die Frau eines Landpfarrers, ein Rechtsanwalt und ein Gewerkschaftsführer.

Die Lohnkommission beschließt mit einfacher Mehrheit Mindestlöhne, Arbeitszeit usw., die nach Bestätigung durch den Minister Gesetzeskraft haben. Tarifverträge gibt es nicht. Die Repräsentanten der Farmervereinigung in der Lohnkommission vertreten die Interessen der Agrarkapitalisten. Mit Hilfe der „unabhängigen" Mitglieder ist ihnen in allen wichtigen Fragen die Mehrheit sicher. Das schafft ihnen seit 1948, als die Nachkriegs-Labour-Regierung für mehr als 40 Branchen solche Wages Boards einrichtete, günstige Voraussetzungen, den Lohn der Landarbeiter weit unter dem Durchschnittslohn zu halten.

Im letzten Jahr z.B. stimmten die „Unabhängigen" zusammen mit den Vertretern der Farmervereinigung die Forderung der Gewerkschaften nach 80 Pfund Mindestlohn nieder. Gegenwärtig beträgt der Mindestlohn zwischen 48,50 Pfund die Woche (210 Pfund im Monat) für einfache Landarbeiter und 63,05 Pfund (273 Pfund im Monat) für Landarbeiter, die mindestens zwei andere Arbeiter beaufsichtigen. Die Gewerkschaften fordern in diesem Jahr 100 Pfund Mindestlohn die Woche, 35-Stundenwoche, vier Wochen Urlaub statt jetzt 15 Tage und doppelten Lohn für Arbeit an Sonntagen und Feiertagen (z. Zt. 1½-fach).

Die Kapitalisten nannten die Forderung „beunruhigend und unverantwortlich". Die Lebensmittelpreise würden um 15% steigen, die kleinen Bauern ruiniert. Jedes Jahr zur Zeit der Lohnfestsetzung erinnern sich die Agrarkapitalisten in der Farmervereinigung der kleinen Bauern, z.B. der Bergbauern in Wales, und versuchen, ihre Runinierung gegen die Lohnforderung ins Feld zu führen.

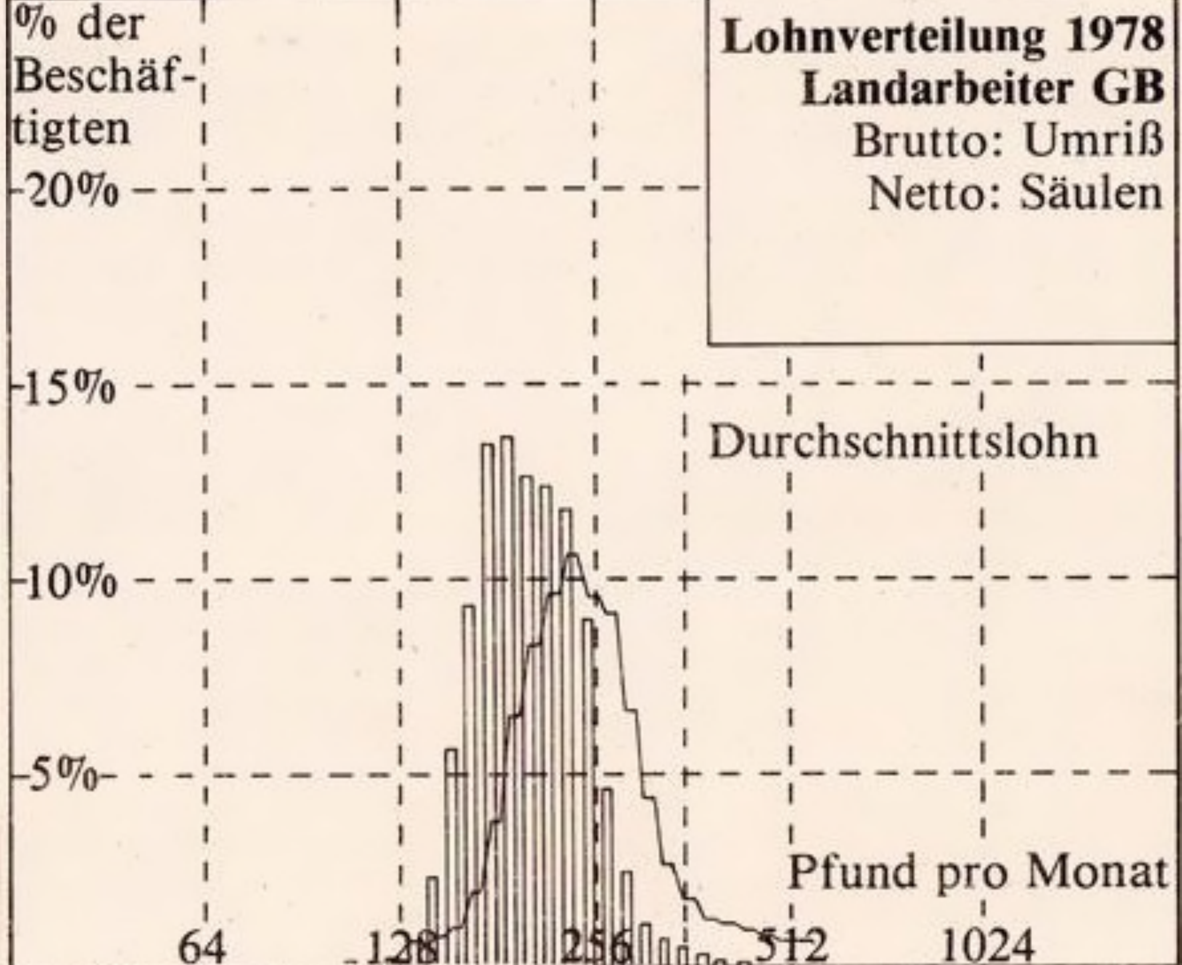
Als ob die Landarbeiter von den kleinen Bauern ausgebeutet würden. Mehr als die Hälfte der 150000 vollzeitbeschäftigten Landarbeiter arbeitet in großen Betrieben mit mehr als fünf Arbeitern, 33% in Betrieben mit zwei bis vier Arbeitern und nur 15% in Betrieben mit einem Arbeiter. Die Feinde der Landarbeiter sind nicht die kleinen Bauern, von denen jährlich Tausende vom Kapital vernichtet werden, sondern die Agrarkapitalisten und Großgrundbesitzer.



Mehr als die Hälfte der Agrarkapitalisten pachtet das Land von Grundbesitzern. Eine „große Farm" nach der Regierungsstatistik hat im Durchschnitt 130 Hektar Weide- und Ackerland. 40000 solcher „großen Farmen" gab es 1975, und ihre Zahl steigt. Die meisten von ihnen sind spezialisiert. Von den 17,6 Mio. Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche im Vereinigten Königreich werden z.Zt. 4,97 Mio. als Ackerland genutzt, der Rest als Weide. 21000 Arbeiter sind als Melker und Vieharbeiter beschäftigt. Die Melker verdienen den höchsten Wochendurchschnittslohn – 75,49 Pfund im Durchschnitt 1978. Ihre Arbeitszeit betrug im Schnitt 53 Stunden, 10 Stunden davon sind „reguläre Überstunden." Auch die anderen Arbeiter werden zu Überstunden gezwungen. Die 26000 Traktorfahrer z.B. arbeiten im Jahresdurchschnitt 47,2 Stunden, in der Erntezeit sind 60 Stunden und mehr üblich.

Auch mit diesen Überstunden, zeigt der Vergleich der Lohnverteilung mit der Lohnverteilung der metallverarbeitenden Industrie, verdienen die Landarbeiter gerade soviel wie die untersten Lohngruppen in der Metallindustrie. Die Landarbeiter, deren Zahl von den Kapitalisten beständig gesenkt wird, geben eines der Rekrutierungsfelder für die Niedrigstlohnarbeiter der Metallverarbeitung ab.

Die Gewerkschaftsführung erklärt freimütig, die 100-Pfund-Forderung sei im wesentlichen propagandistisch. 100 Pfund hätten die Mitglieder eigentlich verdient, durchsetzen könne man die Forderung jetzt aber nicht. Welche Gefahren eine solche Politik hat, illustriert die große Lohnspanne in der Lohnverteilung der Landarbeiter. Denn die Kapitalisten betreiben eine zielstrebige Politik der Vergrößerung des Lohnunterschieds zwischen den ungelernten Arbeitern und den Fach- und Vorarbeitern, wie ersichtlich, mit einigem Erfolg. Abschaffung der staatlichen Lohnkommission und direkte Verhandlungen mit den Kapitalisten wird immer deutlicher in der NUAAW gefordert. Sonst kann keine Forderung gegen die Lohnsenkung erfolgreich aufgestellt und durchgesetzt werden.



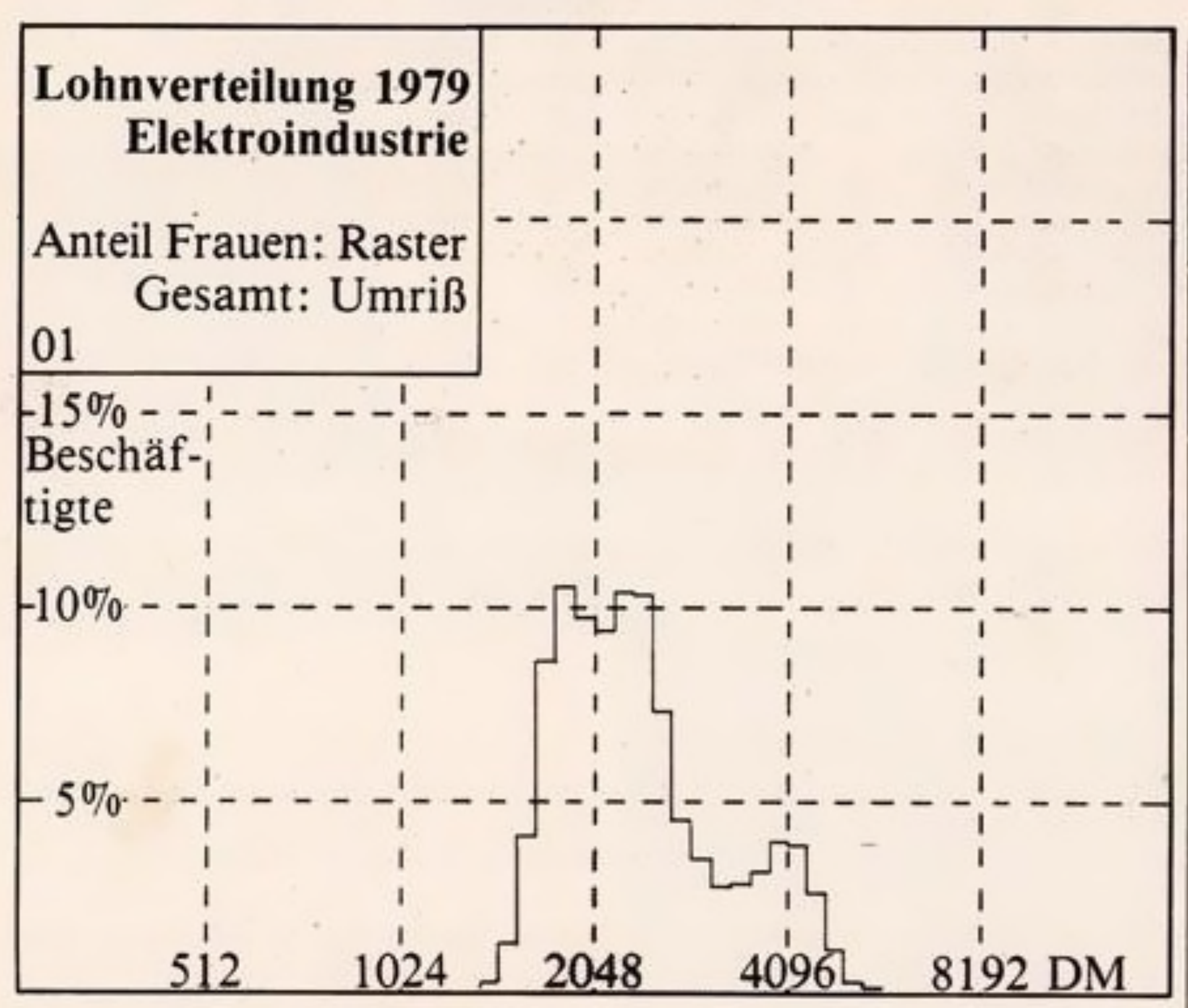


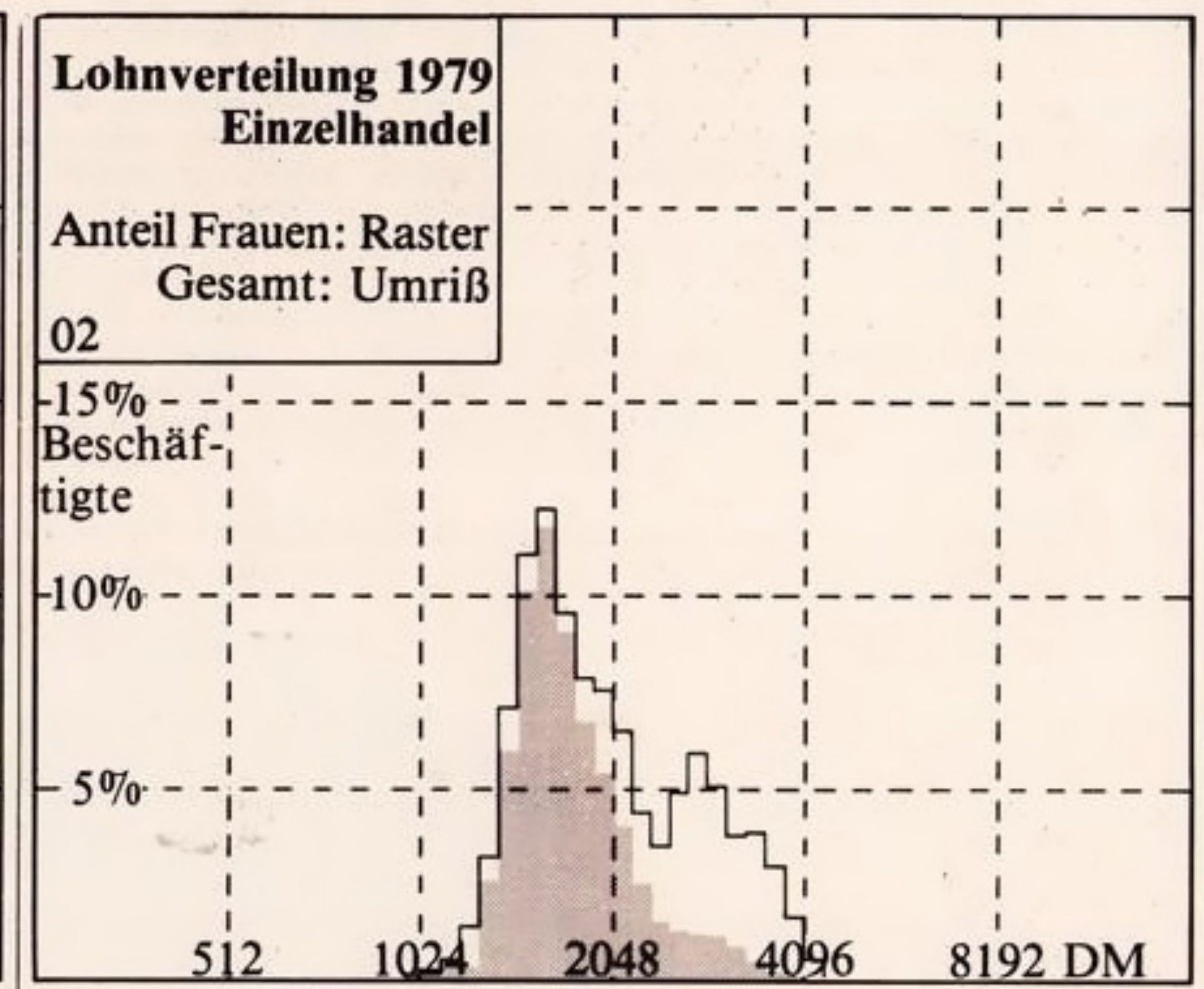
Akkord-Tarif für Waldarbeiter verschlechterter Tarif '79

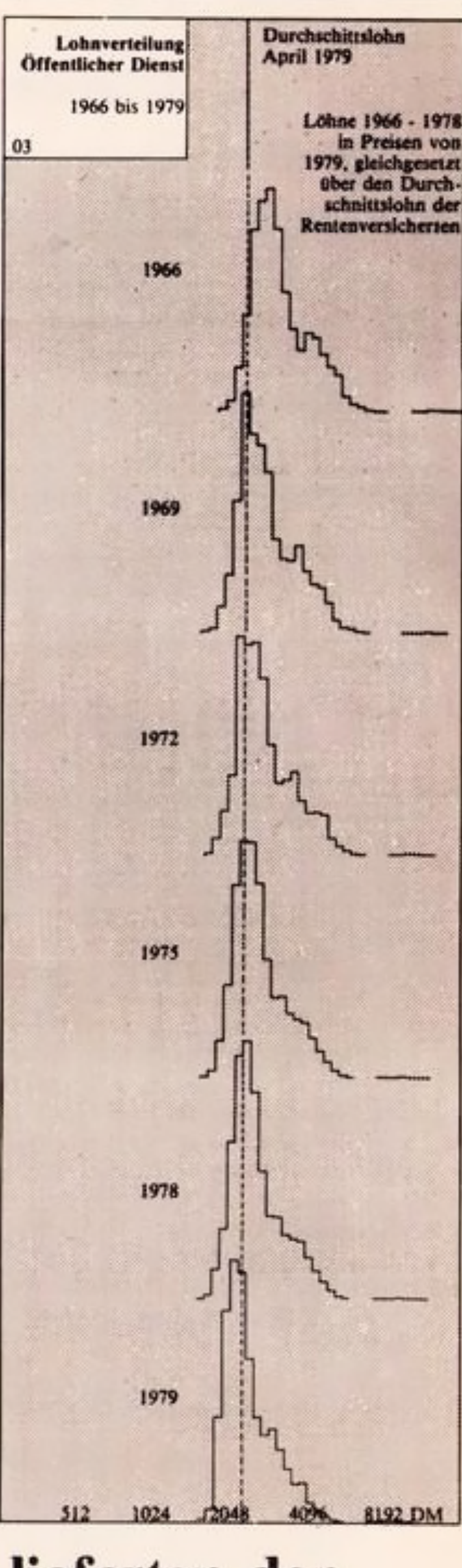
z.doj. Seit 1974 versucht der staatliche Dienstherr über die Tarifkommission der Länder (TdL) Akkordverschärfungen durch Einführung eines erweiterten „Erntesortentarifs" (EST) durchzusetzen. Die Arbeiter haben dagegen auf der Bundesforstarbeiterkonferenz 1975 die Forderung nach Zeitlohn aufgestellt. Nach einer ersten „Erprobung" wurde das EST-System als ausgeklügeltes Stücklohnsystem vorgeschlagen, in dem auf 19 Seiten in 55 Tabellen die Holz-Sortierung aufgegliedert, sodann wieder nach Hiebsmerkmalen und Formigkeitsstufen unterschieden und darauf ein Zuschlag-Abschlagssystem aufgebaut wird. Darauf forderte die TdL einen Pauschal-Vorabschlag von insgesamt 7,5% und erzwang durch die Weigerung, die anstehenden Lohnverhandlungen aufzunehmen, eine zweite EST-Erprobung in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Saarland. Der Geldfaktor (der in etwa den früheren HET-Vorgabezeiten entspricht) wurde gegenüber dem ersten EST-System um 4,4% gekürzt und davon noch einmal 1% „pauschaler Abschlag" abgezogen! Ebenfalls hat der staatliche Dienstherr damit in diesen Ländern statt 2 Arbeiter eine Motorsäge jetzt ein Mann eine Motorsäge sowie eine Verdienstobergrenze von 25,- DM die Stunde durchgesetzt. Die Forstarbeiter bestehen weiter auf der Forderung nach Zeitlohn.

Bankiers Friderichs: Öffentlicher Dienst versaut Kapitalisten die Preise

Großteil der Beschäftigten unter dem Durchschnittslohn – Teilzeit gegen „gute" Eingangsbedingungen empfohlen







z.her. Lily Joens, Präsidentin der Unternehmerinnen-Vereinigung, hatte zur Podiumsdiskussion geladen, und illustre Gäste kamen – vor allem solche, die sich eins wissen mit den speziellen „Sorgen und Nöten" der Unternehmerinnen – z.B. Lothar Späth und Dr. Hans Friderichs. Lothar Späth wies die nach billiger weiblicher Arbeitskraft gierenden Unternehmerinnen auf die in dieser Richtung bahnbrechende Tätigkeit der baden-württembergischen Landesregierung hin: Die Erkenntnis, daß ein Halbtagslehrer weniger verdiene als ein Vollfacharbeiter, setze sich langsam durch. Womit er gleich den Angriff des Herrn Friderichs beantwortete, der vorgeworfen hatte, die Eingangsbedingungen im öffentlichen Dienst „versauten" der Wirtschaft die Preise. Also Halbieren des Lohns der Eingangsstufen im öffentlichen Dienst, das fänden sie schön.

Man kann sich denken, ganz speziell ging es auf dieser Podiumsdiskussion um Frauenlöhne, das heißt um den Einkauf billigster weiblicher Arbeitskraft. Denn Unternehmerinnen hat es zwangsläufig am konzentriertesten in Bereichen, wo auch viele Frauen beschäftigt sind. Von Unternehmerinnen in der Stahlindustrie hat man ja noch weniger gehört, mehr dagegen von solchen im Einzelhandel, im Gaststättengewerbe, in der ganzen Textil- und Modebranche, das ist z.B. industrielle Schneiderei etc. Als ehemaliger Wirtschaftsminister der Bundesregierung, womit er sich zum Vorstandsvorsitz der Dresdner Bank qualifizierte, hat Herr Friderichs aus seiner Erfahrung zwar etwas ungewohnt ordinär, jedoch den Unternehmerinnen also aus tiefstem Herzen gesprochen. Wenn sich

Betrachten wir die Lage und den Umfang dieses „Problems" ausgehend von den Tatsachen etwas näher. Von etwa 9,5 Mio. erwerbstätigen Frauen sind über eine Million im öffentlichen Dienst beschäftigt, das sind über 10% – kein unwesentlicher Faktor auf dem Arbeitsmarkt und im Hinblick auf die geforderte Ware: billige Arbeitskraft. Denn richtig ist, die Frauen im öffentlichen Dienst sind nicht so weit im Lohn gedrückt, wie die Frauen zum Beispiel im Einzelhandel.

Fast 64% der Beschäftigten im Einzelhandel sind Frauen, davon erhalten nahezu 87% weniger als den Durchschnittslohn aller Sozialversicherten. Im öffentlichen Dienst sind das etwa 30% der Frauen. Aber das sagt ja noch nicht wieviel unter dem Durchschnittslohn. Da verhält es sich so, daß im Einzelhandel etwa 30% der Frauen unter dem liegen, was im öffentlichen Dienst überhaupt vorkommt. Der Eingangslohn Stand April 1979 liegt etwas über 1450 DM im öffentlichen Dienst, brutto. Über 100000 Frauen werden jährlich in den öffentlichen Dienst eingestellt, und ebenfalls über 100000 verlassen den öffentlichen Dienst. Falls sie ihre Arbeitskraft weiter verkaufen – und das dürfte bei der Mehrzahl der Fall sein – werden sie es auch nicht gerade mit Vorliebe billiger tun.

Die größte Fluktuation weiblicher Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst findet im Angestelltenbereich statt. Davon jedoch lediglich 16% aus dem sog. einfachen Dienst, also den niedrigsten Lohngruppen, und über 60% aus dem mittleren Dienst. Bei den Arbeitern des öffentlichen Dienstes dagegen ist die Fluktuation sowieso gerin-

Was das „Versauen" der Preise der Ware Arbeitskraft durch die Bedingungen ihres Verkaufs an den öffentlichen Dienstherren anbetrifft, so gibt unsere Übersicht von 1966 bis 1979 in bezug auf den Vergleich mit dem Durchschnittslohn ein eindrucksvolles Bild. Immerhin sind über 4 Mio. Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst beschäftigt, und ein Großteil ist unter dem Durchschnittslohn bezahlt. Auch sie erscheinen und wirken – sicher zur stillschweigenden Zufriedenheit der Kapitalistenklasse – auf dem Arbeitsmarkt.

Daß der öffentliche Dienstherr vorhat, diese Rutschbahn, kann man fast sagen, noch steiler zu machen, zeigen die jüngsten Vorhaben zur Deformierung der Besoldungsstruktur. Wenigstens 65 Mio. DM jährlich will das Baumministerium zuschießen, um einen Teil der Beamten im mittleren Dienst zu schmieren. Die Gewerkschaft ÖTV fordert dagegen: In den Laufbahngruppen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes die Eingangsämter um eine Stufe anzuheben und für den einfachen Dienst entsprechende Regelungen zu schaffen.

AEG-Krise: Die niedrigen Löhne lieferten den Elektromonopolen Kapital für Spekulationen

z.frb. Letzten Mittwoch hat der Aufsichtsrat der AEG weitere Maßnahmen beraten, die aus dem AEG-Kapital wieder einen Springbrunnen des Profits machen sollen. Beschlüsse sollen am 6. Dezember gefaßt werden. Nach Vorstandsangaben umfaßt das Programm „Strukturprojekte, Rationalisierungsmaßnahmen (mit Schwergewicht auf dem Material- und Personalsektor), in Verhandlung befindliche Kooperationsprojekte und Kapitalmaßnahmen". In der Presse wurde lanciert, das Grundkapital solle verkleinert, hernach durch Einzahlungen der rund 160 beteiligten Banken wieder erhöht werden. Die Gewerkschaftssozialdemokraten fordern weiterhin Zuschüsse aus den öffentlichen Haushalten. Vor allem aber: nachdem seit 1974 die Belegschaft bereits um 15000 verkleinert wurde, sollen im kommenden

aus Produkten besteht, die in die Konsumtion der privaten Haushalte eingehen. 33% des Umsatzes sind es bei AEG, 23% im Branchendurchschnitt. Seit die Rationalisierungen im Bereich der Reproduktion der Volksmassen durch Einsatz elektrischer Geräte abgeschlossen ist und seit die massiven Lohnsenkungen eingesetzt haben, schrumpft dieser Markt. Das AEG-Kapital, in der staatsbezuschußten Mikroelektronik hoffnungslos im Hintertreffen, versuchte, durch waghalsige Unternehmungen Boden gut zu machen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" spricht von „recht sorglosen Finanzierungsmethoden der ersten Wiederaufbaujahre über einen allzu forschen Expansionsdrang in den sechziger Jahren bis hin zu ausgesprochenen Abenteuern auf einzelnen Gebieten". Dabei hat der Konzern verloren,

der des Dresdner-Bank-Vorstandes, den Vorsitz im Aufsichtsrat übernehmen und so das Werk seines Amtsvorgängers Ponto, der einst das „Sanierungsprogramm" bei AEG veranlaßt hatte, fortführen. Letztes Jahr haben die Bankiers für ihre langfristigen Ausleihungen 7½% Zins verlangt und 354 Mio. DM Zinsen aus dem Konzern geholt. Von Verlust kann also keine Rede sein, aber für eine Dividende reichte es die letzten fünf Jahre nicht. 13000 Entlassungen, dasselbe Arbeitsquantum aus weniger Arbeitern gepreßt, soll auch die Dividende wieder sprudeln lassen.

Die Masse der niedrigen Löhne in der Elektroindustrie hat den Konzernen das Spekulationskapital in die Hand gespielt, mit dem die Banken auf Jagd gingen und das den Geldsack der

Hans Friderichs. Lothar Späth wies die nach billiger weiblicher Arbeitskraft gierenden Unternehmerinnen auf die in dieser Richtung bahnbrechende Tätigkeit der baden-württembergischen Landesregierung hin: Die Erkenntnis, daß ein Halbtagslehrer weniger verdiene als ein Vollfacharbeiter, setze sich langsam durch. Womit er gleich den Angriff des Herrn Friderichs beantwortete, der vorgeworfen hatte, die Eingangsbedingungen im öffentlichen Dienst „versauten" der Wirtschaft die Preise. Also Halbieren des Lohns der Eingangsstufen im öffentlichen Dienst, das fänden sie schön.

Man kann sich denken, ganz speziell ging es auf dieser Podiumsdiskussion um Frauenlöhne, das heißt um den Einkauf billigster weiblicher Arbeitskraft. Denn Unternehmerinnen hat es zwangsläufig am konzentriertesten in Bereichen, wo auch viele Frauen beschäftigt sind. Von Unternehmerinnen in der Stahlindustrie hat man ja noch weniger gehört, mehr dagegen von solchen im Einzelhandel, im Gaststättengewerbe, in der ganzen Textil- und Modebranche, das ist z.B. industrielle Schneiderei etc. Als ehemaliger Wirtschaftsminister der Bundesregierung, womit er sich zum Vorstandsvorsitz der Dresdner Bank qualifizierte, hat Herr Friderichs aus seiner Erfahrung zwar etwas ungewohnt ordinär, jedoch den Unternehmerinnen also aus tiefstem Herzen gesprochen. Wenn sich ein eher vornehmer Mensch wie Herr Friderichs zu Ausdrücken wie „versauen" hinreißen läßt und dazu noch vor Damen, muß es sich also schon um ein ernsthafteres Problem der Kapitalisten handeln – man denke nur an die Serienproduktion in der Elektroindustrie.

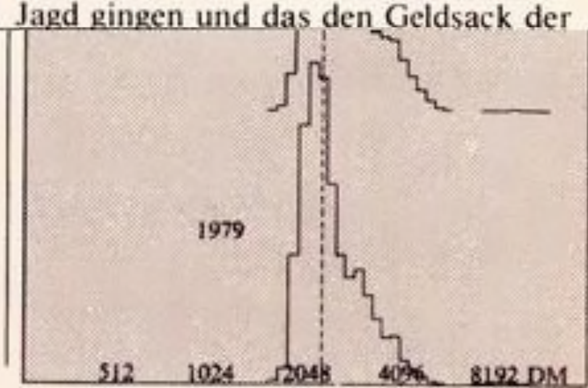
Arbeitsmarkt und im Hinblick auf die geforderte Ware: billige Arbeitskraft. Denn richtig ist, die Frauen im öffentlichen Dienst sind nicht so weit im Lohn gedrückt, wie die Frauen zum Beispiel im Einzelhandel.

Fast 64% der Beschäftigten im Einzelhandel sind Frauen, davon erhalten nahezu 87% weniger als den Durchschnittslohn aller Sozialversicherten. Im öffentlichen Dienst sind das etwa 30% der Frauen. Aber das sagt ja noch nicht wieviel unter dem Durchschnittslohn. Da verhält es sich so, daß im Einzelhandel etwa 30% der Frauen unter dem liegen, was im öffentlichen Dienst überhaupt vorkommt. Der Eingangslohn Stand April 1979 liegt etwas über 1450 DM im öffentlichen Dienst, brutto. Über 100000 Frauen werden jährlich in den öffentlichen Dienst eingestellt, und ebenfalls über 100000 verlassen den öffentlichen Dienst. Falls sie ihre Arbeitskraft weiter verkaufen – und das dürfte bei der Mehrzahl der Fall sein – werden sie es auch nicht gerade mit Vorliebe billiger tun.

Die größte Fluktuation weiblicher Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst findet im Angestelltenbereich statt. Davon jedoch lediglich 16% aus dem sog. einfachen Dienst, also den niedrigsten Lohngruppen, und über 60% aus dem mittleren Dienst. Bei den Arbeitern des öffentlichen Dienstes dagegen ist die Fluktuation sowieso gerin-ger (45% Angestellte, 30% Arbeiter), und der Anteil Frauen beträgt lediglich 27%. (Alle Zahlenangaben dazu aus der Fachserie 14, Reihe 6 des statistischen Bundesamtes vom Juni 1976) Man erhält also einen Eindruck, was die Unternehmerinnen und den Herrn Friderichs so bewegt.

Durchschnittslohn ein eindrucksvolles Bild. Immerhin sind über 4 Mio. Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst beschäftigt, und ein Großteil ist unter dem Durchschnittslohn bezahlt. Auch sie erscheinen und wirken – sicher zur stillschweigenden Zufriedenheit der Kapitalistenklasse – auf dem Arbeitsmarkt.

Baumministerium zuschießen, um einen Teil der Beamten im mittleren Dienst zu schmieren. Die Gewerkschaft ÖTV fordert dagegen: In den Laufbahngruppen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes die Eingangsämter um eine Stufe anzuheben und für den einfachen Dienst entsprechende Regelungen zu schaffen.



AEG-Krise: Die niedrigen Löhne lieferten den Elektromonopolen Kapital für Spekulationen

z.frb. Letzten Mittwoch hat der Aufsichtsrat der AEG weitere Maßnahmen beraten, die aus dem AEG-Kapital wieder einen Springbrunnen des Profits machen sollen. Beschlüsse sollen am 6. Dezember gefaßt werden. Nach Vorstandsangaben umfaßt das Programm „Strukturprojekte, Rationalisierungsmaßnahmen (mit Schwergewicht auf dem Material- und Personalsektor), in Verhandlung befindliche Kooperationsprojekte und Kapitalmaßnahmen". In der Presse wurde lanciert, das Grundkapital solle verkleinert, hernach durch Einzahlungen der rund 160 beteiligten Banken wieder erhöht werden. Die Gewerkschaftssozialdemokraten fordern weiterhin Zuschüsse aus den öffentlichen Haushalten. Vor allem aber: nachdem seit 1974 die Belegschaft bereits um 15000 verkleinert wurde, sollen im kommenden Jahr 13000 Arbeiter und Angestellte entlassen werden.

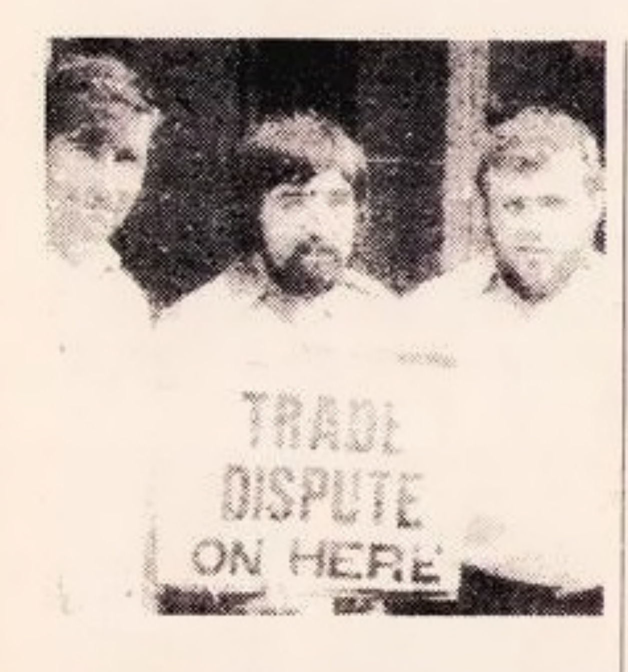
AEG, einst der Stolz der reichsdeutschen Finanzbourgeoisie, ist von den Schüssen der Konkurrenz schwer getroffen. Ein Grund für die Schwäche des Konzerns ist, daß ein unverhältnismäßig hoher Teil seiner Produktion

aus Produkten besteht, die in die Konsumtion der privaten Haushalte eingehen. 33% des Umsatzes sind es bei AEG, 23% im Branchendurchschnitt. Seit die Rationalisierungen im Bereich der Reproduktion der Volksmassen durch Einsatz elektrischer Geräte abgeschlossen ist und seit die massiven Lohnsenkungen eingesetzt haben, schrumpft dieser Markt. Das AEG-Kapital, in der staatsbezuschußten Mikroelektronik hoffnungslos im Hintertreffen, versuchte, durch waghalsige Unternehmungen Boden gut zu machen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" spricht von „recht sorglosen Finanzierungsmethoden der ersten Wiederaufbaujahre über einen allzu forschen Expansionsdrang in den sechziger Jahren bis hin zu ausgesprochenen Abenteuern auf einzelnen Gebieten". Dabei hat der Konzern verloren, Siemens hat abgesahnt und übernahm die Computergesellschaft, die MTU, Osram und schließlich die Kraftwerksunion, die AEG 1,7 Mrd. DM Verlust gebracht hatte.

Die Banken halten bei AEG gut 50% der Stimmen im Aufsichtsrat. Im Januar soll Hans Friderichs, Vorsitzen-

der des Dresdner-Bank-Vorstandes, den Vorsitz im Aufsichtsrat übernehmen und so das Werk seines Amtsvorgängers Ponto, der einst das „Sanierungsprogramm" bei AEG veranlaßt hatte, fortführen. Letztes Jahr haben die Bankiers für ihre langfristigen Ausleihungen 7½% Zins verlangt und 354 Mio. DM Zinsen aus dem Konzern geholt. Von Verlust kann also keine Rede sein, aber für eine Dividende reichte es die letzten fünf Jahre nicht. 13000 Entlassungen, dasselbe Arbeitsquantum aus weniger Arbeitern gepreßt, soll auch die Dividende wieder sprudeln lassen.

Die Masse der niedrigen Löhne in der Elektroindustrie hat den Konzernen das Spekulationskapital in die Hand gespielt, mit dem die Banken auf Jagd gingen und das den Geldsack der Friderichs fett und rund macht. Platzt ein Abenteuer und schafft sich die Anarchie der kapitalistischen Produktion Bahn, so ist das Geschrei groß. Zu den niedrigen Löhnen kommen dann Entlassungen: Senkung der Lohnsumme, Erhöhung der Ausbeutung. Das Kapital schreit nach seinem Recht.



z.rül.London. **Ermutigt durch die Erfolge der Postarbeiter und der Gemeindearbeiter (Bild) verstärken die etwa 30000 Krankenschwestern und -pfleger in der Republik Irland ihren Kampf gegen die dauernde Lohnsenkung.** Letztes Wochenende beschlossen Delegierte der 10000 Mitglieder starken „Organisation Irischer Krankenschwestern und -pfleger" (INO) ein gewerkschaftliches Kampfprogramm und verpflichteten den neuen Vorstand darauf. Weil ihre Löhne seit 1972 lediglich um den offiziellen jährlichen Anstieg der Lebenshaltungskosten erhöht wurden, faktisch also ständig gesenkt wurden, fordern sie eine Extra-Lohnerhöhung von 50% sowie höhere Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Schichtarbeit und für Überstunden. Gegenwärtig verdient eine Krankenschwester im sechsten Berufsjahr umgerechnet 1109 bis 1269 DM brutto im Monat. Die Regierung bot ihnen im letzten Monat lediglich 16% Lohnerhöhung an. Alle gewerkschaftlichen Organisationen der Krankenschwestern und -pfleger lehnen das ab. Der Kongreß der INO beschloß jetzt – ebenso wie vorher die in der Gewerkschaft ITGWU organisierten Schwestern und Pfleger –, eine Urabstimmung über das Angebot durchzuführen.

z.bag. **Am Freitag, dem 19.10., legten 1500 Arbeiter in Esbjerg (in Dänemark) die gesamten Hafenanlagen und zahlreiche Betriebe der Stadt still.** Am Tag zuvor hatten 600 Transportarbeiter und Matrosen den Fährverkehr von und nach England bestreikt. Anlaß für diese Aktionen war ein Polizeieinsatz gegen Matrosen der „Patula", die für ausreichende Bemannung streikten. Am selben Freitag traten 450 Mitglieder des Restaurationspersonals auf den Fähren der „Dänischen Staatsbahn" in Streik, um neue Schicht- und Pausenregelungen (die bisherigen lassen Arbeitszeiten von 12 bis 15 Stunden ohne Unterbrechung zu) und Lohnerhöhungen durchzusetzen. Zeitweise beteiligten sich 1000, der Streik auf den DFB-Schiffen dauert an.

z.ulg.Rom. **Nachdem die Gewerkschaften für letzten Donnerstag zu einem 24stündigen Streik aufgerufen hatten, hat sich die italienische Regierung zu Verhandlungen über die Tarifforderungen der rund 100000 Lohnabhängigen im Nahverkehr bequemen müssen.** Der Streik – es wäre der fünfte gewesen – ist daraufhin ausgesetzt worden. Die kommunalen Nahverkehrsbetriebe hatten sich hinter der Festlegung der Regierung verschanzt, daß ihre Defizite 1980 um höchstens 10% steigen dürften, weit weniger als die Inflationsrate. Die Regierung hat jetzt ihre Bereitschaft erklären müssen, eine Überschreitung der 10%-Grenze zuzulassen. Der alte Tarifvertrag ist bereits seit Jahresbeginn ausgelaufen. Die Gewerkschaften fordern unter anderem eine Lohnerhöhung um 18000 Lire (40 DM) für alle und zusätzliche, nach Lohngruppen gestaffelte Erhöhungen. Ein Mailänder Busfahrer verdient gegenwärtig je nach Dienstalter zwischen 460000 und 520000 Lire (1010 bis 1140 DM) netto. Davon sind aber nur gut zwei Drittel im nationalen Tarifvertrag abgesichert, der Rest entfällt auf betriebliche Zusatztarife und Überstundenzuschläge. Um die örtlichen Lohnunterschiede zu überwinden, fordern die Gewerkschaften die tarifliche Absicherung eines bestimmten Prozentsatzes der national festgelegten Mindestlöhne.

z.rül.London. **Die Gewerkschaft TGWU rief am 3. Oktober die 180000 bei ihr organisierten LKW-Fahrer auf, mit einer Serie von eintägigen Streiks und dem Boykott von Überstunden und Nachtarbeit die Einführung von Fahrtenschreibern in LKWs zu verhindern.** Die Regierung plant eine Verordnung, nach der als Anpassung an EG-Vorschriften für alle LKWs bis 1981 Fahrtenschreiber vorgeschrieben sind. Für die Fahrer bedeutet das ständige Bespitzelung bei der Arbeit und verschärfte Arbeitshetze. Bereits jetzt arbeiten sie bei Grundlöhnen zwischen 59,80 und 64 Pfund die Woche in der Regel 60 Stunden. Einen Tag nach dem Aufruf der TGWU beschloß eine Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft die Tarifforderungen: Erhöhung des Grundlohns auf 80 Pfund (für Fahrer schwerer LKWs), Essenszuschlag von zwei Pfund, Erhöhung der Nachtarbeitszuschläge von 7,50 auf zehn Pfund, eine Woche mehr Urlaub und 35-Stunden-Woche.

z.hef.London. **Die „Times" wird nach fast einjähriger Schließung am 13.11. wieder erscheinen, ebenso die „Sunday Times" und die Literatur- und Erziehungszeitschriften des Times-Verlags.** Am 21.10. schloß die Gewerkschaft NGA ein Abkommen über Lohn, Einführung der „neuen Technologie", Entlassungen u.a. Die Grundlöhne der Setzer und Drucker werden um 45% jetzt und 5% im Oktober 1980 erhöht, wobei diese Erhöhung die des letzten Jahres enthält. Ein Setzer hat dann 196 Pfund die Woche, beim Übergang auf die Photosatzmaschinen 216 Pfund – wesentlich weniger als die Akkordsätze von über 400 Pfund pro Woche, die er bis letzten November im Bleisatz verdiente. Dafür wird noch eine Abschlagszahlung geleistet. Journalisten dürfen die Eingabegeräte nicht bedienen, darüber soll neu verhandelt werden. Überstundenzahlungen werden erhöht. Insgesamt wird die Belegschaft von 4250 auf 3650 gekürzt. Besonders empört waren die konkurrierenden Zeitungskapitalisten über die Urlaubsregelung: Die Gewerkschaft setzte

11. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden

z.ulh. Zur Eröffnung am 22.10.79 rief Bundeskanzler Schmidt die Gewerkschaft für die kommende Tarifrunde zur ,,Lohndisziplin" auf. Wie wenig Eindruck das auf die Delegierten machte, beweist die Tatsache, daß die Delegierten unter Hinweis auf die gute Gewinnentwicklung bei den Baukapitalisten die Gewerkschaftsführung zur Aufstellung einer mindestens ,,zweistelligen Lohnforderung" aufgefordert haben.

Dem Gewerkschaftstag der IG BSE, die 520000 Mitglieder zählt, lagen insgesamt 531 Anträge zur Debatte und Beschlußfassung vor. Ein Schwerpunkt des einwöchigen Gewerkschaftstages ist das Verbot von Leiharbeit, welche private Firmen dazu berechtigt, fachfremde und ausländische Arbeiter ohne Arbeitspapiere und Sozial- und Krankenversicherung unter Tarif auszubeuten. Die Leiharbeiter, die ja ohne Rechte gerade nur solange für die Baukapitalisten schuften müssen, wie es deren Profit dienlich ist, sind somit auch im Kampf um Rechte und höheren Lohn, wie es der Streik von 1978 gezeigt hat, ein gutes Mittel für die Kapitalisten, die Bauarbeiter zu spalten und die Durchsetzung ihrer Forderungen zu erschweren. Von der Gewerkschaft wird die vollständige Beseitigung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes gefordert. Ehrenberg hat gegen ein generelles Verbot der Leiharbeit ,,verfassungsrechtliche Probleme geltend" gemacht.

Viele Anträge beinhalteten die Forderung nach verstärkter Sicherheit am Arbeitsplatz, um die sich in den letzten Jahren häufenden Unfälle auf den Baustellen einzudämmen. Mit der Erhöhung der Akkordzeiten und der Umwälzung des Arbeiterkörpers von Facharbeitern zu Hilfsarbeitern durch die Baukapitalisten sind die Unfallzahlen sprunghaft angestiegen.

Die Sicherung des Normalarbeitstages und die Arbeitszeit standen im Mittelpunkt des Gewerkschaftstages. Durch die bestehende Arbeitszeitordnung von 1938 werden die Bauarbeiter verpflichtet, über 40 Stunden zu arbeiten. 6 Wochen Urlaub, einen 13. Monatslohn für alle im Baugewerbe Beschäftigten sowie die Sicherung eines ganzjährigen, regelmäßigen Einkommens für die Bauarbeiter wurden in einer Entschließung gefordert.



Regierung greift verstärkt mit dem Tarifvertragsgesetz in den Lohnkampf ein

z.hej. Immer öfter greifen die Minister für Arbeit und Sozialordnung des Bundes und der Länder in die Tarifabschlüsse ein. So gerade durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) des DAG-Abschlusses im Einzelhandel Niedersachsen nach §5 Tarifvertragsgesetz. Am 1.1.78 sind 572 Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt. 4 Mio. Arbeiter und Angestellte, etwa 23% der 17,2 Mio. Beschäftigten, für die es 36705 gültige Tarifverträge gibt, sind betroffen. Seit 1949 gibt es insgesamt 158388 Tarifverträge, davon 95560 in Industrie und Handwerk. Von 1949–68 sind 2501 Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die Tabellen zeigen 74/75 eine starke Zunahme. Besonders zeigt sich ein stärkeres Eingreifen des Staatsapparates bei den Lohn-, Gehalts- und Ausbildungsvergütungen, von denen etwa 3,6% der 1977 3949 abgeschlossenen Verträge für allgemeinverbindlich erklärt wurden.

Nach dem ersten imperialistischen Krieg beschloß die Reichsregierung am 23.12.1918 die erste Tarifvertragsordnung, um in die Klassenkämpfe einzugreifen. 1922 zählte man 10768 Tarif-

ordnet. Die Alliierten haben die faschistischen Verordnungen durch Kontrollratsgesetz aufgehoben und bereits 1948 im April wird das neue Tarifvertragsgesetz genehmigt. Der Staatsapparat hat mit der AVE ein Instrument, um in den Lohnkampf – gerade in Bereichen, wo sich Kämpfe entwickeln – einzugreifen.

Allgemeinverbindliche Tarifverträge nach Gewerbegruppen und Arten

Gewerbegruppe	1.1.69 (68)	1.1.75 (74)	1.1.78 (77)
Steine u. Erden	26	56	64
Metall	4	25	28
Textil	2	58	50
Bau	44	129	129
Großhandel	42 (216)	48 (253)	93 (315)
Einzelhandel	13 (149)	24 (215)	39 (264)
Insgesamt	173	448	572

In Klammern: Anzahl der registrierten TV im Jahr

Art d. Tarifvertr. (wesentlicher Inhalt)	Anzahl d. Tarifverträge 1.1.75	1.1.78	Steigerung in %
Mantel/Rahmen	99	101	2,2
Lohn/Gehalt/ Ausbild.vergüt.	76	142	86,8
Vermögenswirks. Leistungen	34	61	79,4
Urlaub/			

Neuaufschwung der Arbeiterbewegung Argentiniens

Streikkämpfe gegen das vom IWF verhängte Hungerregime und gegen die Militärdiktatur

z.gek. Wenig ist über die vielen Kämpfe, die die Arbeiterklasse Argentiniens seit Errichtung der faschistischen Militärdiktatur geführt hat, nach außen gedrungen. Die heuchlerisch humanitären Kampagnen, die in den imperialistischen Ländern um die ,,Aufklärung des Schicksals unschuldig Verhafteter" bzw. ,,Verschwundener" veranstaltet worden sind, haben mehr vernebelt als aufgeklärt: nämlich daß die – man kann sagen, unter direktem Kommando des Internationalen Währungsfonds im März 1976 in den Sattel gehobene – Militärjunta mit großer Nüchternheit und Systematik an die ihr gestellte Aufgabe gegangen ist, die in den Jahren zuvor unter dem Peronismus aufgeschossenen revolutionären Massenorganisationen der Arbeiter, der Stadtjugend, der Kleinbauern und Landarbeiter zu zerschlagen, insbesondere die Gewerkschaften der Arbeiter, die ihre Mitgliederzahl 1973–76 nahezu verdoppelten und mit 5 Millionen Mitgliedern praktisch das gesamte Industrieproletariat organisierten.

Buchstäblich ausgerottet hat die Militärdiktatur den kleinbürgerlichen Terrorismus. Nicht zerschlagen konnte sie die Organisationen der Arbeiterklasse, obwohl in nahezu allen Streikkämpfen der letzten Jahre die Verschleppung und Ermordung ihrer Organisatoren und Sprecher und andere Formen faschistischer Unterdrückung die regelmäßige Übung waren. Heute ist die Arbeiterklasse in Argentinien – ohnehin mit 40% der ,,aktiven Bevölkerung" die größte Klasse in diesem Land, das viele Züge einer europäischen Siedlerkolonie trägt – die unbestrittene Führerin der ganzen demokratisch-revolutionären Volksbewegung.

Seit September konstatieren die Korrespondenten der imperialistischen Presseorgane eine neue Entwicklung. So ,,Al. Buenos Aires" im ,,Blick durch die Wirtschaft" vom 23. Oktober: ,,Die Streikwelle, die im September über Argentinien zu rollen begonnen hat, fällt mit der Reorganisation der Gewerkschaften zusammen, deren Spitzenorganisationen sich in einer CUTA ....(,,Conducción Unica de los Trabajadores Argentinas", Einheitsführung der argentinischen Arbeiterschaft) zusammengefunden haben." Die Streikenden führen den Kampf gegen die Verelendung als Kampf gegen die ganze Politik der planmäßigen Lohnsenkung und -spaltung. Zugleich fordern sie die Haftentlassung und Wiedereinstellung früherer Streikführer und die Wiederherstellung der alten peronistischen Arbeitsgesetzgebung, d.h. die Aufhebung der militärischen ,,Intervention" (kommissarischen Kontrolle) über die Gewerkschaften und Wiederherstellung des Streikrechts. Sie errichten damit eine politische Front gegen die für Jahresende geplanten neuen ,,Gewerkschaftsgesetze", die diese ganz in eine staatlich-korporative, faschistische ,,Arbeitsfront" umwandeln sollen.

Die Lohnpolitik war von Anfang an das Kernstück der 1976 vom IWF diktierten Wirtschaftspolitik, die darauf abzielt, die relativ vielseitige, auf eine breite Kleinproduktion gestützte Industrie auf einige wenige, vom imperialistischen Kapital dominierte große Exportindustrien zusammenzuschrumpfen und zugleich, je nach den Agrarkonjunkturen, die traditionelle Vieh- und Getreide-Plantagenwirtschaft mit Hilfe ausländischen Kapitals auszudehnen, sie zu modernisieren und noch profitabler zu machen. Die Kriegsmaschine gegen die Arbeiterklasse, aber auch gegen die fast ebenso zahlreiche Kleinbourgeoisie, die Mittel- und Kleinbauern, Angestellten und Beamten ist die Notenpresse. Die Inflation erreichte 1976 = 347%, 1977 = 160% und 1978 = 169%. Für dieses Jahr sehen die ,,Leitsätze" der Regierung wie in der Tabelle unten zusammengefaßt aus.

Die Lohnpolitik bestand darin – wir zitieren aus dem Jahresbericht 1978 der Deutsch-Argentinischen Handelskammer – ,,schrittweise von der Tradition massiver Einkommenserhöhungen und den kollektiven Arbeitsverträgen Abstand zu nehmen und stattdessen die Löhne und Gehälter zusehends ... freizugeben, d.h. sich nach rein marktwirtschaftlichen Prinzipien entfalten zu lassen". Das ist eine feine Umschreibung für: staatliches Lohndiktat mit vorgehaltenem Bajonett. Kaltlächelnd stellen die Herren der zitierten Handelskammer, durchweg westdeutsche Konzernvertreter, fest: ,,Das Realeinkommen der Arbeitnehmer ging im Lauf des Jahres 1977 um etwa 10% zurück ...". Das ist auch nur die halbe Wahrheit. Denn die jeweils staatlich verfügten Lohnerhöhungen legten nur die neue Lohn*summe* fest. Ihre Verteilung nach ,,marktwirtschaftlichen Prinzipien" hieß erklärtermaßen: fette Zulagen an das Aufsichtspersonal; Prämien zur Heranzüchtung einer schmalen, kriecherisch ergebenen ,,Arbeiteraristokratie"; vorsichtige, Zug um Zug vollzogene Senkung der Löhne des Stamms erfahrener Industriearbeiter in den alten Industriezentren (die besten Löhne Lateinamerikas bis dahin); Senkung auf nackten Hungersatz für das Heer der schnell angelernten, vielfach indianischen Proletariermassen, die so schnell ersetzt wie zugrundegearbeitet werden können.

Die in der Tabelle unten aufgeführten Lohnerhöhungen sind bereits Resultat der Kämpfe der argentinischen Arbeiter in den letzten beiden Jahren. Der Übergang zu einem einfacheren, ,,gerechter" aussehenden System gleichmäßiger prozentualer monatlicher Lohnerhöhungen bedeutet das erste Abgehen von der nackten Willkür der Jahre vorher. Jetzt sollen die Betriebe frei sein, weitere Leistungszulagen zu zahlen. Die Arbeiterbewegung hat sofort nachgefaßt. Schon die in der Tabelle enthaltenen Extralohnerhöhungen von 15,6% bzw. 6% im Mai, Juni, Juli sind Ergebnisse von Streiks der Dockarbeiter, der Eisenbahner und Angestellten der Handelshäuser in Buenos Aires im Januar für Verdoppelung der Mindestlöhne, sowie eines Streiks von 10000 Automobilarbeitern im März. Im Mai streikten wieder die Eisenbahner für Lohnerhöhung und gegen die Lohnspaltung. Seit September stehen weite Teile der Metall- und Textilindustrie im Streik. ,,Typisch war der Streik bei Peugeot. Er brach aus, weil das Unternehmen einer Gruppe von Werkmeistern und anderen Führungskräften höhere Zulagen gewährte als den nicht oder wenig angelernten Arbeitern. Der etwa zehntägige Streik erreichte die von den Arbeitervertretern erstrebte Nivellierung", berichtet der zitierte ,,Al." aus Buenos Aires trübselig (BdW, 23.10.). Die Automobilarbeiter erreichten eine allgemeine Lohnerhöhung von 22%. Das vom Imperialismus aufgerichtete Militärregime zeigt nun deutliche Zeichen der Erschütterung.

1979/Monat	Peso US $	Abwertung %	Staatl. Tarife + %	Mindestlöhne + %	Geldmenge + %	Reale Teuerung + %
Januar	1052	5,2	5,9	4,0	·	·
Februar	1101	4,7	5,7	4,0	·	·
März	1153	4,6	5,5	4,0	15,0	·
April	1206	4,5	5,3	4,0	·	·
Mai	1260	4,4	5,1	4,0 + 15,0	·	50,0
Juni	1313	4,2	4,9	4,0 + 6,0	13,0	·
Juli	1366	4,0	4,7	4,0 + 6,0	·	·
August	1418	3,8	4,5	4,0	·	·
September	1469	3,6	4,3	4,0	11,3	59,0



relles Verbot der Leiharbeit ,,verfassungsrechtliche Probleme geltend" gemacht.

Regierung greift verstärkt mit dem Tarifvertragsgesetz in den Lohnkampf ein

z.hej. Immer öfter greifen die Minister für Arbeit und Sozialordnung des Bundes und der Länder in die Tarifabschlüsse ein. So gerade durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) des DAG-Abschlusses im Einzelhandel Niedersachsen nach §5 Tarifvertragsgesetz. Am 1.1.78 sind 572 Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt. 4 Mio. Arbeiter und Angestellte, etwa 23% der 17,2 Mio. Beschäftigten, für die es 36705 gültige Tarifverträge gibt, sind betroffen. Seit 1949 gibt es insgesamt 158388 Tarifverträge, davon 95560 in Industrie und Handwerk. Von 1949–68 sind 2501 Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die Tabellen zeigen 74/75 eine starke Zunahme. Besonders zeigt sich ein stärkeres Eingreifen des Staatsapparates bei den Lohn-, Gehalts- und Ausbildungsvergütungen, von denen etwa 3,6% der 1977 3949 abgeschlossenen Verträge für allgemeinverbindlich erklärt wurden.

Nach dem ersten imperialistischen Krieg beschloß die Reichsregierung am 23.12.1918 die erste Tarifvertragsordnung, um in die Klassenkämpfe einzugreifen. 1922 zählte man 10768 Tarif-

ordnet. Die Alliierten haben die faschistischen Verordnungen durch Kontrollratsgesetz aufgehoben und bereits 1948 im April wird das neue Tarifvertragsgesetz genehmigt. Der Staatsapparat hat mit der AVE ein Instrument, um in den Lohnkampf – gerade in Bereichen, wo sich Kämpfe entwickeln – einzugreifen.

Allgemeinverbindliche Tarifverträge nach Gewerbegruppen und Arten

Gewerbegruppe	1.1.69 (68)	1.1.75 (74)	1.1.78 (77)
Steine u. Erden	26	56	64
Metall	4	25	28
Textil	2	58	50
Bau	44	129	129
Großhandel	42 (216)	48 (253)	93 (315)
Einzelhandel	13 (149)	24 (215)	39 (264)
Insgesamt	173	448	572

In Klammern: Anzahl der registrierten TV im Jahr

Art d. Tarifvertr. (wesentlicher Inhalt)	Anzahl d. Tarifverträge 1.1.75	1.1.78	Steigerung in %
Mantel/Rahmen	99	101	2,2
Lohn/Gehalt/ Ausbild.vergüt.	76	142	86,8
Vermögenswirks. Leistungen	34	61	79,4

Formen faschistischer Unterdrückung die regelmäßige Übung waren. Heute ist die Arbeiterklasse in Argentinien – ohnehin mit 40% der ,,aktiven Bevölkerung" die größte Klasse in diesem Land, das viele Züge einer europäischen Siedlerkolonie trägt – die unbestrittene Führerin der ganzen demokratisch-revolutionären Volksbewegung.

Seit September konstatieren die Korrespondenten der imperialistischen Presseorgane eine neue Entwicklung. So ,,Al. Buenos Aires" im ,,Blick durch die Wirtschaft" vom 23. Oktober: ,,Die Streikwelle, die im September über Argentinien zu rollen begonnen hat, fällt mit der Reorganisation der Gewerkschaften zusammen, deren Spitzenorganisationen sich in einer CUTA ....(,,Conducción Unica de los Trabajadores Argentinas", Einheitsführung der argentinischen Arbeiterschaft) zusammengefunden haben." Die Streikenden führen den Kampf gegen die Verelendung als Kampf gegen

ten ist die Notenpresse. Die Inflation erreichte 1976 = 347%, 1977 = 160% und 1978 = 169%. Für dieses Jahr sehen die ,,Leitsätze" der Regierung wie in der Tabelle unten zusammengefaßt aus.

Die Lohnpolitik bestand darin – wir zitieren aus dem Jahresbericht 1978 der Deutsch-Argentinischen Handelskammer – ,,schrittweise von der Tradition massiver Einkommenserhöhungen und den kollektiven Arbeitsverträgen Abstand zu nehmen und stattdessen die Löhne und Gehälter zusehends ... freizugeben, d.h. sich nach rein marktwirtschaftlichen Prinzipien entfalten zu lassen". Das ist eine feine Umschreibung für: staatliches Lohndiktat mit vorgehaltenem Bajonett. Kaltlächelnd stellen die Herren der zitierten Handelskammer, durchweg westdeutsche Konzernvertreter, fest: ,,Das Realeinkommen der Arbeitnehmer ging im Lauf des Jahres 1977 um etwa 10% zurück ...". Das ist auch

Juni, Juli sind Ergebnisse von Streiks der Dockarbeiter, der Eisenbahner und Angestellten der Handelshäuser in Buenos Aires im Januar für Verdoppelung der Mindestlöhne, sowie eines Streiks von 10000 Automobilarbeitern im März. Im Mai streikten wieder die Eisenbahner für Lohnerhöhung und gegen die Lohnspaltung. Seit September stehen weite Teile der Metall- und Textilindustrie im Streik. ,,Typisch war der Streik bei Peugeot. Er brach aus, weil das Unternehmen einer Gruppe von Werkmeistern und anderen Führungskräften höhere Zulagen gewährte als den nicht oder wenig angelernten Arbeitern. Der etwa zehntägige Streik erreichte die von den Arbeitervertretern erstrebte Nivellierung", berichtet der zitierte ,,Al." aus Buenos Aires trübselig (BdW, 23.10.). Die Automobilarbeiter erreichten eine allgemeine Lohnerhöhung von 22%. Das vom Imperialismus aufgerichtete Militärregime zeigt nun deutliche Zeichen der Erschütterung.

1979/Monat	Peso US $	Abwertung %	Staatl. Tarife + %	Mindestlöhne + %	Geldmenge + %	Reale Teuerung + %
Januar	1052	5,2	5,9	4,0	·	·
Februar	1101	4,7	5,7	4,0	·	·
März	1153	4,6	5,5	4,0	15,0	·
April	1206	4,5	5,3	4,0	·	·
Mai	1260	4,4	5,1	4,0 + 15,0	·	50,0
Juni	1313	4,2	4,9	4,0 + 6,0	13,0	·
Juli	1366	4,0	4,7	4,0 + 6,0	·	·
August	1418	3,8	4,5	4,0	·	·
September	1469	3,6	4,3	4,0	11,3	59,0

verträge für 890000 Betriebe und 14,2 Mio. Arbeiter. In 10 Jahren bis 1928 hat das Reichsarbeitsamt 25000 AVE ausgesprochen – 1928 waren 1829 Tarifverträge, 20,5% aller, 44,7% bei den Angestelltentarifen für verbindlich erklärt. Die Faschisten haben die Tarifverträge aufgehoben und staatlich ver-

Art d. Tarifvertr. (wesentlicher Inhalt)	Anzahl d. Tarifverträge 1.1.75	1.1.78	Steigerung in %
Urlaub/ Urlaubsgeld	47	68	44,6
Jahressonderzahlungen	12	17	41,6
Altersversorgung	44	47	6,8
Sonstige	136	136	0,0
Insgesamt	448	572	27,6

Quelle: Bundesarbeitsblatt 9/79

1979/Monat	Peso US $	Abwertung %	Staatl. Tarife + %	Mindestlöhne + %	Geldmenge + %	Reale Teuerung + %
Oktober	1519	3,4	4,1	4,0	·	–
November	1568	3,2	3,9	4,0	·	–
Dezember	1615	3,0	3,7	4,0	nicht festgelegt	



Tabelle (aus dem Jahresbericht 1978 der Deutsch-Argentinischen IHK): die Löhne planmäßig von der Inflation zusammengeschmolzen; Wertübertragung an das imperialistische Kapital durch regelmäßige Abwertung des Peso. – *Foto:* Revolutionäre Massenstreikbewegung 1974. ,,Montoneros" hatten sich die indianischen Gaucho-Kämpfer genannt, die ihr Land im 18./19. Jh. gegen den Kolonialismus verteidigten.

---

sechs Wochen bezahlten Urlaub durch. Der Versuch der Times-Kapitalisten, den Gewerkschaften eine entscheidende Niederlage beizubringen, ist gescheitert.

z.pel.Paris. **Am 18.10. war klar, daß die etwa eine Million Lohnabhängigen im Einzelhandel einen Sieg über die französischen Handelskapitalisten und die Regierung davongetragen hatten.** Arbeitsminister Boulin stellte die ,,fast einheitliche Ablehnung" des von 49 Abgeordneten der Regierungspartei UDF eingebrachten Gesetzentwurfes zur Beseitigung des Sonntagsarbeitsverbotes fest und erklärte: ,,Ich teile die so ausgedrückte Meinung, ich halte die Sonntagsruhe für ein soziales Recht. Ich schließe die Untersuchung." Noch am Vormittag hatten Zehntausende von Lohnabhängigen mit Streiks und Demonstrationen im ganzen Land die Rücknahme des Gesetzentwurfes gefordert.

z.anb. **Zwei wichtige Gewerkschaftskongresse in der Schweiz haben der Bewegung nach Verkürzung der gesetzlichen 42-Stunden-Woche auf 40 Stunden neue Kräfte zugeführt.** Der Kongreß der größten Postgewerkschaft *PTT Union* (25000 Mitglieder) erklärte angesichts der auf durchschnittlich 44 Stunden pro Woche ausgedehnten Vernutzung der Arbeitskraft der Postarbeiter, entweder die Regierung sei zur Aufhebung des Streikverbots bereit oder man werde die notwendigen Kampfmaßnahmen auch illegal organisieren. Die Delegierten des Gewerkschaftstages Bau und Holz legten durch Einführung des imperativen Mandats fest, daß die 40-Stunden-Woche innerhalb des gesamten Gewerkschaftsbundes SGB durchgesetzt werden muß. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Bauarbeiter von zur Zeit 47,5 Stunden beende für sie den ,,Arbeitsfrieden".

z.rül. **Seit Anfang Oktober kämpfen die Arbeiter des größten Goldbergwerks in Ghana, der Ashanti Goldfields Corporation, für die Wiedereinführung von Zuschlägen an tuberkulosekranke Arbeiter und für Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für alle Arbeiter.** Die Bergbaugesellschaft gehört zu 45% dem britischen Lonrho-Konzern, zu 55% dem Staat. 1976 förderten die Arbeiter von Ashanti 14000 kg Gold. Am 3. Oktober traten die Goldarbeiter für ihre Forderungen in den Streik. Gleichzeitig begannen eine Reihe anderer Belegschaften Streiks und Protestaktionen für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, u.a. die Schiffsbesatzungen der staatlichen Schiffahrtsgesellschaft. Die neue Regierung, die erst vor kurzem gewählt worden war, reagierte am 18. Oktober mit dem Verbot dieser Streiks. Gleichzeitig setzte sie Untersuchungskommissionen ein, um die Forderungen der Arbeiter zu prüfen und mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Die Goldarbeiter setzten daraufhin ihren Streik aus. Fünf Tage nach dem Abbruch des Streiks traf eine Delegation der Weltbank in Ghana ein, um, wie die britische Zeitung Guardian schreibt, ,,der neuen Zivilregierung zu helfen, ihre Wirtschaft zu retten". Für November hat sich eine Delegation des Weltwährungsfonds IWF zur Inspektion angesagt.

z.rül. **15000 Textilarbeiter, Reifenarbeiter und Bankangestellte demonstrierten am 13.10. in der nordindischen Stadt Faridabad.** Seit Monaten kämpfen sie für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen. Die Kapitalisten versuchen, die Bewegung durch Polizeieinsatz und mit Hilfe von Streikbrechern zu zerschlagen. In den letzten Monaten entließen sie 5000 Arbeiter wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten. Nach der Demonstration am 13.10., die von Studenten und kleinen Händlern unterstützt wurde, verhängte die Stadtverwaltung ein Demonstrationsverbot. Als sich am 17.10. dennoch Tausende von Arbeitern in verschiedenen Stadtteilen versammelten, eröffnete die Polizei das Feuer und erschoß sechs Arbeiter. Die Arbeiter setzten daraufhin eine Fabrik von Goodyear in Brand, zündeten mehrere Jeeps und Busse an und erschlugen im Verlauf erbitterter Straßenschlachten zwei Polizisten.

z.cht.Sydney. **Nach heftigen Kämpfen der australischen Arbeiter bei Bahn und Post, in den Bergwerken und Hafenbetrieben hat die Regierung ein Gesetz vorgelegt, das den Gewerkschaften neue Fesseln anlegen soll.** Geplant ist die Verschärfung des Gesetzes, nach dem die Arbeitsschiedskommission Richter über alle Lohnfragen ist. Nach dem Entwurf können Gewerkschaften ,,deregistriert" werden, wenn sie ,,wichtige Dienste" gefährden. Das bedeutet für die Arbeiter, daß sie nicht mehr durch die Gewerkschaft vertreten werden können. Die Wiederzulassung muß durch den Generalgouverneur genehmigt werden, und er kann beliebige Auflagen machen. Die Kommission darf den Kapitalisten die Zahlung von Lohnverlusten nach Streiks oder Aussperrung weder anordnen noch genehmigen, desgleichen Lohnerhöhungen an streikende Arbeiter. Ausgeperrte Gewerkschaftsmitglieder bekommen keine Arbeitslosenunterstützung mehr. Die Führung des Gewerkschaftsbundes sieht durch den Entwurf die ,,Unabhängigkeit" der Schiedskommission gefährdet und prüft, ob eine Verfassungsklage dagegen möglich ist. Sie macht sich damit zum Anwalt des bestehenden Systems der Zwangsschlichtung.



Polizeieinsatz gegen streikende Arbeiter bei Ford Australien, 1973.

Österreich: das Studium ist für den Arbeiterhaushalt bereits unbezahlbar

z.anb.Wien. Eine Demonstration von 1000 Studenten zog am 17.10. vor das Finanzministerium in Wien. Eine Delegation stöberte den geschäftsführenden Minister Androsch auf und stellte ihn zur Rede: Mietsteigerungen in den Wohnheimen, Erhöhung der Mensapreise um durchschnittlich 15%, Streichung der Fahrpreisermäßigungen bei gleichzeitig drastisch sinkenden Bewilligungen von Studienbeihilfe bedeuten für die Masse der besitzlosen Studenten – jeder zweite von ihnen muß bereits seine Arbeitskraft neben dem Studium an die Kapitalisten verkaufen – den Zwang zum Abbruch der Ausbildung.

Als Ergebnis der sozialdemokratischen Neuregelung der Stipendiengesetzgebung von 1977 beziehen derzeit nur noch 10% der 80500 Studenten ein Stipendium, dessen Höchstsatz mit 3500 S (500 DM) gemessen an den unmittelbar notwendigen Reproduktionsausgaben von mindestens 700 DM schon glatter Hohn ist. Der Prozentsatz der Bezieher von Studienbeihilfe ist von 1964 25% auf jetzt unter 12% gedrückt worden; kein Wunder, wenn die Bemessungsgrundlage für die Bewilligung bei 105000 S im Jahr, das sind rund 840 DM im Monat, liegt. Unter Ausnutzung des Drucks auf das Lohnniveau der Arbeiterklasse organisiert die sozialdemokratische Bundesregierung die Auffüllung des Arbeitsmarktes aus den Reihen der besitzlosen Studenten. Jeglicher Standard der Bezahlung von Arbeitskraft ist in deren materieller Lage bereits eingerissen worden.

Neben der Forderung nach 1200 S mehr für alle und Anhebung der Bemessungsgrundlage um 50% konzentriert sich deshalb die Studentenbewegung auf die Erkämpfung des Rechts auf Tarifvertragsregelung zwischen den Vertretern der Studenten und der Regierung. Mit ihren derzeitigen Kampfaktionen, Versammlungen, Demonstrationen und der Bestreikung der Mensen wird eine für die Durchsetzung dieser Interessen günstige Ausgangslage geschaffen, um das für das Frühjahr 1980 anberaumte „Gespräch" mit der Regierung Kreisky aus einer Unter-Vier-Augen-Plauderei in einen Kampfschritt um das Koalitionsrecht zu verwandeln.



Mensaboykott in Graz am 16. Oktober

Bundesregierung plant 3. Novelle zur Approbationsordnung für Mediziner

z.elf. Im Physikum, der 1. zentralen Prüfung für Medizinstudenten, fielen im August 1979 25,6% durch gegenüber 15,6% im März 1979, im 1. Teil des Staatsexamens 20,9% gegenüber 9,2% und im 2. Teil des Staatsexamens 19,3%, gegenüber 2,2%. Folge der 2. Novelle der Approbationsordnung für Mediziner (AO), die das Bestehen der Prüfung von 60% richtigen Antworten gegenüber bisher 50% abhängig macht. Die „Kleine Kommission zur Novellierung der AO" hat Ende August im Auftrag des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit Empfehlungen für eine 3. Novelle der AO erarbeitet. Sie schlägt u.a. vor: Eine zusätzliche naturwissenschaftliche Prüfung nach dem 1. Semester, da „zuviel Studienzeit darauf verwandt wird, das Wissen der Studienanfänger in den naturwissenschaftlichen Fächern auf den gleichen Stand zu bringen", mündliche Prüfungen nach jedem schriftlichen Prüfungsabschnitt, „um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen mündlicher und schriftlicher Prüfung herzustellen", unter dem Ruf nach „mehr Praxisnähe" Ausweitung der kostenlosen Vernutzung der studentischen Arbeitskraft: Im Prakti-

Studenten. Jeglicher Standard der Bezahlung von Arbeitskraft ist in deren

alle 14 Tage, an Wochenenden alle 4 Wochen. Daran soll sich ein weiteres praktisches Jahr anschließen. Auch hier soll wohl die Feststellung der Kommission gegenüber der Forderung der Studenten nach Bezahlung und Tarifvertrag im Praktischen Jahr gelten: „Unter diesen Umständen bedarf es keiner Zahlung eines generellen Zuschusses an alle Studenten." Die schriftliche Prüfung nach dem Praktischen Jahr soll abgeschafft werden.

„Die Hauptursache der in der Ausbildung entstehenden schwierigen Lage liegt in der hohen Zahl der Studenten", so die Kommission, und auch die ärztliche Standespresse ist mit dem Argument der „drohenden Ärzteschwemme" auf die Regierungspolitik der Verschärfung der Konkurrenz unter den Studenten eingeschwenkt.

Im bundesweiten Streik gegen die neue AO haben viele gewerkschaftliche Gremien die Kampfaktionen der Medizinstudenten unterstützt, der ÖTV-Hauptvorstand hat die Forderungen der Medizinstudenten unterstützt. Zu Beginn dieses Semesters haben mehrere Medizinerversammlungen Kampfschritte gegen die 2. AO-Novelle bera-

Mensaboykott in Graz am 16. Oktober

Bundesregierung plant 3. Novelle zur Approbationsordnung für Mediziner

z.elf. Im Physikum, der 1. zentralen Prüfung für Medizinstudenten, fielen im August 1979 25,6% durch gegenüber 15,6% im März 1979, im 1. Teil des Staatsexamens 20,9% gegenüber 9,2% und im 2. Teil des Staatsexamens 19,3%, gegenüber 2,2%. Folge der 2. Novelle der Approbationsordnung für Mediziner (AO), die das Bestehen der Prüfung von 60% richtigen Antworten gegenüber bisher 50% abhängig macht. Die „Kleine Kommission zur Novellierung der AO" hat Ende August im Auftrag des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit Empfehlungen für eine 3. Novelle der AO erarbeitet. Sie schlägt u.a. vor: Eine zusätzliche naturwissenschaftliche Prüfung nach dem 1. Semester, da „zuviel Studienzeit darauf verwandt wird, das Wissen der Studienanfänger in den naturwissenschaftlichen Fächern auf den gleichen Stand zu bringen", mündliche Prüfungen nach jedem schriftlichen Prüfungsabschnitt, „um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen mündlicher und schriftlicher Prüfung herzustellen", unter dem Ruf nach „mehr Praxisnähe" Ausweitung der kostenlosen Vernutzung der studentischen Arbeitskraft: Im Prakti-
schen Jahr nach dem 2. Abschnitt der ärztlichen Prüfung „muß der Student ausreichend Gelegenheit haben, an Nacht-und Wochenenddiensten teilzunehmen", an Nachtdiensten möglichst

alle 14 Tage, an Wochenenden alle 4 Wochen. Daran soll sich ein weiteres praktisches Jahr anschließen. Auch hier soll wohl die Feststellung der Kommission gegenüber der Forderung der Studenten nach Bezahlung und Tarifvertrag im Praktischen Jahr gelten: „Unter diesen Umständen bedarf es keiner Zahlung eines generellen Zuschusses an alle Studenten." Die schriftliche Prüfung nach dem Praktischen Jahr soll abgeschafft werden.

„Die Hauptursache der in der Ausbildung entstehenden schwierigen Lage liegt in der hohen Zahl der Studenten", so die Kommission, und auch die ärztliche Standespresse ist mit dem Argument der „drohenden Ärzteschwemme" auf die Regierungspolitik der Verschärfung der Konkurrenz unter den Studenten eingeschwenkt.

Im bundesweiten Streik gegen die neue AO haben viele gewerkschaftliche Gremien die Kampfaktionen der Medizinstudenten unterstützt, der ÖTV-Hauptvorstand hat die Forderungen der Medizinstudenten unterstützt. Zu Beginn dieses Semesters haben mehrere Medizinerversammlungen Kampfschritte gegen die 2. AO-Novelle bera-
ten, die Fachtagung Medizin in der VDS fordert ihre Rücknahme. Gegenwärtig berät sie Kampfschritte gegen die Pläne der Bundesregierung zur 3. AO-Novelle.

Bürogehilfinnenlehrlinge wenden sich gegen unterdrückerische Organisation ihrer Ausbildung

r.raa. In Teil- und Schülerratsversammlungen haben Schüler der Hansaschule in Münster Forderungen und Maßnahmen beschlossen, die sich gegen die verschärfte Aussiebung in den Prüfungen der Büro- und Rechtsanwalts- und Notarsgehilfen (ReNogehilfen) und gegen schlechte Ausbildungsbedingungen an der Schule wenden. In diesem Sommer gab es bei den Bürogehilfen-Lehrlingen Durchfallquoten von 50%, 75% und 90%. Zurückzuführen ist dies z.T. auf eine Rechtsvorschrift zum schreibtechnischen Teil der Prüfung, wonach in Stenographie statt wie bisher 120 Silben/Min. über 5 Minuten jetzt 110 Silben/Min. über 10 Minuten verlangt werden. Schon vor dem Erlaß der Rechtsvorschrift konnten die Anforderungen kaum geschafft werden (Durchfallquoten 60%), weil in den Betrieben kaum Steno gebraucht wird und der Unterricht auch nicht ausreicht. Zusätzlich sollen die Bürogehilfen-Lehrlinge keine Möglichkeit mehr haben, sofort eine Nachprüfung zu machen, was für viele Durchgefallene Einkommensverluste, Abbruch der Lehre oder keine Übernahme bedeuten wird.

Die Prüfungsordnung der ReNogehilfenlehrlinge verlangt ebenfalls 120 Silben/Minute in Steno und 180 Anschläge/Min. in Maschinenschreiben. Faktisch waren diese Anforderungen bisher bedeutungslos, weil die Prüfung nicht zentral durchgeführt wurde und die Fachlehrer „unter der Hand" die Schulnoten der schreibtechnischen Fächer als Prüfungsnoten übernahmen. Weil in diesem Sommer erstmals eine zentrale Prüfung stattfinden sollte, hatten schon im Winter 38 ReNolehrlinge und 28 Rechtsanwälte in einem Brief an die Anwaltskammer die Senkung der Anforderungen gefordert. Die Forderung konnte noch unter den Tisch gewischt werden, weil die Aktion zu isoliert durchgeführt worden war. Jetzt wurde auf einer Versammlung der Büro- und ReNogehilfenlehrlinge und auf einer Schülerratsversammlung beschlossen, an die zuständigen Kammern und deren Prüfungsausschüsse, den Kultusminister und den Regierungspräsidenten Münsters Briefe zu schreiben, in denen für die Büro- und ReNogehilfenlehrlinge 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen sowie die Zurücknahme der Rechtsvorschrift für die Prüfung der Bürogehilfen und die Reduzierung der Norm im schreibtechnischen Teil der Prüfung der ReNogehilfenlehrlinge gefordert wird. Die Angeschriebenen sollen sich auf einer Versammlung am 8.11. zu den Forderungen äußern. Münsters Regierungspräsident hat seinen Besuch schon angesagt.

Streit um die Auslesemethoden an den Schulen

Soziale Diskriminierung oder nackte Unterdrückung / Auseinandersetzung um die Gesamtschulen

z.wom. „Bildungskampf verschärft sich", „Bildungsgesamtplan droht zu scheitern", „Schulstreit der vier Minister" – Schlagzeilen nach dem Platzen der letzten Sitzung der Bund-Länder-Kommission zur Fortschreibung des Bildungsgesamtplans Mitte Oktober. Aneinandergeraten waren die Herren hauptsächlich über die Regelung der Übergänge zwischen den verschiedenen Schulstufen und Schulzweigen sowie über die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Schulabschlüsse von Gesamtschulen. Der Streit währt schon Jahre, und man muß sich darauf einstellen, daß die Sozialliberalen und CDU/CSU im Wahljahr 80 noch lautstärker gegeneinander trommeln und den Gegenstand der Auseinandersetzung noch mehr vernebeln.

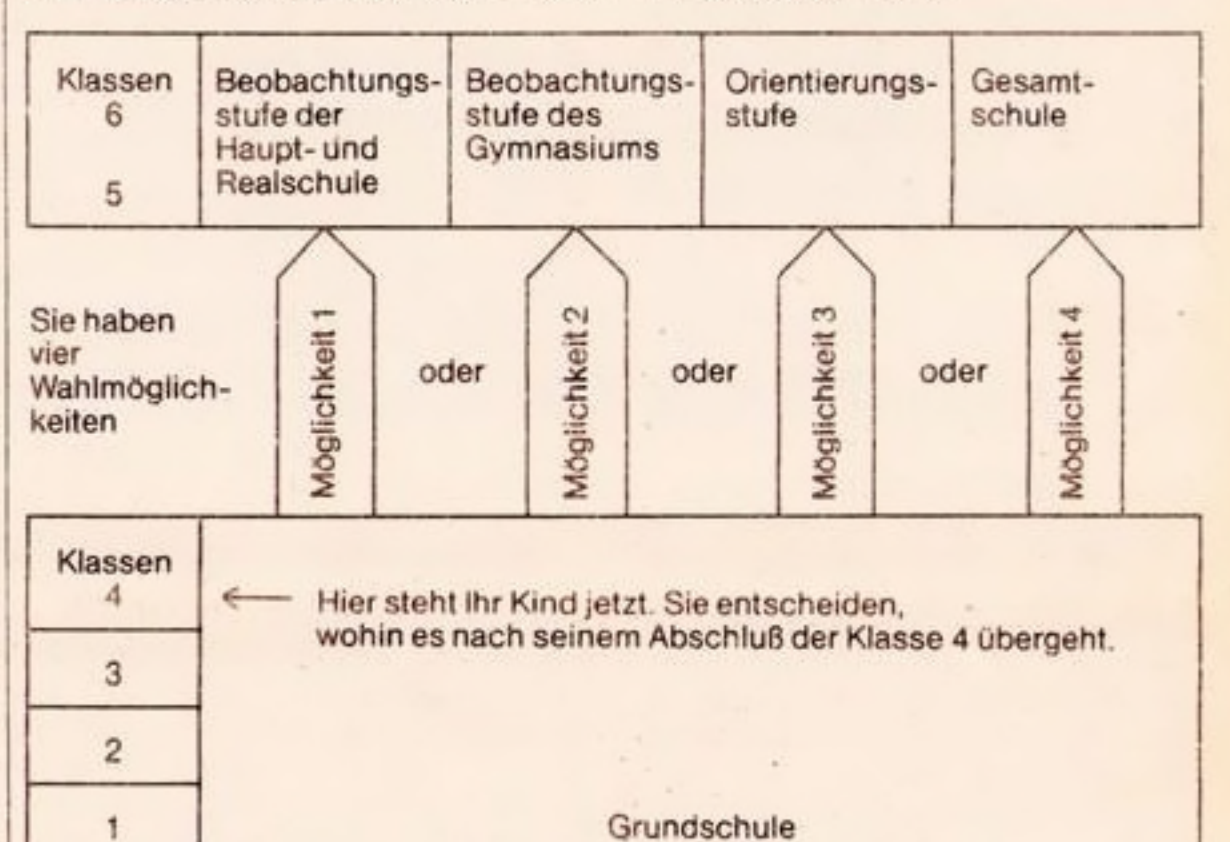
In den 60er Jahren leitete die westdeutsche Monopolbourgeoisie die imperialistische Bildungsreform ein. Unter Schlagworten wie „Chancengleichheit" und „Abbau sozialer Barrieren im Schulwesen" ging sie daran, die Schulpflicht aufzuweichen, um so noch früher an die billige jugendliche Arbeitskraft heranzukommen. Gleichzeitig wollte sie „Begabungsreserven" aus den werktätigen Klassen abfischen für ihren Kaderbedarf, den sie mit ihren eigenen Sprößlingen schon lange nicht mehr decken konnte. Besitz war fortan nicht mehr das Hauptzulassungskriterium zur höheren Bildung, und die Schleusen wurden geöffnet für Kinder aus den werktätigen Klassen.

Hier erhebt sich jetzt das Kriegsgeschrei der bürgerlichen Politiker. Die Bourgeoisie ist sich uneins darüber, welches die geeignetere und billigere Auslesemethode in den Schulen ist.

CDU/CSU setzen in ihrer Mehrheit hauptsächlich auf eine trennscharfe frühzeitige Auslese nach Besitz. „Jedem Menschen soll ein Bildungsgang eröffnet werden, der seine Begabungen entfaltet, seinen Fähigkeiten und seinen Neigungen entspricht und der zu einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit führt. Bildungsziele, Bildungsinhalte und Bildungsstrukturen müssen, orientiert an Normen und Wertvorstellungen des Grundgesetzes und der Verfassungen der Länder, die freiheitliche Entfaltung der individuellen Persönlichkeit und die soziale Verantwortungsbereitschaft des einzelnen fördern ... Die Leistungsfähigkeit des gegliederten Schulwesens ist in Hauptschule, Realschule und Gymnasium zu stärken und nicht durch nivellierende Integration zu beeinträchtigen ..." (Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 11.6.79) Das Hindernis für die grundgesetzlich abgesicherte Entfaltung des Unternehmersohns, daß er womöglich durch den Notenterror aus einer Schule hinausgesiebt wird, muß natürlich beseitigt werden. „Begabung", „Leistungsbereitschaft" und „gegen Nivellierung" sind dazu die Stichworte.

Die SPD hat auf ihrem Hamburger Parteitag 1977 die integrierte Gesamtschule als „vorzugswürdigstes Instrument zur Herstellung von Chancengleichheit" bezeichnet. Aber mit gleicher und einheitlicher Ausbildung hat das genauso wenig zu tun wie die CDU-Modelle. „Die Sozialdemokraten bekennen sich zur Vielfalt konkurrierender Angebote im Bildungswesen ... Ferner halten wir am Grundsatz der Chancengleichheit fest ... Die Gleichheit der Chancen ist Voraussetzung für einen sozialen Staat, aber sie kann nicht auf die Gleichheit der Ergebnisse hinauslaufen ..." (Lattmann, SPD, bei der Bundestagsdebatte am 30.11.78). Das Angebot der „Chancengleichheit" bedeutet, sich ständigem Notenterror und allgemeiner Konkurrenz zu unterwerfen. Diese Auslese per Unterdrückung hat den Vorzug, daß an allen Schleusenöffnungen des Bildungssystems wenigstens der Anschein gleicher Ausgangsbedingungen gewahrt ist und das Herausfallen aus dem Schüttelsieb individuellem Versagen zugeschrieben werden kann. Aber der CDU/CSU ist dieses Ausleseverfahren zu teuer und zu ineffektiv: Sie beklagt bitter die um 40% höheren Aufwendungen für die Gesamtschulen und daß die Unterdrückung nicht erfolgreich genug ist.

Direkt richtet sich das sozialdemokratische Ausleseangebot an die Gruppe besserverdienender Facharbeiter und die einfachen Angestellten, die aus ihren Klassengefühlen einen tiefen Horror vor dem Gymnasium haben. Ideologisch soll es die ganze Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften auf die imperialistische Bildungsreform einschwören, während sie gegen die christliche Reaktion ins Feld geführt werden. Andererseits liefert die abgefeimte Unterdrückung an den Schulen nach sozialdemokratischem Strickmuster und die Verschlechterung der Ausbildung der christlichen Reaktion immer wieder Ansatzpunkte, um über die besitzenden Klassen und die Mittelschichten hinaus auch Teile der Arbeiterklasse zu binden. Spaltung und Isolierung bringt es der Arbeiterklasse, wenn sie sich innerhalb dieser Positionen einzwängen läßt.



Aus einer Werbebroschüre des Hamburger Senats: 2 Jahre lang besondere Beobachtung und Kontrolle, wie sich die Schüler dem Notenknüppel fügen.

Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr. 21, Tel. 394590
Universität Hamburg
22. Oktober 1979
43a3c1450p

ren eigenen Sprößlingen schon lange nicht mehr decken konnte. Besitz war fortan nicht mehr das Hauptzulassungskriterium zur höheren Bildung, und die Schleusen wurden geöffnet für Kinder aus den werktätigen Klassen.

Hier erhebt sich jetzt das Kriegsgeschrei der bürgerlichen Politiker. Die Bourgeoisie ist sich uneins darüber, welches die geeignetere und billigere Auslesemethode in den Schulen ist.

CDU/CSU setzen in ihrer Mehrheit hauptsächlich auf eine trennscharfe frühzeitige Auslese nach Besitz. „Jedem Menschen soll ein Bildungsgang eröffnet werden, der seine Begabungen entfaltet, seinen Fähigkeiten und seinen Neigungen entspricht und der zu einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit führt. Bildungsziele, Bildungsinhalte und Bildungsstrukturen müssen, orientiert an Normen und Wertvorstellungen des Grundgesetzes und der Verfassungen der Länder, die freiheitliche Entfaltung der individuellen Persönlichkeit und die soziale Verantwortungsbereitschaft des einzelnen fördern

„Chancengleichheit" bedeutet, sich ständigem Notenterror und allgemeiner Konkurrenz zu unterwerfen. Diese

lierung bringt es der Arbeiterklasse, wenn sie sich innerhalb dieser Positionen einzwängen läßt.



Aus einer Werbebroschüre des Hamburger Senats: 2 Jahre lang besondere Beobachtung und Kontrolle, wie sich die Schüler dem Notenknüppel fügen.

Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr. 21, Tel. 394590
Kommunistische Hochschulgruppe (KHG)

Wofür die „Welt" das Wohnungselend der Studenten nutzen will

hos. Von den knapp 40000 Studenten an den Hamburger Hochschulen kommen etwa 21000 aus Hamburg. Bei den diessemestrigen 4050 Erstsemestern kommen weit mehr als die Hälfte von auswärts und sind per NC mobil gemacht worden. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung meldete über die Wohnsituation der Erstsemester genüßlich: „Lehrjahre sind keine Herrenjahre... Viele Studienanfänger leben zunächst in ihren Autos (Berlin), in Wohnwagen oder Gartenhäuschen ohne Waschgelegenheiten und WC (Tübingen), Campingplätzen (Aachen)..." In Hamburg: Andrang in der Wohnraumzentrale, ca. 40 Studenten täglich, vor allem ausländische Studenten finden kaum etwas und müssen bei Bekannten vorübergehend unterkommen oder, wie auch geschehen, sich für teures Geld in Pensionen einmieten. Die „Welt" am 8.10. unter der Überschrift: „Wohnungsnot bei den Studenten?" hetzt aus allen Rohren. Das Elend der Studenten bestände in ihren zu hohen Ansprüchen. Der Autor gibt sich wissenschaftlich und präsentiert Zahlenwerk zum Beweis. Vorweg: alle Zahlen sind buchstäblich erlogen. Die politischen Absichten?

1. Die Studenten sollen in die Wohnheime getrieben werden. „Der Komfort der Wohnheime ist größer als der vergleichbarer Einzelwohnungen, Zentralheizung, Telefon, Küche, Bad, warmes, Sport-, und Kommunikationsraum – alles ist da." (Welt) So beschreibt der Autor das 10,2 m^2 Loch und die Kasernenhofordnung. „Ein Platz im Studentenwohnheim kostet 150 Mark – 5% mehr als 1969." (Welt) 1969 kostete die Wohnheimmiete 95 DM. 1979 sind das 58 % mehr. Die nächste Mieterhöhung hat der Studentenwerksvorstand verschickt. Da immer mehr Studenten gezwungen sind, in einem Wohnheimzimmer zu zweit oder mehr zu wohnen, sieht sich das Studentenwerk „gezwungen", an den Mietvertrag zu erinnern: „Wir werden in der nächsten Zeit verstärkt Kontrollen durchführen müssen und bitten alle Nichtbetroffenen um Verständnis und gegebenenfalls um Unterstützung" Warum sollten sich die besitzlosen Studenten zum Blockwart machen lassen und nicht gemeinsam die Plünderung, Schikane und Kontrolle bekämpfen?

2. Heran an den Lohn der Eltern. „Bei den Eltern wohnen – auch das schlösse echtes Elend aus – möchten noch 5,3 %." (Welt) Tatsächlich leben laut einer Umfrage der Fachhochschule HH von 1976 unter 3700 Studenten und des VIII. Sozialberichts des Deutschen Studentenwerks von 1978 30,1 % der Fachhochschüler und 25,9 % der Universitätsstudenten in Hamburg bei ihren Eltern. Den Autor ärgert offensichlich, daß die Studen-

tenmassen kein Interesse daran haben, den Eltern auf der Tasche zu liegen und stattdessen sich auf den vernünftigen Standpunkt stellen, daß eine zwanzigjährige Arbeitskraft auch eine Be-

tenmassen kein Interesse daran haben, den Eltern auf der Tasche zu liegen und stattdessen sich auf den vernünftigen Standpunkt stellen, daß eine zwanzigjährige Arbeitskraft auch eine Be-
zahlung verlangen kann, von der man selbständig leben kann.

3. „Die alten Zimmerwirtinnen verstehen die Welt nicht mehr", weil „... nur 1,1 % überhaupt darüber nachdenken ein Untermietverhältnis einzugehen." Tatsächlich (Quelle siehe oben) leben 9,4 % der Fachhochschüler und 8,8 % der Universitätsstudenten zur Untermiete. Warum sollte es auch so erstrebenswert sein, wenn 1978 45 % aller zur Untermiete wohnenden Studenten mehr als 200 DM abgenommen wird? Der AStA hat der „Welt" einen Leserbrief geschrieben, abgedruckt wurde nichts. ...

Bedingungslose Einstellung des Berufsschulprozesses!

wal. Im Herbst 1978 hatten über 5000 Berufsschüler in Hamburg gegen die Einführung des Kurssystems an den Berufsschulen demonstriert. Bis heute konnte der Hamburger Senat das Kurssystem nicht durchsetzen. Uwe Zabel, damaliger Blocksprecher der G 16 und einer der Leiter der Demonstration soll deshalb vor Gericht gestellt werden, wegen „Verletzung des Versammlungsgesetzes". Zahlreiche Gewerkschaftsgremien haben Resolutionen gegen den Prozeß verabschiedet und bestehen auf dem Recht auf Versammlungsfreiheit; darunter Delegiertenversammlung IG Druck und Papier, Kreisjugendauschuß DGB, Schülerkammer Hamburg, Betriebsjugendgruppe AEG, Gesamtschülerrat G16, OJA IGM und OJA HBV, Große Funktionärskonferenz IG Metall u.a. – Der GO-AStA ist aufgefordert, sich ebenfalls gegen den Prozeß zu erklären.

Soldatengesetzesänderung ein Schritt zur Heeresstruktur 4 und zur Kriegsvorbereitung

z.hev. Scheinbar kleine Änderungen sind es, die in dem Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Soldatengesetzes stehen, das die Bundesregierung am 28. September dem Bundesrat zugeleitet hat. Die sog. Kampfbeobachter im Tornado und Phantom der Luftwaffe sollen wie die eigentlichen Piloten ,,nach Überschreiten des flugmedizinisch vertretbaren Grenzalters aus dem Dienstverhältnis ausscheiden'', mit 41 Jahren nämlich, und es sollen nur noch Berufssoldaten als Kampfbeobachter ausgebildet werden, wodurch bis zum Jahre 2000 rund 100 Mio. Mark an Ausbildungskosten eingespart werden, die bei kürzer dienenden Zeitsoldaten anfallen würden. Dann müssen sich Sanitätsoffiziere auf Zeit, die in der Bundeswehr neben ihrem Studium auch eine Facharztweiterbildung gemacht haben, statt wie bisher 15 Jahre für 20 Jahre verpflichten. Sie würden damit in einem Alter aus der Bundeswehr kommen, in dem eine Niederlassung in der Praxis kaum noch möglich und eine Weiterverpflichtung als Berufssoldat geradezu erzwungen wird. Bundestagsabgeordnete, die vorher Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit waren, können zukünftig zu Wehrübungen herangezogen werden, sich dabei aber keinen höheren Dienstgrad verleihen, ,,weil diese Soldaten sonst nach Ende ihres Mandats mit dem höheren Dienstgrad aktiviert werden müßten'' – das würde bei dem Beförderungsstau böses Blut unter den Offizieren schaffen.

Die letzte Änderung betrifft die rund 45000 Zeitsoldaten, die gegenwärtig jährlich von der Bundeswehr eingekauft werden. Praktisch wird die alte Regelung, die vor dem Haushaltsstrukturgesetz gegolten hatte, wiederhergestellt. Damals bekamen die Zeitsoldaten während des Grundwehrdienstes der ersten 6 Monate nur den Wehrpflichtigensold, jetzt wird die seit 1977 für 2 Jahre geltende Regelung ohne diese zeitlichen Beschränkungen wiedereingeführt: der Zeitsoldat bekommt den höheren Sold ab dem Zeitpunkt seiner Weiterverpflichtung. Bekümmert mußte Apel feststellen: ,,Jede restriktive Maßnahme, wenn sie auch nur zeitlich begrenzt ist, führt zu einer Minderung der Attraktivität des freiwilligen Wehrdienstes und damit zu einem Bruch in der notwendigen Kontinuität der Personalentwicklung.'' Das Soldkürzen hatte die Zahl neuverpflichteter Zeitsoldaten gewaltig gedrückt. 1974 noch 80700, im Jahre '76 nur noch 22400, und erst nach Wiederherstellen der alten ökonomischen Hebel 1978 wieder 35300.

Alle vier Gesetzesänderungen zusammengenommen zeigen, wohin der Hase läuft. Es sind Schritte zur Verwirklichung des Heerestrukturmodells 4, und dieses bedeutet verstärkte Kriegsvorbereitung. Bei gleichbleibender Friedensstärke von 495000 Mann in der Bundeswehr werden aus 33 Brigaden 36. Jede Brigade hat vier statt drei Bataillone und zwölf statt neun Kompanien. Im Frieden werden von drei Bataillonsstäben je vier Kompanien geführt, ,,der vierte Bataillonsstab wächst im Spannungsfall aus den drei Bataillonsstäben und aus Reservisten auf.'' ,,Aufwachsen'' nennt Apel den Vorgang, die Truppe stärker zu kadern und Reservisten vermehrt zu Übungen heranzuziehen. Um die Armee kadern zu können, braucht sie Zeitsoldaten unterschiedlich langer Verpflichtungsdauer. ,,Einsatz und Instandhaltung von Waffensystemen verlangen technisches Grundwissen, handwerkliche Fähigkeiten und Erfahrungen in der Menschenführung. Das alles können nur Zeitsoldaten und Berufssoldaten haben. Die körperlichen Belastungen bei Ausbildung und Führung, vor allem im Verteidigungsfall, können überdies nur von jungen Vorgesetzten getragen werden. Hinzu kommt, daß der Unteroffizier noch die Sprache seiner Soldaten verstehen und auch sprechen können muß. Deshalb muß der Vorgesetzte in Kampfeinheiten jung sein.'' (Weißbuch 1979) Zum ,,Aufwachsen'' werden künftig 50% mehr Soldaten zu Wehrübungen gezogen, alleine im Heer statt bisher 130000 nun 210000 Reservisten pro Jahr! Bereits 1975 waren vom Bundestag einstimmig, wie könnte es anders sein, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen worden: Die Dauer der Verfügungsbereitschaft wurde von 3 Monaten auf ein Jahr ausgedehnt. Verfügungsbereitschaft heißt, Tag und Nacht auf Abruf zur Armee bereit zu sein, verschärfte Meldepflicht und Aufenthaltsbeschränkungen. Besonders große Anforderungen werden an das Sanitätswesen gestellt, hier muß die Kaderung besonders hoch sein, denn es soll ,,im Spannungsfall'' auf 6fache Stärke ,,aufwachsen'', was direkter Anlaß zur jetzt beabsichtigten Gesetzesänderung ist. Eine weitere Maßnahme ist hier das Gesundheitssicherstellungsgesetz, das die 6fache Blähung durch Militarisierung und Zwangsverpflichtung der im Gesundheitswesen Beschäftigten garantieren soll.

Sicher wird das alles nicht ohne ,,soziale Nachteile und Unruhe in der Truppe'' abgehen, wie der Bundesverteidigungsminister sich das wünscht. Er selbst spricht vom ,,unvermeidbaren Minimum'' durch Umzug und Umschulung. Aber was unvermeidbar ist, bestimmt sich wohl am Grad der Zustimmung der Soldaten zu diesem Programm der Kriegsvorbereitung.

Hebel 1978 wieder 35300.

Alle vier Gesetzesänderungen zusammengenommen zeigen, wohin der Hase läuft. Es sind Schritte zur Verwirklichung des Heerestrukturmodells 4, und dieses bedeutet verstärkte Kriegsvorbereitung. Bei gleichbleibender Friedensstärke von 495000 Mann in der Bundeswehr werden aus 33 Brigaden 36. Jede Brigade hat vier statt drei Bataillone und zwölf statt neun Kompanien. Im Frieden werden von drei Bataillonsstäben je vier Kompanien geführt, ,,der vierte Bataillonsstab wächst im Spannungsfall aus den drei Bataillonsstäben und aus Reservisten auf.'' ,,Aufwachsen'' nennt Apel den Vorgang, die Truppe stärker zu kadern und Reservisten vermehrt zu Übungen heranzuziehen. Um die Armee kadern zu können, braucht sie Zeitsoldaten unterschiedlich langer Verpflichtungsdauer. ,,Einsatz und Instandhaltung von Waffensystemen verlangen technisches Grundwissen, handwerkliche Fähigkeiten und Erfahrungen in der Menschenführung. Das alles können nur Zeitsoldaten und Berufssoldaten haben. Die körperlichen Belastungen bei Ausbildung und Führung, vor allem im Verteidigungsfall, können überdies nur von jungen Vorgesetzten getragen werden. Hinzu kommt, daß der Unteroffizier noch die Sprache seiner Soldaten verstehen und auch sprechen können muß. Deshalb muß der Vorgesetzte in Kampfeinheiten jung sein.'' (Weißbuch 1979) Zum ,,Aufwachsen'' werden künftig 50% mehr Soldaten zu Wehrübungen gezogen, alleine im Heer statt bisher 130000 nun 210000 Reservisten pro Jahr! Bereits 1975 waren vom Bundestag einstimmig, wie könnte es anders sein, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen worden: Die Dauer der Verfügungsbereitschaft wurde von 3 Monaten auf ein Jahr ausgedehnt. Verfügungsbereitschaft heißt, Tag und Nacht auf Abruf zur Armee bereit zu sein, verschärfte Meldepflicht und Aufenthaltsbeschränkungen. Besonders große Anforderungen werden an das Sanitätswesen gestellt, hier muß die Kaderung besonders hoch sein, denn es soll ,,im Spannungsfall'' auf 6fache Stärke ,,aufwachsen'', was direkter Anlaß zur jetzt beabsichtigten Gesetzesänderung ist. Eine weitere Maßnahme ist hier das Gesundheitssicherstellungsgesetz, das die 6fache Blähung durch Militarisierung und Zwangsverpflichtung der im Gesundheitswesen Beschäftigten garantieren soll.

Sicher wird das alles nicht ohne ,,soziale Nachteile und Unruhe in der Truppe'' abgehen, wie der Bundesverteidigungsminister sich das wünscht. Er selbst spricht vom ,,unvermeidbaren Minimum'' durch Umzug und Umschulung. Aber was unvermeidbar ist, bestimmt sich wohl am Grad der Zustimmung der Soldaten zu diesem Programm der Kriegsvorbereitung.

Tattoo – die britischen Besatzer in Westberlin feiern vergangene Triumphe

r.wun. ,,Mit sechs Elefanten, alten Geschützen und mehr als 1000 Mitwirkenden bestritten die Briten ihre traditionelle Kurfürstendammparade. Vom 23. Oktober an können die Berliner in der Deutschlandhalle das größte Tattoo aller Zeiten erleben.'' (Morgenpost 20.10.) Die britischen Besatzer haben mit ihrer Militärshow (Tattoo = Zapfenstreich) in diesem Jahr offensichtlich besonderes vor. Der Triumph des britischen Imperiums unter Königin Victoria, das ist der Imperialistentraum, den sie mit viel Pulverdampf in Szene gesetzt haben. Von Westberliner Arbeitern haben sie seit Monaten die Requisiten zimmern lassen für die Aufführung der Schlacht von Sobraon im Panjab (heute Pakistan) 1846, wo ein Vorläufer des ,,Royal Anglian Regiment'', das heute in Spandau kaserniert ist, zusammen mit indischen Hilfstruppen eine Stellung der Sikhs überrannte, trotz deren zahlenmäßiger Überlegenheit. Die Sikhs, eine staatlich organisierte Religionsgemeinschaft, die über ausgezeichnete bewaffnete Formationen verfügte, leisteten der britischen Kolonialexpansion heftigsten Widerstand. Der britische Historiker D. Fieldhouse, eine echte Kolonialisten-Seele, beschreibt das als Autor der Fischer-Weltgeschichte so: ,,Als im Jahre 1839 der Ranjit Singh, der Begründer des Sikh-Staates, starb, kam es im Lande zur politischen Anarchie, und die Engländer sahen sich zum Eingreifen veranlaßt. Sechs Jahre später griffen die Sikhs, die laut Schutzvertrag von den Engländern beschützten Gebiete auf der andern Seite des Sutlej-Flusses an, wurden aber geschlagen. Die Engländer versuchten zunächst, einen neuen Sikh-Staat unter britischem Schutz zu errichten, doch war diesen Versuchen kein Erfolg beschieden. Nachdem es zu einer zweiten Aufstandsbewegung der kriegerischen Bevölkerung gekommen war, wurde der Panjab 1849 direkt der britischen Kontrolle unterstellt.'' Das Tattoo demonstriert das Vertrauen der britischen Imperialisten auf militärische waffentechnische Überlegenheit.

Der zweite Themenschwerpunkt (Dudelsack-Parade vorm Schloß von Edinburgh, Königin Victoria bekommt die Stadtschlüssel überreicht) steht im Dienste der aktuellen Politik der britischen Imperialisten. Nachdem die schottische Bevölkerung am 1.3.79 die ,,Autonomie''-Farce Londons abgelehnt hat, soll der jahrhundertelange Freiheitskampf des schottischen Volkes verhöhnt werden.

Die ideologische Offensive der Besatzer ist gewagt. Die Bürgerinitiative Gatower Heide hat wenige Tage vor dem Tattoo gegen die geplante Waldvernichtunsaktion der Briten in der Nähe des Militärflugplatzes Gatow in einem Flugblatt geschrieben: ,,Sie geben vor, unsere Beschützer zu sein und im Sinne des Friedens zu handeln, wenden aber Kriegsrecht gegen die Interessen der Berliner Bevölkerung an. Nach dem Krieg ist es nämlich nicht zu einem Friedensvertrag mit den Alliierten gekommen, es herrscht Besatzungsrecht. Folglich wendet der britische Stadtkommandant in Berlin hier Kriegsrecht an. Längerfristig wollen wir uns dafür einsetzen, daß die unnötigen Übungsflüge der Briten eingestellt werden.''



16. Kongreß der GdP: Einschränkung der Schichtarbeit, keine Handgranaten und Maschinengewehre

z.rev. Auf dem 16. Delegiertenkongreß der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wurden die Forderungen nach Einschränkung der Schichtarbeit, Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Erschwerniszulage erhoben. Innenminister Baum behagten diese Forderungen nicht. Er verwies in seiner Rede unter dem Punkt ,,Humanisierung des Arbeitslebens'' nur auf einen Beschluß der Innenministerkonferenz im November letzten Jahres, wonach bundesweit der Wechselschichtdienst untersucht werden soll. Aber er fürchtete, ,,daß ohne befriedigende Gestaltung der Arbeitsbedingungen für die Polizei innere Sicherheit auf Dauer nicht garantiert werden kann.''

Die GdP, die seit Jahren schon eine Untersuchung des Schichtdienstes fordert, hat dann selbst 1978 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung den Auftrag gegeben zur Erfassung der ,,Schichtarbeit und Berufsverlauf bei Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen''. Danach wurden 1650 Schutzpolizeibeamte befragt, von denen 63% in Wechselschicht mit Nachtschicht, 9% in Wechselschicht ohne Nachtschicht und 27% nicht in Wechselschicht arbeiten. Obwohl die

Nachtdienst arbeiten, ist der Krankenstand recht hoch. Viele geben an, daß sie Magen- und Bauchbeschwerden, Rücken- und Kopfschmerzen und Herzbeschwerden haben. Gegen die Ruinierung der Gesundheit der Polizisten werden in der Studie unter anderem einige Maßnahmen vorgeschlagen: Abbau der Überstunden, Acht-Stunden-Normalschicht; mindestens zwei freie Wochenenden im Monat und Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Die Erschwerniszulage von 0,75 DM pro Stunde für Dienst zu ungünstigen Zeiten, wie nachts und an Wochenenden, nannte GdP-Vorsitzender Schirrmacher auf dem Delegiertenkongreß eine ,,Beleidigung für jeden, der sie annehmen muß''. Auch eine Erhöhung der Zulage durch eine beabsichtigte Novellierung der Erschwerniszulagenverordnung von 0,75 auf 1,25 DM (aber nur für den Dienst an Sonn- und Feiertagen) bezeichnete Schirrmacher als Zumutung (Deutsche Polizei 5/79, S. 12). Monatlich 200 DM, wie es die GSG 9 bekommt, hält Schirrmacher für angemessen. Auch hierzu hat sich Innenminister Baum lieber totgeschwiegen, denn ohne die 200 DM wären ihm zuviele von der GSG 9 wegge-

werkschaft aus dem BGS ,,unter Ausnutzung aller Tricks'' (so Schirrmacher) herauszuhalten, wurden angegriffen. Die Einheit auf dem Gewerkschaftstag gegen Schichtarbeit, Überstunden und die niedrige Erschwerniszulage drückte aus, daß die Polizeibeamten die Lohndrückerfunktion auf den Öffentlichen Dienst nicht mehr mitmachen wollen.

Aber es sind nicht nur die Arbeitsbedingungen und Gehalt, die sich zersetzend auf den Polizeiapparat niederschlagen. Die beabsichtigte Ausrüstung der Polizei mit Handgranaten und Maschinengewehren und der BGS als Bürgerkriegsarmee wurde von den Delegierten heftig angegriffen. Baum hielt sich aus dieser Auseinandersetzung heraus, er hält ein bundeseinheitliches Polizeigesetz nicht für notwendig und überläßt den Länderministern die Ausrüstung der Polizei mit schweren Waffen. Niedersachsens Innenminister reagierte auch prompt auf Baums Rede: ,,Wir wollen mit unserem niedersächsischen Polizeigesetz die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen, daß der Bundesgrenzschutz mit seiner weiterreichenden Bewaffnung in Niedersachsen eingesetzt werden kann.'' Ministerpräsident Albrecht wurde für dieses Vorhaben schon auf dem Delegiertenkongreß von Schirr-

16. Kongreß der GdP: Einschränkung der Schichtarbeit, keine Handgranaten und Maschinengewehre

z.rev. Auf dem 16. Delegiertenkongreß der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wurden die Forderungen nach Einschränkung der Schichtarbeit, Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Erschwerniszulage erhoben. Innenminister Baum behagten diese Forderungen nicht. Er verwies in seiner Rede unter dem Punkt ,,Humanisierung des Arbeitslebens'' nur auf einen Beschluß der Innenministerkonferenz im November letzten Jahres, wonach bundesweit der Wechselschichtdienst untersucht werden soll. Aber er fürchtete, ,,daß ohne befriedigende Gestaltung der Arbeitsbedingungen für die Polizei innere Sicherheit auf Dauer nicht garantiert werden kann.''

Die GdP, die seit Jahren schon eine Untersuchung des Schichtdienstes fordert, hat dann selbst 1978 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung den Auftrag gegeben zur Erfassung der ,,Schichtarbeit und Berufsverlauf bei Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen''. Danach wurden 1650 Schutzpolizeibeamte befragt, von denen 63% in Wechselschicht mit Nachtschicht, 9% in Wechselschicht ohne Nachtschicht und 27% nicht in Wechselschicht arbeiten. Obwohl die meisten jünger als 40 Jahre sind, die im Nachtdienst arbeiten, ist der Krankenstand recht hoch. Viele geben an, daß sie Magen- und Bauchbeschwerden, Rücken- und Kopfschmerzen und Herzbeschwerden haben. Gegen die Ruinierung der Gesundheit der Polizisten werden in der Studie unter anderem einige Maßnahmen vorgeschlagen: Abbau der Überstunden, Acht-Stunden-Normalschicht; mindestens zwei freie Wochenenden im Monat und Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Die Erschwerniszulage von 0,75 DM pro Stunde für Dienst zu ungünstigen Zeiten, wie nachts und an Wochenenden, nannte GdP-Vorsitzender Schirrmacher auf dem Delegiertenkongreß eine ,,Beleidigung für jeden, der sie annehmen muß''. Auch eine Erhöhung der Zulage durch eine beabsichtigte Novellierung der Erschwerniszulagenverordnung von 0,75 auf 1,25 DM (aber nur für den Dienst an Sonn- und Feiertagen) bezeichnete Schirrmacher als Zumutung (Deutsche Polizei 5/79, S. 12). Monatlich 200 DM, wie es die GSG 9 bekommt, hält Schirrmacher für angemessen. Auch hierzu hat sich Innenminister Baum lieber totgeschwiegen, denn ohne die 200 DM wären ihm zuviele von der GSG 9 weggelaufen. Seine Bemühungen, die Gewerkschaft aus dem BGS ,,unter Ausnutzung aller Tricks'' (so Schirrmacher) herauszuhalten, wurden angegriffen. Die Einheit auf dem Gewerkschaftstag gegen Schichtarbeit, Überstunden und die niedrige Erschwerniszulage drückte aus, daß die Polizeibeamten die Lohndrückerfunktion auf den Öffentlichen Dienst nicht mehr mitmachen wollen.

Aber es sind nicht nur die Arbeitsbedingungen und Gehalt, die sich zersetzend auf den Polizeiapparat niederschlagen. Die beabsichtigte Ausrüstung der Polizei mit Handgranaten und Maschinengewehren und der BGS als Bürgerkriegsarmee wurde von den Delegierten heftig angegriffen. Baum hielt sich aus dieser Auseinandersetzung heraus, er hält ein bundeseinheitliches Polizeigesetz nicht für notwendig und überläßt den Länderministern die Ausrüstung der Polizei mit schweren Waffen. Niedersachsens Innenminister reagierte auch prompt auf Baums Rede: ,,Wir wollen mit unserem niedersächsischen Polizeigesetz die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen, daß der Bundesgrenzschutz mit seiner weiterreichenden Bewaffnung in Niedersachsen eingesetzt werden kann.'' Ministerpräsident Albrecht wurde für dieses Vorhaben schon auf dem Delegiertenkongreß von Schirrmacher angegriffen.

Verschärfte Rivalität der Supermächte an der Nordflanke

Skandinavische Länder, Island, Grönland und Faröer Schauplatz hektischer Kriegsvorbereitungen

z.bag. Im Kampf der beiden Supermächte um Europa kann der Angriff alternativ auf zwei Wegen geführt werden: Über die Mitte oder über die beiden Flanken im Norden und Süden. Die auffällige Betriebsamkeit, die die USA und die UdSSR zur Zeit an der Nordflanke entfalten, deutet darauf hin, daß sie dort die zweite Möglichkeit ins Auge fassen mit einer gleichzeitigen Verstärkung der Mittel.

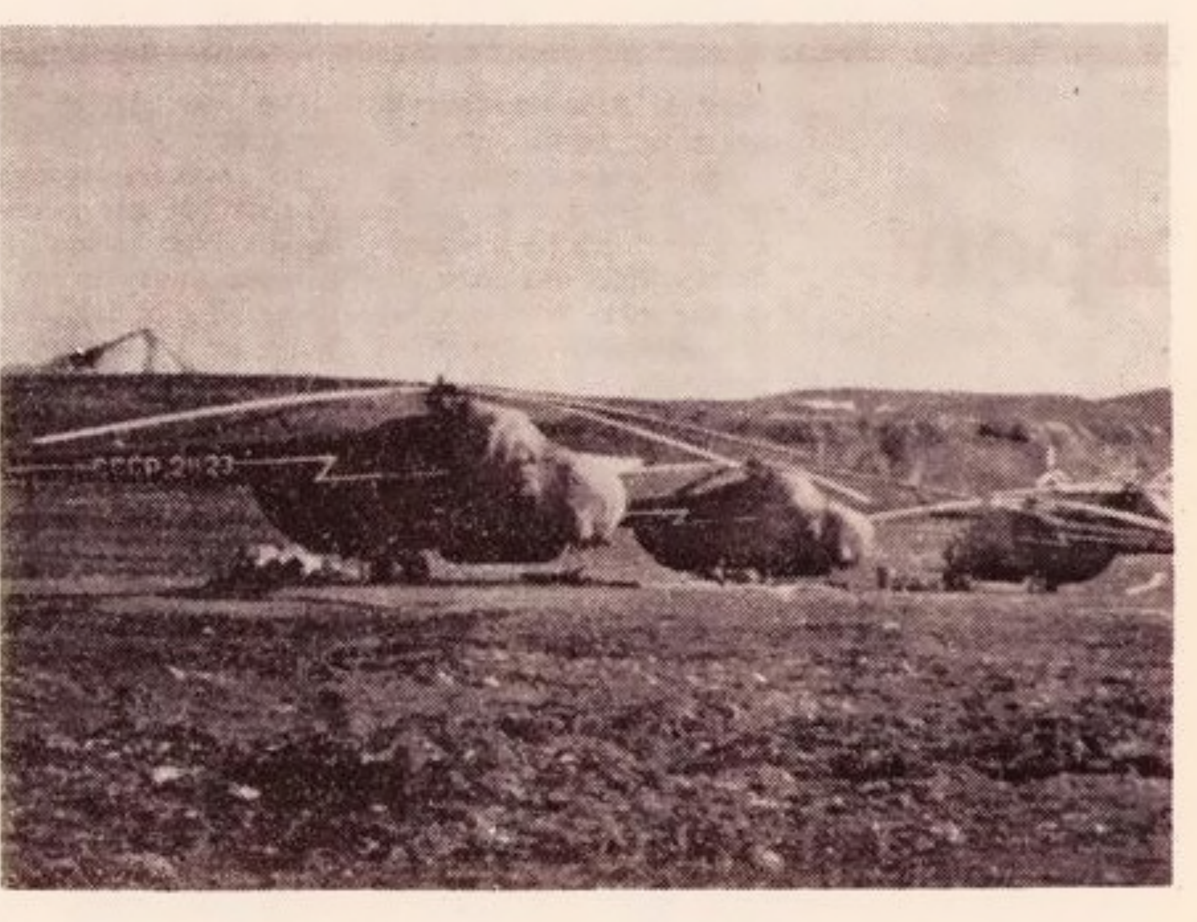
In der Barents-See stoßen die Herrschaftsgebiete der beiden Supermächte unmittelbar zusammen. Hier gelang es den Sozialimperialisten, einen klaren Vorsprung gegenüber den US-Imperialisten zu erreichen, vor allem mit der Stationierung der größten Kriegsflotte der Welt bei Murmansk. Auf Svalbard sind russische Hubschrauber und Radaranlagen stationiert. Im April dieses Jahres schlug der norwegische US-Botschafter Lerner folgendes vor: ,,Verbesserung der Kommunikationslinien, Vergrößerung der Zahl der miteinander verbundenen Luftstützpunkte, Verbesserung der Möglichkeit zur Lagerung militärischen Materials und Verstärkung der Winterkriegserfahrung bei den Truppen- und Marineeinheiten der NATO – Maßnahmen, die darauf abzielen, daß Norwegen wirkliche Kampfverstärkung bekommt, nicht nur mehr Soldaten.'' (Land og Folk, 17.4.79). Unter Hinweis auf die Bedrohung der Flottenverbände durch die Sowjetunion gelang es den USA jetzt, der norwegischen Regierung die Zustimmung zur Bereitstellung von Luftstützpunkten und zur Beteiligung am Flugwarnsystem AWACS abzupressen. Das hat wiederum verstärkten Druck der Sozialimperialisten auf Norwegen hervorgerufen: ZK-Sekretär Suslow hat Ministerpräsident Nordli schriftlich gewarnt.

Schweden ist eine schwache Stelle in der Nordflanke, weil das Land nicht Mitglied der NATO ist und seit Mitte der 60er Jahre seine Kriegsmarine und Luftwaffe fast halbiert hat. Bis 1982 sind weitere Einschränkungen der Militärausgaben geplant. Im Leitartikel der neuesten Nummer der dänischen ,,Militärt Tiidsskrift'' wird daraus der Schluß gezogen, daß dies ,,die Möglichkeiten der Vorwärtsverteidigung stark verringere'' und daß deshalb die dänischen Streitkräfte verstärkt und Stützpunkte für Einheiten anderer NATO-Länder bereitgestellt werden müßten.

Dänemark hat bereits die Beteiligung am AWACS-System zugesagt. Jetzt soll es die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf dänischem Boden und zusätzliche NATO-Schiffe als ,,Feuerwehr'' im Gewässer der Ostsee erlauben. In Carup (Jütland) und Rendsburg (Schleswig-Holstein) besteht seit etwa drei Jahren ein gemeinsames deutsch-dänisches Kommando. In der dänischen Militärzeitschrift ,,Forsvaret e Dag'' vom Oktober heißt es dazu: ,,Die Verteidigung Jütlands beginnt in Rendsburg... Unter wechselndem Kommando eines dänischen und eines deutschen Generals soll die 6. deutsche Panzerdivision in Neumünster in Zusammenarbeit mit der jütischen Division hier den ersten feindlichen Vorstoß an der Nordflanke auffangen und abwehren, was die Zufahrt von und zu Kattegat und Nordsee umfaßt... Rendsburg liegt nur eine Stunde von der dänischen Grenze entfernt, was etwa 60 Kilometern entspricht – und es ist nicht viel weiter bis zur Grenze im Osten.'' Als Auftakt zur NATO-Übung ,,Ocean Safari'', die am 25.9. begann, wurde mit Flug- und Schiffslandemanövern in West- und Nordnorwegen die ,,alliierte Hilfe'' für Norwegen geübt. Am 25.10. kamen 100 Jagdflugzeuge im Tiefflug Dänemark ,,zu Hilfe''.

Im Nordsee-Bereich hat die NATO Truppen- und Beobachtungsstationen auf Grönland, Island und den Färöern. In der Oktober-Nummer von ,,Forsvaret I Dag'' wird von einer nordischen Verteidigungskonferenz im Herbst 1978 berichtet, auf der gesagt wurde: ,,Der kürzeste Weg zwischen der Sowjetunion und USA/Kanada führt über Grönland in der Luftlinie''. Island und Grönland werden als vorgeschobene Posten zur Kontrolle der Ausfallstraßen vom Polarmeer zum nördlichen Atlantik und zum Stillen Ozean eingeordnet. Diese Kontrolle sei besonders bedeutend wegen der ,,zukünftigen Möglichkeit, eisbedeckte Seegebiete zu befahren'', was auf die Eisbrecher der Sozialimperialisten zielt. Fazit: ,,Diese Entwicklung wird den Charakter der Militärbasen auf Grönland und Island ändern können, von einer mehr passiven zu einer aktiven Rolle''.

Die Strategien von NATO und Warschauer Pakt stehen und fallen allerdings damit, wie weit die skandinavischen Länder sich tatsächlich zu Instrumenten der Aggression für die eine oder die andere Supermacht machen lassen. Die Volksmassen dort kämpfen gegen die Verletzung ihrer Hoheitsgebiete (Norwegen, Schweden) und fordern den Abzug der fremden Truppen (Volksbewegung auf Island) bzw. die Bezahlung für die Stationierung (Grönland).



Sowjetischer Hubschrauber-Stützpunkt auf Svalbard

Südkorea: US-Marionette Park erschossen Kriegsrecht über das ganze Land verhängt

z.dab. Am 17.10. demonstrierten mehr als 3000 Arbeiter und Studenten in der Hafenstadt Pusan und forderten die Absetzung des Ministerpräsidenten Park, die Aufhebung der Verfassung und protestierten gegen die Unterdrückung der demokratischen Parteien. Zwei Tage später schlossen sich einige Tausend in der etwa 40 km entfernten Stadt Massan an; in Seoul fand ebenfalls eine Demonstration statt. Nur durch den Einsatz von Polizei und Armee gelang es der Park-Clique, den Widerstand zu unterdrücken. Indem die US-Marionette über beide Städte das Kriegsrecht verhängte, versucht sie verzweifelt, die sich im ganzen Land ausbreitende Volksbewegung gegen das reaktionäre Regime niederzuwerfen. Das Kriegsrecht, 1972 in die Verfassung aufgenommen, hat ihr die dazu notwendigen Instrumente geschärft: Außerkraftsetzung der Verfassung in ,,Krisenzeiten'', Auflösung der Nationalversammlung. Erst Anfang Oktober hatte die Kompradorenbourgeoisie den Vorsitzenden der Neuen Demokratischen Partei durch Aberkennung des Mandats aus dem Parlament geworfen, wegen Verstoßes gegen die Verfassung. Kim Yong Sam, der für die Wiedervereinigung eintritt, hatte in der ,,New York Times'' die Anwesenheit der amerikanischen Truppen in Südkorea als Einmischung in die inneren Angelegenheiten bezeichnet. Die Terrorurteile im sogenannten ,,Spionageprozeß'' – u.a. lebenslänglich für einen Universitätsprofessor, der für die Wiedervereinigung eintritt – sind weitere Maßnahmen, die breite Bewegung für Wiedervereinigung zu zerschlagen. Die US-Imperialisten sind gerade jetzt entschlossen, ihren Stützpunkt verstärkt mit Angriffswaffen gegen Nordkorea auszubauen. Staatssekretär Brown hat die Ausrüstung Südkoreas mit US-Kampfflugzeugen (F5-E / F5-T) und die Stationierung einer Staffel Trägerflugzeuge und fliegender Radarstationen auf seiner Inspektionsreise in Südkorea bekanntgegeben.



Demonstration im Juli 1978

Anerkennung der VR China: USA versuchen, sich Hintertür offenzuhalten

z.scc. Am 1. Januar dieses Jahres mußten die USA die VR China als einzig legale Regierung Chinas anerkennen, ihre diplomatischen Beziehungen zu der auf Taiwan herrschenden Tschiang-Kai-Tschek-Clique abbrechen, den militärischen ,,Beistandspakt'' kündigen und den Abzug ihrer Offiziere von Taiwan einleiten. Trotz dieser Niederlage ihrer jahrzehntelangen Aggression gegen das chinesische Volk und die VR China, die damit besiegelt war, finden sich die US-Imperialisten mit dem Verlust ihres Stützpunktes nicht ab. Die Anerkennungsurkunden waren noch nicht unterschrieben, erklärten bereits US-Regierungsvertreter, daß man, mit Ausnahme des Militärvertrages, die rund 50 politischen und wirtschaftlichen Verträge mit Taiwan einzuhalten gedenke; mischte sich die US-Regierung erneut in die inneren Angelegenheiten ein, indem sie die VR China zu einer Verzichtserklärung auf gewaltsame Befreiung Taiwans aufforderte.

Auf Betreiben von 25 US-Senatoren erklärte nun am 17.10. ein Washingtoner Gericht die Kündigung des Militärvertrages für verfassungswidrig. Die Regierung habe versäumt, die Zustimmung von ⅔ des Kongresses einzuholen. Wird dieses Urteil das Rad der Geschichte auch nicht zurückdrehen können, so versuchen die USA doch ganz offensichtlich, zumindest bis zur endgültigen rechtlichen ,,Klärung'', die sich mit Sicherheit langwierig gestalten wird, sich neuen Spielraum für Aggression und Einmischung zu verschaffen. Tatsächlich kann die Tschiang-Kai-Tschek-Clique nur mit der massiven Unterstützung durch die US-Imperialisten die Macht behaupten. Die Streitkräfte beispielsweise sind, vom leichten Kampfwagen bis zum Jagdbomber, vollständig mit US-Waffen ausgerüstet.

Währenddessen hat die VR China, die Taiwan Verhandlungen über die Wiedervereinigung angeboten hat, nach 21 Jahren die Wiederaufnahme in den Weltfußballverband FIFA erreicht. Die Aufnahme ins Internationale Olympische Komitee steht noch für dieses Jahr an. Mit ihrem Kompromißvorschlag – unter der Voraussetzung, daß Hymne und Fahne, unter denen die Sportler aus Taiwan bisher zu internationalen Wettbewerben antraten, geändert werden, können sie auch in Zukunft teilnehmen – bereitet die VR China auch auf diesem Gebiet den Boden für die Wiedervereinigung Taiwans mit dem Mutterland.

Streikbewegung erschüttert Siedlerstaat Israel

Taktische Manöver der Zionisten / Erfolge der PLO

z.wom. ,,Wegen seiner Finanzmisere hätte Israel dringend Probleme auf wirtschaftlichem Gebiet zu bewältigen; stattdessen verstrickt es sich in einen Streit um die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten. Der Ausbau neuer jüdischer Niederlassungen im Westjordanland wurde im Kabinett als vorrangige Angelegenheit behandelt; die Lage an der Streikfront kommt später zur Sprache'', mokiert sich die ,,Süddeutsche Zeitung''. Das war, noch bevor der Bluthund Dajan das angeschlagene Schiff der Begin-Regierung verließ.

Die Inflationsrate in Israel wird für dieses Jahr auf 80 – 85% angesetzt; allein von Juli auf August haben sich die Preise nach staatlichen Angaben um 8,5% erhöht. Ein Zahlungsbilanzdefizit von 4,5 Mrd. Dollar steht ins Haus; bis 1983 soll es auf 13 Mrd. Dollar steigen. Der zionistische Siedlerstaat ist ein durch und durch künstliches Gebilde. Eine unabhängige Wirtschaftstruktur gibt es nicht; die meisten Industriegüter und trotz günstiger Anbaubedingungen auch viele Agrarprodukte müssen importiert werden (siehe Kommunismus und Klassenkampf 8/78). Zitrusfrüchte-Monokulturen, aufgepropfte Verarbeitungsbetriebe wie Diamantenschleifereien und eine große Rüstungsindustrie kennzeichnen die Ökonomie dieses Siedlerstaates. Seit seiner Gründung lebt Israel auf Pump vom US-Imperialismus und daneben den westeuropäischen Imperialisten. Seine wirtschaftliche Abhängigkeit geht soweit, daß heute sogar ein immer größerer Teil der Geschäfte und des Handels in Israel in Dollar oder DM fakturiert wird. Ohne Kapitalspritzen der westlichen Imperialisten wäre der Siedlerstaat, von ihnen gern als ,,Entwicklungsmodell'' für die Dritte Welt gepriesen, längst bankrott.

Ganz entsprechend der Zweckbestimmung dieses Staates machen die Waffenkäufe den Löwenanteil der Importe und der Staatsausgaben aus. Von 1972 bis 1978 wurden allein aus den USA für 9 Mrd. Dollar Waffen bezogen, und bis 1983 sollen dort nochmal für 5,4 Mrd. Dollar Waffen gekauft werden. Für weitere 3 Mrd. Dollar werden gerade im Rahmen des sogenannten ,,Friedens''-Vertrages mit Ägypten zwei neue Militärflughäfen und andere Rüstungsanlagen in der Wüste Negev angelegt.

Was die imperialistischen Finanziers jetzt besorgt macht, sind die zunehmenden Risse und Widersprüche in der Siedlergesellschaft und daß in den besetzten arabischen Territorien keine Ruhe einkehren will. Dort sind die Streiks und Demonstrationen der palästinensischen Bevölkerung nie abgerissen und hat das Zionistenregime die Früchte des Raubes nicht so richtig ernten können. Die Kriegskosten werden zudem immer mehr den jüdischen Lohnabhängigen aufgebürdet; über die Inflation finanziert der Zionistenstaat teilweise die Rüstungsausgaben. Dadurch zerbricht eine der Säulen des Zionistenregimes, die materielle Privilegierung der jüdischen Einwanderer gegenüber den unterdrückten arabischen Arbeitern und Bauern. Nicht nur die jüdischen Lohnarbeiter orientalischer Herkunft, sondern auch die jüdischen Einwanderer aus Europa und Amerika mit ihren weit höheren Löhnen, die großenteils die Aufseher- und Beamtenfunktionen im Siedlerstaat innehaben, bekommen das zu spüren.

Die Kette der Streiks in Israel reißt nicht ab. Im September haben u.a. die Arbeiter der Verkehrsbetriebe von Tel Aviv, die Arbeiter der Elektrizitätswerke im ganzen Land, die Angestellten der größten israelischen Privatbank und die Lehrer verschiedener Schulen gestreikt. Die Zersetzung ergreift sogar den Gewaltapparat: die Staatsanwälte streikten für höhere Gehälter, und Richter drohten mit ähnlichen Kampfmaßnahmen. Jüdische Einwanderer aus der SU, von den Sozialimperialisten zur Aufstockung der Festung Israel geschickt, demonstrierten gegen die Wohnungsnot. Am letzten Wochenende forderte die ,,Frieden jetzt''-Bewegung, die von jüngeren Offizieren geführt wird, den Stopp des Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten und Gelder für den Wohnungsbau für junge und kinderreiche Familien.

Auf die Zersetzungserscheinungen hatten die Siedlerbourgeoisie und ihre imperialistischen Hintermänner in den letzten Jahren mit der Förderung einer offen reaktionären Massenbewegung geantwortet, die sich gegen die palästinensischen Volksmassen richtete und den Landraub in den besetzten Gebieten noch forcierte. Ausdruck dessen war auch die Wahl der Begin-Regierung. Die Siedlerbewegung als Speerspitze der zionistischen Reaktion setzt ihre Provokationen in den besetzten Gebieten heute weiter fort – jetzt auch mit Billigung des Obersten Gerichtshofs, sofern die Siedlungen den ,,Sicherheitsinteressen dienen''. Aber gleichzeitig sehen immer mehr jüdische Lohnabhängige, daß sich das palästinensische Volk niemals unterwerfen wird und daß sie selber die Kriegskosten zahlen müssen.

Die gefährlichen Risse im Zionistenstaat haben die Siedlerbourgeois und die westlichen Imperialisten zu komplizierten Manövern veranlaßt. Dajan, der frühere Oberbefehlshaber, ist als Außenminister zurückgetreten. Natürlich ist er nicht für die Aufgabe der Siedlungen und die Räumung der besetzten Gebiete. Siedlungen müßten auch in Zukunft im Westjordanland bleiben, denn sonst würde die israelische Armee als reine Besatzungsarmee angesehen. Und die versprochene palästinensische Autonomie bedeutet für ihn, daß der Zionistenstaat jederzeitiges Interventionsrecht in den Gebieten mit Autonomie hat. Aber er gilt als taktisch flexibler bei der Aggression und beim Landraub.

Regierungsumbildung oder Neuwahlen sind im Gespräch als Mittel, um die Risse in der Zionistenfestung *damit* zu kitten und die jüdischen Lohnabhängigen wieder gegen die arabischen Volksmassen einzuschwören. Einig sind sich die Siedlerbourgeois und ihre imperialistischen Hintermänner, daß den Lohnabhängigen ein wirtschaftliches Notprogramm aufgebürdet werden muß: Notenbank und Finanzminister haben einen sofortigen Lohn- und Einstellungsstopp im Öffentlichen Dienst vorgeschlagen, eine Lohnleitlinie von 50% Lohnerhöhungen für 80/81 (bei einer prognostizierten Inflation von 70%), ,,Reformen'' der Renten- und Sozialversicherung und weitere Strompreiserhöhungen um 25%, nach 40% Steigerung seit Juli 1979.

Gesteuert werden die Manöver von den US-imperialistischen und westeuropäischen Finanziers des Siedlerstaates. Sie wollen eine Lage schaffen, mit der sie besser vorankommen in ihren Spaltungsversuchen gegen die arabische Einheit und in der Unterdrückung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes. Während die US-Im-



Anerkennung der VR China: USA versuchen, sich Hintertür offenzuhalten

z.scc. Am 1. Januar dieses Jahres mußten die USA die VR China als einzig legale Regierung Chinas anerkennen, ihre diplomatischen Beziehungen zu der auf Taiwan herrschenden Tschiang-Kai-Tschek-Clique abbrechen, den militärischen ,,Beistandspakt'' kündigen und den Abzug ihrer Offiziere von Taiwan einleiten. Trotz dieser Niederlage ihrer jahrzehntelangen Aggression gegen das chinesische Volk und die VR China, die damit besiegelt war, finden sich die US-Imperialisten mit dem Verlust ihres Stützpunktes nicht ab. Die Anerkennungsurkunden waren noch nicht unterschrieben, erklärten bereits US-Regierungsvertreter, daß man, mit Ausnahme des Militärvertrages, die rund 50 politischen und wirtschaftlichen Verträge mit Taiwan einzuhalten gedenke; mischte sich die US-Regierung erneut in die inneren Angelegenheiten ein, indem sie die VR China zu einer Verzichtserklärung auf gewaltsame Befreiung Taiwans aufforderte.

Auf Betreiben von 25 US-Senatoren erklärte nun am 17.10. ein Washingtoner Gericht die Kündigung des Militärvertrages für verfassungswidrig. Die Regierung habe versäumt, die Zustimmung von ⅔ des Kongresses einzuholen. Wird dieses Urteil das Rad der Geschichte auch nicht zurückdrehen können, so versuchen die USA doch ganz offensichtlich, zumindest bis zur endgültigen rechtlichen ,,Klärung'', die sich mit Sicherheit langwierig gestalten wird, sich neuen Spielraum für Aggression und Einmischung zu verschaffen. Tatsächlich kann die Tschiang-Kai-Tschek-Clique nur mit der massiven Unterstützung durch die US-Imperialisten die Macht behaupten. Die Streitkräfte beispielsweise sind, vom leichten Kampfwagen bis zum Jagdbomber, vollständig mit US-Waffen ausgerüstet.

Währenddessen hat die VR China, die Taiwan Verhandlungen über die Wiedervereinigung angeboten hat, nach 21 Jahren die Wiederaufnahme in den Weltfußballverband FIFA erreicht. Die Aufnahme ins Internationale Olympische Komitee steht noch für dieses Jahr an. Mit ihrem Kompromißvorschlag – unter der Voraussetzung, daß Hymne und Fahne, unter denen die Sportler aus Taiwan bisher zu internationalen Wettbewerben antraten, geändert werden, können sie auch in Zukunft teilnehmen – bereitet die VR China auch auf diesem Gebiet den Boden für die Wiedervereinigung Taiwans mit dem Mutterland.

seiner Gründung lebt Israel auf Pump vom US-Imperialismus und daneben den westeuropäischen Imperialisten. Seine wirtschaftliche Abhängigkeit geht soweit, daß heute sogar ein immer größerer Teil der Geschäfte und des Handels in Israel in Dollar oder DM fakturiert wird. Ohne Kapitalspritzen der westlichen Imperialisten wäre der Siedlerstaat, von ihnen gern als ,,Entwicklungsmodell'' für die Dritte Welt gepriesen, längst bankrott.

Ganz entsprechend der Zweckbestimmung dieses Staates machen die Waffenkäufe den Löwenanteil der Importe und der Staatsausgaben aus. Von 1972 bis 1978 wurden allein aus den USA für 9 Mrd. Dollar Waffen bezogen, und bis 1983 sollen dort nochmal für 5,4 Mrd. Dollar Waffen gekauft werden. Für weitere 3 Mrd. Dollar

nicht ab. Im September haben u.a. die Arbeiter der Verkehrsbetriebe von Tel Aviv, die Arbeiter der Elektrizitätswerke im ganzen Land, die Angestellten der größten israelischen Privatbank und die Lehrer verschiedener Schulen gestreikt. Die Zersetzung ergreift sogar den Gewaltapparat: die Staatsanwälte streikten für höhere Gehälter, und Richter drohten mit ähnlichen Kampfmaßnahmen. Jüdische Einwanderer aus der SU, von den Sozialimperialisten zur Aufstockung der Festung Israel geschickt, demonstrierten gegen die Wohnungsnot. Am letzten Wochenende forderte die ,,Frieden jetzt''-Bewegung, die von jüngeren Offizieren geführt wird, den Stopp des Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten und Gelder für den Wohnungsbau für junge und kinderreiche Familien.

angesehen. Und die versprochene palästinensische Autonomie bedeutet für ihn, daß der Zionistenstaat jederzeitiges Interventionsrecht in den Gebieten mit Autonomie hat. Aber er gilt als taktisch flexibler bei der Aggression und beim Landraub.

Regierungsumbildung oder Neuwahlen sind im Gespräch als Mittel, um die Risse in der Zionistenfestung *damit* zu kitten und die jüdischen Lohnabhängigen wieder gegen die arabischen Volksmassen einzuschwören. Einig sind sich die Siedlerbourgeois und ihre imperialistischen Hintermänner, daß den Lohnabhängigen ein wirtschaftliches Notprogramm aufgebürdet werden muß: Notenbank und Finanzminister haben einen sofortigen Lohn- und Einstellungsstopp im Öffentlichen Dienst vorgeschlagen, eine Lohnleitlinie von 50% Lohnerhöhungen für 80/81 (bei einer prognostizierten Inflation von 70%), ,,Reformen'' der Renten- und Sozialversicherung und weitere Strompreiserhöhungen um 25%, nach 40% Steigerung seit Juli 1979.

Gesteuert werden die Manöver von den US-imperialistischen und westeuropäischen Finanziers des Siedlerstaates. Sie wollen eine Lage schaffen, mit der sie besser vorankommen in ihren Spaltungsversuchen gegen die arabische Einheit und in der Unterdrückung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes. Während die US-Im-
perialisten sich alle Optionen offenhalten, das Begin-Regime stützen und gleichzeitig Druck dagegen machen, stetzen die westeuropäischen Imperialisten offenbar auf Dajan. Dieser ,,flexible'' Zionist scheint ihnen besser geeignet, von der PLO die Anerkennung des Aggressorstaates Israel zu erzwingen. Gleichzeitig wollen sie so gegenüber den US-Imperialisten im Nahen Osten Punkte machen.



Arabische Beduinen gegen den Bau der Militärbasen in der Wüste Negev

Indonesiens ,,Amnestie'' kann Verurteilung der Besetzung Osttimors in der UNO nicht verhindern

z.mat.Sydney. Am 12.12.1975, wenige Tage nach dem Überfall Indonesiens auf die Demokratische Republik Osttimor, forderte die Vollversammlung der UNO Indonesien auf, ,,seine Streitkräfte unverzüglich zurückzuziehen''. Am 22.12.1975 und am 22.4.1976 bestätigte der Sicherheitsrat den Beschluß. Die Imperialisten haben die indonesische Invasion von Anfang an unterstützt. ,,Ungehinderte Durchfahrt durch diese Meeresstraßen ist... wichtig für die Vereinigten Staaten und befreundete asiatische Nationen'', erklärte das Pentagon in den Haushaltsberatungen für 1979. Die USA wollen die Beseitigung der UNO-Resolution. Die Gefängnisse des Suharto-Regimes erweisen sich dabei zunehmend als hinderlich.

Zwischen 30000 und 100000 sind seit dem Putsch von 1965 in Haft. Im Dezember 1977 kündigte die Regierung die Freilassung von 10000 Gefangenen an. Im April 1978 erklärte Mondale die Befriedigung der US-Regierung über die Fortschritte des ,,Amnestieprogramms.'' Die ,,Freilassung'' weiterer 2000 Gefangener vor drei Wochen ist die letzte einer Serie von Schauveranstaltungen, die die Regierung wieder aufwerten sollen. ,,Amnestie ist inzwischen zu einer regelmäßigen und – da viele oft wenig später wieder inhaftiert werden – dauerhaften Einrichtung geworden.'' Und für diejenigen, die zu ihren Familien zurückkehren können, sind nur die Gefängnisgrenzen weiter gezogen: ,,Ihre Rechte sind dieselben wie die aller anderen Bürger, außer daß sie nicht im Öffentlichen Dienst, Militär oder in wichtigen Industrien arbeiten dürfen. Ihre Ausweise sind dieselben bis auf eine besondere Kennzahl. Das Wahlrecht ist ihnen entzogen, bis sie keine Gefahr mehr darstellen,'' erklärt die politische Polizei. Der Militärkommandant von Ost-Java sagte in der Entlassungsrede: ,,Ich habe meinen Leuten Befehl gegeben, jeden zu erschießen, der ein geheimes Treffen abhält.''

Gefruchtet haben die Amnestiemanöver nichts. Im Abschlußdokument der Blockfreienkonferenz von Havanna wird erneut der Abzug der indonesischen Truppen aus Osttimor und die Unterstützung des Befreiungskampfes in Osttimor durch die UN-Vollversammlung gefordert.



Indonesische Fallschirmspringer vor der Invasion Osttimors.

Haushalt durchgefallen – Französische Bourgeoisie uneinig

z.pel.Paris. ,,Situation ohnegleichen in der V. Republik'', lamentierte das Regierungsblatt ,,Figaro'', und der Präsident von Giscards Hauspartei, der UDF, Lecanuet sah sogar die ,,unstabilen Zeiten der IV. Republik'' zurückkommen. Am 23.10. hat der andere Teil der Regierungskoalition, die gaullistische Sammlungsbewegung RPR, zusammen mit der Sozialistischen Partei und Revisionisten den Teil ,,Einnahmen'' des Staatshaushaltes für 1980 niedergestimmt. Zwei ihrer Änderungsvorschläge, die Reduzierung der Staatsausgaben um 2 Mrd. FF sowie eine etwas geringere Progression bei der Lohnsteuer, waren zuvor von der Regierung zurückgewiesen worden. Nicht, daß die Gaullisten die im Haushalt vorgesehenen Steuermehreinnahmen von 10 Mrd. FF oder die Rekordverschuldung von 31 Mrd. FF störte. Nur scheint ihnen die Barresche Politik gegenüber den heftigen Lohnkämpfen und Bewegungen gegen die Steuerplünderung nicht auf der Höhe der notwendigen Sozialdemagogie und Spaltungsversuche. So stimmten sie ebenfalls mit der Opposition für die Beschränkung der Motorradsteuer auf Maschinen über 750 cbm³ und die Verbilligung des Benzins für Taxifahrer. ,,Wir sind bereit, einen Haushalt der Anstrengungen und Opfer anzunehmen, der *ausgewogen* ist'', wenn, ja wenn die Massen auch ihr Scherflein beitragen. Deshalb: Zwei Mrd. sparen bei Sozialbudget und Löhnen der Staatsbeschäftigten, ,,um produktive Investitionen zu ermuntern''. Bis zur zweiten Lesung in drei Wochen kann die Bourgeoisie über einer Lösung brüten.

Zehn Jahre Gefängnis für ,,Aufreizung zum Bürgerkrieg''

z.ulg.Rom. Die italienische Justiz hat einen neuen Rekord bei der Reaktivierung des faschistischen politischen Strafgesetzbuchs aufgestellt. Wegen ,,Aufreizung zum Bürgerkrieg'', ,,Verherrlichung von Straftaten'' und ,,Richterbedrohung'' hat das Schwurgericht Florenz am 17.10. vier führende Mitglieder der ,,Roten Brigaden'' zu je zehn Jahren Haft verurteilt. Neun weitere Brigadisten, von denen einer freilich erst noch zu fangen ist, kriegten je acht Jahre. Begangen haben die Angeklagten ihre ,,Verbrechen'' aus dem Käfig heraus, in dem sie während des Turiner Prozesses gegen die ,,Roten Brigaden'' im Frühjahr 1978 eingesperrt waren. Zur gleichen Zeit kam Moro erst abhanden und dann ums Leben. Die Angeklagten hatten diese Aktion ihrer Organisation im Gerichtssaal verteidigt.

Schweiz: Niedrigste Wahlbeteiligung seit 1914

z.anb. Die Parlamentswahlen vom 21. Oktober in der Schweiz haben, laut Organ der Finanzbourgeoisie ,,Neue Zürcher'', erneut die ,,politische Stabilität'' der bürgerlichen Parteien bewiesen. Mit einem ,,unerfreulichen'' Begleitumstand allerdings: die neue ,,Volks''vertretung ist von weniger als 50% der Wahlberechtigten legitimiert worden. Die große Koalition von SPS (Sozialdemokratische Partei), FDP (Freisinnig Demokratische Partei), SVP (Schweizerische Volkspartei) und CVP (Christliche Volkspartei), die wie schon 1975 169 Parlamentssitze unter sich aufteilen, geht diesmal bereits angeschlagen in die neue Legislaturperio-

Gewerkschaftswahlen in der DDR

Die neue Bourgeoisie hat den FDGB in ihr Instrument verwandelt

z.rua. Vom 15. Oktober 1979 bis 16. Februar 1980 sind die 8,7 Mio. Mitglieder der 16 Einzelgewerkschaften des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) zu Gewerkschaftswahlen aufgerufen. Die zentrale Losung dieser Wahlen lautet: ,,Aus jeder Mark, jeder Stunde Arbeitszeit und jedem Gramm Material – einen größeren Nutzeffekt!" Bis zum 23. November werden die Abteilungs- und Betriebsgewerkschaftsleitungen gewählt. Auf den Wahlversammlungen, die außerhalb der Arbeitszeit abgehalten werden müssen, ,,sollte eine umfassende Beratung der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1980 erfolgen. Anschaulich bezogen auf das jeweilige Arbeitskollektiv sind den Werktätigen die anspruchsvollen Aufgaben des Jahres 1980 eingehend zu erläutern ... Es sind solche Mitglieder zu wählen, die am besten die Gewähr dafür bieten, daß die Beschlüsse des 9. Parteitages der SED und des 9. FDGB-Kongresses allseitig erfüllt werden." (Direktive des Bundesvorstandes des FDGB für die Durchführung der Gewerkschaftswahlen) Es darf jeweils nur ein Kandidatenvorschlag gemacht werden, der durch die nächsthöhere Leitungsebene bestätigt werden muß. Die Wahl der Kandidaten erfolgt in geheimer Abstimmung.

Anfang Dezember wird der Staatsplan für 1980 als Gesetz beschlossen. 1980 ist das letzte Jahr des laufenden Fünfjahrplanes. Mit der Erfüllung der 1976 auf dem 9. Parteitag der SED gesteckten Planziele ist die neue Bourgeoisie der DDR weit im Rückstand (s. Tabelle). Erhebliche Schwierigkeiten, die geplante verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse durchzusetzen, einerseits, verstärkte Ausplünderung durch die sozialimperialistische Sowjetunion und statt wachsendem Konkurrenzanteil auf dem Weltmarkt wachsende Verschuldung andererseits durchkreuzen ihre Pläne. Nach den Appellen, aus Vaterlandsliebe anläßlich des 30. Jahrestages die Produktion zu steigern, will die neue Bourgeoisie nunmehr die Gewerkschaftswahlen nutzen, um die Arbeiter zu vermehrter Arbeitsleistung zu zwingen.

Der FDGB ist 1946 als elementare Organisation der Arbeiterklasse im Kampf für die Zerschlagung des deutschen Imperialismus gegründet worden und hat sich gegen fortgesetzte Provokationen und Spaltungsversuche der westlichen Imperialisten behauptet. Als Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse nahm er seit 1951 in der DDR das Recht auf Selbstverwaltung der Versichertenkassen der Arbeiter wahr und organisierte den Bau von Ferienheimen, Bildungsstätten und Kulturzentren. Bei der Festsetzung von Lohntarifen, Planvorhaben und Gesetzen vertrat er die Interessen und Ziele der Arbeiterklasse für den Aufbau des Sozialismus. Diese Rechte gelten formell noch heute, jedoch hat sich mit der Machtergreifung des Revisionismus in der SU auch in der DDR der Charakter der SU auch in der DDR der Charakter des FDGB grundlegend gewandelt. Unter dem demagogischen Verweis auf die ,,Entfaltung des entwickelten Sozialismus" entzieht die neue Bourgeoisie der Arbeiterklasse mehr und mehr die Kontrolle über die Gewerkschaftsangelegenheiten und verwandelt den FDGB in ein Erfüllungsinstrument ihrer Ausbeuterinteressen. Die Mitgliedschaft im FDGB ist mittlerweile praktisch zur Pflicht geworden, die Beiträge in Höhe von 1 – 1½% des Bruttolohnes, die früher freiwillig gezahlt wurden, werden heute von vornherein vom Lohn einbehalten.

1976 wurden mit der Änderung des Lohnsystems für vorerst 1,5 Mio. Arbeiter erste Maßnahmen eingeleitet, um die noch vorhandenen Poren des Arbeitstages restlos zu schließen. Bisher setzte sich der Lohn zusammen aus einem *gesicherten* Tariflohn von mindestens 400 Mark und einem Mehrarbeitslohn, die bei 100%iger Planerfüllung in einem Verhältnis von 50:50 standen. Während der Tariflohn mit 20% besteuert wird, beträgt der Steuersatz für den Mehrarbeitslohn nur 5%. Bei Über- oder Untererfüllung des Planes wurde der Bestandteil des *Mehrarbeitslohnes* entweder erhöht oder gesenkt. Mit dem neuen Lohnsystem greift die neue Bourgeoisie den gesicherten Bestandteil des Lohnes an. Zwar wurde sein Anteil am Bruttolohn auf 70 – 80% erhöht, seine volle Auszahlung erfolgt jedoch nur bei 100%iger Planerfüllung. Bei Nichterfüllung wird der *Tariflohn* anteilig gekürzt. Mehrarbeitszuschläge z.B. für gute Qualität werden nur noch bei Planübererfüllung gezahlt. Dieses System soll Zug um Zug auf den gesamten Arbeiterkörper ausgedehnt werden.

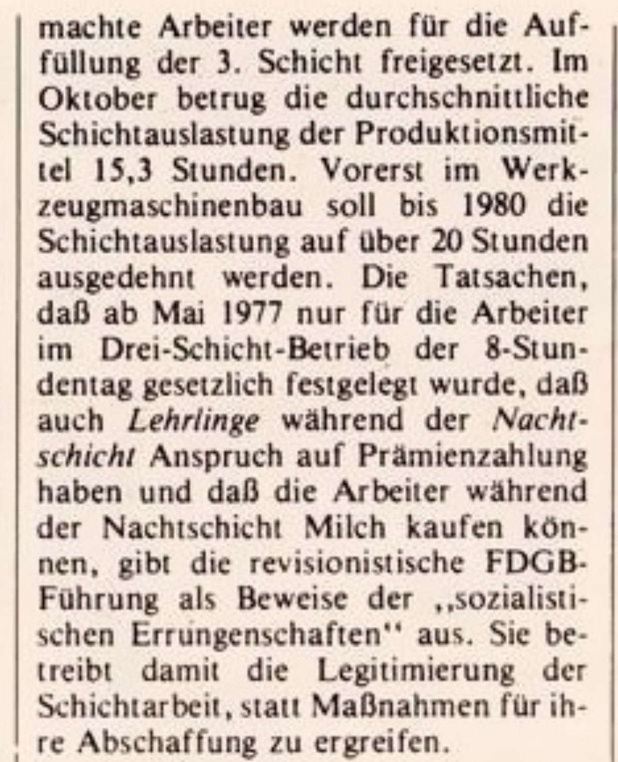
Geplante und tatsächliche Zuwachsrate 1976-78 (in %)

Bereich	Soll	Ist
Nationaleink.	18,0	12,6
Industrieprod.	21,0	15,9
Bauproduktion	19,5	14,1
Löhne	13,2	10,8

(Berechnungen nach: Statistisches Jahrbuch der DDR, 1978; Mitteilungen des Zentralamtes für Statistik, Neues Deutschland, 19.1.1979)

Es zahlt sich für die Arbeiterklasse der DDR bitter aus, daß der FDGB das Streikrecht nicht erkämpft hat. ,,Streik? Wer haut sich schon absichtlich auf den Daumen?" fragt demagogisch eine Broschüre des FDGB. Zur Durchsetzung des Streikverbots und zur Erstickung organisierter Tätigkeit gegen die Ausbeuterherrschaft sitzen den Arbeitern die 450000 Mann starken paramilitärischen Betriebskampfgruppen im Nacken. Ihres organisierten Kampfmittels beraubt, setzen sich die Arbeiter meist passiv und individuell gegen die gesteigerte Arbeitshetze zur Wehr. Die neue Bourgeoisie beklagt zornig den Verlust von Millionen Arbeitsstunden durch Krankheiten und sonstige Fehlzeiten. Sie fordert, in Wahlversammlungen alle Möglichkeiten zu erkunden, um ,,eine hohe Kontinuität des Arbeitsablaufs zu sichern, die Arbeitszeit rationell zu nutzen, Arbeitsplätze einzusparen und Arbeitskräfte freizusetzen." (Direktive)

Damit einher geht die verstärkte Einführung neuer Maschinerie und die Ausweitung der Schichtarbeit. Durch die neue Maschinerie überflüssig ge-

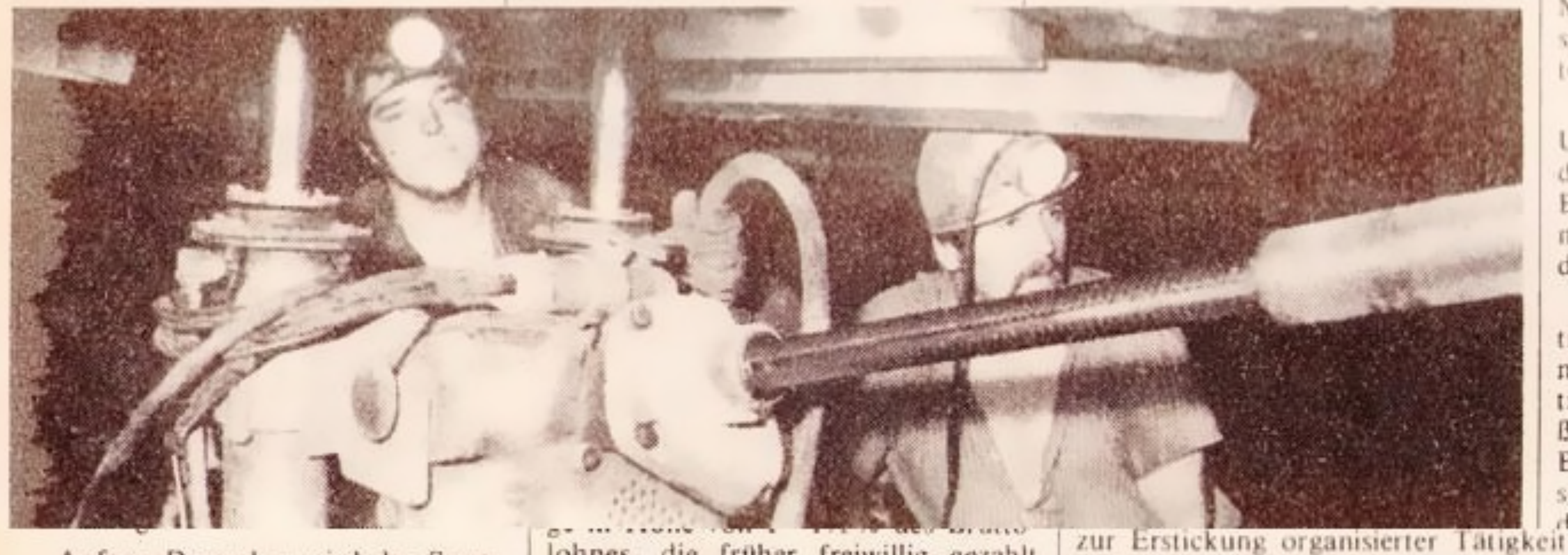


machte Arbeiter werden für die Auffüllung der 3. Schicht freigesetzt. Im Oktober betrug die durchschnittliche Schichtauslastung der Produktionsmittel 15,3 Stunden. Vorerst im Werkzeugmaschinenbau soll bis 1980 die Schichtauslastung auf über 20 Stunden ausgedehnt werden. Die Tatsachen, daß ab Mai 1977 nur für die Arbeiter im Drei-Schicht-Betrieb der 8-Stundentag gesetzlich festgelegt wurde, daß auch *Lehrlinge* während der *Nachtschicht* Anspruch auf Prämienzahlung haben und daß die Arbeiter während der Nachtschicht Milch kaufen können, gibt die revisionistische FDGB-Führung als Beweise der ,,sozialistischen Errungenschaften" aus. Sie betreibt damit die Legitimierung der Schichtarbeit, statt Maßnahmen für ihre Abschaffung zu ergreifen.

Voraussetzung für die gesteigerte Aussaugung der Arbeitskraft und die umfassende Durchsetzung der Schichtarbeit ist die Schürung von Konkurrenz und Spaltung der Belegschaften der einzelnen Schichten, der Schichten untereinander und der verschiedenen Gewerke untereinander. In der Direktive heißt es dazu: ,,Alle bewährten Formen und Methoden des sozialistischen Wettbewerbs sind breiter anzuwenden und zu verallgemeinern. Das gilt vor allem für die Initiativen ,Weniger produzieren mehr' und die Arbeit mit dem ,persönlichen Planangebot'."

Dieses ,,persönliche Planangebot", das sämtliche noch vorhandenen Möglichkeiten der Absprache und gegenseitigen Unterstützung bei der Produktion beseitigen soll, bedeute für ihn eine Mehrarbeit von acht Prozent, erklärte ein Arbeiter der Pumpenfabrik Oschersleben (s. KVZ 38/79). Auf der Gewerkschafts-Wahlversammlung des Petrochemischen Kombinats Schwedt am 25.10. wurde erneut bestätigt, gemäß der Parole ,,Weniger produzieren mehr" durch Einführung neuer Maschinerie 25 Prozent aller Arbeitskräfte freizusetzen (Fernsehen der DDR, 25.10.).

Bisher wurden rund ein Drittel der Gewerkschafts-Wahlversammlungen durchgeführt. Meistens mußten die Arbeiter sich verpflichten, die erhöhten Planvorgaben für 1980 bereits im Dezember zur Norm zu machen. Die Wahlversammlungen waren mit durchschnittlich 85 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder zwar relativ gut besucht, an den Diskussionen über die ,,Auffindung von Reserven zur gezielten Überbietung des Planes" beteiligten sich jedoch jeweils nur 15 bis 20 Prozent aller Anwesenden. Eine Reihe von Kandidaten erhielt nicht die erforderlichen Stimmen.



Ungarn: Kühner Plan zum Sprung auf den Weltmarkt

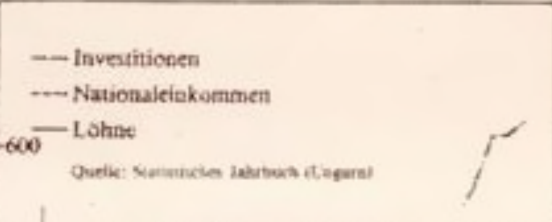
z.krk. Am 1.1.80 treten bedeutende Veränderungen im System der ungarischen Wirtschaftsleitung in Kraft. Die geplanten Maßnahmen sind noch nicht vollständig veröffentlicht. Die Produktionspreise der Industrie werden sog. Wettbewerbspreise. Ihre Grundlage werden die Exportpreise sein, d.h. für wieviel der Betrieb sein Produkt auf dem Weltmarkt verkaufen könnte oder verkaufen kann. Für die Anpassung werden 4 – 5 Jahre eingeräumt. Ausnahmen bilden die Landwirtschaft, die Bau- und die Dienstleistungsindustrie, aber auch bei den Preisen dieser Branchen werden nur Kosten anerkannt, die für die guten Betriebe kennzeichnend sind, nicht aber zusätzliche Kosten einzelner Betriebe. Festlegungen für mehrere Jahre wird es nicht geben, die Preise werden dynamisch der Entwicklung der Weltmarktpreise folgen. Marktpreise werden es trotzdem nicht sein, da die staatliche Kontrolle erhalten bleibt.

Gleichzeitig werden die staatlichen Unterstützungen, Subventionen, Kredite weiter eingeschränkt, bzw. nur an Betriebe gewährt, die für hohe Gewinne oder einen sicheren, gewinnbringenden Absatzmarkt garantieren können.

Dies soll dazu führen, daß die betrieblichen Gewinne *wirkliche* Gewinne sind, die Konkurrenz unter den Betrieben, Bankrotts und Betriebsschließungen inbegriffen (wofür es bereits Beispiele gibt). Den Betriebsleitungen soll gar nichts anderes übrigbleiben, als den Job aufzugeben oder auf die Arbeiter loszugehen und die Erhöhung der Produktion allein durch die verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft und Materialökonomie zu erzielen. Das erstere übermäßig zu betreiben wiesen bisher zahlreiche Direktoren zurück mit dem Argument der zu erwartenden Rebellion, bei der wohl auch ihre Person nicht verschont bliebe.

In den letzten Jahren sind die Investitonen in Ungarn sprungartig angestiegen: 1977 um 19,3%, 1978 um 8,3%. Trotzdem hat sich die Produktionsstruktur nicht schnell genug den Erfordernissen des Weltmarkts angepasst. ,,Die ungarische Volkswirtschaft verfügt heute über die Kapazitäten, den Kaderbestand und die technische Ausrüstung, um auch im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt Stand zu halten" schreibt selbstbewußt der stellvertretende Vorsitzende des Zentralen Planungsamtes anläßlich der Ankündigung der neuen Maßnahmen. Seit 1974 zeigt der Handel mit den RGW-Ländern eine sinkende Tendenz, der mit den westlichen und Entwicklungsländern eine steigende. 1978 gingen die Exporte in die RGW-Länder um 0,9% *zurück*, bei einer plangerechten Zunahme der Importe um 10,5%.

Es stellt sich die Frage: wird die ungarische Arbeiterklasse für das falsche Versprechen nach mehr nationaler Unabhängigkeit Entlassungen und die Umwälzung der Beschäftigungsstruktur hinnehmen? Und: Nachdem so durch den Staat die Lieferungen in die SU nicht mehr garantiert werden können, was wird die Antwort der Sozialimperialisten sein?



Anfang Dezember wird der Staatsplan für 1980 als Gesetz beschlossen. 1980 ist das letzte Jahr des laufenden Fünfjahrplanes. Mit der Erfüllung der 1976 auf dem 9. Parteitag der SED gesteckten Planziele ist die neue Bourgeoisie der DDR weit im Rückstand (s. Tabelle). Erhebliche Schwierigkeiten, die geplante verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse durchzusetzen, einerseits, verstärkte Ausplünderung durch die sozialimperialistische Sowjetunion und statt wachsendem Konkurrenzanteil auf dem Weltmarkt wachsende Verschuldung andererseits durchkreuzen ihre Pläne. Nach den Appellen, aus Vaterlandsliebe anläßlich des 30. Jahrestages die Produktion zu steigern, will die neue Bourgeoisie nunmehr die Gewerkschaftswahlen nutzen, um die Arbeiter zu vermehrter Arbeitsleistung zu zwingen.

lohnes, die früher freiwillig gezahlt wurden, werden heute von vornherein vom Lohn einbehalten.

1976 wurden mit der Änderung des Lohnsystems für vorerst 1,5 Mio. Arbeiter erste Maßnahmen eingeleitet, um die noch vorhandenen Poren des Arbeitstages restlos zu schließen. Bisher setzte sich der Lohn zusammen aus einem *gesicherten* Tariflohn von mindestens 400 Mark und einem Mehrarbeitslohn, die bei 100%iger Planerfüllung in einem Verhältnis von 50:50 standen. Während der Tariflohn mit 20% besteuert wird, beträgt der Steuersatz für den Mehrarbeitslohn nur 5%. Bei Über- oder Untererfüllung des Planes wurde der Bestandteil des *Mehrarbeitslohnes* entweder erhöht oder gesenkt. Mit dem neuen Lohnsystem greift die neue Bourgeoisie den gesicherten Bestandteil des Lohnes an.

zur Erstickung organisierter Tätigkeit gegen die Ausbeuterherrschaft sitzen den Arbeitern die 450000 Mann starken paramilitärischen Betriebskampfgruppen im Nacken. Ihres organisierten Kampfmittels beraubt, setzen sich die Arbeiter meist passiv und individuell gegen die gesteigerte Arbeitshetze zur Wehr. Die neue Bourgeoisie beklagt zornig den Verlust von Millionen Arbeitsstunden durch Krankheiten und sonstige Fehlzeiten. Sie fordert, in Wahlversammlungen alle Möglichkeiten zu erkunden, um ,,eine hohe Kontinuität des Arbeitsablaufs zu sichern, die Arbeitszeit rationell zu nutzen, Arbeitsplätze einzusparen und Arbeitskräfte freizusetzen." (Direktive)

Damit einher geht die verstärkte Einführung neuer Maschinerie und die Ausweitung der Schichtarbeit. Durch die neue Maschinerie überflüssig ge-

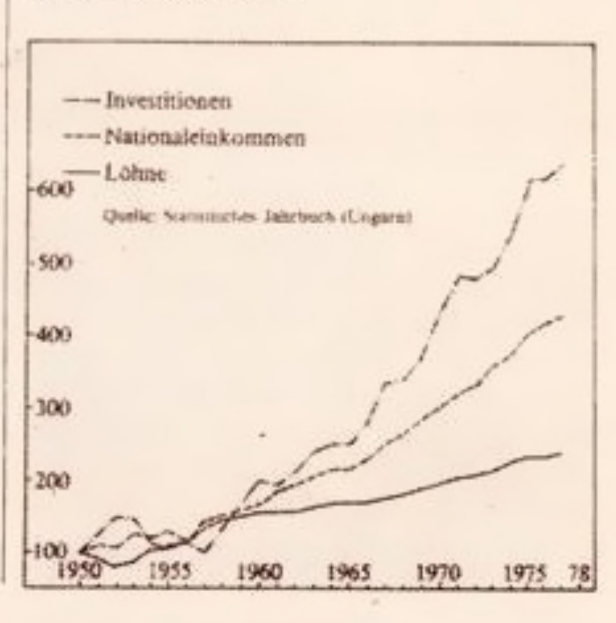
z.krk. Am 1.1.80 treten bedeutende Veränderungen im System der ungarischen Wirtschaftsleitung in Kraft. Die geplanten Maßnahmen sind noch nicht vollständig veröffentlicht. Die Produktionspreise der Industrie werden sog. Wettbewerbspreise. Ihre Grundlage werden die Exportpreise sein, d.h. für wieviel der Betrieb sein Produkt auf dem Weltmarkt verkaufen könnte oder verkaufen kann. Für die Anpassung werden 4 – 5 Jahre eingeräumt. Ausnahmen bilden die Landwirtschaft, die Bau- und die Dienstleistungsindustrie, aber auch bei den Preisen dieser Branchen werden nur Kosten anerkannt, die für die guten Betriebe kennzeichnend sind, nicht aber zusätzliche Kosten einzelner Betriebe. Festlegungen für mehrere Jahre wird es nicht geben, die Preise werden dynamisch der Entwicklung der Weltmarktpreise folgen. Marktpreise werden es trotzdem nicht sein, da die staatliche Kontrolle erhalten bleibt.

Gleichzeitig werden die staatlichen Unterstützungen, Subventionen, Kredite weiter eingeschränkt, bzw. nur an Betriebe gewährt, die für hohe Gewinne oder einen sicheren, gewinnbringenden Absatzmarkt garantieren können.

Dies soll dazu führen, daß die betrieblichen Gewinne *wirkliche* Gewinne sind, die Konkurrenz unter den Betrieben, Bankrotts und Betriebsschließungen inbegriffen (wofür es bereits Beispiele gibt). Den Betriebsleitungen soll gar nichts anderes übrigbleiben, als den Job aufzugeben oder auf die Ar-

In den letzten Jahren sind die Investitonen in Ungarn sprungartig angestiegen: 1977 um 19,3%, 1978 um 8,3%. Trotzdem hat sich die Produktionsstruktur nicht schnell genug den Erfordernissen des Weltmarkts angepasst. ,,Die ungarische Volkswirtschaft verfügt heute über die Kapazitäten, den Kaderbestand und die technische Ausrüstung, um auch im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt Stand zu halten" schreibt selbstbewußt der stellvertretende Vorsitzende des Zentralen Planungsamtes anläßlich der Ankündigung der neuen Maßnahmen. Seit 1974 zeigt der Handel mit den RGW-Ländern eine sinkende Tendenz, der mit den westlichen und Entwicklungsländern eine steigende. 1978 gingen die Exporte in die RGW-Länder um 0,9% *zurück*, bei einer plangerechten Zunahme der Importe um 10,5%.

Es stellt sich die Frage: wird die ungarische Arbeiterklasse für das falsche Versprechen nach mehr nationaler Unabhängigkeit Entlassungen und die Umwälzung der Beschäftigungsstruktur hinnehmen? Und: Nachdem so durch den Staat die Lieferungen in die SU nicht mehr garantiert werden können, was wird die Antwort der Sozialimperialisten sein?





Bergarbeiter des Mansfeld-Kombinates beim Kupferabbau 1300 bis 1400 m unter der Erde. Alle zwei Stunden werden die Förderleistungen der einzelnen Brigaden verglichen, die jeweiligen Höchstwerte werden zur Norm.

de. Vor allem die Sozialdemokratie, die sich in vorderster Front für die Verschärfung der Beschlagnahmung von Lohnbestandteilen der Finanzbourgeoisie anbot, hat die Rechnung in vier verlorenen Sitzen quittiert erhalten. Auch ihr demagogisches Manöver unmittelbar vor den Wahlen, das Steuerplünderprogramm als Mittel zur Verwirklichung der Forderungen der Arbeiterbewegung zu rechtfertigen, ging daneben. Während sich die bürgerliche Reaktion von Freisinnigen und Liberalen von ihresgleichen legitimieren lassen muß, gerät in den Gewerkschaften die ideologische Fesselung der Arbeiterklasse durch die Sozialdemokratie und der Versuch ihrer Abspaltung von den Bauernmassen unter Druck.

Generalstreiks auf den Antillen und La Réunion

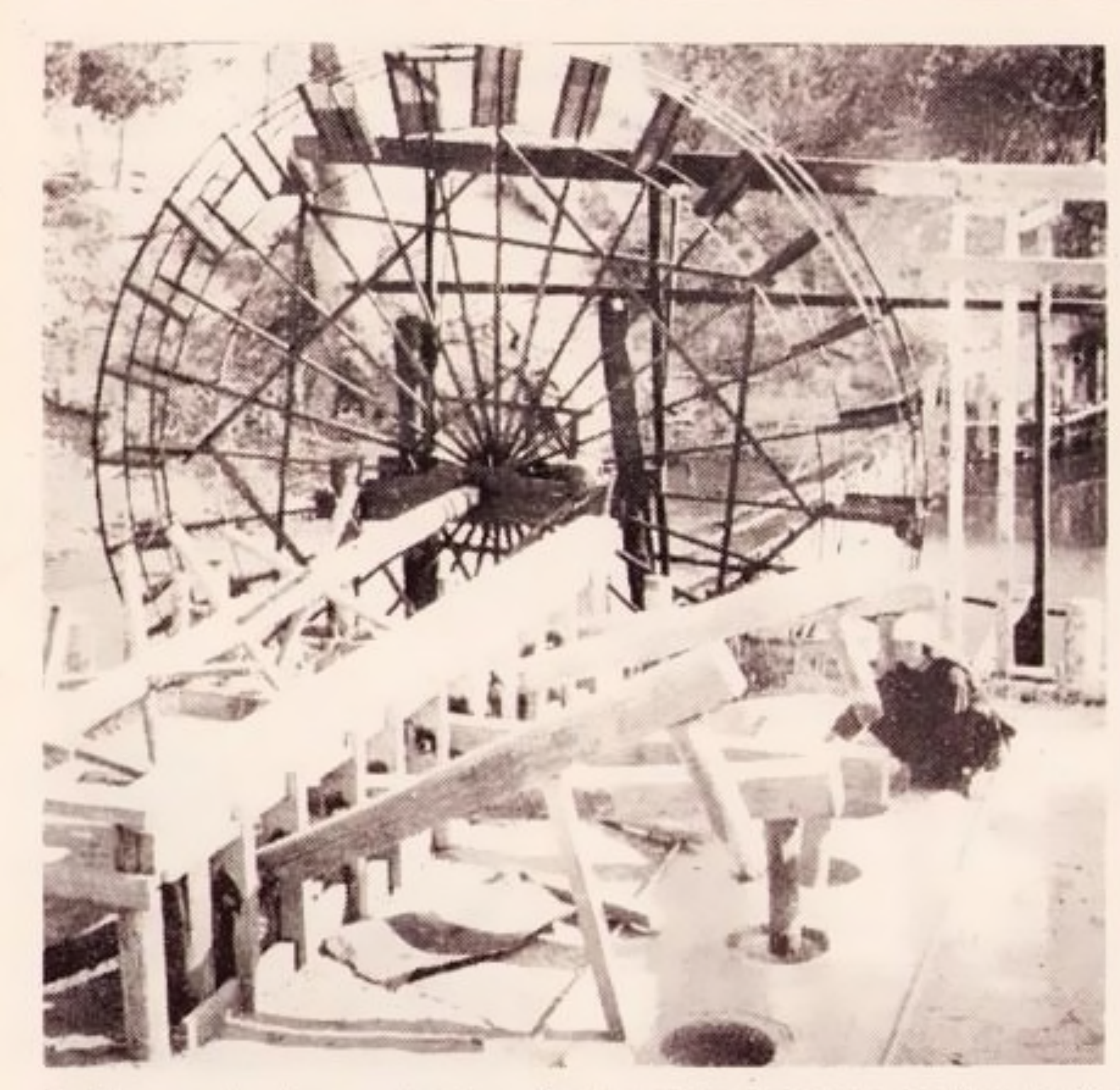
z.pel.Paris. Über 1000 Bauern, Arbeiter und Beamte blockierten am 18.10. bei der Ankunft des französischen Staatssekretärs für die ,,Überseeischen Departements" in Fort-de-France auf der Antilleninsel Martinique den Flughafen. Der konnte nur auf Schleichwegen zum Tagungsort der dritten Antillen-Guyana-Konferenz gelangen. In den folgenden fünf Tagen streikten die 6000 Bauarbeiter, 7500 Landarbeiter, 600 Hafenarbeiter, die Beschäftigten der Autowerkstätten, die Ärzte und 15000 Beamte des öffentlichen Dienstes. Auf Guadeloupe gingen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes am 23.10. in den Streik, für die im Indischen Ozean gelegene Kolonie La Réunion hatten zum ersten Mal nach zehn Jahren alle Gewerkschaften gemeinsam zum Generalstreik vom 15.10. – 19.10. aufgerufen, der nahezu 100%ig befolgt wurde. Die einheitlichen Forderungen: Anhebung des Mindestlohnes um 20% auf den in Frankreich gezahlten Satz, endlich Zahlung von Arbeitslosengeld und sofortige Rücknahme der ,,Sanierungspläne". Unter Anspielung auf den verheerenden Wirbelsturm ,,David" von Anfang September hatte Staatssekretär Dijoud wenige Tage zuvor nämlich zynisch verkündet, man könne ,,von der Naturkatastrophe profitieren, um eine Wirtschaftsreform durchzuführen". Erste Maßnahmen: Weitere Monopolisierung der Bananen- und Zuckerproduktion, Entlassung von 2800 Arbeitern, Streichung der Teuerungsprämie für Beamte von 40 auf 15% des Gehaltes. ,,Denkbar ungeschickt", kommentierte der ,,Figaro" angesichts der Breite der Kampffront und erinnerte an die strategische Lage der Inseln. Dijoud erklärte die Pläne zum Abschluß der Konferenz für ,,unverbindlich".

Brasilien, Argentinien: Gemeinsame Nutzung des Rio Parana

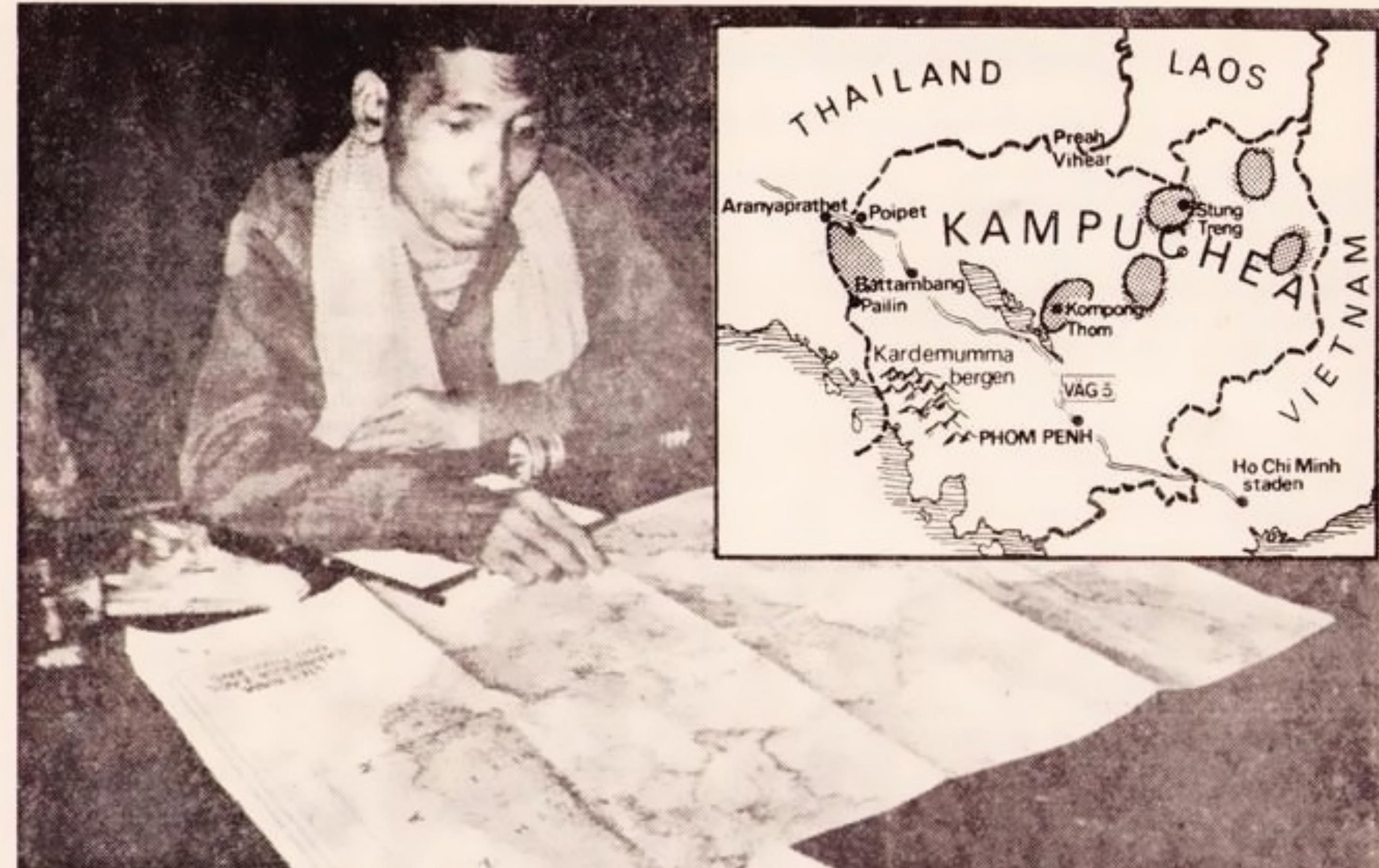
z.elb. Am 19. Oktober unterzeichneten Argentinien, Brasilien und Paraguay einen Vertrag über den Bau zweier Wasserkraftwerke am Rio Parana, der alle drei Länder miteinander verbindet. Mit dem Vertrag beendeten Argentinien und Brasilien einen jahrelangen Streit und einigten sich auf eine Höhe der Staudämme, die die Schiffahrt auf dem Rio Parana in Argentinien weiterhin ermöglicht. Das Corpus-Kraftwerk, gemeinsam gebaut von Argentinien und Paraguay, wird eine Leistung von 4,4 Mio. Kilowatt haben. Das Itaipu-Kraftwerk, das bis 1983 von Brasilien und Paraguay fertiggestellt werden soll, wird 11,7 Mio. Kilowatt produzieren und damit das größte Wasserkraftwerk der Welt sein. Argentinien, das seine Elektrizität zu ca. 80% aus Erdöl und -gas gewinnt und nur 2% seines Wasserkraftpotentials nutzt, will die Elektrizitätserzeugung aus Wasser bis 1985 von 5 auf 42% steigern. Die Kraftwerke Brasiliens, die sich zu 30% in Privatbesitz, zum Teil in imperialistischem, befinden, sind zu 98% Wasserkraftwerke. Auch im Bereich des Baus von Kernkraftwerken streben Brasilien und Argentinien eine Zusammenarbeit an, um ihre Energieversorgung möglichst unabhängig von den Imperialisten – die Kraftwerksunion ist mit dem Bau zweier Kraftwerke in Brasilien schon ein Jahr im Rückstand – zu sichern.

Strategischer Zinnverkauf der USA

z.scc. Anfang letzter Woche fielen die Zinnpreise an der Londoner Börse um 225 Pfund/t, ca. 3% – erste Reaktion auf die Zustimmung des US-Senats zur Absicht der Regierung, 35000 t Zinn aus den strategischen Reserven zu verkaufen. 35000 t, das entspricht fast 16% einer Weltjahresproduktion oder mehr als der Jahresproduktion Boliviens, nach Malaysia zweitgrößter Zinnproduzent der Welt. Mit der Überschwemmung des Weltzinnmarktes zielen die US-Imperialisten auf drastische Preisstürze des Rohstoffs. Allein Bolivien muß mit Verlusten infolge Preissenkung von 79 Mio. $ rechnen, immerhin 13% seines Ausfuhrwertes von 1977 (600 Mio. $). Für die US-Imperialisten Gelegenheit, ihren politischen und wirtschaftlichen Druck nicht nur auf Bolivien zu verstärken (und damit womöglich verlorenen Boden in der ,,westlichen Hemisphäre" wieder gutzumachen), sondern auch auf ihre Zinn-Hauptlieferanten Malaysia und Thailand. – Während die bolivianische Regierung die Absichten der USA scharf kritisiert und Protestdemonstrationen ankündigt, versuchen Teile der Armee, einen härteren Kurs gegen die bolivianische Arbeiterklasse durchzusetzen. Am 11.10. besetzte die VI. Division die Stadt Trinidad, 600 km von La Paz entfernt, sei es, daß sie einen Putsch versuchte, sei es, daß sie ,,nur" mit der Kette rasseln wollte. Ein Generalstreik, zu dem die Gewerkschaftszentrale der bolivianischen Arbeiter aufgerufen hatte und der vollständig befolgt wurde, erzwang nach kurzem den Abzug der Truppe aus der Stadt.



Geführt von der Kommunistischen Partei und der Regierung des Demokratischen Kampuchea hatten die Bauern Kampucheas die Ernährungsfrage grundlegend gelöst. 1977 konnte das Demokratische Kampuchea sogar wieder Reis exportieren. Die gegenwärtige Hungersnot in Kampuchea ist ausschließlich Ergebnis der sowjetisch-vietnamesischen Aggression.



Ny Kam, Befehlshaber der Provinz Battambang, während einer Besprechung mit Regimentskommandeuren. In die Karte sind einige befreite Gebiete eingetragen. Dieses und das rechte Bild entstanden während einer Reise, die der schwedische Journalist Jan Myrdal mit Genehmigung der Regierung des Demokratischen Kampuchea vor einigen Wochen durchführte. Sie dokumentieren, daß die Regierung des Demokratischen Kampuchea in wichtigen Teilen des Landes effektiv die Macht ausübt und von dort aus den Widerstandskrieg leitet.

Für das Überleben der kampucheanischen Nation

Gespräch des Präsidenten des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea, Khieu Samphan, mit Delegationen der in Europa lebenden kampucheanischen Patrioten, September 1979

Auf der Rückreise von der 6. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder hat Präsident Khieu Samphan während seines Aufenthaltes in Europa Abordnungen der in Europa lebenden kampucheanischen Patrioten empfangen. Er führte mit ihnen ein freundschaftliches Gespräch über die Lage in Kampuchea, die Perspektiven des Kampfes des kampucheanischen Volkes und für das Überleben der kampucheanischen Nation sowie über einige andere Probleme. Der wesentliche Inhalt des Gespräches wurde in einer Flugschrift des Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampuchea in Frankreich in französischer Sprache veröffentlicht.

In der Einleitung schreibt das Komitee: „Wir hoffen, daß dieses Gespräch für all unsere Landsleute, die sich über unser Land informieren wollen, wie auch für diejenigen, die in Europa und anderswo wissen wollen, was in Kampuchea vor sich geht, von Interesse ist." Im folgenden bringen wir eine Übersetzung der Schrift.

I. Über den 6. Gipfel der nichtpaktgebundenen Länder in Havanna

unter flagranter Verletzung und Verachtung der grundlegenden Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit zu legalisieren. Sie suchen die Nichtpaktgebundenheit jeglichen Inhaltes zu entleeren, indem sie innerhalb dieser Bewegung eine Lage flagranten Unrechts schaffen, die bewirkt, daß der Aggressorstaat Vietnam Mitglied der Bewegung bleibt, während das Demokratische Kampuchea als Opfer der Aggression ungerechtfertigt von ihr ausgeschlossen wird.

Mit ihrem festen Widerstand gegen die einseitige Entscheidung des Präsidenten der 6. Gipfelkonferenz hat die große Mehrheit der Bewegung ihre Entschlossenheit gezeigt, für die Verteidigung und Stärkung der Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit zu kämpfen. Wir sind fest davon überzeugt, daß, dank dieses gemeinsamen Kampfes, die Feinde der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit diese niemals werden zerstören oder für ihre eigenen Interessen und die ihres Blockes werden benutzen können.

Das kampucheanische Volk wird seinerseits unter Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea und mit Unterstützung aller Frieden und

weiter im Süden, in Kratie, in Santouk (der Grenzregion der Provinzen der Zentralzone Kompong Chnang und Kompong Thom) und in Battambang.

Im Kampf gegen den vietnamesischen Besatzer bilden diese Einheiten neue Basisguerillaeinheiten in den Dörfern heraus, stützen und ermutigen den Kampf des ganzen Volkes. So haben wir schon seit Anfang Juni, gleichzeitig mit einem deutlichen Anwachsen der Guerillaaktivitäten, nahezu überall im Land eine sehr fühlbare Zunahme von Wellen revolutionärer Volksgewalt gegen die Besatzer erleben können. Die Bevölkerung zögert nicht, die feindlichen Soldaten, die sich in Gruppen zu zweit oder zu dritt vorwagen, physisch zu liquidieren.

Was die Hanoier Führer auch tun mögen, es wird ihnen niemals gelingen, diese Bewegung revolutionärer Volksgewalt zu bremsen, denn die 200000 ausgehungerten vietnamesischen Soldaten sind nach Kampuchea geschickt worden, um die kampucheanischen Bauern schlicht und einfach zu schinden, und um so das Problem des Hungers bei sich selbst in Vietnam zu lösen.

Sicher wissen wir aus eigener, mit dem tiefroten Blut unseres Volkes er-

wie außerhalb Vietnams, auf militärischem wie auf politischem Gebiet, ökonomisch wie außenpolitisch, in Laos und an der chinesischen Grenze.

III. Für eine Front der großen nationalen, vaterländischen und demokratischen Einheit Kampucheas

In diesem schwierigen Abschnitt unserer Geschichte ruft das Vaterland uns alle auf, uns zu vereinen und für sein Bestehen zu kämpfen. Es ruft uns auf, sofort von allen politischen Differenzen und aller Uneinigkeit abzusehen und für den Kampf gegen den feindlichen vietnamesischen Aggressor, der unser Land verschlingen und unsere Rasse auslöschen will, eine breite Front der großen nationalen, vaterländischen und demokratischen Einheit Kampucheas zu schaffen.

Im Innern des Landes erweist sich diese große Einheit schon als eine mächtige Kraft, die sich auf die vietnamesischen Aggressoren stürzt und sie jeden Tag tiefer in den Strudel unseres Volkskrieges zieht. Im Ausland in den Vereinigten Staaten, in Japan, in der Bundesrepublik Deutschland, in

Die verstärkte Kampagne der Brunnenvergiftung und der Verleumdungen mit angeblichen Massakern sowie die kürzlich in Havanna unternommenen Versuche, um jeden Preis die Lösung des „freibleibenden Sitzes" durchzusetzen, sind Bestandteile dieses Manövers. Aber die gesamte kampucheanische Nation kämpft schon einheitlich für ihr Überleben. Die internationale Gemeinschaft hat schon erhebliches Bewußtsein von der Notwendigkeit entwickelt, eine Front gegen die Gefahr des Expansionismus der Hanoier Führer und ihres Herrn in Südostasien und im Pazifik zu errichten.

Alle Länder Südostasiens und alle anderen für Frieden und Gerechtigkeit eintretenden Länder haben diese Gefahr schon sehr klar erkannt und bekämpfen sie entschieden. Es ist offensichtlich, daß der einzig wirksame Weg, der Gefahr des Expansionismus der Hanoier Führer zu begegnen, darin besteht, den einheitlichen Kampf der Nation und des Volkes von Kampuchea mit allen Formen internationalen Handelns, das Druck auf die Hanoier Führer auszuüben sucht, zu verbinden. Sie müssen ihre Aggressionstruppen aus Kampuchea abziehen, damit die

Gespräch des Präsidenten des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea, Khieu Samphan, mit Delegationen der in Europa lebenden kampucheanischen Patrioten, September 1979

Auf der Rückreise von der 6. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder hat Präsident Khieu Samphan während seines Aufenthaltes in Europa Abordnungen der in Europa lebenden kampucheanischen Patrioten empfangen. Er führte mit ihnen ein freundschaftliches Gespräch über die Lage in Kampuchea, die Perspektiven des Kampfes des kampucheanischen Volkes und für das Überleben der kampucheanischen Nation sowie über einige andere Probleme. Der wesentliche Inhalt des Gespräches wurde in einer Flugschrift des Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampuchea in Frankreich in französischer Sprache veröffentlicht.

In der Einleitung schreibt das Komitee: „Wir hoffen, daß dieses Gespräch für all unsere Landsleute, die sich über unser Land informieren wollen, wie auch für diejenigen, die in Europa und anderswo wissen wollen, was in Kampuchea vor sich geht, von Interesse ist." Im folgenden bringen wir eine Übersetzung der Schrift.

I. Über den 6. Gipfel der nichtpaktgebundenen Länder in Havanna

Die meisten Delegationen haben die Stimmung auf der 6. Gipfelkonferenz in Havanna in zwei Worten zusammengefaßt: Aggressivität und Spannung. Die Tatsache, daß die Präsidenten Tito und Nyerere ein demokratischeres Vorgehen forderten, ist in dieser Hinsicht bezeichnend.

Die überwältigende Mehrheit der nichtpaktgebundenen Länder hat sich eindeutiger denn je von der Gefahr überzeugen können, die die Blockkräfte, die Clique der Aggression und der Expansion darstellen. Sie sind in die Bewegung der Nichtpaktgebundenen eingedrungen, um dieser ihr Diktat aufzuzwingen und dort Spaltung zu säen.

Dieses Diktat hat sich bei allen Fragen und besonders bei der Frage der Vertretung des Demokratischen Kampuchea, die die Debatten vom Beginn bis zum Ende beherrschten, geäußert. Die Konferenz mußte deshalb ihre Arbeit um 48 Stunden verlängern.

Auf Betreiben der Hanoier Führung hat Kuba unter Mißbrauch seiner Gastgeberrolle und der Präsidentschaft der 6. Gipfelkonferenz die noch nie erlebte Entscheidung getroffen, die Delegation des Demokratischen Kampuchea an der Teilnahme an den Arbeiten dieser Konferenz zu hindern. Es hat die Konferenz trotz des starken Widerspruches der Mehrheit der Delegationen die Lösung des „freigelassenen Sitzes" aufgezwungen.

Indem sie die schwere Verantwortung übernehmen, der Bewegung diese vollendete Tatsache aufzuzwingen, versuchen die Führer Hanois und Kubas, die vietnamesische Aggression gegen das Demokratische Kampuchea unter flagranter Verletzung und Verachtung der grundlegenden Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit zu legalisieren. Sie suchen die Nichtpaktgebundenheit jeglichen Inhaltes zu entleeren, indem sie innerhalb dieser Bewegung eine Lage flagranten Unrechts schaffen, die bewirkt, daß der Aggressorstaat Vietnam Mitglied der Bewegung bleibt, während das Demokratische Kampuchea als Opfer der Aggression ungerechtfertigt von ihr ausgeschlossen wird.

Mit ihrem festen Widerstand gegen die einseitige Entscheidung des Präsidenten der 6. Gipfelkonferenz hat die große Mehrheit der Bewegung ihre Entschlossenheit gezeigt, für die Verteidigung und Stärkung der Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit zu kämpfen. Wir sind fest davon überzeugt, daß, dank dieses gemeinsamen Kampfes, die Feinde der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit diese niemals werden zerstören oder für ihre eigenen Interessen und die ihres Blockes werden benutzen können.

Das kampucheanische Volk wird seinerseits unter Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea und mit Unterstützung aller Frieden und Unabhängigkeit liebenden Länder seinen Kampf gegen die vietnamesischen Eindringlinge fortsetzen. Es wird sein Vaterland und sein Recht, in Unabhängigkeit und Souveränität als neutrales und nichtpaktgebundenes Land zu leben, verteidigen. Dieser Kampf ist ein Beitrag zu den gemeinsamen Anstrengungen all der Länder, die der Verteidigung des Friedens, der Stabilität und der Sicherheit in Südostasien verbunden sind, um den Angriff der Kräfte der Aggression, der Expansion und des Diktats zu stoppen.

II. Die militärische Lage in Kampuchea

Die Lage entwickelt sich günstig. Alle für einen Volkskrieg von langer Dauer erforderlichen Bedingungen sind im Laufe dieser Regenzeit (Mai – November 1979) erfüllt und gefestigt worden.

Unsere gesamte reguläre Streitmacht ist in kleinen Guerillaeinheiten reorganisiert worden. Diese fügen dem Feind täglich, selbst im Innern des von den Vietnamesen vorübergehend besetzten Territoriums, schwere Verluste zu. Die Einheiten sind in der Lage, der Masse der feindlichen Kräfte auszuweichen, um sie dann ohne Unterlaß in ihren Flanken und in ihrem Rücken anzugreifen, sie so voneinander zu trennen, ihre Verbindungen zu unterbrechen, sie zu verschleißen und zu erschöpfen. Zum festgelegten Augenblick sammeln sie sich, um mit einem großen Schlag die so isolierten und von ihren Stützpunkten entfernten feindlichen Einheiten eine nach der anderen zu vernichten.

Das geschieht während der gesamten Regenzeit, vor allem in Ratanakiri (im Nordosten) und in Mondulkiri, etwas weiter im Süden, in Kratie, in Santouk (der Grenzregion der Provinzen der Zentralzone Kompong Chnang und Kompong Thom) und in Battambang.

Im Kampf gegen den vietnamesischen Besatzer bilden diese Einheiten neue Basisguerillaeinheiten in den Dörfern heraus, stützen und ermutigen den Kampf des ganzen Volkes. So haben wir schon seit Anfang Juni, gleichzeitig mit einem deutlichen Anwachsen der Guerillaaktivitäten, nahezu überall im Land eine sehr fühlbare Zunahme von Wellen revolutionärer Volksgewalt gegen die Besatzer erleben können. Die Bevölkerung zögert nicht, die feindlichen Soldaten, die sich in Gruppen zu zweit oder zu dritt vorwagen, physisch zu liquidieren.

Was die Hanoier Führer auch tun mögen, es wird ihnen niemals gelingen, diese Bewegung revolutionärer Volksgewalt zu bremsen, denn die 200000 ausgehungerten vietnamesischen Soldaten sind nach Kampuchea geschickt worden, um die kampucheanischen Bauern schlicht und einfach zu schinden, und um so das Problem des Hungers bei sich selbst in Vietnam zu lösen.

Sicher wissen wir aus eigener, mit dem tiefroten Blut unseres Volkes erkauften Erfahrung sehr gut, daß die Hanoier Führer ihre letzten Anstrengungen aufbieten werden, um zu versuchen, ihrem Versinken in unserem Volkskrieg zu entgehen. In der kommenden Trockenheit (November 1979 bis Mai 1980) werden sie alle Kräfte moblisieren, um unseren Widerstand niederzuwalzen.

Sie werden ihre Streitkräfte vor allem entlang der thailändischen Grenze konzentrieren und so versuchen, uns völlig vom Ausland abzuschneiden. Auf diese Weise werden sie uns sicherlich gewisse Schwierigkeiten bereiten können. Aber indem sie das tun, werden sie unweigerlich gezwungen sein, ihre Positionen im Innern des Landes, vor allem in Ratanakiri, Mondulkiri, Kratié, in der Zentralzone, in der südwestlichen Zone, in der Region Kompong Chnang, Pursat usw. zu entblößen. Wir werden sie dort, wo sie am schwächsten sein werden, vernichten und unsere Gebiete auf diese Weise ausdehnen können.

Selbst entlang der kampucheanisch-thailändischen Grenze werden sie die Angriffe, die Stiche unserer Guerillaeinheiten nicht unbegrenzt aushalten. Anders gesagt, was sie auch während dieser Trockenzeit unternehmen, sie werden unseren Widerstand niemals brechen können.

Sich so in einen langandauernden Guerillakrieg zu verstricken, heißt schon, sich zu einer unausweichlichen Niederlage zu verdammen. Dieses Gesetz gilt für jeden Angreifer. Und die Hanoier Führer werden es als erste erfahren. Sie sehen sich schon hier und heute auf Grund ihrer Aggressions- und Expansionspolitik enormen Schwierigkeiten ausgesetzt; im Innern wie außerhalb Vietnams, auf militärischem wie auf politischem Gebiet, ökonomisch wie außenpolitisch, in Laos und an der chinesischen Grenze.

III. Für eine Front der großen nationalen, vaterländischen und demokratischen Einheit Kampucheas

In diesem schwierigen Abschnitt unserer Geschichte ruft das Vaterland uns alle auf, uns zu vereinen und für sein Bestehen zu kämpfen. Es ruft uns auf, sofort von allen politischen Differenzen und aller Uneinigkeit abzusehen und für den Kampf gegen den feindlichen vietnamesischen Aggressor, der unser Land verschlingen und unsere Rasse auslöschen will, eine breite Front der großen nationalen, vaterländischen und demokratischen Einheit Kampucheas zu schaffen.

Im Innern des Landes erweist sich diese große Einheit schon als eine mächtige Kraft, die sich auf die vietnamesischen Aggressoren stürzt und sie jeden Tag tiefer in den Strudel unseres Volkskrieges zieht. Im Ausland in den Vereinigten Staaten, in Japan, in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, überall haben sich unsere Landsleute spontan erhoben, um den Kampf unserer Nation und unseres Volkes gegen den expansionistischen vietnamesischen Angreifer, gegen die, welche unser Territorium verschlucken und unsere Rasse auslöschen wollen, zu unterstützen.

Während wir ohne Schwächen unseren heiligen Kampf gegen die vietnamesischen Eindringlinge ununterbrochen fortsetzen, müssen wir pausenlos Anstrengungen zur Festigung, Entwicklung und zum vollständigen Aufbau der großen nationalen Einheitsfront unternehmen. Mit allen im Ausland lebenden nationalen Kräften Kampucheas müssen ohne Ansehen der Meinungen und der Vergangenheit die engstmöglichen Beziehungen geknüpft werden, um so den Meinungsaustausch über das unseren Landsleuten schon unterbreitete Projekt eines politischen Programms voranzutreiben.

IV. Die dritte Alternative Ein niederträchtiges Manöver der Hanoier Führer

In der Hoffnung, sich aus ihrer Zwangslage zu befreien, versuchen die Hanoier Führer und ihre Komplizen unter der Hand zu manövrieren und erwecken die Illusion einer „Dritten Alternative". Gleichzeitig weisen sie öffentlich jeden Kompromiß und jegliche Verhandlungen zurück. Sie tun das mit dem einzigen Ziel, die Kräfte, die gegen ihren Expansionismus kämpfen, zu zersplittern und insbesondere der Regierung des Demokratischen Kampuchea, der einzigen Kraft, die den Kampf des kampucheanischen Volkes auf dem Schlachtfeld leitet, Schwierigkeiten zu bereiten.

Die verstärkte Kampagne der Brunnenvergiftung und der Verleumdungen mit angeblichen Massakern sowie die kürzlich in Havanna unternommenen Versuche, um jeden Preis die Lösung des „freibleibenden Sitzes" durchzusetzen, sind Bestandteile dieses Manövers. Aber die gesamte kampucheanische Nation kämpft schon einheitlich für ihr Überleben. Die internationale Gemeinschaft hat schon erhebliches Bewußtsein von der Notwendigkeit entwickelt, eine Front gegen die Gefahr des Expansionismus der Hanoier Führer und ihres Herrn in Südostasien und im Pazifik zu errichten.

Alle Länder Südostasiens und alle anderen für Frieden und Gerechtigkeit eintretenden Länder haben diese Gefahr schon sehr klar erkannt und bekämpfen sie entschieden. Es ist offensichtlich, daß der einzig wirksame Weg, der Gefahr des Expansionismus der Hanoier Führer zu begegnen, darin besteht, den einheitlichen Kampf der Nation und des Volkes von Kampuchea mit allen Formen internationalen Handelns, das Druck auf die Hanoier Führer auszuüben sucht, zu verbinden. Sie müssen ihre Aggressionstruppen aus Kampuchea abziehen, damit die Kampucheaner ihre eigenen Probleme allein und ohne fremde Einmischung lösen können. Jede andere Lösung wäre gefährliche Utopie.

V. Zu den angeblichen Massakern der Jahre 1975 – 1978

Es hat keine Massaker gegeben; weder an 3 Millionen, noch an 2 Millionen, noch an 1 Million... Einwohnern des Demokratischen Kampuchea. Es handelt sich hierbei um böswillige Propaganda gewisser reaktionärer Kreise, die von den vietnamesischen Aggressoren und ihren Komplizen unterhalten und angefacht wird.

Die Führer des Demokratischen Kampuchea haben ihr ganzes Leben dem Kampf an der Seite des kampucheanischen Volkes gewidmet, damit ein unabhängiges und souveränes Kampuchea in Ehren und in nationaler Würde auf Dauer bestehen kann. Der Kampf richtete sich nicht nur gegen Kolonialisten und Imperialisten, sondern auch gegen die Strategie der „Indochinesischen Förderation" der gegenwärtigen Hanoier Führer. Diese Strategie wurde schon vor mehr als dreißig Jahren ausgearbeitet und von der „Indochinesichen Kommunistischen Partei" mit Zähigkeit umgesetzt. Sie ist heute für die Zwecke des Unternehmens in „Kommunistische Partei Vietnams" umbenannt. Die ganze Welt muß wissen, daß wir den Sieg vom 17. April 1975, dem Tag der Befreiung Phnom Penhs, dank des heldenhaften Kampfes unseres Volkes gegen den Willen der gegenwärtigen Hanoier Führer errungen haben.

Desgleichen sind die Erfolge beim Aufbau des Landes dank der Unterstützung des Volkes und gegen den Willen derselben Hanoier Führer er-



Ein Guerillakämpfer der Revolutionären Armee des Demokratischen Kampuchea errichtet eine Bambusfalle. Solche Bambusfallen sind überall entlang der Bambuspfade angelegt worden. Während die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren ihre Truppen in bestimmten Gebieten konzentrieren, versetzen ihnen die Guerillas im ganzen Land zahlreiche empfindliche Schläge.

rungen worden. Diese Erfolge sind einheitlich von allen Diplomaten der Länder Südostasiens, des Pazifiks, Afrikas, West- und Nordeuropas, die unser Land besucht haben, anerkannt worden.

Und wer ist zur gegenwärtigen Stunde die Kraft, die den Volkskrieg in Kampuchea, in den sich 200000 Soldaten des vietnamesischen Angreifers verstricken, führt, wenn nicht die Regierung des Demokratischen Kampuchea.

Kann man einen Krieg solchen Ausmaßes ohne starke und aktive Unterstützung des Volkes führen? Und wie kann eine Regierung, die ihr Volk „hinschlachtet", von diesem solch eine Unterstützung erhalten?

Es ist also ganz augenscheinlich, daß es keine „Massaker" gegeben hat.

Wir müssen jedoch deutlich sagen, daß es sehr wohl schwere Fälle ungerechter Unterdrückung gegeben hat, die von seit langer Zeit in unsere Reihen eingedrungenen Agenten Vietnams begangen wurden, um Unruhe im Innern des Demokratischen Kampuchea zu schaffen und seine Regierung zu stürzen.

VI. Einige Klarstellungen über das Eindringen vietnamesischer Agenten in unsere Reihen, über ihre Sabotagetätigkeit und ihre Verbrechen gegen die Bevölkerung

Rufen wir einige kennzeichnende Daten in Erinnerung:

kas, West- und Nordeuropas, die unser Land besucht haben, anerkannt worden.

Und wer ist zur gegenwärtigen Stunde die Kraft, die den Volkskrieg in Kampuchea, in den sich 200000 Soldaten des vietnamesischen Angreifers verstricken, führt, wenn nicht die Regierung des Demokratischen Kampuchea.

Kann man einen Krieg solchen Ausmaßes ohne starke und aktive Unterstützung des Volkes führen? Und wie kann eine Regierung, die ihr Volk „hinschlachtet", von diesem solch eine Unterstützung erhalten?

Es ist also ganz augenscheinlich, daß es keine „Massaker" gegeben hat.

Wir müssen jedoch deutlich sagen, daß es sehr wohl schwere Fälle ungerechter Unterdrückung gegeben hat, die von seit langer Zeit in unsere Reihen eingedrungenen Agenten Vietnams begangen wurden, um Unruhe im Innern des Demokratischen Kampuchea zu schaffen und seine Regierung zu stürzen.

VI. Einige Klarstellungen über das Eindringen vietnamesischer Agenten in unsere Reihen, über ihre Sabotagetätigkeit und ihre Verbrechen gegen die Bevölkerung

Rufen wir einige kennzeichnende Daten in Erinnerung:

– 1945 – 1954: Der Vietminh kam unter dem Vorwand des Kampfes gegen den französischen Kolonialismus, um sich in Kampuchea und Laos festzusetzen. Er profitierte von diesen Bedingungen, um sich auf der Basis eines falschen „Proletarischen Internationalismus" und des Kultes der „Indochinesischen Föderation" willige Agenten zu rekrutieren.

– 1954 – 1970: Aufgrund der Genfer Verträge (20. Juli 1954) waren die Vietnamesen gezwungen, sich aus Kampuchea zurückzuziehen, aber sie nahmen ungefähr 2000 mehrheitlich junge Khmer mit sich. Nach 15 Jahren Indoktrinierung war es ihnen gelungen, aus einem Teil der letztgenannten ergebene Agenten zu machen. Zum anderen traf der Vietcong ab 1965 auf große Schwierigkeiten in Südvietnam und suchte auf unserem Territorium entlang der Grenze Schutz. Er profitierte ein weiteres Mal von unserer Gastfreundschaft und fuhr mit der Herausbildung seiner Agenten fort.

– 1970 – 1975: Die Zahl der sich in Kampuchea aufhaltenden Vietcong und Nordvietnamesen erreichte fast zwei Millionen. Die Vietnamesen setzten ihre Subversion, Sabotage und Infiltration gegen die kampucheanische Revolution noch intensiver und systematischer fort, um Kampuchea verschlucken zu können.

Im Verlaufe dieser aufeinanderfolgenden Zeitabschnitte haben sich diese Agenten auf die Ebene der verschiedenen Organe der militärischen und zivilen Staatsmacht emporschwingen können. Über sie haben ihre vietnamesischen Herren in den Jahren 1975 – 78 ihre Subversion durchführen können.

Trotz der von der Regierung des Demokratischen Kampuchea über die Täter ohne Ansehen ihrer Stellung und ihrer Titel verhängten Strafen haben diese häßliche Verbrechen gegen die Bevölkerung begehen können.

Diese Verbrechen sollten im Innern des Landes Unruhe erzeugen und so die Invasion des Demokratischen Kampuchea durch vietnamesische Truppen erleichtern.

Aber das gesamte kampucheanische Volk, das reich an Erfahrungen eines langen Kampfes ist, hat es seit langem schon gelernt, zwischen seinen wahren Freunden und wahren Feinden zu unterscheiden. Es hat der Regierung des Demokratischen Kampuchea, dessen Vaterlandsliebe es kannte, ohne Zögern seine vorbehaltlose Unterstützung gewährt.

VII. Die Frage des Hungers in Kampuchea und die internationale humanitäre Hilfe

Vor dem Einmarsch der Hanoier Truppen hat sich das Problem des Hungers im Demokratischen Kampuchea nie gestellt. Trotz der Verwüstungen durch den Krieg der Jahre 1970 – 1975 war es unserem Volk und unserer Regierung sehr rasch gelungen, das Ernährungsproblem hauptsächlich im Vertrauen auf die eigenen Anstrengungen zu lösen. In den Jahren 1977 – 78 haben wir sogar begonnen, Reis zu exportieren, während sich in Vietnam die Unterversorgung aufgrund der Fehler der Hanoier Führung von Jahr zu Jahr ohne

ihrer Titel verhängten Strafen haben diese häßliche Verbrechen gegen die Bevölkerung begehen können.

Diese Verbrechen sollten im Innern des Landes Unruhe erzeugen und so die Invasion des Demokratischen Kampuchea durch vietnamesische Truppen erleichtern.

Aber das gesamte kampucheanische Volk, das reich an Erfahrungen eines langen Kampfes ist, hat es seit langem schon gelernt, zwischen seinen wahren Freunden und wahren Feinden zu unterscheiden. Es hat der Regierung des Demokratischen Kampuchea, dessen Vaterlandsliebe es kannte, ohne Zögern seine vorbehaltlose Unterstützung gewährt.

VII. Die Frage des Hungers in Kampuchea und die internationale humanitäre Hilfe

Vor dem Einmarsch der Hanoier Truppen hat sich das Problem des Hungers im Demokratischen Kampuchea nie gestellt. Trotz der Verwüstungen durch den Krieg der Jahre 1970 – 1975 war es unserem Volk und unserer Regierung sehr rasch gelungen, das Ernährungsproblem hauptsächlich im Vertrauen auf die eigenen Anstrengungen zu lösen. In den Jahren 1977 – 78 haben wir sogar begonnen, Reis zu exportieren, während sich in Vietnam die Unterversorgung aufgrund der Fehler der Hanoier Führung von Jahr zu Jahr ohne
Aussicht auf eine Lösung verschlimmerte.

Was heute in Kampuchea geschieht, ist gleichzeitig schmerzlich und empörend. Die vietnamesischen Aggressoren betreiben die systematische Ausrottung unserer Rasse. Sie versuchen, eine systematische Herrschaft des Hungers zu errichten, indem sie plündern und bis zu den Produktionsmitteln, den Zugtieren, alles zerstören, um unserem Volk jede Möglichkeit der Produktion zu nehmen.

Zur gleichen Zeit beuten die Hanoier Führer die von ihnen mit ihren eigenen verbrecherischen Händen so geschaffene Hungerslage aus. Sie suchen die menschlichen Gefühle der internationalen Gemeinschaft zu mißbrauchen, um über diesen Weg gesandte Hilfe für die Zwecke ihres Aggressionskrieges gegen das Demokratische Kampuchea umzuleiten.

Es ist folglich nötig, alle von einem menschlichen Gefühl erfüllten Länder und Organisationen zu warnen, sich nicht von den Aggressoren mißbrauchen zu lassen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit ihre Hilfe nicht die vietnamesischen Aggressionstruppen stärkt.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea ihrerseits nimmt die Hilfe aller Länder und internationalen Organisationen ohne Unterschied und ohne jede politische Bedingung an. All diese Länder und Organisationen können sicher sein, daß die Regierung des Demokratischen Kampuchea, die unter den Entbehrungen ihres Volkes leidet, alle Schwierigkeiten bewältigen wird, um ihrem Volk jegliche Hilfe zukommen zu lassen.

Unterstützung des kämpfenden kampucheanischen Volkes dringender denn je

z.ges. Erneut intensivieren die vietnamesischen Aggressoren ihre Anstrengungen, den organisierten und bewaffneten Widerstand des kampucheanischen Volkes unter Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea zu brechen, um das Land zu annektieren und Zug um Zug mit Vietnamesen zu besiedeln. Dazu paßt die Politik der Erntevernichtung und des Aushungerns, die die Invasionstruppen betreiben. 220000 Mann vietnamesische Truppen befinden sich inzwischen in Kampuchea. Der sowjetische Nachschub läuft auf Hochtouren und eine wachsende Anzahl von sowjetischen Aggressionsexperten treibt sich im Land herum.

Gleichzeitig verschärft sich in der Presse und im Fernsehen der BRD die Hetze gegen das Demokratische Kampuchea und seine Regierung. Das Fernsehen bringt es fertig, hungernde Menschen in dem von vietnamesischen Truppen besetzten Phnom Penh zu filmen und brachliegende und durch den Aggressionskrieg zerstörte Felder zu zeigen, um dann den Hunger und die Not der Regierung des Demokratischen Kampuchea anzulasten.

Die Zeitung „Metall" setzt die US-Aggression von 1970 – 75, den Aufbau des Demokratischen Kampuchea von 1975 – 1978 und die vietnamesische Aggression als Reihe von Ursachen für das jetzige Elend des kampucheanischen Volkes gleich. Ist es wirklich so schwer, sich Informationen über den Aufbau des Demokratischen Kampuchea zu verschaffen, sich zu vergewissern, daß das kampucheanische Volk durch seine Aufbauleistungen den Hunger nicht erzeugt, sondern ihn, eigentlich einleuchtend, bekämpft und besiegt hatte? Die Zeitung „Metall" könnte diese Informationen haben und hat sie auch.

Es nützt nichts, über Aggression und Elend zu jammern. Man muß diejenigen unterstützen, die die Aggression bekämpfen, das kampucheanische Volk und die vom Volk geschaffene Regierung. 20954 hatten bis Dienstag letzter Woche den Aufruf für die internationale Solidaritätskonferenz in Stockholm unterschrieben. Rund 150000 DM sind inzwischen beim KBW eingegangen für die Unterstützung des Widerstandskrieges, dazu kommen einige tausend Mark auf einem zentralen Konto der Aktionseinheit. Man braucht dem Elend nicht zuzuschauen. Man kann was dagegen tun.

កម្ពុជាប្រជាធិបតេយ្យ
Mission permanente du Kampuchea Démocratique auprès de l'O.N.U.à Genève,
26 route de Malagnou, 1208 Genève
Tél. 36 90 48

Ständige Mission
des Demokratischen Kampuchea
bei der UNO in Genf
26 Route de Malagnou,
1208 Genève

Genf, 17. Oktober 1979

Liebe Freunde vom KBW,

mit Freude teilen wir Euch mit, daß wir die Summe von einhundertzwanzigtausend D-Mark erhalten haben als Ergebnis der Spenden, die Eure Organisation unter den Arbeitern in der BRD im Rahmen der großen Kampagne zur Solidarität mit dem Volk von Kampuchea und zur Unterstützung der Regierung des Demokratischen Kampuchea erhalten hat.

Wir haben diese Unterstützung bereits an unsere Regierung weitergeleitet, ebenso wie die Liste der ersten 18000 Unterschriften, die Ihr für die Unterstützung der Internationalen Konferenz zur Solidarität mit dem Volk von Kampuchea am 17./18. November in Stockholm gesammelt habt.

Wir sind überzeugt, daß Eure Solidarität, Hilfe und Unterstützung eine wertvolle Quelle der Ermutigung für unser Volk, für unsere Armee und unsere Regierung darstellen, die im Kampf um das Überleben der Nation von Kampuchea gegen die vietnamesischen Aggressoren, Landräuber und Expansionisten stehen.

Wir möchten die ausgezeichnete Gelegenheit ergreifen, um Eurer Leitung und allen Mitgliedern Eurer Organisation erneut unseren aufrichtigen Dank auszusprechen, und wir bitten Euch, unseren Dank an alle Männer und Frauen weiterzuleiten, die in der BRD unaufhörlich für die Solidarität und Freundschaft mit dem Volk von Kampuchea und seiner legitimen Regierung arbeiten, die in einem gerechten Kampf gegen die Vernichtung ihres Landes und die Auslöschung des Volkes von Kampuchea stehen.

Mit unseren besten Wünschen für weiteren Erfolg und freundschaftlichen Grüßen

Ok Sakun
Ständiger Vertreter



Sofortiger und bedingungsloser Abzug aller vietnamesischen Truppen aus Kampuchea!
Respektierung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität Kampucheas!
Wiederherstellung des Rechts des kampucheanischen Volkes, seine Angelegenheiten selbst zu regeln!
Unterstützung des kämpfenden Volkes von Kampuchea und seiner legitimen Regierung!



Liebe Freunde vom KBW,

mit Freude teilen wir Euch mit, daß wir die Summe von einhundertzwanzigtausend D-Mark erhalten haben als Ergebnis der Spenden, die Eure Organisation unter den Arbeitern in der BRD im Rahmen der großen Kampagne zur Solidarität mit dem Volk von Kampuchea und zur Unterstützung der Regierung des Demokratischen Kam-

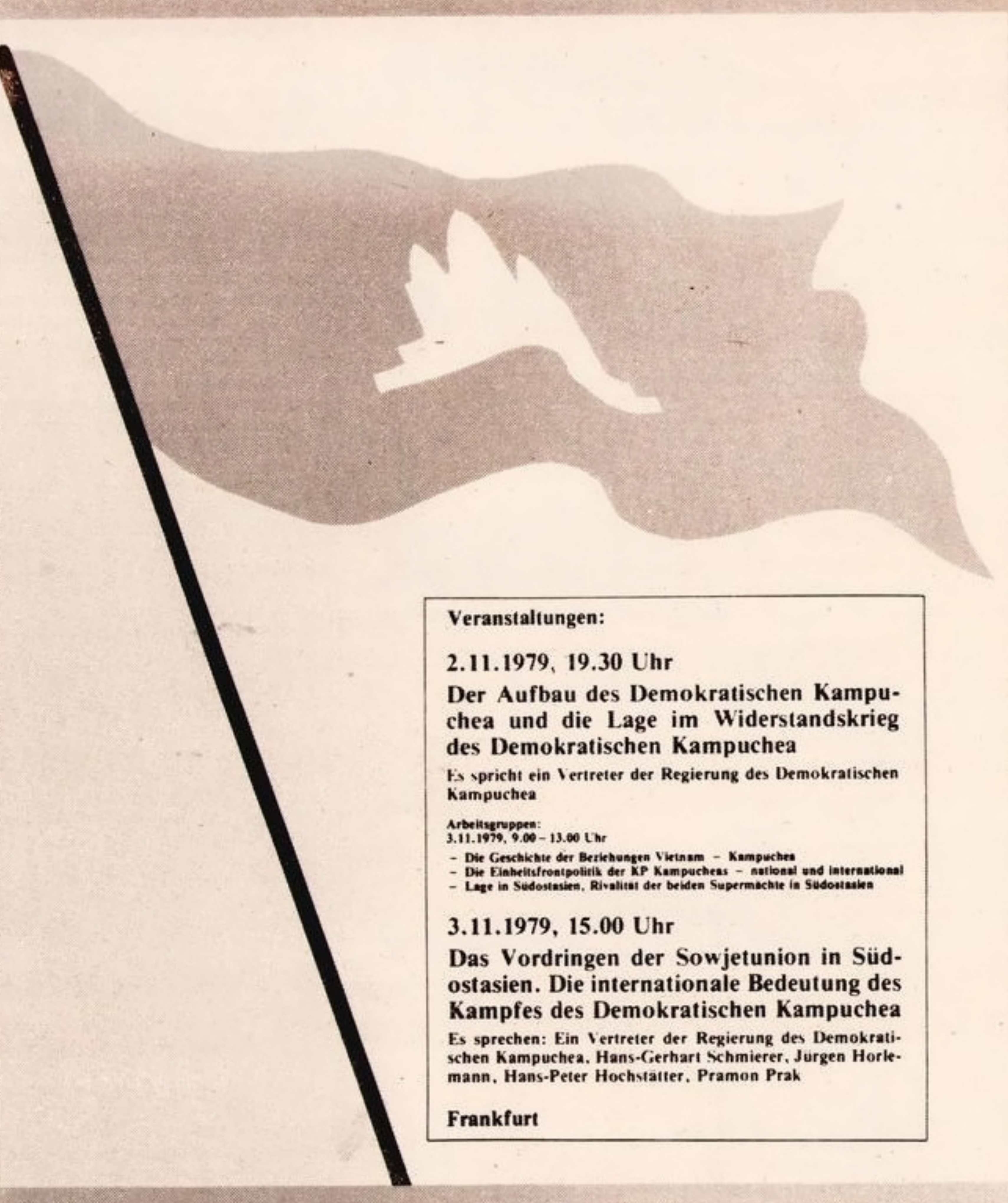
sere Regierung darstellen, die im Kampf um das Überleben der Nation von Kampuchea gegen die vietnamesischen Aggressoren, Landräuber und Expansionisten stehen.

Wir möchten die ausgezeichnete Gelegenheit ergreifen, um Eurer Leitung und allen Mitgliedern Eurer Organisation erneut unseren aufrichtigen Dank auszusprechen, und wir bitten Euch,

Ständiger Vertreter

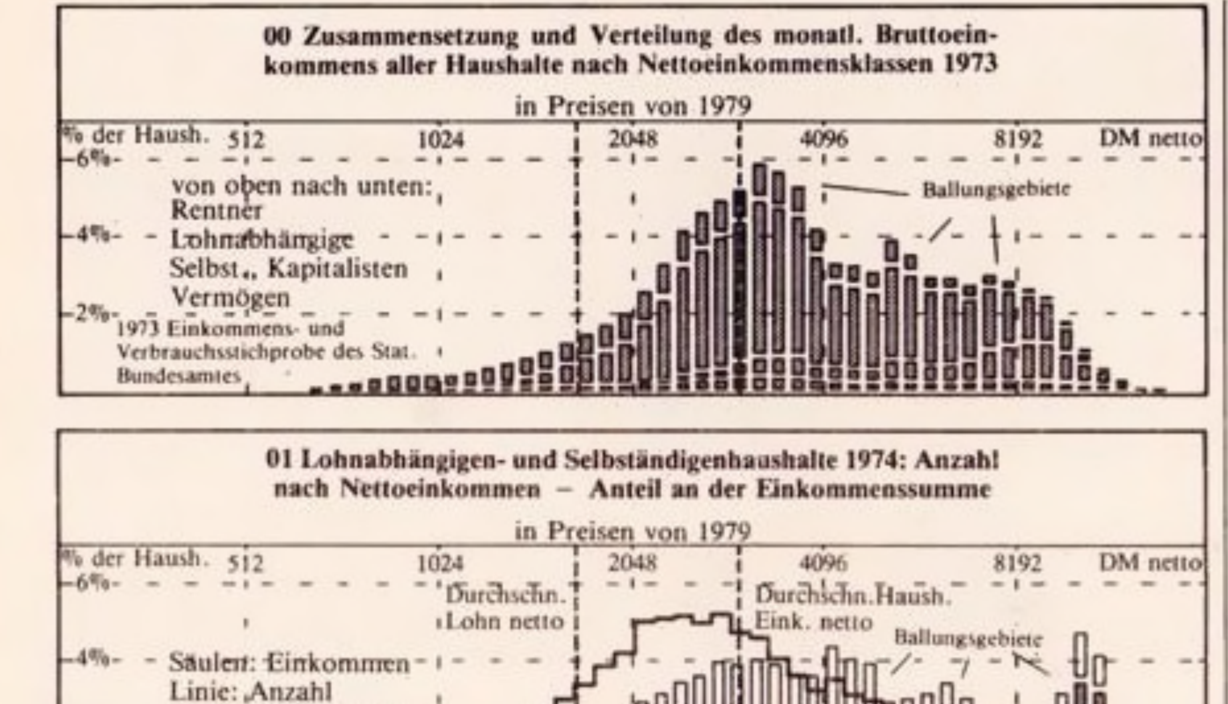


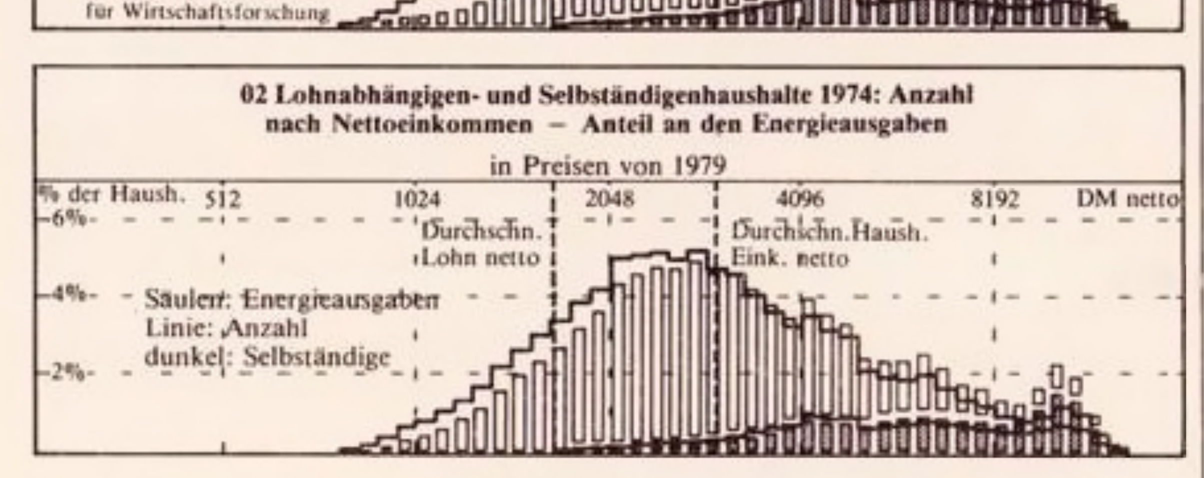
Sofortiger und bedingungsloser Abzug aller vietnamesischen Truppen aus Kampuchea!
Respektierung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität Kampucheas!
Wiederherstellung des Rechts des kampucheanischen Volkes, seine Angelegenheiten selbst zu regeln!
Unterstützung des kämpfenden Volkes von Kampuchea und seiner legitimen Regierung!

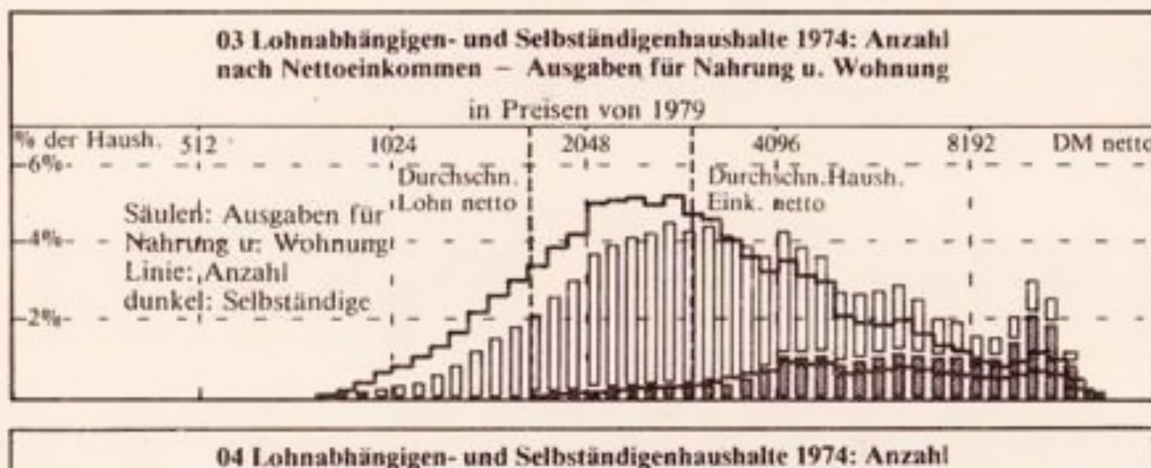


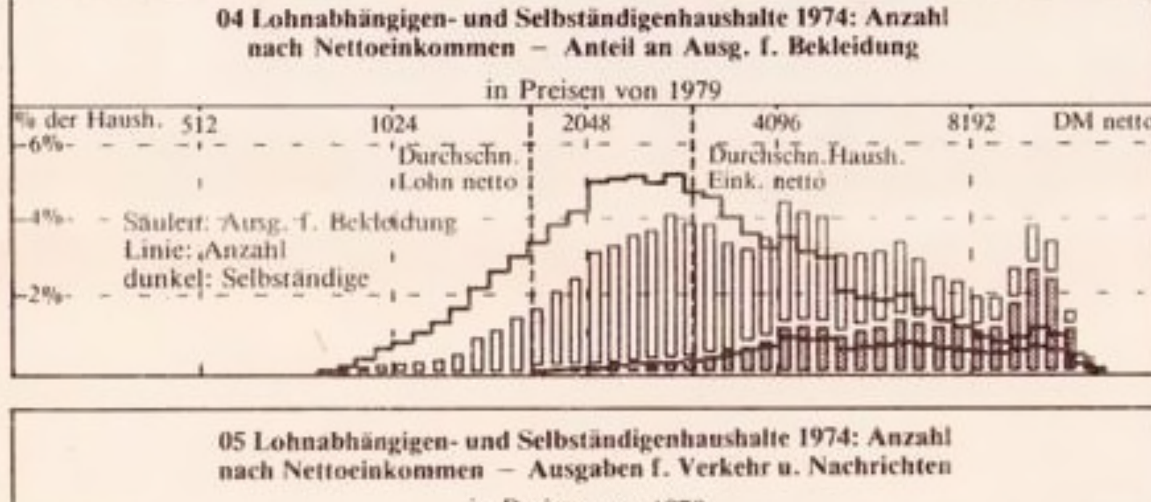
Internationale Solidaritätskonferenz mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes für nationale Unabhängigkeit gegen die vietnamesische Aggression
Stockholm, 17./18. November 1979

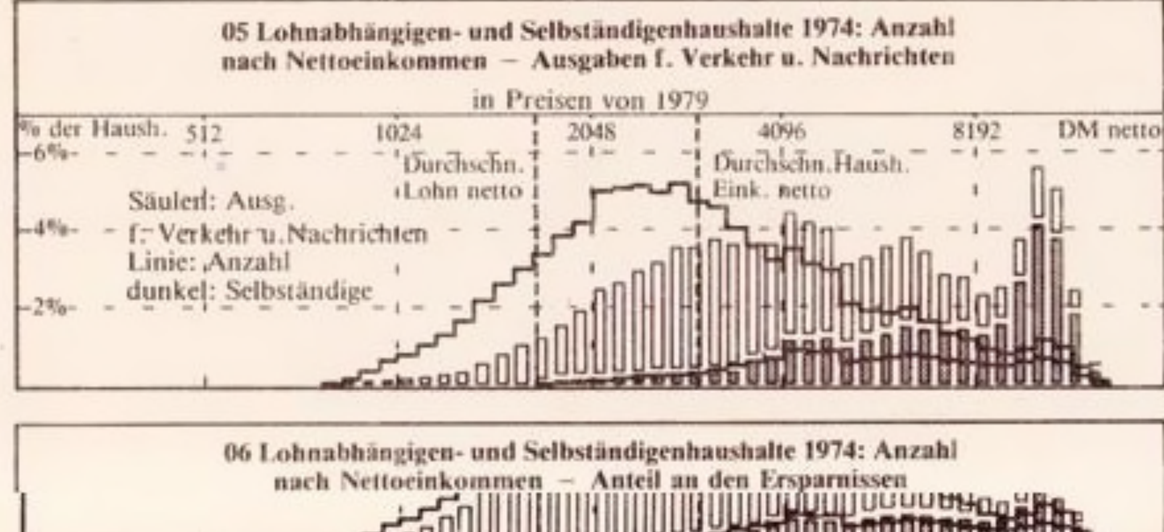
Daten zur politischen Basis der F.D.P.



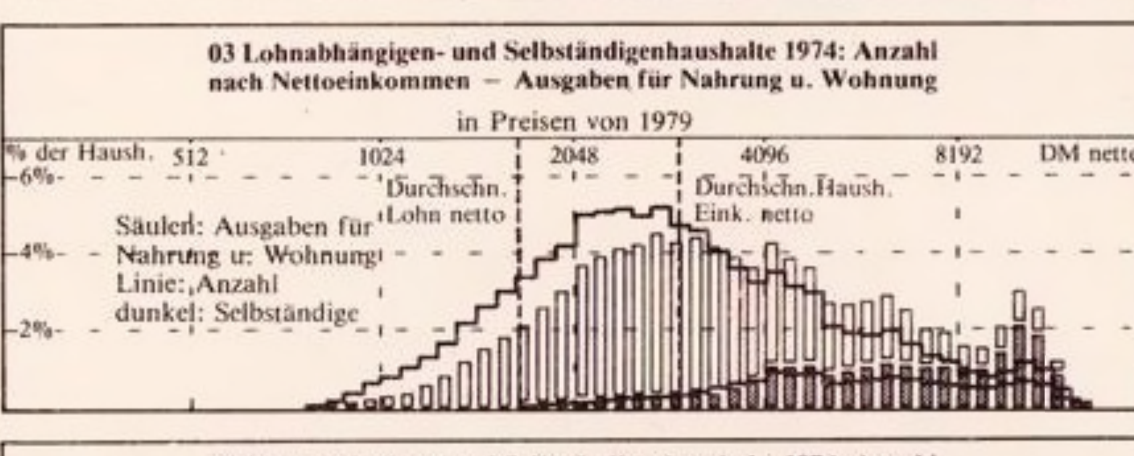




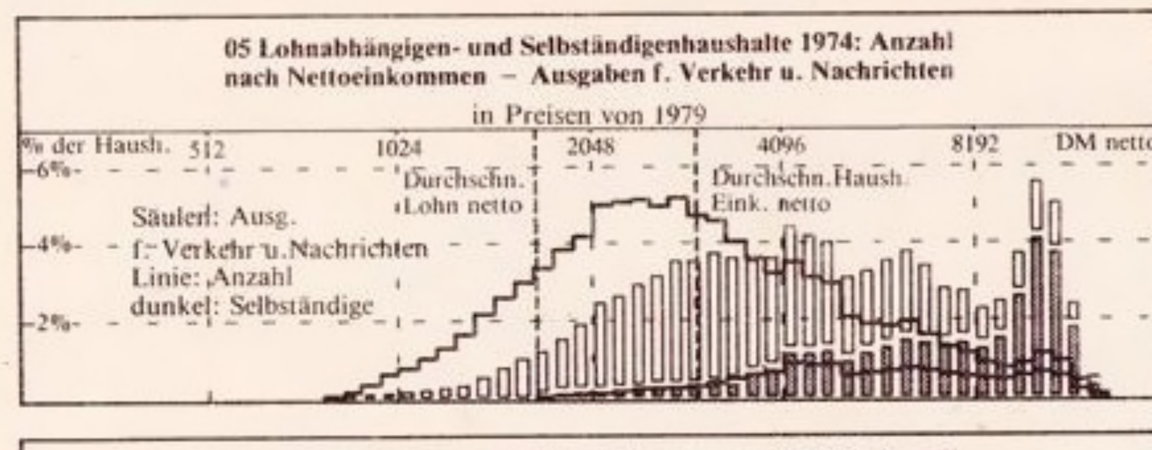


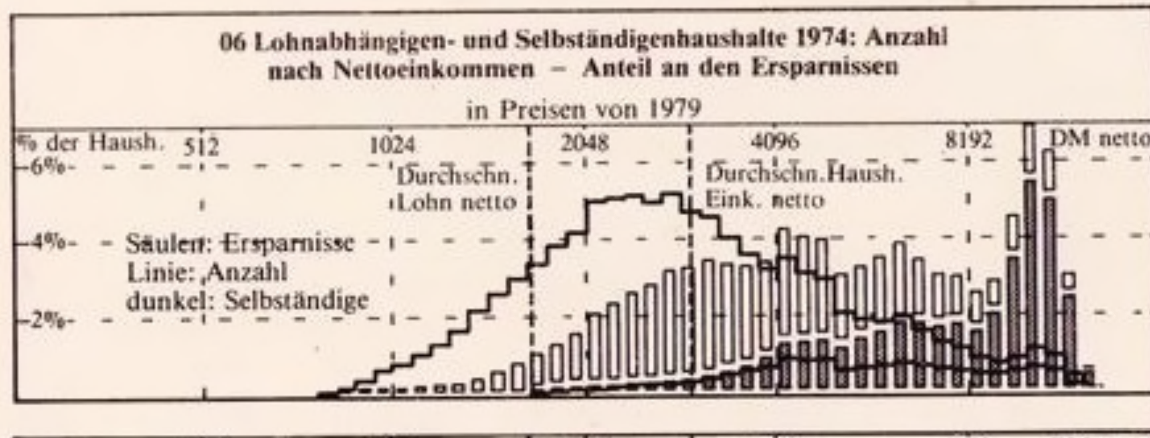


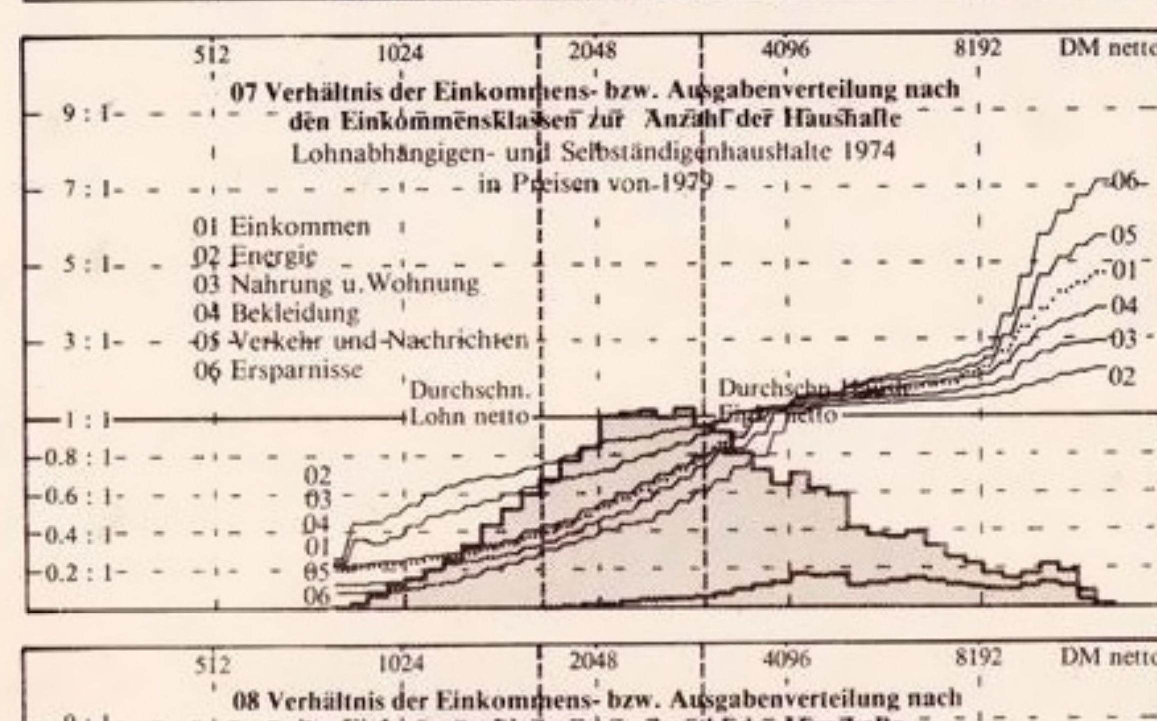
06 Lohnabhängigen- und Selbständigenhaushalte 1974: Anzahl nach Nettoeinkommen – Anteil an den Ersparnissen

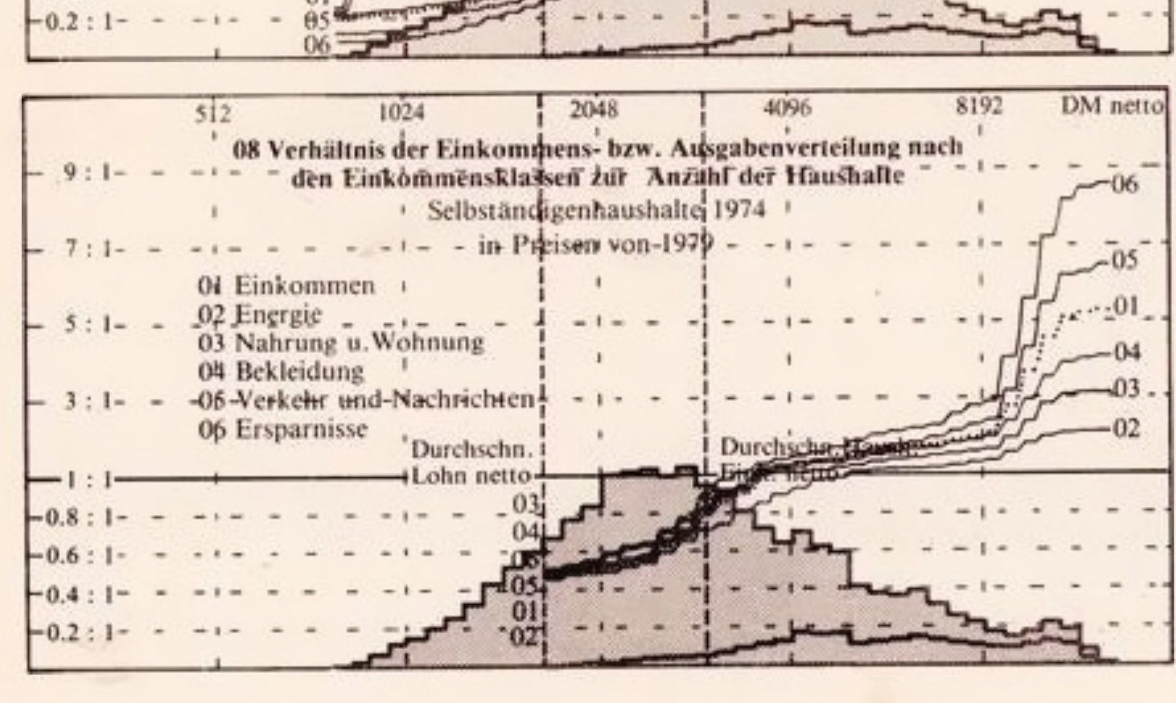












z.maf. Welche Sphäre der kapitalistischen Klassengesellschaft man auch untersucht, stets wird man – mehr oder minder deutlich abgebildet – die Spaltung der Gesellschaft in zwei Hauptklassen, die Arbeiterklasse und die Kapitalistenklasse, als bestimmendes Moment widergespiegelt finden. Aber zwischen diesen beiden polaren Gesellschaftsklassen bleibt aus der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus sowohl ein Rest von Mittelklassen übrig, wie der verfaulende Kapitalismus in immer neuen Schattierungen auch noch eine neue Mittelklasse hervorbringt. In Preisen von 1979 ausgedrückt, erstreckt sich diese Zone, gemessen in der Sphäre der Reproduktion, von den verfügbaren Haushaltseinkommen 3500 netto bis hin zu an die 10000 netto. Der Form nach kommen diese Leute zu ihrem Geld: als „Selbständige", als „höhere Angestellte und Beamte", als Kleinrentiers, die aus „Vermögen" leben, oder, im Ruhestand befindlich, als „Rentner", die von allen anderen Rentnern durch die Höhe ihrer Bezüge unterschieden sind, die aus privater Versicherung während der Zeit der Tätigkeit sich ergibt.

Wir haben nun bei allen Untersuchungen der Reproduktionssphäre gefunden, daß sich oberhalb des „durchschnittlich verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte" drei Ballungsgebiete auf der Einkommensskala abbilden. In Preisen von 1979 sind die Maxima dieser drei Gruppen bestimmt mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 4240 DM, von 6420 DM und von 10450 DM. Diese drei Einkommensgruppen sind gebildet sowohl bei den „Selbständigen" wie auch bei den „abhängig Beschäftigten". Die Übergänge zwischen diesen drei Gruppen sind fließend und schwammig. Die erste Gruppe reicht weit hinunter, man sieht das bei den „Selbständigen", bis ungefähr zu einem Familieneinkommen, das dem Netto-Durchschnittslohn entspricht.

In welchem Bezug stehen diese drei Gruppen nun zum grundlegenden Verhältnis der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten? Gibt es Merkmale, die diesen Einkommensklassen gemeinsam sind, gleich ob sie „selbständig" oder „abhängig beschäftigt" sind? Wir meinen ja.

In der ersten Gruppe bildet die hoch ausgebildete Berufsgeschicklichkeit das Hauptmoment. In der zweiten Gruppe ist sowohl eine hoch ausgebildete Berufsgeschicklichkeit wie auch, wenn unselbständig, Kontrolle und Antreibung, wenn selbständig, Ausbeutung fremder Arbeit anzutreffen. In der dritten Gruppe mag es noch Berufsgeschicklichkeit geben, aber sie verblaßt zunehmend hinter der Ge-

funden, daß sich oberhalb des „durchschnittlich verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte" drei Ballungsgebiete auf der Einkommensskala abbilden. In Preisen von 1979 sind die Maxima dieser drei Gruppen bestimmt mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 4240 DM, von 6420 DM und von 10450 DM. Diese drei Einkommensgruppen sind gebildet sowohl bei den „Selbständigen" wie auch bei den „abhängig Beschäftigten". Die Übergänge zwischen diesen drei Gruppen sind fließend und schwammig. Die erste Gruppe reicht weit hinunter, man sieht das bei den „Selbständigen", bis ungefähr zu einem Familieneinkommen, das dem Netto-Durchschnittslohn entspricht.

In welchem Bezug stehen diese drei Gruppen nun zum grundlegenden Verhältnis der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten? Gibt es Merkmale, die diesen Einkommensklassen gemeinsam sind, gleich ob sie „selbständig" oder „abhängig beschäftigt" sind? Wir meinen ja.

In der ersten Gruppe bildet die hoch ausgebildete Berufsgeschicklichkeit das Hauptmoment. In der zweiten Gruppe ist sowohl eine hoch ausgebildete Berufsgeschicklichkeit wie auch, wenn unselbständig, Kontrolle und Antreibung, wenn selbständig, Ausbeutung fremder Arbeit anzutreffen. In der dritten Gruppe mag es noch Berufsgeschicklichkeit geben, aber sie verblaßt zunehmend hinter der Ge-

schicklichkeit, die Arbeit anderer auszubeuten, entweder als Kapitalist, oder als Kapitalmanager.

Auf die Bauern, die hier unter der Kategorie der „Selbständigen" in der Statistik mitberücksichtigt sind, kann man diese Betrachtung nur bedingt anwenden. Es nützt die beste Berufsgeschicklichkeit nichts, wenn es an Land fehlt, und daher teilen die Bauern viele Vorurteile dieser Einkommensklassen nicht.

Es ist richtig spannend zu sehen, daß die Einkommens- und die Verbrauchsstruktur der Haushalte der „Selbständigen" im oberen Skalenbereich die ganz ähnliche Struktur aufweist, wie die der „abhängig Beschäftigten". Ob sie ihre gut ausgebildete Berufsgeschicklichkeit einem Kapital andienen oder ob sie „selbständig" sind, ob sie ihre Fertigkeiten zur Kontrolle der Arbeit anderer selbst entfalten oder für ein Kapital, oder ob sie sich endlich zum kleinen Kapitalisten mausern oder für einen Kapitalisten die Arbeit machen, es kommt ungefähr auf's gleiche hinaus.

Die Politik der F.D.P. basiert auf diesen drei Gruppen: Im einen Extrem appelliert sie an die hohe Berufsgeschicklichkeit und macht daraus die Ideologie von der Leistung, die doch etwas ganz anderes ist. Im anderen Extrem appelliert sie brutal an die Erfreulichkeiten des Lebens, die mit hohem Einkommen verbunden sind, und setzt die entsprechenden Sicherungen durch. „Unten" propagiert sie die Freiheit des Emporkommens, „oben" weckt sie die Brutalität des Emporkömmlings.



Oktober 1969: „Sofortprogramm zur Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung". Ausbau des Bundeskriminalamtes, erweiterte Einsetzbarkeit des Bundesgrenzschutzes, Überwachung der Ausländerorganisationen. – März 1972: „Schwerpunktprogramm Innere Sicherheit".

Die F.D.P. wirkt auf die Arbeiterbevölkerung und insbesondere deren Nachwuchs ein mit der Propaganda der freien Bahn, die der Tüchtige habe oder wenigstens haben müsse. Indem sie so herumredet, kann die F.D.P. in allen Punkten, die das kollektive Interesse der Arbeiterklasse betreffen, eine äußerst reaktionäre Linie verfolgen. Allerdings muß in der Bevölkerungsschichtung für diese Propaganda auch ein handfester Anhaltspunkt sein. Man muß zu einer ausreichenden Reproduktion gelangen können, ohne sich unter die Kapitalisten aufschwingen zu müssen. Diese Einkommenszone gibt es, wie die Berechnung der Verbrauchsstatistik zeigt, bei den Netto-Haushaltseinkommen von rund 4000 bis rund 8000 DM. In dieser Zone bleibt der Anteil am Verbrauch mit dem Anteil an der Bevölkerung fast proportional, und erst danach explodiert der Verbrauch zur Verschwendung. Alle politischen Maßnahmen der F.D.P. sind darauf gerichtet, diese Zone zu erhalten und zu fördern, und zwar immer auf Kosten der Arbeiterklasse. Ist hierfür Unterdrückung nötig, fällt die liberale Fassade sogleich.

1953. Wahlprogramm der FDP. Eine gute Sozialpolitik setzt eine gute Wirtschaftspolitik voraus. Sie gelingt nur, wenn das Volkseinkommen durch Anwendung marktwirtschaftlicher Grundsätze laufend vergrößert wird. Ziel einer freiheitlichen Sozialpolitik ist, den Menschen aus der Abhängigkeit eines Massenwesens herauszuheben und ihm ein eigenständiges Dasein zu ermöglichen. (...) Die FDP fordert insbesondere:

1. Gleiche Entwicklungsmöglichkeiten und freie Berufswahl für alle. 2. Recht auf freien Wechsel des Arbeitsplatzes. Ablehnung der „Bewirtschaftung" der menschlichen Arbeitskraft. 3. Bejahung der Koalitionsfreiheit und Ablehnung des Koalitionszwanges. 4. Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes durch fortschreitende Ausweitung der Produktion. 5. Bildung von Eigentum in allen Formen. 6. Sozialen Wettbewerb der Unternehmer um die Entwicklung der betrieblichen Partnerschaft, insbesondere durch Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des einzelnen Arbeitnehmers an seinem Arbeitsplatz. (...)

Die freie Demokratie gewinnt an Festigkeit mit der Ausbreitung einer ma-

lung der Angestellten. 6. Reform der Beamtenbesoldung, die eine zeitgemäße und den Leistungen entsprechende Bewertung sichert. 7. Angemessene Bewertung der geistigen Arbeit. 8. Maßnahmen zur Förderung aller mittelständischen Berufe. 9. Sicherstellung des sozialen Aufstiegs der Arbeiterschaft.

1957. Berliner Programm der FDP. Unser gesellschaftspolitisches Ziel ist der krisenfeste Arbeiter auf der Sicherungsgrundlage des Eigentums. (...) Deshalb treten wir ein für eine (...) sozialorientierte Lohnpolitik, die auf der Grundlage der Tarifvertragsautonomie der Sozialpartner darauf achtet, daß die Lohnentwicklung sich ständig in Einklang befindet mit der volkswirtschaftlichen Produktivitätssteigerung; (für eine) leistungsgebundene Ertragsbeteiligung als ein bedeutsames Mittel, die Lohngestaltung in den Dienst sowohl der Produktivitätssteigerung als auch der persönlichen Eigentumsbildung zu stellen. Alle dem System der Beteiligung der Arbeitnehmer am gemeinsam erarbeiteten Betriebsertrag entgegenstehenden steuerlichen Erschwernisse sind zu beseitigen; (...) Verkürzung der Arbeitszeit mit dem

Netto-Haushaltseinkommen von rund 4000 bis rund 8000 DM. In dieser Zone bleibt der Anteil am Verbrauch mit dem Anteil an der Bevölkerung fast proportional, und erst danach explodiert der Verbrauch zur Verschwendung. Alle politischen Maßnahmen der F.D.P. sind darauf gerichtet, diese Zone zu erhalten und zu fördern, und zwar immer auf Kosten der Arbeiterklasse. Ist hierfür Unterdrückung nötig, fällt die liberale Fassade sogleich.

1953. Wahlprogramm der FDP. Eine gute Sozialpolitik setzt eine gute Wirtschaftspolitik voraus. Sie gelingt nur, wenn das Volkseinkommen durch Anwendung marktwirtschaftlicher Grundsätze laufend vergrößert wird. Ziel einer freiheitlichen Sozialpolitik ist, den Menschen aus der Abhängigkeit eines Massenwesens herauszuheben und ihm ein eigenständiges Dasein zu ermöglichen. (...) Die FDP fordert insbesondere:

1. Gleiche Entwicklungsmöglichkeiten und freie Berufswahl für alle. 2. Recht auf freien Wechsel des Arbeitsplatzes. Ablehnung der „Bewirtschaftung" der menschlichen Arbeitskraft. 3. Bejahung der Koalitionsfreiheit und Ablehnung des Koalitionszwanges. 4. Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes durch fortschreitende Ausweitung der Produktion. 5. Bildung von Eigentum in allen Formen. 6. Sozialen Wettbewerb der Unternehmer um die Entwicklung der betrieblichen Partnerschaft, insbesondere durch Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des einzelnen Arbeitnehmers an seinem Arbeitsplatz. (...)

Die freie Demokratie gewinnt an Festigkeit mit der Ausbreitung einer ma-

lung der Angestellten. 6. Reform der Beamtenbesoldung, die eine zeitgemäße und den Leistungen entsprechende Bewertung sichert. 7. Angemessene Bewertung der geistigen Arbeit. 8. Maßnahmen zur Förderung aller mittelständischen Berufe. 9. Sicherstellung des sozialen Aufstiegs der Arbeiterschaft.

1957. Berliner Programm der FDP. Unser gesellschaftspolitisches Ziel ist der krisenfeste Arbeiter auf der Sicherungsgrundlage des Eigentums. (...) Deshalb treten wir ein für eine (...) sozialorientierte Lohnpolitik, die auf der Grundlage der Tarifvertragsautonomie der Sozialpartner darauf achtet, daß die Lohnentwicklung sich ständig in Einklang befindet mit der volkswirtschaftlichen Produktivitätssteigerung; (für eine) leistungsgebundene Ertragsbeteiligung als ein bedeutsames Mittel, die Lohngestaltung in den Dienst sowohl der Produktivitätssteigerung als auch der persönlichen Eigentumsbildung zu stellen. Alle dem System der Beteiligung der Arbeitnehmer am gemeinsam erarbeiteten Betriebsertrag entgegenstehenden steuerlichen Erschwernisse sind zu beseitigen; (...) Verkürzung der Arbeitszeit mit dem

teriell gesicherten und damit unabhängigen Mittelschicht ... Deshalb fordert die FDP: 1. Milderung der Steuerlasten und Vereinfachung des Steuersystems. 2. Ausbau der Selbstverwaltung der Berufsgruppen. 3. Bevorzugte Pflege des Personalkredites. (...) 5. Wirtschaftliche und soziale Besserstel-

Ziel der Fünf-Tage-Woche. (...) Ihre stufenweise Verwirklichung hat sich nach Maßgabe der volkswirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung zu vollziehen. (...)

1969. Wahlplattform der FDP. Die F.D.P. will die Mitwirkung und Mit-



„Die freie Wahl des Arbeitsplatzes, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie die Selbstbe-













Aufstockung von Bereitschaftspolizei und Grenzschutz auf knapp 50000 Mann, Verfassungsschutzkonzentration, Zentralisierung der Nachrichtendienste. – Februar 1974: Programm der Innenminister zum Ausbau des Polizeiapparates, des „integrierten Nachrichtenverbundnetzes" und der Bewaffnung (u.a. Maschinengewehre und Handgranaten). – Dezember 1974, fortgesetzt April 1976, August 1976, September 1977: Verteidigerausschlußgesetze, Strafrechtsverschärfungen (u.a. §§88a, 130a), Kontaktsperregesetz, Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz. April 1978: weitere Einschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses u.a. wegen „Verdachts politischer Straftaten", Verfeinerung der Straftatbestimmungen im Versammlungsgesetz.

verantwortung der Arbeitnehmer in den Betrieben stärken. Die paritätische Mitbestimmung des Montan-Modells schafft dies nicht. Sie fördert vielmehr neue Machtkonzentrationen, ohne den Freiheitsspielraum des einzelnen zu erweitern. Die F.D.P. fordert: Die Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes müssen endlich voll ausgeschöpft werden. Zusätzlich soll dieses Gesetz ausgebaut werden. Das Recht betrieblicher Minderheiten muß gestärkt werden. Jeder einzelne muß über wirtschaftliche Lage und Aussichten seines Unternehmens besser unterrichtet werden.

1971. Freiburger Thesen der FDP. Betriebliche Mitbestimmung. Oberstes Organ der Vertretung der Arbeitnehmer in sozialen und personellen Angelegenheiten ist der Betriebsrat. Oberstes Organ der Vertretung der Arbeitnehmer in technischen und ökonomischen Angelegenheiten ist der Wirtschaftsausschuß. (...) Der Wirtschaftsausschuß setzt sich zusammen zu je einem Drittel aus Delegierten des Betriebsrates, der Arbeitsgruppen und der Gruppe der Angestellten. (...) Die Beschäftigten der Arbeitsbereiche eines Betriebes bilden Arbeitsgruppen überschaubarer Größe. Sie wählen zur Vertretung der Angelegenheiten der Arbeitsbereiche Gruppensprecher.

1976. Wahlprogramm der FDP. Die F.D.P. lehnt ein Streikrecht für Beamte ab. Sie setzt sich für die Einführung von Notdienstregelungen für die Arbeitnehmerbereiche ein, in denen auch im Streikfall öffentliche Dienste gewährleistet bleiben müssen. Die F.D.P. wendet sich gegen ungerechtfertigte Nivellierung in der Besoldungs- und Tarifpolitik. Auch im öffentlichen Dienst muß sich Leistung lohnen. (...)

Gesundheitspolitik: Das gegliederte System von Pflichtkassen, Ersatzkassen und Privatversicherungen ist beizubehalten. Deren Selbstverwaltung muß gesichert und gestärkt werden. Diese Gliederung ermöglicht Wettbewerb, individuelle Vorsorge und Wahlfreiheit. Die F.D.P. tritt für Modellversuche mit flexiblen Beitragssätzen und Selbstbeteiligung ein. (...) Degressive Pflegesätze sollen die oft zu langen Verweildauern im Krankenhaus abkürzen.

1977. Kieler Thesen der FDP. Ausbau der Selbstbestimmungsrechte des einzelnen am Arbeitsplatz durch die Garantie unveräußerlicher Individualrechte und Institutionalisierung von überschaubaren Arbeitsgruppen mit autonomen Rechten und Pflichten und wechselnden demokratisch gewählten Gruppensprechern. (...) Das Recht des Bürgers auf Arbeit ist ein soziales Grundrecht, das den Staat zur Vollbeschäftigungspolitik verpflichtet; es ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einem individuellen, einklagbaren Rechtsanspruch auf einen Arbeitsplatz. Ein so verstandenes Recht auf Arbeit wäre nur möglich, wenn der Staat den Bürger zur Arbeit verpflichten und ihm seinen Arbeitsplatz nach Art und Ort zuweisen könnte. (...) Liberale Beschäftigungspolitik gibt arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen Vorrang vor arbeitsplatzverteilenden. Wenn aber traditionelle Wachstumspolitik, Wirtschaftsstrukturpolitik, staatliche Nachfrageanreize und gezielte Arbeitsmarktmaßnahmen nicht genügend Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, so müssen Möglichkeiten, die Lebensarbeitszeit zu verringern, geschaffen werden. Hierbei haben diejenigen lebensarbeitszeitverkürzenden Maßnahmen Vorrang, die Wahlmöglichkeiten für die Beschäftigten eröffnen, die sich mit bildungs- und gesellschaftspolitischen Zielen decken, die rücknehmbar und gesamtwirtschaftlich kostenneutral sind und Produktivitätssteigerung berücksichtigen.

1979. Bundesparteitag der FDP. Nach dem Grundgedanken der Rentenreform von 1957 schlagen die Freien Demokraten vor, daß die Renten zukünftig in dem selben Maße steigen, wie die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer. Dazu sollte ein Abschlag von dem Rentenzahlbetrag vorgenommen werden. Der Abschlag soll der Mehrbelastung des Einkommens der Arbeitnehmer mit Steuern und Sozialabgaben, die im vorvergangenen Kalenderjahr eingetreten ist, entsprechen.

stimmung der Konsumenten sind jedoch wesentliche Grundlagen liberaler Politik." Kieler Thesen der FDP, 1977

Von der revolutionären Demokratie zum liberalen Kretinismus

Georg Weerth, 1848

Kein schöner Ding ist auf der Welt, als seine Feinde zu beißen

Kein schöner Ding ist auf der Welt,
Als seine Feinde zu beißen,
Als über all die plumpen Gesell'n
Seine lustigen Witze zu reißen.

So dacht' ich und stimmte die Saiten schon
Da ward ich versetzt in Ruhstand.,
Aus war der Spaß; die heil'ge Stadt Köln
Ward erklärt in Belagerungszustand.

Von Bajonetten starrte die Stadt
Wie ein Stachelschwein. Rings um den Neumarkt
Wogten die preußischen Erzengel bis
Zum Hahnentor und zum Heumarkt.

Und ein Leutnant zog vor unsere Tür
In kriegerischer Begleitung
Und proklamierte trommelnd den Tod
Der „Neuen Rheinischen Zeitung".

Da griff ich zum Stab, und ich eilte fort,
Die Brust voller Kummer und Ärger.
Zum Herrn Soherr nach Bingen floh ich; dort trinkt
Man vorzüglichen Scharlachberger.

„In Köln war wirklich ein arger Skandal"
Begann ich zum alten Herrn Soherr,
„Barrikaden kamen in Masse, man weiß
Bei Gott nicht, von wannen und woher.

Sie wurden im Nu emporgebaut
Von Händen, energischen, raschen,
Aus Dombausteinen und Kirchenstühl'n
Und aus ausgetrunkenen Flaschen.

Es wehte die Fahne der Republik,
Und ein Tag war's, ein fürchterlicher,
Steckbrieflich werden die Häupter verfolgt,
Kein ehrlicher Mann ist mehr sicher.

Die Insurgenten wurden verjagt,
Und proklamiert ward eilig das Standrecht;
Das ist wahrhaftig noch schlimmer als
Das alte preußische Landrecht.

Herr Engels, der ist Diktator von Köln,
Bis wieder die Sonne der Ruh' scheint,
Der Stadtkommandant, Herr Engels, der hat
Die Bürgerwehr Kölns entkuhbeint."

...

„Der Stadtkommandant, Herr Engels, der hat
Die Macht jetzt, die materielle.
Doch Herr Joseph DuMont in Köln, der besitzt
Die intellektuelle.

Denn die „Kölnische Zeitung" ist einzig allein
Der Unterdrückung entgangen;
Die anderen Blätter wurden verpönt,
Gebraten, gesotten, gehangen.

Die „Kölnische Zeitung" ward lang redigiert
Mit Rotstift und Schere, nicht ohne
Talent von der alten Frau DuMont, doch
Die starb, und Joseph, dem Sohne,

Überließ sie das hübsche Annoncengeschäft,
Und Joseph ist reich geworden
An den Gütern des Glücks und bekommt gewiß
auch bald noch seinen Orden."

...

So sprachen wir wohl; und Herr Soherr, mein Freund,
Viel köstliche Späße machte.
Der junge Herr Morgen verschiedenemal
Seine herzlichen Tauträuen lachte.

...

Und der Keller erschloß sich. Und balde war'n
Wir in sehr erfreulicher Andacht;
Und nicht an Herrn Engels und nicht an Köln,
Sondern nur an den Wein jedermann dacht.

Und sangen: O Jerum, Jerum, Je!
Und lagen uns in den Armen.
Hosianna! – Da flogen die Türen auf,
Und herein traten zwei Gendarmen.

Gendarmen hasse ich wie die Pest;
Ich hasse sie mehr als Spinnen,
Als grüne Seife – Du lieber Gott,
Was soll ich nun beginnen!

Der eine zog ein Signalement
Aus seiner schäbigen Tasche,
Und mich betrachtend mit stierem Blick,
Begann er zu murmeln rasche:

„Fünf Fuß, zehn Zoll – die Haare blond,
Olympisch gewölbt die Stirne –
Ein roter Bart – Statur ist schlank –
Kennzeichen: Viel Gehirne.

Auch macht er Verse – spricht kein Latein,
Blaß ist er wie große Geister –
Die Zähne sind gut – Verehrter Herr,
Ohne Umschweife viel: wie heißt er?"

Da hob ich mich würdig empor und sprach:
„Ich heiße Charlemagne!
Wollhändler bin ich in Aachen und trink
Recht gerne den Wein der Champagne.

Ich spekuliere in Trüffeln und Öl,
Mein Bankier empfängt mich prächtig!"
Da sprach der erste Gendarme: „Mein Herr,
Dies ist ausnehmend verdächtig!"

Ich aber fuhr fort: „Auch Spiritus
Verkauf' ich von hoher Reinheit;
Nahm Aktien auf jede Luftschiffahrt
Sowie auf die deutsche Einheit.

Bei Tage besorge ich mein Geschäft,
Doch nachts, da treibe ich Späße."
Da sprach der zweite Gendarme: „Mein Herr,
Wo haben Sie Ihre Pässe?"

„Meinen Paß! Meinen Paß! – Oh, wollen Sie nicht
Sich gütigst ein wenig setzen?
Oh, trinken Sie doch einen Becher Wein,
Das würde mich sehr ergetzen!

Mein Paß! Mein Paß! – Ach leider ist
Er gescheitert am Lurlei neulich.
Oh, trinken Sie doch einen Becher Wein,
Das wäre mir sehr erfreulich!"

Und dein gedacht ich und deiner Tat,
Odysseus, du ränkevoller!
Und meine beiden Zyklopen ließ
Ich saufen toller und toller.

...

Und versicherte: Köln befinde sich wohl
Bei seinem Belagerungszustand
Da schwieg ich; die beiden Zyklopen war'n
In dem komfortabelsten Zustand.

Sie schnarchten, wie einst das Volk geschnarcht,
Das deutsche, und ihre Beine
Und Arme, die starrten regungslos
Vom Schlaf und vom süßen Weine.

Sie schliefen. – So schlief auch Polyphem;
Und geblendet ward der Riese
Durch den herrlichen Dulder Odysseus. Soll
Ich jetzo blenden auch diese?

...

Und ausdrücklich bemerk' ich, daß rücksichtsvoll
Ich nicht geblendet die beiden.
Doch dem alten Soherr sprang ich sofort
An den Hals und jauchzte vor Freuden:

„Ade, Herr Soherr! Dein Wein war gut,
Vorüber ist all mein Ärger!
Und lange noch werde ich denken an
Euren göttlichen Scharlachberger.

Ade! Euer Wein war trefflich; und
Ihn preis' ich nach allen Winden
Einst wird auch schlagen unsere Stund'
Da wird sich alles finden."

Carl Engels, Stadtkommandant in Köln während des Belagerungszustands vom 16.9. – 12.10.1848.
Entkuhbeint: entwaffnet. „Kuhbein" hießen die Gewehre wegen ihrer Form.
Joseph DuMont (1811 – 1861), Verleger der „Kölnischen Zeitung"
Maria Katharina DuMont-Schauberg (1779 – 1845), Mutter von Joseph DuMont
Charlemagne: Karl der Große (742 – 814)
Odysseus, griechische Sagengestalt, blendete auf der Irrfahrt nach dem Krieg in Troja den Zyklopen Polyphem, einen Sohn des Meergottes Poseidon.

Reinhard Mey, 1974

Bevor ich mit den Wölfen heule

Bevor ich mit den Wölfen heule,
Werde ich lieber harzig, warzig, grau,
Verwandele ich mich in eine Eule
Oder vielleicht in eine graue Sau.
Ich laufe nicht mit dem Rudel,
Ich schwimme nicht mit im Strudel,
Ich habe noch nie auf Befehl gebellt.
Ich lasse mich nicht verhunzen:
Ich will nach Belieben grunzen
Im Alleingang, wie es mir gefällt!

Ich will in keinem Haufen
Raufen,
Laß mich mit keinem Verein
Ein!

Rechnet nicht mit mir beim Fahnenschwenken,
Gleich welcher Farbe sie auch sei'n.
Ich bin noch imstand, allein zu denken,
Und verkneif' mir das Parolenschrein.
Und mir fehlt, um öde Phrasen,
Abgedroschen, aufgeblasen,
Nachzubeten jede Spur von Lust
Und es paßt, was ich mir denke,
Auch wenn ich mich sehr beschränke,
Nicht auf einen Knopf an meiner Brust!

Ich will in keinem Haufen
Raufen,
Laß mich mir keinem Verein
Ein!

Bevor ich trommle und im Marschtakt singe
Und blökend mit den Schafen mitmarschier,
Geschehn noch viele ungeschehne Dinge,
Wenn ich mir je gefall als Herdentier.
Und so nehm ich zur Devise
Keine andere als diese.
Wo schon zwei sind, kann kein dritter sein.
Ich sing weiter ad libitum,
Ich marschiere verkehrt herum,
Und ich lieb dich weiterhin allein!

Ich will in keinem Haufen
Raufen,
Laß mich mit keinem Verein
Ein!

Erinnert euch daran: Sie waren zwölfe:
Den dreizehnten, den haben sie eiskalt
Verraten und verhökert an die Wölfe.
Man merke: Im Verein wird keiner alt!
Worum es geht, ist mir schnuppe:
Mehr als zwei sind eine Gruppe.
Jeder dritte hat ein andres Ziel.
Der nagelt mit Engelsmiene
Beiden eine auf die Schiene!
Nein, bei drei'n ist stets einer zuviel!

Ich will in keinem Haufen
Raufen,
Laß mich mit keinem Verein
Ein!

Ministerkind löst Geldlawine aus

Ein Mann, vorderhand noch ledig, diene der Bundesrepublik Deutschland als Minister. Sein Dienst wird ihm vergütet mit ungefähr dem Sechsfachen des Arbeiterlohnes.

Brutto: 14861 DM Netto: 7726 DM

Diesem Minister fehlt zum wahren Glück noch eine Frau. Genauer, es fehlt ihm eine Dame. Er sucht und findet eine Ärztin, die schon lange mit einer politischen Karriere z.B. im Müttergenesungswerk liebäugelt. Zwei Laufbahnen verbinden sich aufs glücklichste. Noch ist die Dame eine berufstätige Frau. Der Minister verdient jetzt:

Brutto: 15005 DM Netto: 7790 DM

Das sind bloß 64 DM mehr. Die dienstalten Kabinettskollegen bedeuten dem Minister, sein Vorgänger habe stets „ein Haus geführt" und seine Gattin sei „eine wirkliche Dame" gewesen. Der Minister begreift und seine Frau wird Dame. Die Bundesrepublik Deutschland ist deutlich dafür. Der Minister kriegt jetzt:

Brutto: 15005 DM Netto: 8325 DM

Parteifreunde weisen den Minister darauf hin, daß er eine schlechte Illustriertenpresse hat. Seine mitmenschlichen Charakterzüge würden bei Anschaffung eines Kindes sich viel besser herausstellen lassen. Die Gattin des Ministers ist auch dafür. (Ich bin selbst Mutter und weiß, wovon ich spreche.) Man schreitet zur Tat und ein Kind wird geboren. Den Segen der Bundesrepublik Deutschland hat es, der Minister verdient jetzt:

Brutto: 15128 DM Netto: 9187 DM

Die Gattin des Ministers ist jetzt „Mutter und Dame". Sie nimmt ihre Erziehungsaufgaben äußerst ernst, und damit sie das kann und nicht durch so untergeordnete Tätigkeiten wie Kinderwäsche waschen hiervon abgelenkt wird, kommt Personal ins Haus. Die Bundesrepublik Deutschland hat Verständnis für das Problem. Der Minister kriegt jetzt:

Brutto: 15128 DM Netto: 9241 DM

Das macht zum Zustand des Junggesellenlebens einen Unterschied von

1515 DM

aus, die sich aus Kindergeld, Familienzuschlägen und Steuerentlastung zusammensetzen.

Die Krankenschwester Klara M., deren Ehegatte arbeitslos ist, hatte sich im gleichen Zeitraum verheiratet und ein eigentlich ganz ähnliches Kind geboren. Sie erhält 50 DM Kindergeld. Die Steigerung des Lohns durch die Familienzuschläge macht nochmal 228 DM netto aus, zusammen also 278 DM.

Der Dreher Franz K., der verheiratet ist, ein Kind hat, und dessen Frau gerade wegen der Kosten, die durch das Kind entstehen, mitarbeiten muß, hatte als Lediger 1610 DM netto und jetzt 1822 DM netto. Das macht 211 DM aus und ist ein Siebentel von dem, was aus öffentlichen Mitteln für den Ministersproß bereitgehalten wird.

Die Situation ist überreif für politischen Kampf. Wahrscheinlich muß man fordern, daß im öffentlichen Dienst der Kinderanteil im Ortszuschlag auf Ministerstandard angehoben wird und daß dieser Anteil steuer- und versicherungsfrei mit dem Kindergeld ausgezahlt wird, das allgemein auf diese Höhe angehoben werden muß.

Das würde dann ein Kindergeld von 173 DM für das erste Kind, 218 DM für das zweite Kind und 255 DM für das dritte Kind bedeuten.

Ein guter und erfolgreicher Besuch
Was gesagt werden mußte, wurde auch gesagt

z.ges. Wird er oder wird er nicht? Wird Hua Guofeng die Einschätzung der Weltlage durch die VR China bei seinem Staatsbesuch öffentlich zum Ausdruck bringen oder wird er hinterm Berg halten? Anfang der Woche wälzten die Kommentatoren der bürgerlichen Presse diese Frage aus. Hat er nun oder hat er nicht? Mit dieser Frage waren sie nach den Tischreden im Brühler Schloß Augustusburg für den Rest der Woche beschäftigt. Er hat nicht, meint „Die Zeit“. Er hat, meint die „Frankfurter Rundschau“.

Um über die Ansicht der Regierung der VR China keine Spekulationen aufkommen zu lassen, hatte Ministerpräsident Hua Guofeng aber schon vor seiner Reise nach Westeuropa keine Möglichkeit ausgelassen, sich verständlich zu machen. Im „Stern“ erschienen Auszüge eines Interviews mit Felix Greene. Eine Delegation des „Spiegel“ hatte Hua Guofeng ebenfalls empfangen, und kurz vor der Reise führte er in Beijing eine Pressekonferenz durch. „Fühlt sich China durch das sich wandelnde Kräfteverhältnis in der Welt, insbesondere durch die wachsende Militärmacht der Sowjetunion bedroht?“ fragte Felix Greene. Hua Guofeng antwortete: „Frieden und Stabilität (nicht Rivalität, wie der „Stern“ falsch aus dem Englischen übersetzt!) sind zuallererst bedroht durch die Rivalität der beiden Supermächte um die Vorherrschaft in der Welt.“ Hua Guofeng fuhr dann fort: „. . . und der Sozialimperialismus hat eine größere Neigung gezeigt, Risiken einzugehen.“ Wie vieles andere hat der „Stern“ auch diesen Satz aus dem Interview Felix Greenes gestrichen.

China lasse sich nicht schikanieren. Die Rivalität der beiden Supermächte konzentriere sich auf Europa. Hua Guofeng sagte seine Meinung dann auch in Bonn deutlich genug: „Wir wünschen uns eine friedliche internationale Umgebung, um unsere Länder aufzubauen. Im Gegensatz zu diesem Wunsch ist jedoch die heutige Welt sehr unruhig. Anstatt Stabilität und Entspannung weist die Entwicklung der internationalen Lage die Tendenz zu noch größerer Unruhe und Spannung auf, Aktivitäten, die auf die Weltherrschaft abzielen, werden forciert vorangetrieben. Wir sagen das nicht, weil wir den Teufel an die Wand malen, sondern weil wir nichts anderes tun wollen, als unverblümt auf die Tatsachen hinzuweisen.“

Am meisten erregen sich die Imperialisten über die durch zweifache Erfahrung bestätigte These, daß es Krieg gibt, solange es Imperialismus gibt. Im Vorfeld des Besuches und während Hua Guofeng noch in Frankreich war, hatte es darüber großes Raunen im Blätterwald gegeben. Je mehr die Fak-

mächte um die Vorherrschaft in der Welt.“ Hua Guofeng fuhr dann fort: „. . . und der Sozialimperialismus hat eine größere Neigung gezeigt, Risiken einzugehen.“ Wie vieles andere hat der „Stern“ auch diesen Satz aus dem Interview Felix Greenes gestrichen.

China lasse sich nicht schikanieren. Die Rivalität der beiden Supermächte konzentriere sich auf Europa. Hua Guofeng sagte seine Meinung dann auch in Bonn deutlich genug: „Wir wünschen uns eine friedliche internationale Umgebung, um unsere Länder aufzubauen. Im Gegensatz zu diesem Wunsch ist jedoch die heutige Welt sehr unruhig. Anstatt Stabilität und Entspannung weist die Entwicklung der internationalen Lage die Tendenz zu noch größerer Unruhe und Spannung auf, Aktivitäten, die auf die Weltherrschaft abzielen, werden forciert vorangetrieben. Wir sagen das nicht, weil wir den Teufel an die Wand malen, sondern weil wir nichts anderes tun wollen, als unverblümt auf die Tatsachen hinzuweisen.“

Am meisten erregen sich die Imperialisten über die durch zweifache Erfahrung bestätigte These, daß es Krieg gibt, solange es Imperialismus gibt. Im Vorfeld des Besuches und während Hua Guofeng noch in Frankreich war, hatte es darüber großes Raunen im Blätterwald gegeben. Je mehr die Fak-

toren für den Krieg wachsen, umso weniger sind die Imperialisten daran interessiert, daß die Völker diese Wahrheit erkennen. Dies stört nur die imperialistischen Winkelzüge und führt den Völkern die Dringlichkeit der Revolution vor Augen. Hua Guofeng fuhr fort: „Was die Zukunft der Welt angeht, sind wir nicht pessimistisch. Wir sind stets fest davon überzeugt, daß es durchaus möglich ist, den Ausbruch des Krieges hinauszuzögern (an dieser Stelle bringt die „Frankfurter Rundschau“ ein Ausrufezeichen an) und einen längeren Weltfrieden zu erkämpfen, wenn alle friedlichen Staaten und Völker der Welt sich vereinen und – von ihrer jeweiligen Position aus – mit effektiven Mitteln der Aggression und Expansion des Hegemonismus Einhalt gebieten.“

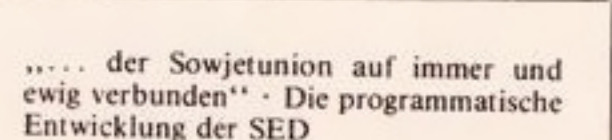
Staatsbesuche sind immer auch politische Demonstrationen. Hua Guofeng hat demonstriert, daß er sich keineswegs von den „Entspannungspolitikern“ die Wahrheit abkaufen läßt und wenn diese noch so sehr fürchten, daß die Wahrheit verderblich sei, besonders wenn sie in ihrem Herrschaftsbereich ausgesprochen wird. Bei den gewagten Manövern zwischen den beiden Supermächten kann der BRD-Imperialismus die Wahrheit nicht brauchen. Er braucht eine gedeckte Position; gegenüber den Supermächten, vor allem aber gegenüber dem eigenen Volk. Es war nicht einfach künstliche Aufregung, wenn die Presse wie wild sich mit der Frage zu beschäftigen schien: sagt er's nun oder sagt er's nicht. Es ist die Sorge um die Deckung.

Demonstrationen gab es mehrere während des Besuches des Ministerpräsidenten der VR China in der BRD: den Besuch des Geburtshauses von Karl Marx und die Feststellung, daß das chinesische Volk in Anwendung der Lehren von Karl Marx von Sieg zu Sieg schreite. Über den Besuch des Thyssenwerkes in Krefeld berichtet „Die Welt“: „‚Kaltbandwerk‘, ‚Stahlwerk‘, ‚Titanschmelze‘ heißen die Betriebspunkte, die man zur Besichtigung vorgesehen hat. Oben im Gestänge der Hallen hocken Scharfschützen der Polizei, unten greift Hua immer zuerst nach den Händen der Werktätigen, die malerische Jubelgruppen an Treppenaufgängen und Einfahrten bilden und klatschen. Da wo es besonders heiß ist, wo er seine modischen schwarzen Slipper und den heute besonders hellen grauen Mao-Anzug am leichtesten beschmutzen könnte, verweilt Hua am längsten. Hier tut nicht jemand seiner Protokollpflicht genüge, hier will einer informiert werden.“ Allemal ist klar, daß Stahl nicht in den Vorstandsetagen gekocht wird. Manchem Preßschnösel und Modekenner wird das erst durch einen fernöstlichen Staatsbesuch ersichtlich, so sehr hat er sich an die Perspektive der Vorstandsetagen gewöhnt. Das Bild, das „Die Welt“ abdruckt, ist interessant. Die Arbeiter von Thyssen und Hua Guofeng lachen. Die Arbeiter strecken dem chinesischen Ministerpräsidenten ihre Hände zur Begrüßung entgegen und dazwischen stehen zwei Vorstandsmenschen von Thyssen und

den Besuch des Geburtshauses von Karl Marx und die Feststellung, daß das chinesische Volk in Anwendung der Lehren von Karl Marx von Sieg zu Sieg schreite. Über den Besuch des Thyssenwerkes in Krefeld berichtet „Die Welt“: „‚Kaltbandwerk‘, ‚Stahlwerk‘, ‚Titanschmelze‘ heißen die Betriebspunkte, die man zur Besichtigung vorgesehen hat. Oben im Gestänge der Hallen hocken Scharfschützen der Polizei, unten greift Hua immer zuerst nach den Händen der Werktätigen, die malerische Jubelgruppen an Treppenaufgängen und Einfahrten bilden und klatschen. Da wo es besonders heiß ist, wo er seine modischen schwarzen Slipper und den heute besonders hellen grauen Mao-Anzug am leichtesten beschmutzen könnte, verweilt Hua am längsten. Hier tut nicht jemand seiner Protokollpflicht genüge, hier will einer informiert werden.“ Allemal ist klar, daß Stahl nicht in den Vorstandsetagen gekocht wird. Manchem Preßschnösel und Modekenner wird das erst durch einen fernöstlichen Staatsbesuch ersichtlich, so sehr hat er sich an die Perspektive der Vorstandsetagen gewöhnt. Das Bild, das „Die Welt“ abdruckt, ist interessant. Die Arbeiter von Thyssen und Hua Guofeng lachen. Die Arbeiter strecken dem chinesischen Ministerpräsidenten ihre Hände zur Begrüßung entgegen und dazwischen stehen zwei Vorstandsmenschen von Thyssen und

schauen lackiert und leicht mißtrauisch auf die Arbeiter. Wir drucken das Bild auf der Titelseite, denn es hat bleibenden Wert.

Von „chinesischer Volksdiplomatie“ sprechen die Journalisten. Vielleicht ist das der Grund, warum über den Besuch im Fernsehen relativ wenig kam und meistens erst am Ende der Nachrichten.



Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
7. Jg. / November 1979 / Nr. 11
Erscheint am 5. November 1979

Inhalt:

In Südostasien wird mit der Souveränität der Nation das Recht auf Revolution verteidigt

Die Aggressoren versuchen, sich als Opfer zu verpuppen · Das vietnamesiche Außenministerium erfindet „30 Jahre Pekinger Expansionismus“

„Vietnam heute“ – Ein Angehöriger der Dritten Kraft berichtet

Die geheime Offenbarung des Francis Ford Coppola – Apocalypse now

Gründzuge der ökonomischen Entwicklung in der DDR – Die Vorherrschaft der Sozialimperialisten und der Staatsapparat in den Händen der neuen Bourgeoisie lasten auf der Gesellschaft

„. . . der Sowjetunion auf immer und ewig verbunden“ · Die programmatische Entwicklung der SED

Die Nationale Frage in „Stichworte zur geistigen Situation der Zeit“

Havemanns Frieden mit der Bourgeoisie · 10 Thesen zum 30. Jahrestag der DDR

Zu einigen Entwicklungen des Bankensystems

Die Währungsreform von 1948 – Am Anfang stand ein Staatsstreich

Debatte über ökonomische Probleme in der VR China: – Produktion und Konsumtion, von Guang Haolin – Das System der Ökonomie der Konsumtion verstärken, von Yen Shijie – Probleme des Bevölkerungswachstums in China, von Liu Zheng

Charaktermasken von Kapital und Grundeigentum · Balzac: Vater Goriot

Dokumentation der Kernprojekte von Betriebsausgaben: Studenten

Buchvertrieb Hager · Vertrieb revolutionärer Literatur
Mainzer Landstraße 147 Postfach 119151 6000 Frankfurt/Main
Zu beziehen auch über jeden Verkäufer der Kommunistischen Volkszeitung



Armeekorps der Roten Armee während des Langen Marsches



Die befreiten Bauern verteilen das Land untereinander (Winter 1949)

Der Aufbau des Sozialismus in der VR China – Eine große Unterstützung für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker

Quellenheft zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

In den ersten acht Jahren der Periode der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus stellten sich die folgenden Aufgaben: Auf dem Lande die Umgestaltung des feudalen Bodensystems zu vollenden und anschließend die Landwirtschaft zu vergenossenschaftlichen; in der Stadt die sozialistische Umgestaltung der kapitalistischen Industrie und des kapitalistischen Handels zu verwirklichen. Beim Wirtschaftsaufbau war es damals unsere Aufgabe, die Wirtschaft wiederherzustellen und den ersten Fünfjahresplan zu erfüllen. Es gab damals sowohl für die Revolution als auch für den Aufbau eine Generallinie, die den objektiven Gegebenheiten entsprach und insgesamt überzeugend war, und es gab einen ganzen Komplex von der Generallinie abgeleiteter Richtlinien, politische Bestimmungen und Maßnahmen. So konnten wir die Kader und die Massen erziehen und dazu beitragen, ihre Auffassungen zu vereinheitlichen, und die Arbeit ging verhältnismäßig gut voran. Dies ist ebenfalls allen bekannt. Aber die Dinge lagen damals so, daß wir mangels eigener Erfahrungen beim Wirtschaftsaufbau der Sowjetunion kopieren mußten. Besonders auf dem Sektor der Schwerindustrie mußten wir in fast allem die Sowjetunion nachahmen und zeigten nur wenig Eigeninitiative. Dies war damals absolut notwendig, und doch war es zugleich eine Schwäche, ein Mangel an Eigeninitiative und an der Fähigkeit, auf eigenen Füßen zu stehen. Selbstverständlich konnte dies nicht langfristig unsere Politik sein. 1958 legten wir dann folgenden Kurs fest: Sich hauptsächlich auf die eigene Kraft stützen, daneben aber zugleich um ausländische Hilfe ersuchen. Die zweite Tagung des VIII. Parteitages von 1958 beschloß die Generallinie „Unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, nach dem Prinzip ‚mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher‘ den Sozialismus aufbauen“. Im selben Jahr wurden die Volkskommunen gegründet, und es wurde die Losung vom „Großen Sprung nach vorn“ ausgegeben. Doch nach der Verkündung der Generallinie fanden wir während einer gewissen Periode nicht die Zeit und waren auch – mangels Erfahrung – nicht imstande, einen Komplex konkreter Richtlinien, politischer Bestimmungen und Maßnahmen festzulegen, die unseren Gegebenheiten entsprachen. Unter diesen Umständen besaßen Kader und Massen kein umfassendes Lehrmaterial und erhielten keine systematische Erziehung in unserer Politik. Wirklich einheitliche Auffassungen und Aktionen waren daher nicht möglich. Sie wurden erst einige Zeit später möglich, nachdem wir mehrmals gegen die Wand gerannt waren und positive wie negative Erfahrungen gesammelt hatten. Jetzt ist es besser geworden. Wir haben solche Dinge bereits, oder sind gerade dabei, sie auszuarbeiten. So können wir die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau fundierter durchführen. Um unter Anleitung der Generallinie einen Komplex von konkreten Richtlinien, politischen Bestimmungen und Maßnahmen ausarbeiten zu können, müssen wir uns der Methode „Aus den Massen schöpfen“ und „Systematische und gründliche Untersuchungen und

Landwirtschaft zu vergenossenschaftlichen; in der Stadt die sozialistische Umgestaltung der kapitalistischen Industrie und des kapitalistischen Handels zu verwirklichen. Beim Wirtschaftsaufbau war es damals unsere Aufgabe, die Wirtschaft wiederherzustellen und den ersten Fünfjahresplan zu erfüllen. Es gab damals sowohl für die Revolution als auch für den Aufbau eine Generallinie, die den objektiven Gegebenheiten entsprach und insgesamt überzeugend war, und es gab einen ganzen Komplex von der Generallinie abgeleiteter Richtlinien, politische Bestimmungen und Maßnahmen. So konnten wir die Kader und die Massen erziehen und dazu beitragen, ihre Auffassungen zu vereinheitlichen, und die Arbeit ging verhältnismäßig gut voran. Dies ist ebenfalls allen bekannt. Aber die Dinge lagen damals so, daß wir mangels eigener Erfahrungen beim Wirtschaftsaufbau der Sowjetunion kopieren mußten. Besonders auf dem Sektor der Schwerindustrie mußten wir in fast allem die Sowjetunion nachahmen und zeigten nur wenig Eigeninitiative. Dies war damals absolut notwendig, und doch war es zugleich eine Schwäche, ein Mangel an Eigeninitiative und an der Fähigkeit, auf eigenen Füßen zu stehen. Selbstverständlich konnte dies nicht langfristig unsere Politik sein. 1958 legten wir dann folgenden Kurs fest: Sich hauptsächlich auf die eigene Kraft stützen, daneben aber zugleich um ausländische Hilfe ersuchen. Die zweite Tagung des VIII. Parteitages von 1958 beschloß die Generallinie „Unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, nach dem Prinzip ‚mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher‘ den Sozialismus aufbauen“. Im selben Jahr wurden die Volkskommunen gegründet, und es wurde die Losung vom „Großen Sprung nach vorn“ ausgegeben. Doch nach der Verkündung der Generallinie fanden wir während einer gewissen Periode nicht die Zeit und waren auch – mangels Erfahrung – nicht imstande, einen Komplex konkreter Richtlinien, politischer Bestimmungen und Maßnahmen festzulegen, die unseren Gegebenheiten entsprachen. Unter diesen Umständen besaßen Kader und Massen kein umfassendes Lehrmaterial und erhielten keine systematische Erziehung in unserer Politik. Wirklich einheitliche Auffassungen und Aktionen waren daher nicht möglich. Sie wurden erst einige Zeit später möglich, nachdem wir mehrmals gegen die Wand gerannt waren und positive wie negative Erfahrungen gesammelt hatten. Jetzt ist es besser geworden. Wir haben solche Dinge bereits, oder sind gerade dabei, sie auszuarbeiten. So können wir die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau fundierter durchführen. Um unter Anleitung der Generallinie einen Komplex von konkreten Richtlinien, politischen Bestimmungen und Maßnahmen ausarbeiten zu können, müssen wir uns der Methode „Aus den Massen schöpfen“ und „Systematische und gründliche Untersuchungen und

Studien“ bedienen. Und wir müssen die Erfolge und Mißerfolge in unserer Arbeit historisch auswerten. Nur so können wir die Gesetzmäßigkeiten herausfinden, die den objektiven Dingen innewohnen, nicht aber den subjektiven Vorstellungen der Menschen entspringen.

Quelle: Mao Zedong, Rede auf der vom ZK der Kommunistischen Partei Chinas einberufenen erweiterten Arbeitskonferenz; S. 26 ff.

Und was hat es mit „Produktion und Aufbau“ nach der Errichtung der neuen Macht auf sich? Sie traten stets gegen die sozialistische Produktion und den sozialistischen Aufbau auf. Als Ministerpräsident Tschou auf dem IV. Volkskongreß den vom Vorsitzenden Mao ausgearbeiteten Plan zur Verwirklichung der Modernisierung von Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung sowie Wissenschaft und Technik innerhalb dieses Jahrhunderts bekräftigte, war dies für die Eisenbahnarbeiter ein großer Ansporn, und sie gingen mit noch größerem Elan an die Arbeit. Die „Viererbande“ jedoch griff sogleich zu Störmanövern. Sie verstiegen sich sogar zu der Behauptung, der reibungslose Eisenbahnverkehr und die Pünktlichkeit der Züge seien ein Beweis für die „Abweichung von der richtigen Linie“ und erklärten, ihnen sei „eine sozialistische Verspätung lieber als kapitalistische Pünktlichkeit“. Die Machtergreifung durch die „Viererbande“ hätte die Restauration des Kapitalismus bedeutet, und die Volksmassen wären erneut in Not und Elend gestürzt worden. Wie kann da die Rede von einer Entwicklung der sozialistischen Produktion und des sozialistischen Aufbaus sein.

Die „Viererbande“ eine Landplage – Quelle: Peking Rundschau 10/1977

Bis Ende des 20. Jahrhunderts soll China hinsichtlich des Ertrags pro Flächeneinheit bei den Hauptagrarprodukten das Weltniveau erreichen bzw. übertreffen und hinsichtlich der Produktion der Hauptindustrieerzeugnisse sich dem Stand der entwickeltsten kapitalistischen Länder annähern, ihn einholen bzw. überholen. In der Landwirtschaft werden Mechanisierung, Elektrifizierung, Be- und Entwässerung maximal entwickelt sein. In der Industrie sollen die Hauptarbeitsgänge automatisiert sein, es soll ein leistungsstarkes Verkehrs- und Transportnetz existieren, und die Arbeitsproduktivität soll sich beträchtlich erhöht haben. Wir müssen die Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik in breitem Maße nutzen, in großem Umfang neue Werkstoffe verwenden und neue Energiequellen erschließen. Unsere Hauptprodukte auf den neuesten Stand bringen und die Produktionsprozesse modernisieren. Unsere wirtschaftlichen und technischen Leitzahlen müssen sich dem Weltstandard annähern, ihn erreichen bzw. übertreffen. Auf der Grundlage hochentwickelter gesellschaftlicher Produktivkräfte werden sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse unseres Landes dann weiter entwickelt und vervollkommnet haben, wird die Diktatur des Proletariats noch mehr gefestigt, das Verteidigungspotential wesentlich gestärkt und das materielle und kulturelle Lebensniveau unseres Volkes beträchtlich verbessert sein.

Quelle: Dokumente der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, Rede von Hua Guofeng; 26. Februar 1978)



Die Landwirtschaft wird im Zusammenhang mit der Industrie aufgebaut – Datjing



Arbeiter und Angestellte der Hudung Werft in Shanghai verurteilen die „Viererbande“



Die Landwirtschaft wird im Zusammenhang mit der Industrie aufgebaut – Datjing



Arbeiter und Angestellte der Hudung Werft in Shanghai verurteilen die „Viererbande“



22%ige Steigerung im Transport- und Verkehrswesen im 1. Halbjahr 1978



Neue Pekingoper über Bauernaufstände im 17. Jahrhundert



Eine Pingtan-Spielerin